

Deutschland Archiv 2015



## Deutschland Archiv 2015

# Schriftenreihe Band 1664

# Deutschland Archiv 2015



#### Bonn 2016

© Bundeszentrale für politische Bildung Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe: Johannes Piepenbrink, Mitarbeit: Lena Röllicke

Redaktion »Deutschland Archiv« Online: Katharina Barnstedt, Dr. Clemens Maier-Wolthausen (]init[ AG für digitale Kommunikation)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

 $\label{lem:lem:main} \mbox{Umschlaggestaltung und Satzherstellung: Naumilkat - Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf$ 

Umschlagfoto: © ddp images/Berthold Stadler

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-8389-0664-5

www.bpb.de/deutschlandarchiv

# Inhalt

Anna Joskowski und Irmhild Schrader  Mauerfall mit Migrationshintergrund	9
DIRK MOLDT  • Die frohe Botschaft des Widerstands. Aufarbeitung von SED-Unrecht. Erfolge, Metamorphosen, Katastrophen, Auswege.	19
Interview mit Rainer Eppelmann und Markus Meckel  • »Wer kann das, alltäglich ein Held sein?«  2	29
Stefanie Endlich  • Projekte für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und Leipzig	51
Dariusz Wojtaszyn  • Fußball verbindet? Hertha BSC (West-Berlin) und der  1. FC Union (Ost-Berlin) vor und nach 1990	63
Tom Thieme Sind wir ein Volk? Zur demografischen Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung 7	72
Marcus Böick  Not as Grimm as it looks«? Transatlantische Medienperspektiven auf die Treuhandanstalt und den deutschen Wirtschaftsumbau nach 1990	82
Helmut Müller-Enbergs  • Die Stasi nutzte neben den »inoffiziellen Mitarbeitern« auch »Auskunftspersonen« – Der Fall Saalfeld	95
Udo Grashoff  Suizide in Haftanstalten: Legenden und Fakten  10	)9

Erinnern und Gedenkenohne Schwerpunktsetzung

JÖRG BABEROWSKI ● Verwüstetes Land: Die Sowjetunion nach Holocaust und Krieg	123
Julia Reuschenbach ● »Tempel des Antifaschismus«? – Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR	133
CHRISTOPH LORKE  O »Soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit«: Kinderreiche Familien in der DDR	146
Peter Boeger  O Kampf gegen »Professionalisierung und Kommerzialisierung« im Sport. Wie die DDR dennoch zu einem Adidas-Land wurde	156
Enrico Brissa O Dokumentation: Zu einer möglichen Spionagetätigkeit von Franz Josef Strauß für das Office of Strategic Services (OSS)	176
CHRISTOPHER NEHRING O Alter Wein in neuen Schläuchen. Wie Franz Josef Strauß zum Agent (gemacht) wurde	204
Enrico Brissa O Die »Agenten-Diskussion« um Franz Josef Strauß: Wissenschaftlicher Diskurs oder Meinungsaustausch?	216
Autorinnen und Autoren	220
Bildnachweis	222
Themenschwerpunkte	
• 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit	
• Transformationsprozesse	
<ul><li>Un-Rechts-Staat DDR</li></ul>	

# Vorwort

Seit dem 3. Oktober 1990 ist Deutschland wieder vereint. Ein freudiges Ereignis, Folge des Aufbegehrens der Menschen in der DDR und das Ergebnis intensiver Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der ersten demokratisch legitimierten Regierung der DDR. Natürlich blickte auch das »Deutschland Archiv« 2015 auf die Ereignisse vor 25 Jahren zurück sowie auf das, was seitdem geschehen ist. So haben wir einige wichtige Akteure dazu befragt, was sich von den damaligen Wünschen erfüllt hat und was noch verwirklicht werden sollte. Auch die Formen des Erinnerns und Gedenkens haben uns beschäftigt.

Wie im Vorjahr setzen sich die Beiträge in diesem Band intensiv mit den Transformationsprozessen auseinander, die der staatlichen Einheit folgten. Dabei liegt der Fokus nicht immer auf den großen Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Das Land musste auch im Alltäglichen zusammenwachsen: kulturell, wirtschaftlich und sportlich. Ob das gelungen ist, wird durchaus unterschiedlich bewertet. Dazu gehört auch, dass – eine Generation nach seinem Ende – für manche Menschen die Frage nach dem »Unrechtsstaat« DDR nicht abschließend beantwortet ist. Daher genießt dieser Schwerpunkt weiterhin die Aufmerksamkeit der DA-Redaktion.

Die Bundesrepublik erfährt nicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte, was es bedeutet, viele Menschen aufzunehmen, die auf der Flucht sind. 2016 wird sich das »Deutschland Archiv« mit den historischen Migrationsbewegungen beschäftigen, in beide und zwischen beiden deutschen Staaten, sowie mit ihren Auswirkungen. Wir freuen uns schon jetzt auf interessante Beiträge und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Dr. Clemens Maier-Wolthausen Redaktion »Deutschland Archiv« Berlin, Dezember 2015



Demonstration in Berlin, April 1990.

#### Anna Joskowski und Irmhild Schrader

# Mauerfall mit Migrationshintergrund

Einwanderung war ein gesellschaftliches Phänomen in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Wenn von den gesellschaftlichen Umbrüchen 1989 die Rede ist, finden die Sichtweisen von Einwanderinnen und Einwanderern jedoch nur selten Eingang in die Gedenkfeierlichkeiten und Geschichtsbücher, obwohl sich mit dem Fall der Mauer auch ihre Lebensbedingungen drastisch veränderten.

#### Szenenwechsel

April 1990, Berlin, Gedächtniskirche: Am Rande einer Demonstration hält ein – vielleicht türkeistämmiger – Mann ein selbstgemaltes Schild in die Höhe: »WIR SIND AUCH DAS VOLK«. Der Fotograf Andreas

Schoelzel drückt auf den Auslöser und hält die Szene fest. Entstanden ist ein Foto, das bis heute als Ikone für ein verdrängtes Kapitel der deutschen Vereinigung steht: die Folgen des Mauerfalls für die Einwanderer in Ost und West.

Oktober 2014, Historisches Museum Hannover. Ein bunt gemischtes Publikum hört interessiert zu, wie Menschen aus Magdeburg, Dessau und Hannover den Mauerfall erlebt haben. Eigentlich nichts Besonderes im 25. Jahr danach. Doch viele sind erstaunt, denn es sind Erfahrungen von Menschen, die als Arbeitskräfte, Studierende oder Flüchtlinge in die DDR oder in die Bundesrepublik gekommen sind und dort eine neue Heimat gefunden haben.

## Eine Erinnerungswerkstatt

Warum sind diese Perspektiven nicht Teil des kollektiven Gedächtnisses über den Mauerfall? Wie entwickeln wir eine erweiterte deutsch-deutsche Geschichte, die national geprägte Denkmuster reflektiert und damit Rassismus und Ausgrenzung entgegenwirkt?

Diese Fragen sind Leitmotiv eines seit 2008 arbeitenden Werkstattprojekts, in dem das Thema »Geteilte Geschichte – Erinnerungen von Eingewanderten aus Ost und West« in seinen verschiedenen Facetten beleuchtet wird. Mit diesem Beitrag zeichnen wir die Geschichte dieser Ost-West-Annäherung nach und machen deutlich, wie die Beteiligten damit gleichzeitig ein Zusammenwachsen konkret gestalten.<sup>1</sup>

Die Arbeit der Erinnerungswerkstatt verläuft auf zwei Ebenen, die miteinander verwoben sind: Forschung zum Themenkomplex »Einwanderung, Erinnerung und Zugehörigkeit« und Kooperation mit außeruniversitären interkulturell arbeitenden Personen und Institutionen, aus der sich Impulse für weitergehende Initiativen entwickeln. In einem partizipativ organisierten und bundeslandübergreifenden Prozess fanden verschiedene Veranstaltungsformate unter Beteiligung spezifischer Mitwirkender statt.

#### Drei Thesen: Warum die Einwanderer nicht zu Wort kommen

Ausgangspunkt war die These, dass die Konstruktion von Differenz auch konstituierender Bestandteil des »Geschichte-Machens« ist. Die Perspektiven von »Ethnisch-Anderen« werden in der herrschenden Geschichtsschreibung kaum berücksichtigt. Der Mauerfall diente uns als aktueller

Anlass für die Erkenntnisgewinnung. Zitate wie »Die Deutschen freuen sich!« oder »Wir sind auch das Volk!« belegen die Stimmung, die in der Wendezeit bei vielen Menschen aus Einwandererfamilien vorherrschte. Sie standen am Rand, der rechtliche Status, die ökonomische Situation, auch die zunehmend national-orientierte öffentliche Meinung verursachten Unsicherheit und Angst.

#### 1. Wir sind kein Einwanderungsland.

Die Staatsphilosophie und das Selbstverständnis waren in beiden Ländern von völkischen Kategorien geprägt. Die DDR-Staatsbürgerschaft wurde durch Abstammung, Geburt auf dem Territorium oder Verleihung, auch auf Antrag, erworben, wenn es dem staatlichen Interesse diente. In der Bundesrepublik galt das »Ius sanguinis«, also das Abstammungsprinzip, eine Einbürgerung war bis 1990 nur in Ausnahmefällen und nach langjährigem Aufenthalt möglich. Diese Regelungen änderten sich erst mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1999.

Beide deutsche Staaten verstanden sich nicht als Einwanderungsland. Dennoch gab es hier wie dort Ausländerinnen und Ausländer, die aus unterschiedlichen Motiven und unter spezifischen Rahmenbedingungen gekommen waren. An dieser Stelle soll ein kurzer Blick auf die Migrationsprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg ausreichen.

Einwanderung in der DDR war gekennzeichnet durch den Gedanken des Internationalismus und der Solidarität mit anderen sozialistischen Staaten und postkolonialen Befreiungsbewegungen. Dies beinhaltete jedoch nicht die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft: eine Integration der Neuankömmlinge lag nicht in der Absicht der DDR-Führung. Die Vertragsarbeit wurde als Qualifizierungsmaßnahme unter Verbündeten deklariert und schnell zum bedeutendsten Migrationsfaktor. Als Zeichen der Völkerfreundschaft galt auch die Finanzierung eines Studiums für junge Menschen aus afrikanischen, asiatischen und anderen sozialistischen Ländern sowie die Aufnahme von politischen Flüchtlingen, die der Gewalt in Militärregimen (beispielsweise Griechenland, Chile) entkamen und ein Aufenthaltsrecht erhielten.<sup>2</sup>

Die Migrationsprozesse in der Bundesrepublik unterlagen vor allem volkswirtschaftlichen Interessen. Die Anwerbung von Arbeitskräften während der Hochkonjunkturphase um 1970 führte zu gravierenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Dies hatte aber keine politischen Integrationsmaßnahmen zur Folge, Einwanderung galt weiterhin als vorübergehendes Phänomen.<sup>3</sup>

Auch die Bundesrepublik gewährte politisch Verfolgten Schutz. Der Grundgesetz-Artikel 16 geriet unter Druck, als in den Achtzigerjahren die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber stieg. Der angebliche »Missbrauch« führte 1993 zur Einschränkung dieses Grundrechts.

Fazit: In beiden deutschen Staaten waren Einwanderinnen und Einwanderer ein fester Bestandteil der demografischen Entwicklung, aber die Politik tat sich aufgrund der herrschenden Ideologien schwer, darauf eine angemessene Antwort zu geben und die Teilhabe der Neuankömmlinge zu gestalten. Diese Verweigerungshaltung setzte sich auch im Einigungsprozess fort. In den politischen Diskussionen und Entscheidungen von 1989 bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Herbst 1990 spielte die Situation der Ausländerinnen und Ausländer nur eine untergeordnete Rolle. Eine Ausnahme blieb die Arbeitsgruppe »Ausländerfragen« des Runden Tisches, die im März 1990 Leitlinien für die Ausländerpolitik der DDR verabschiedete.<sup>4</sup> Diese Leitlinien umreißen eine an Menschenrechten und Anerkennung von Vielfalt orientierte Gesellschaftspolitik, sind aber nicht Grundlage einer neuen gesamtdeutschen Politik geworden. So blieb nach der Einheit das Nebeneinander von offiziellem Dementi und praktischer Akzeptanz der Einwanderungssituation bestehen. Erst zehn Jahre später sollte die öffentliche Debatte über eine plurale Gesellschaft beginnen.

#### 2. Der »Mauerfall« ist eine deutsche Geschichte.

Der Vereinigungsprozess war geprägt von nationalen Deutungsmustern, die nationale Identität war aber nicht Gegenstand eines offen geführten Diskurses. So blieben die ideologisch geprägten Selbstbilder der beiden deutschen Staaten bestimmend für das Zusammenleben. Sie steuerten die Wahrnehmung und trugen dazu bei, dass die Akzeptanz von Vielfalt und der Abbau von strukturellen Ungleichheiten kaum Gegenstand von Politik wurden. Der öffentliche Diskurs und die konkreten Erfahrungen der Menschen, die Teil einer Gesellschaft sind, schreiben sich in das individuelle und kollektive Gedächtnis ein, werden zu Geschichte. Nur eine gemeinsam geteilte Erinnerung stärkt die Zusammengehörigkeit und die Identität – darum ist auch in pluralen fragmentierten Gesellschaften die Beschäftigung mit Geschichte so wichtig.

Der Mauerfall bedeutete eine Zäsur in der Zugehörigkeitsfrage – viele Eingewanderte, die sich bis dato als Deutsche verstanden, wurden gezwungen, sich neu zu definieren.<sup>5</sup> Der Fokus auf »Deutschsein« im Sinne einer Herkunfts- und Kulturgemeinschaft sollte zur Überwindung der jahrzehn-

telangen Teilung des Landes beitragen. Allerdings verschärfte diese Orientierung auf eine »nationale Einheit« und die gewalttätigen Übergriffe in vielen Orten in Ost und West bei Einwanderinnen und Einwanderern das Gefühl der Nichtzugehörigkeit, das bis heute nicht vollständig überwunden ist. Diese grundlegenden Erfahrungen sind kaum in die öffentliche Erinnerung eingebunden. Erinnerung – so formuliert es die Migrationsforscherin Nevim Çil – »wird zu einem Vorrecht für Angehörige aus der Mehrheitsgesellschaft. Mehr noch: Dieses Vorrecht zeigt, dass den Migranten das Potential abgesprochen wird, erfahren und erinnern zu können.«<sup>6</sup>

Fazit: Der Mauerfall und die deutsche Einheit veränderten die gesellschaftlichen Strukturen nachhaltig. Die Auseinandersetzungen über Zugehörigkeit wurden um die Dimension Ost – West erweitert und spielten sich fortan in der Matrix Westdeutsche – Ostdeutsche – Westeinwanderer – Osteinwanderer ab. Eine gemeinsame Erinnerungskultur eröffnet die Möglichkeit, das erschütterte Zugehörigkeitsgefühl wiederherzustellen.

# 3. Die unterschiedlichen Folgen der Einheit für die Einwanderer in Ost und West verzögerten eine gemeinsame Interessenartikulation.

Für die Eingewanderten in der Bundesrepublik brachte die Wiedervereinigung vor allem ökonomische Veränderungen, denn die Arbeitskräfte aus der DDR wurden schnell zur Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Rechtliche Folgen waren damit für sie nicht verbunden.

Anders stellte sich die Situation für diejenigen dar, die in die DDR eingewandert waren. Ende 1989 lebten etwa 190000 Ausländerinnen und Ausländer in der DDR, das entsprach einem Anteil von rund einem Prozent. Mit der Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses oder einer Studienerlaubnis verloren viele den Aufenthaltsstatus und mussten das Land mit 3000 D-Mark und einem Rückflug-Ticket in der Hand verlassen. Nur etwa 15000 Vietnamesen (ungefähr ein Viertel der ursprünglichen Anzahl) sowie insgesamt 5000 Angolaner und Mosambikaner blieben. Nicht allen gelang es, sich den Aufenthaltsstatus über eine neue Beschäftigung zu sichern. Ein Bleiberecht trat erst 1997 in Kraft. Viele wählten daher den Weg, über das Asylrecht eine drohende Abschiebung zu vermeiden.

Ein weiterer Unterschied ist die Rolle der Einwandererorganisationen in Ost und West. In der Bundesrepublik hatte sich die Anzahl und Zielrichtung der Selbstorganisationen seit den Jahren der Anwerbung kontinuierlich erweitert. Sie spielten zum Zeitpunkt der Vereinigung bereits eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Artikulation einer auf Teilhabe ausgerichteten Politik.<sup>7</sup>

Die – vorwiegend informellen – Vereinigungen der Einwanderer in der DDR dagegen mussten sich nach dem Mauerfall vollständig neu orientieren und institutionell etablieren. Da eine Vereinsstruktur für Ausländer nicht vorgesehen war, hatten sich in den Communities nur lose Netzwerke gebildet, die helfen sollten, die Isolation in den Wohnheimen, die Kontrollen und Kontaktbeschränkungen zu Einheimischen zu überwinden. Sie dienten aber auch der Verbesserung der ökonomischen Situation und der Interessenvertretung im Betrieb. Nicht zuletzt ermöglichten sie Verbindungen zu Landsleuten in anderen Betrieben und transnational ins »westliche« Ausland. Auch unter den ausländischen Studierenden gab es zahlreiche Initiativen, die politische, kulturelle und soziale Aktivitäten organisierten und herkunftsübergreifend Strategien gegen Diskriminierung entwickelten.

Die Funktion dieser Netzwerke änderte sich im Zuge des gesellschaftlichen Umbruchs grundlegend. Der Informationsbedarf der Eingewanderten war hoch, da die komplexen und sich ständig verändernden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für viele unverständlich blieben. Viele der ehemaligen Betreuerinnen und Betreuer übernahmen jetzt wieder Übersetzungs- und Beratungsfunktionen.<sup>8</sup> Unterstützung fanden diese Initiativen in den gesellschaftlichen Organisationen, die sich ab Mitte der 1980er Jahre für die »Ausländerarbeit« geöffnet hatten. Hier ist zunächst die evangelische Kirche zu nennen, die im Rahmen der Ausländerseelsorge Treffpunkte für christliche Gemeinschaften (beispielsweise der Mosambikaner) geschaffen hatte. Den Verantwortlichen in der Kirche ging es dabei auch um Verständigung und den Abbau von Ressentiments. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und kommunale Einrichtungen erweiterten ebenso ihr Aufgabenspektrum. Und die Berufung von Ausländerbeauftragten zeigt, dass das Thema Migration und Integration auch auf der politischen Ebene angekommen war.

Die Geschichte der Migrantenselbstorganisationen (MSO) im Osten wurde hier ausführlich gewürdigt, weil sie im einwanderungspolitischen Diskurs kaum vorkommt. Denn hinsichtlich ihrer Konflikt- und Durchsetzungsfähigkeit waren (und sind) die Ost-MSO-Netzwerke nicht »konkurrenzfähig« mit den gut verankerten Netzwerken der großen Einwanderergruppen Westdeutschlands. Wenn den ostdeutschen »Migrantenvertreterinnen und -vertretern eines gemeinsam ist, dann die Erfahrung, dass im migrationspolitischen Diskurs der Bundesrepublik die Einwanderungserfahrung der alten Bundesländer übermächtig ist« – so heißt es im Memorandum »Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern«. Die DDR-Einwanderer fanden höchstens im Narrativ des »Nazi-Opfers« der »Nachwendezeit« ihren Platz.

Fazit: Nach dem Mauerfall entwickelte sich aus den alten Netzwerken der DDR-Zeit im Osten erst langsam eine breitgefächerte multikulturelle Organisationslandschaft, deren Zielsetzung zunehmend auf die politische Partizipation in der Gesellschaft ausgerichtet ist. Dazu gehört auch die Forderung nach Repräsentation in der Öffentlichkeit.<sup>10</sup>

# Vom Erzählcafé zur Interkulturellen Öffnung: Repräsentanz und Teilhabe in Institutionen

Ausgehend von der oben skizzierten Grundthese, dass die Erzählung der »ganzen Geschichte« der deutschen Einheit in den sich untereinander verschränkenden Dimensionen Ost und West sowie Autochthon und Allochthon (einheimisch und eingewandert) zu verhandeln ist, hat sich die Arbeit der Erinnerungswerkstatt, die zunächst aus Lehrenden und Studierenden der Leibniz Universität Hannover bestand, sehr bald geöffnet und mit außeruniversitären Partnern (Bildungsträgern, Migrantenorganisationen, Vereinen und Stiftungen) aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen verbunden.

Die Akteure eint das Ziel, die Perspektiven der Eingewanderten sichtbar zu machen und die Institutionen zu verändern, in denen Geschichte »geschrieben« wird: Museen, Medien, Bildungsinstitutionen. Aus einem »Erzählprojekt« wurde eine Initiative zur interkulturellen Öffnung. Hier ein kurzer Überblick:

Erstens: Zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit stellte die Werkstattgruppe ihre Arbeitsergebnisse zum Thema »Geschichte-Machen« im »einewelthaus« in Magdeburg einem Fachpublikum aus Politik, Migrantenorganisationen und Medien zur Diskussion. Das Anliegen der Tagung »Erinnerungen in der Einwanderungsgesellschaft« war, ein Umdenken über Geschichtsbilder und Repräsentationsformen von Minderheitsperspektiven anzuregen.

Zweitens: Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sind zu einer wissenschaftlichen und pädagogischen Leitfigur in der Aufarbeitung und Vermittlung von Geschichte geworden. Das Interkulturelle Zeitzeugenportal Sachsen-Anhalt verfolgt das Ziel, Gesprächspartner für Wissenschaft und Gesellschaft, besonders auch für Bildungsinstitutionen zu präsentieren, die den Migrationsaspekt in der deutsch-deutschen Geschichte vermitteln.<sup>11</sup>

Drittens: Wie wichtig (und wie spannend!) der Austausch zwischen Migrantenselbstorganisationen in Ost und West ist, zeigt die Geschichte der Einwanderung aus Vietnam. Lebten im Westen vor allem Menschen aus Südvietnam, die als »Boat-People« aufgenommen worden waren, so stammten die Vertragsarbeitskräfte der DDR aus dem Norden. Nach dem

Mauerfall fanden sie sich in einem geeinten Land wieder. Die Begegnungen zwischen den Gruppen sind oft noch von wechselseitigen Vorurteilen und alten Verletzungen gekennzeichnet, gemeinsam sind ihnen aber die Diskriminierungserfahrungen in der neuen Heimat. Gleichzeitig teilen sie mit den Deutschen die historische Erfahrung von Trennung und Vereinigung ihres Landes. Wie lässt sich daraus ein gesellschaftlicher Lernprozess entwickeln, der national geprägte Denkmuster thematisiert und damit verbundene Ausgrenzungsmechanismen aufdeckt? Dazu gibt das Ausstellungsprojekt »Geschichte(n) verbinden. Nord-Süd-Vietnamesen und Ost-West-Deutsche im Generationendialog« einen ersten Anstoß. 12

Viertens: Mit der Veranstaltung »25 Jahre geteilte Geschichte« im Oktober 2014 wurde erstmals eine Kooperation mit einer offiziellen »Erinnerungs-Institution«, dem Historischen Museum Hannover, realisiert. Neben dem Austausch in Erzählcafés mit Zeitzeugen aus Ost und West eröffnete die Veranstaltung den Dialog über die Frage, wie Einwanderungsgeschichten zu einem festen Bestandteil der Museumsarbeit werden können. Die Resonanz zeigt deutlich, dass das Nach- und Umdenken über Geschichtsbilder und multiperspektivische Darstellungen noch nicht ausgeschöpft ist. Die Erzählungen aus Ost und West müssen in das Gesamtbild über die Umbruchszeit einfließen und für nachfolgende Generationen dokumentiert werden. Dazu wird die Kooperation mit dem Museum in Hannover fortgesetzt. Und um auch die junge Generation einzubinden startet in 2015 in Sachsen-Anhalt eine Initiative, die die Erfahrungen der »Wendekinder« würdigen soll.

## Zwischenbilanz: Der Weg geht weiter

Der notwendige Paradigmenwechsel hin zu einem Selbstverständnis der Bundesrepublik als Einwanderungsland ist im öffentlichen Diskurs angekommen, die Notwendigkeit von Partizipation, Interkultureller Öffnung und Diversity-Management unbestritten.

Der Blick auf den Mauerfall scheint davon jedoch weiterhin ausgenommen, die Bilder und Gedenkveranstaltungen zum 25. Jahrestag vermittelten eine weitgehend eindimensionale Sicht auf das Ereignis. Die Chance, dieses für das neue Deutschland konstitutive Ereignis als gemeinsame Erzählung von Autochthonen und Allochthonen in Ost und West zu entwickeln und damit eine Grundlage für ein gemeinsames »Wir« zu schaffen, wurde nicht genutzt. Diese Bilanz unterstreicht die Bedeutung von Projekten wie der Erinnerungswerkstatt als Impulsgeber eines überfäl-

ligen Transformationsprozesses in eine Einwanderungsgesellschaft. Die Entwicklung von Repräsentationsformen für Minderheitenperspektiven ist eine Aufgabe, der sich öffentliche Institutionen zu stellen haben. Die Kooperation mit Migrantenorganisationen ist dabei unerlässlich.

Damit einhergehende Neupositionierungen verlaufen nicht ohne Konflikte. Ideelle und materielle Privilegien werden neu verteilt, der Zugang zu Ressourcen und Entscheidungskompetenzen neu geregelt. Um in der Öffentlichkeit als gemeinsame Stimme aufzutreten und die Interessen deutlicher in gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einbringen zu können, haben sich viele Vereine im Laufe der vergangenen Jahre regional und bundesweit zu Netzwerken zusammengeschlossen. Ein weiterer Schritt dazu ist die Gründung des "Bundesverbands von Netzwerken unabhängiger soziokultureller Migrantenorganisationen« (BV NeMO).

Die Hoffnung ist, dass diese und andere Initiativen dazu beitragen, dass bei den offiziellen Feiern zum 25. Jahrestag der »Deutschen Einheit« auch Menschen mit – ihren – (Einwanderungs-)Geschichten nicht nur in Nischenveranstaltungen zu Wort kommen, sondern selbstverständlicher Teil des nationalen Narrativs sind.

## Anmerkungen

- 1 Die Autorinnen mit und ohne Einwanderungsgeschichte begleiten das Projekt seit seinem Beginn und schreiben aus der westdeutschen Perspektive.
- 2 Vgl. Almut Zwengel (Hg.), Die »Gastarbeiter« der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011; Eva-Maria Elsner und Lothar Elsner, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990, Rostock 1994.
- 3 Zahlenmäßig stark ins Gewicht fiel auch der Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus Süd-Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, die zwar die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung ebenfalls als Ausländer galten.
- 4 Leitlinien für die Ausländerpolitik der DDR, März 1990, in: Ausländer in der DDR geholt, gekommen und gewollt? http://www.auslaender-in-der-ddr.com/home/runder-tisch/, letzter Zugriff am 14.12.2014.
- 5 Nevim Çil, Topographie des Außenseiters, Berlin/Tübingen 2007, S. 16.
- 6 Nevim Çil, Parallelgeschichten. Migranten in Wiedervereinigten Deutschland, in: http://www.goethe.de/ges/phi/prj/ffs/the/mau/de5445761.htm, letzter Zugriff am 10.12.2014.
- 7 Scott Stock Gissendanner, Kommunale Integrationspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 7-8/2011, http://www.bpb.de/apuz/33495/kommunale-integrationspolitik?p=all, letzter Zugriff am 10.3.3015.
- 8 Gruppenleiter und Sprachmittler meist parteinah und selbst ehemalige Vertragsarbeiter waren Unterstützungs- und Kontrollinstanz bezogen auf die Arbeit im Betrieb und das Freizeitverhalten, ferner Verbindungsstelle zu den deutschen Betreuern in Betrieb und Wohnheim. Dies garantierte auch die Einbindung in das Überwachungssystem der DDR. Vgl. Materialbox Vùng Biên Giói, http://riminiprotokoll.de/materialbox/vung-bien-gioi/77–0-DDR und +SRV.html, letzter Zugriff am 10.3.2015.
- 9 In dem Memorandum legten die Ost-MSOs erstmals gemeinsam ihre Position dar. Memorandum »Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Chancen. Risiken. Aufgaben.«, http://www.dienhong.de/wp-content/uploads/2011/03/memorandum.2003.pdf, letzter Zugriff am 10.3.2015.
- 10 Für die Informationen danken wir den Gesprächspartnern der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e. V. und dem Multikulturellen Zentrum Dessau.
- 11 Interkulturelles Zeitzeugenportal Sachsen-Anhalt, http://www.zeitzeugen-interkulturell. de, letzter Zugriff am 10.3.2015.
- 12 Kooperationspartner sind hier das Vietnam-Zentrum Hannover (VNZ) und in Sachsen-Anhalt der Verein für Ausbildung, Fortbildung und Soziales (AFOS e.V.) in Naumburg /Saale sowie das Institut für sozial- und erziehungswissenschaftliche Fortbildung.
- 13 Zwei Beispiele für Netzwerke sind: MISO http://www.misonetz.de und Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V., http://www.lamsa.de, letzter Zugriff am 10.3.2015.



Die politische Untergrundzeitschrift »Grenzfall« (herausgegeben ab 1986 in Ost-Berlin).

#### Dirk Moldt

# Die frohe Botschaft des Widerstands

Aufarbeitung von SED-Unrecht. Erfolge, Metamorphosen, Katastrophen, Auswege.

Dirk Moldt engagierte sich seit Mitte der 1980er Jahre in der offenen Jugendarbeit, der Kirche von Unten und der Umweltbibliothek Berlin sowie in verschiedenen Theater- und Bandprojekten. Seine SED-kritischen Ansichten publizierte er im Samisdat (im Eigenverlag, außerhalb der staatlichen Zensur). Als Akteur der Friedlichen Revolution setzt er sich in diesem Essay mit der Erinnerung an diese Zeit und ihre Protagonisten auseinander.

#### Ein neues 1968?

Bezogen auf das SED-Unrecht leben wir aufarbeitungspolitisch heute im Jahr 1970. Zumindest, wenn man das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Aufarbeitung des NS-Unrechts als Bezugspunkt für diesen Vergleich heranzieht. So manche hatten auf ein neues 1968 gehofft, auf eine zweite Revolution, in der Heranwachsende fordernd und aufbegehrend das Tun und Lassen ihrer ostdeutschen Eltern in der Diktatur hinterfragen. Doch das ist ausgeblieben und wird auch nicht mehr kommen. Vielleicht, weil über das DDR-Unrecht nicht nur geschwiegen wurde – anders als über das NS-Unrecht in der ersten Nachkriegszeit?

Also keine zweite Revolution. Wobei Revolutionen nicht immer adäquate Mittel sind, um Ereignisse voranzutreiben. Schließlich weiß man nie genau, wie es ausgeht. Noch schlimmer ist es, wenn Revolutionäre hinterher behaupten, dass sie schon immer genau das gewollt haben, was am Ende herausgekommen ist. Unaufrichtigkeit ist das Letzte, was den Helden zu Gesicht steht. Wer über die 1989er Revolution spricht, muss über Erfahrungen des Scheiterns sprechen und ganz andere Töne anschlagen als die seit Jahren immer wieder zu vernehmenden eintönigen Heldengesänge. Auch ich gehöre zu jenen Besungenen und fühlte mich immer unwohl, wenn das Trällern losging: »Von wem reden die da eigentlich?« Wohin es führt, sieht man am gegenwärtigen Dilemma, nämlich den falschen Narrativen, die über die DDR und den Widerstand gegen die SED-Diktatur kursieren. Weil sie ja doch irgendwann korrigiert werden müssen, wäre es doch günstig, jetzt, 25 Jahre nach der Revolution, damit zu beginnen. Denn daran, dass sie sich ändern müssen, zweifele ich nicht.

#### Ratlose Revolutionäre?

Längst sind die Zeiten vorbei, in denen jedes Mal, wenn in der Bundesrepublik etwas nicht so demokratisch lief, wie es sollte, nach DDR-Revolutionären gerufen wurde. Zuletzt tat es der Schriftsteller Ingo Schulze im April 2013 in seiner Laudatio für Christoph Hein, doch eher abwertend, indem er vielen »ehemaligen« Bürgerrechtlern vorwarf, sich als Sieger eingerichtet zu haben.¹ Die Öffentlichkeit hat sich damit abgefunden, dass von den Revolutionären von damals nichts mehr zu erwarten ist. Niemand vermisst sie. Warum? Vielleicht, weil einige ihrer Postulate, auf die sie sich stets berufen hatten, in den letzten Jahren ad absurdum geführt wurden, zuletzt das von der Unantastbarkeit der freien, ungestörten Kommunika-

tion in der demokratischen Gesellschaft. Zerstört wurde es durch hohe Beamte ausgerechnet des Staates, der vielen als Mutterland der Freiheit gilt. Suchbegriffe wie Attac, Occupy, Wikileaks, Snowden oder NSA bekommen auf den Homepages von SED-Unrecht-Aufarbeitungsinitiativen so gut wie keine Treffer. Kein Wunder, denn diese Vereine haben sich der Aufklärung nach hinten, in die Vergangenheit verschrieben. Es scheint, als hätten sie sich dem Engagement gegen etwas Unrechtes verschrieben, das in einer längst vergangenen Welt und in fremden Ländern wütete, einer Welt, die mit der unseren kaum noch in Beziehung steht. Aus den Protagonisten des Widerstands, des wütenden Protests, sind Freunde der gepflegten Geschichtsbilder geworden.

## Fragwürdige Geschichtskenntnisse

Nach meiner Erfahrung wissen Schüler über die DDR erschreckend wenig. Namen und Ereignisse aus der NS-Zeit, der DDR und der Bundesrepublik geraten fast immer durcheinander. Sicher, Geschichte ist nicht jedermanns Sache. Doch auch sehr interessierte und belesene Schüler liegen, gebildet durch realitätsferne Narrative, beim Thema DDR fast immer vollkommen daneben. Um nur ein prägnantes Beispiel zu nennen: Ich lasse gern in Führungen und Diskussionsveranstaltungen den Prozentsatz der DDR-Bürger schätzen, die im Mai 1989 dem SED-Wahlvorschlag zugestimmt, also ihren Wahlzettel ohne Änderung gefaltet in die Urne geworfen haben. Damals konnte erstmalig durch vergleichbare Referenzzahlen der Wahlbetrug eindeutig belegt werden. Die Schüler glauben, dass die DDR-Bürger mehrheitlich gegen die SED-Herrschaft waren und schätzen deren Zustimmung für den Wahlvorschlag gewöhnlich zwischen nur 30 bis 60 Prozent - selbst die Schüler, denen das Wahlsystem der DDR geläufig ist. Ihr Staunen ist jedoch groß, wenn sie die tatsächliche Zahl erfahren: 85 bis 90 Prozent der DDR-Bürger haben dafür gestimmt! Wie geht das? Die Antwort ist einfach: Eine Diktatur ist nicht die Herrschaft einer Minderheit, sondern sie funktioniert nur, wenn sie die Massen hinter sich weiß, wenn sie zusammen mit einer großen Mehrheit über kleine Minderheiten herrscht. Auf dem Studierpult Lenins und seiner Nachfolger mögen sich die Werke von Marx und Engels gestapelt haben, doch unter dem Kopfkissen lag der Machiavelli. Und nach dem haben sie auch gehandelt.

Woher das falsche Wissen? Woher die realitätsfremden Narrative? Sie sind die Folge einer miserablen Lösung des aufarbeitungspolitischen Problems, vor dem man nach dem Ende der SED-Diktatur stand: Wie klärt man die

ehemaligen DDR-Bürger über den Unrechtsstaat auf und bekommt sie zugleich auf seine Seite? Doch nicht, indem man ihnen klarmacht, dass sie Mitläufer in einem System waren, das sich durch Verbrechen an der Macht hielt. Ein System, in dem sie sich selbst gemütlich eingerichtet hatten, eine schweigende, wegschauende Mehrheit bildeten, oder gar Mittäter waren. Nein, ihnen galt es beizubringen, dass sie bei allem, was sie getan haben, eigentlich Opfer gewesen sind. Verführte. Denn: Das Volk ist gut! Nur die Partei mit ihrem Machtapparat war böse. Als Rechtfertigungsargument für unedles Verhalten in der Vergangenheit wird immer wieder gern das altbewährte und stets hoch im Kurs stehende: »Man musste ja, sonst wäre man!« strapaziert oder die Westvariante: »Ich wüsste nicht, was ich getan hätte!« Das sind Metaphern der Antiaufklärung.

Dennoch, oder gerade deshalb, erscheint die Bewältigung des SED-Unrechts, wie sie weitläufig praktiziert wurde, als ein großangelegtes DDR-Mitläufer-Reinigungsprogramm. So blöd sind die Jugendlichen von heute aber nicht, dass sie nicht merken, wie einerseits in der Schule beim Thema DDR Zwang und Unrechtsstaat gelehrt werden, aber Mutti und Vati feuchte Augen kriegen, wenn sie von den Hausgemeinschafts- und Datschenfesten erzählen und Pionierlieder singen. Den eigenen Eltern wird natürlich mehr geglaubt, als den merkwürdig uncool erscheinenden und unmöglich in den Medien präsentierten DDR-Widerständlern. Die DDR von ihrer merkwürdig immensen Integrationskraft her zu erklären, und damit die Sache grundsätzlich anders anzugehen, wäre das genaue Gegenteil von dem, was politisch intendierte Aufarbeitungstrusts bisher getan haben. Solange »Keiner-wollte-die-DDR!« gehämmert wird, kann man jede glaubwürdige Aufarbeitung vergessen.

## Selektive Schuldzuweisungen

So wichtig und notwendig die öffentliche Ächtung der Staatssicherheit und ihrer inoffiziellen Mitarbeiter war, so nachteilig wirkte sich diese einseitige Konzentration auf die Diktaturaufarbeitung aus. Denn auf sie stürzten sich mit Wutgeheul die Journalisten, Politiker, Pädagogen, Publizisten, alle, ich will mich selbst gar nicht ausschließen. Endlich hatte man die Schuldigen, so glaubte man. Was vergessen wurde und was vielleicht auch vergessen werden sollte, waren die vielen Angepassten, die Mitmacher. Weitaus weniger hart traf die öffentliche Verachtung die Volkspolizisten und ihre vielen freiwilligen Helfer, die wachsam patrouillierten, damit keiner eine verbotene Losung an die Wand schrieb. Ebenso wenig traf es die

unteren und mittleren Funktionäre der Blockparteien, die sich so freiwillig wie zuverlässig den Direktiven der SED fügten. Was ist mit den Lehrern, die ihre Schüler wegen unliebsamer Äußerungen zur Verantwortung zogen, was mit den Richtern und Schöffen, die Alkoholiker, unangepasste Jugendliche und kritische Künstler wegen angeblicher Asozialität verknackten? Was ist mit den denunzierenden Nachbarn, mit all denen, die der Volkspolizei und den Mitarbeitern des Innenministeriums bereitwillig Auskunft gaben? Was ist mit den wachsamen Bürgern, die im Grenzgebiet jeden Fremden meldeten, was mit den Journalisten, die auf Anweisung den größten Unsinn zusammenschrieben? Sie waren zuverlässige Stützen des SED-Staats, die man nun brauchte, um den neuen Staat der Einheit aufzubauen. Viele von ihnen verstanden die Kampagnen gegen die inoffiziellen Mitarbeiter nach 1990 als Angebot, »das Böse« auszukehren, sich mit öffentlichen Bekenntnissen rein zu waschen, mit Bekenntnissen, die sie stets zu liefern gewohnt waren. Wohlgemerkt, etliche haben ihr Mittun inzwischen eingesehen, obwohl nur wenige darüber sprechen. Und es gab natürlich Aufrechte in der DDR, die sich enthielten und sich für Betroffene einsetzten. Doch sie waren nicht oft zu vernehmen.

Ein neues demokratisches Gemeinwesen mit Menschen aufzubauen, die in den Jahren davor angepasst und systemtreu waren, ist eine schwere Aufgabe. Das Integrationsangebot, das zulasten der inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unterbreitet wurde, sorgte für halbwegs stabile Verhältnisse. Dabei schien die Tatsache, dass die neu entstehenden Narrative über die DDR nicht unbedingt das wiedergeben, was sich tatsächlich ereignet hat, möglicherweise als das geringere Übel.

## Begriffe, die verklären

Die schwersten Schäden trugen – wie schon angedeutet – die Revolutionäre selbst davon. Waren sich ihre Gruppen schon in den 1980er Jahren selten einig, so sind sie jetzt fast vollkommen paralysiert, ein Zustand, der sich nicht mehr ändern lässt. Gegen ihren Willen machten sie, die einst ausgesprochen heterogene Gebilde waren, in den letzten 25 Jahren einen gewissen Homogenisierungsprozess durch, der damit begann, dass man sie mit der einheitlichen aber irreführenden Bezeichnung »Bürgerbewegte« versah. Schon in den 1980er Jahren von den Westmedien benutzt, erwies sich dieser Begriff als bedeutend leichter handhabbar, als das Wort »Friedensbewegte«, denn Konservativen im Westen war die politische Ausrichtung der Anhänger der Friedensbewegung ausgesprochen suspekt. Dabei

bestand sie auch im Osten aus etwa der gleichen Klientel: anarchistisch orientierte Basisgruppen, linke Christen, Ökos, Sozialisten, Hippies, Punks, Ostermarschierer, Individualisten und dergleichen. Die Basisgruppen in der DDR führten keine übergreifende Eigenbezeichnung. Selbst den Begriff (außerparlamentarische) Opposition lehnten sie ab, weil er im Westen Deutschlands etwas ganz anderes unter anderen Verhältnissen bezeichnete. Wie in der DDR-Widerstandsliteratur zu lesen ist, stimmt die im Westen kursierende Vorstellung von »bürgerbewegt« nur zu einem geringen Teil mit ihren eigenen Vorstellungen überein. Mitte der 1980er hatten einige von ihnen in Diskussionen versucht, einen Kanon der Bürgerrechte zu etablieren. Andere, die weit überwiegende Mehrheit – das lässt sich an ihrem Schrifttum überprüfen – hielten dagegen, dass solche Freiheitsstandards für sich allein nicht ausreichten, sondern nur durch radikale soziale Reformen in der Gesellschaft umgesetzt werden können.

Der Teil der Widerstandsbewegung in der DDR, der tatsächlich als »Bürgerrechtsbewegung« bezeichnet werden kann, war zumindest in Berlin aufgrund der wütenden Verfolgung durch die Staatssicherheit ab Anfang 1988 bis zum Sommer 1989 oft nur dann noch wahrnehmbar, wenn sein Engagement von zahlenmäßig bedeutenden Ausreisegruppen begleitet wurde. Die meisten Basisgruppen distanzierten sich von den neuen Zusammenschlüssen der Ausreisewilligen, weil sie die Erfahrung gemacht hatten, dass mit ihnen eine Zukunft, ja selbst ein temporäres Zusammengehen in der DDR nicht möglich war. Nichtsdestotrotz wurde die Bezeichnung »Bürgerrechtler« fälschlicherweise auf alle anderen Gruppen übertragen: Wehrdienstverweigerer, Anarchisten, kirchliche Sozialarbeiter, Hippies, Punks, praktisch alles, was gegen die SED auftrat.

Weil »Bürgerbewegte« dem Namen nach das Ziel der freiheitlich-bürgerlichen Gesellschaft anstreben, eignet sich der Begriff hervorragend als Vehikel zur Uniformierung der äußerst heterogenen DDR-Gruppen mittels eines »geschichts-fantastischen« Integrationsprozesses. Dabei wird ausgeklammert, dass selbst die Protagonisten dieser »bürgerrechtlich« argumentierenden Gruppen Menschen mit Zick-zack-Biografien sind, ehemalige Sozialrevolutionäre, Aussteiger und Antibürger im wahrsten Sinne des Wortes. Es wäre sinnvoll, von dem Mythen erweckenden Begriff »Bürgerrechtler« Abstand zu nehmen. Hierfür muss allerdings erst der Mythos der Abwesenheit eines DDR-Bürgertums fallen. Was ist denn mit bürgerlich gemeint, das Bild vom Citoyen, dem mündigen Bürger, der über sich selbst bestimmt, oder das dazu kontrastierende einer angepassten sozialen Gesellschaftsschicht, die sich in Diktaturen als überaus zuverlässig erweist? Die Auffassungen bei den Regierungsverantwortlichen in der DDR vom sozia-

len Leben der Menschen, von Kultur, Kunst, von Familie, von Emanzipation, von nahezu allem, waren kleinkariert, piefig und entsprachen damit bürgerlichen Werten, an denen sich auch die meisten Proletarier orientierten: Zufriedenheit, Stabilität, abschätzbare Risiken, Ruhe und Dankbarkeit gegenüber Funktionären, die das alles ermöglichten.

Vereinfachende Unterteilungen in »gut« und »böse« helfen jedenfalls nicht weiter, ebenso wenig der Versuch, zwischen mehr oder weniger relevanten Oppositionsgruppen, linken und demokratischen, zwischen einem »menschenrechtlich orientierten Teil der Opposition« und einem anderen – wohl nicht menschenrechtlich? – orientierten, zu unterscheiden. Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Jugendarbeiter, Hippies und Punks – die den weit überwiegenden und auch aktiveren Teil derjenigen ausmachten, die gegen das SED-Regime unterwegs waren, kippten aus der Geschichte, wenn sie nicht entsprechend einzuordnen waren. Punks in einer bürgerlichen Revolution? Das geht einfach nicht!

Die überlebensnotwendige Distanzierung einiger Berliner Basisgruppen von Ausreisewilligen brandmarkt man jetzt als Entsolidarisierung und die Ausreiser als mutig in Erscheinung tretende Symptomträger der noch offenen deutschen Frage.<sup>3</sup> Tatsache ist, dass die Basisgruppen die Ausreiser größtenteils als kurzsichtig und extrem egoistisch erlebten. Ich erinnere mich noch gut daran, wie diese Leute in den Räumen der Umweltbibliothek standen, so dass an eine ungestörte Arbeit nicht zu denken war. Fragte man sie, ob sie sich einbinden lassen wollten, antworteten sie mit Schweigen. Es war gespenstisch. Aber diese Wahrnehmung gilt nichts gegen die neuen Geschichtsbilder.

Leider haben es die Aufarbeiter- und SED-Opferkreise nie vermocht, ihre geschlossenen Zirkel zu öffnen. So unglaublich es klingt, in kaum einem anderen Umfeld hat sich der alte DDR-Mief so beharrlich gehalten wie in ihren informellen Kreisen. Den Ton geben seit Jahrzehnten jene alten Herren – und kaum Frauen – an, die ihn bereits in den 1980er Jahren führten. Entsprechend originell ist ihr Kommunikationsverhalten, sind ihre Gesprächsangebote und Ideen für Aufarbeitungsinitiativen.

Anstelle der Darstellung der kulturellen, sozialen und politischen Vorstellungen der Widerständigen, die selten mit den gegenwärtigen Narrativen über die Basisgruppen übereinstimmen, werden lieber bequem handhabbare Opfer vorgeführt, um das SED-System zu diskreditieren. Doch das öffentliche Desinteresse an so unattraktiv wirkenden Opfern und Gegnern der Diktatur ist ebenfalls eine wichtige Ursache für die defizitären Vorstellungen über die DDR. Diese Tatsache schmerzt jene Opfer und fügt ihren alten Verletzungen noch weitere hinzu. Ein Kreislauf, der echtes,

wirkliches Leiden erzeugt, das man ihnen auch ansieht. So schauderhaft es klingt, mir scheint, dass ein doppelter Leidens-Geld-Kreislauf entstanden ist, den ich »Frustrations-Trust« nenne.

## Eine neue Geschichtspolitik

Können Wege aus dem Dilemma gefunden werden? Wie vermittelt man den Menschen, vor allem Heranwachsenden, die durch extrem widersprüchlich erscheinende Narrative verunsichert sind, ein glaubhaftes Bild von den Ereignissen in der DDR und wie gibt man den Revolutionären ihre Geschichte und ihre Würde zurück? Hier einige Vorschläge.

Geschichtspolitik: Wir leben in einem Zeitalter der Individualisierung der Geschichtsbilder. Die extrem divergierenden Erinnerungen lassen inzwischen so viele unterschiedliche SED-Staaten entstehen, wie es ehemalige DDR-Bürger gegeben hat. Es wäre falsch, den einseitigen Darstellungen, die sich durchgesetzt haben, neue Dogmen hinzuzufügen. Stattdessen sollten plausible Geschichtsbilder angeboten werden, die sich an zeitgenössischen Quellen orientieren. Harte Fakten wie Mauer, Schießbefehl, Militarisierung, menschenferne Ideologie oder bewusste Verstöße der Parteiorgane gegen die eigenen Gesetze lassen sich genauso wenig »wegerinnern« wie deren Resultate: permanente Mittelmäßigkeit, Umweltzerstörung, eine realitätsferne Borniertheit der Behörden und Parteiorganisationen gegenüber den Interessen der Menschen, am Ende Zerfall und Sturz des Systems. Forschung und Aufarbeitung haben immens viel geleistet. Die Heterogenität der Interpretation sollte nicht mehr als Bedrohung, sondern als komplexe Realität anerkannt und als Chance begriffen werden. Ich empfehle, in der Erinnerungspolitik stärker auf offene und integrierende Vorstellungen zu setzen. Positiv empfundene Wahrnehmungen und Tradierungen von der DDR, wie soziale Sicherheit, Solidarität, Gemeinschaftsgefühl, Leistungsbewusstsein, geringe Kriminalität und so weiter als minderbemittelt und aufklärungsfeindlich abzuqualifizieren, ist ebenso einseitig, wie die Unterstellung eines demokratischen Konsens sowohl in der DDR-Bevölkerung als auch in den widerständigen Gruppen.

Aufarbeitung und Wissenschaft: Eine Möglichkeit zur Korrektur von realitätsfernen Narrativen besteht in der Kennzeichnung von wissenschaftlich aufgemachter Bekenntnisliteratur. Ähnlich wie die Wirtschaft die Schädlichkeit fauler Kredite einzugrenzen versucht, indem sie diese in »Bad Banks« parkt, könnte die Wissenschaft zu ihrem Schutz jene Werke der in wissenschaftlichem Gewand erschienenen Aufarbeitungsliteratur,

die als politisch intendiert indiziert wurde, einer »Bibliothek der Würde« zuordnen. Immerhin ist sie auch als enttarnte Bekenntnisliteratur immer noch von hohem authentischen Quellenwert. Dazu sollten entsprechende Parameter wie Quellennähe und die erkennbare politische Intention der Autoren und der Förderer diskutiert werden.

Museen: Der Mangel an hinreichend qualitätsvollen und überzeugenden museumspädagogischen Konzepten an außerschulischen Lernorten beruht weniger auf der Widersprüchlichkeit kursierender Narrative als auf ihrer Unglaubwürdigkeit. Grund sind weniger die Pädagogen aus den Reihen der 68er, die sich weigern, das Scheitern ihrer Utopie anzuerkennen, sondern die generelle Abneigung unserer Gesellschaft, sich auf fremde Denkmodelle einzulassen. *DDR-Lernen* ist wegen der Komplexität des Themas extrem mühevoll und befremdlich.

Aufarbeitung und Öffentlichkeit: Wesen und Wirkungsweise der, wie ich glaube, im Selbstlauf entstandenen »Frustrations-Trusts« wären zu untersuchen und präzise zu beschreiben, gerade auch hinsichtlich der sich im Leidenskreislauf befindlichen Opfer und Widerständler.

Schrifttum der Widerständigen: In den letzten DDR-Jahren wurden an mehr als 35 Orten über 180 staatskritische Zeitschriften herausgegeben, davon etwa 60 Einzelpublikationen (Flugblätter und künstlerischer Samisdat noch nicht mitgezählt). Etliche zehntausend Seiten mit Berichten, Kommentaren, Polemiken, Streitschriften, Konzepten, Ideen, Erfahrungen und so weiter schlummern so gut wie ungelesen in Pappkartons. Wer kennt sie alle? Kann man sich, ohne wenigstens einen Überblick über sie zu haben, wirklich als DDR-Experten bezeichnen? Ein Projekt zur Digitalisierung wichtigster Samisdat wurde vollendet, die Dateien sind öffentlich zugänglich.<sup>4</sup> Doch ohne eine notwendige historische quellenkritische Einordnung der Ausgaben und ihrer Herausgeberkreise fehlt den Texten die Einbindung in das damalige Geschehen. Kritisch kommentierte Quelleneditionen als Grundlage wissenschaftlichen Arbeitens sind für andere historische Epochen längst Standard. Die Antwort auf die Frage, warum ausgerechnet das Schriftgut der DDR-Widerständler extrem mangelhaft publiziert und kritisch kommentiert wurde, ist möglicherweise in der Tatsache zu finden, dass in den Texten oft das genaue Gegenteil von dem steht, was heute in den Narrativen über Widerstand in der DDR kursiert.

#### Widerständler mit Würde

Indem man die ehemaligen Widerständler zurück zu ihren alten Worten bringt und in eine Zeit zurückversetzt, in der sie jung und experimentierfreudig waren und etwas erleben und verändern wollten, werden sie gezwungen sein zu erklären, dass und warum sich ihre Ansichten geändert haben. Damit bekämen sie nicht nur ihre Worte zurück, sondern auch ihre Würde. Erst wenn die jungen Leute das Gefühl haben, dass es bei diesen Geschichten auch um sie selbst geht, um Fragen, die auch sie bewegen, werden sie Interesse zeigen und vielleicht sogar von ganz allein kommen. Bei allem notwendigen Respekt vor den Leiden der Opfer: Widerstand war auch eine Quelle der Hoffnung, des Lachens, der Freude, war Empowerment, bestärkte Liebe, Zuneigung und vor allem Zuversicht. Die Widerständler wollten etwas erreichen und sind daher nicht als Verfolgte sondern eher als Verfolger anzusehen. Widerstand war Freizeitbeschäftigung – irgendwo musste es Spaß machen, er war die Frohe Botschaft der Unangepassten.

Eine andere Aufarbeitung ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Sie muss das Ziel haben, sich widersprechende Geschichtsbilder und sich widersprechende und auch verändernde Vorstellungen von einer freien Gesellschaft zu erklären. Sie muss Lust darauf machen, diese Prozesse zu verstehen, sie ernsthaft aber auch spielerisch zu verarbeiten und damit die Zukunft mitzugestalten. Natürlich ist das ein Wagnis, einzugestehen manches falsch gemacht zu haben. Aber es ist die einzige Möglichkeit, vor den Heranwachsenden zu bestehen.

## Anmerkungen

- 1 Laudatio von Ingo Schulze zur Verleihung des Internationalen Stefan-Heym-Preises an Christoph Hein am 10.4.2013, in: http://www.chemnitz.de/chemnitz/media/download/stadt\_chemnitz/stadtportrait/20130410\_heympreis\_laudatio.pdf, letzter Zugriff am 15.3.2015.
- 2 Über die neuen Basisgruppen in der Revolutionszeit heißt es: »Vor allem die basis-demokratisch-anarchistisch Gesinnten verweigerten sich weitgehend. Punks-Antifagruppen und subkulturelle Gruppierungen, die teilweise auch in kirchlichen Zusammenhängen agierten.« Ehrhart Neubert, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008, S. 91. Danach kommen sie in Neuberts Buch trotz ihres großen Engagements nicht mehr vor.
- 3 Ebd., S. 53 f.
- 4 Die Dateien sind unter http://www.ddr-samisdat.de abrufbar. Letzter Zugriff am 10.2.2015.



Die an der neuen DDR-Regierung beteiligten Parteien unterzeichnen in der Volkskammer in Berlin die Koalitionsvereinbarung. V.l.n.r.: Rainer Eppelmann, Markus Meckel, Lothar de Maizière, Hans-Wilhelm Ebeling und Rainer Ortleb.

# »Wer kann das, alltäglich ein Held sein?« Interview mit Rainer Eppelmann und Markus Meckel am 19. Februar 2015 in Berlin, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Am 18. März 1990 fand die erste und einzige freie Wahl der Volkskammer der DDR statt. Rainer Eppelmann und Markus Meckel – beide DDR-Oppositionelle – gehörten ihr bis zu ihrer Auflösung am 2. Oktober 1990 an. Rainer Eppelmann diente zudem als Minister für Abrüstung und Verteidigung und Markus Meckel als Außenminister im Kabinett von Ministerpräsident Lothar de Maizière. Im vereinigten Deutschland gehörten sie beide mehreren Deutschen Bundestagen an. Das Deutschland Archiv hatte die Gelegenheit, mit beiden zu sprechen: über ihre Karrieren, ihre Rollen

als Neu-Politiker aus der untergegangenen DDR sowie ihre Wirkung und Positionen im vereinten Deutschland.

DA: Herr Eppelmann, Herr Meckel, es freut uns, mit zwei so profilierten Vertretern einer Politikergeneration sprechen zu können. In Ihren Biografien finden sich Parallelen: Sie haben beide Theologie studiert und beide haben Sie in der DDR den Wehrdienst verweigert. Wie kam es zu diesen Entscheidungen und welchen Einfluss haben diese auf Ihr politisches Handeln vor und nach 1990?

Rainer Eppelmann: Bei mir waren beides irgendwie erzwungene Entscheidungen. Die Wehrdienstverweigerung hatte bei mir etwas mit Auschwitz zu tun. Ich wollte nie in eine Situation kommen, in der mir ein Mensch sagen kann: Du hast per Eid versprochen, dass Du alles machst, was ich Dir sage. Zudem gab es theologische Gründe. Und der dritte Grund war, dass ich mich nicht für diejenigen einsetzen wollte, die am 13. August 1961 so brutal in mein Leben eingegriffen haben. Der 13. August hat bei uns zur Familientrennung geführt. Mein Vater hat in West-Berlin gearbeitet und ist »drüben« geblieben, wo er seine Arbeit hatte, weil die Eltern dachten, das dauert nur ein paar Monate. Daher war der 13. August für mich der entscheidende Wendepunkt, vorher war ich vermutlich relativ unpolitisch. Nun sah ich aber, was für ein fürchterliches, despotisches System das war.

Auch mein Theologiestudium ist eine Folge des 13. August 1961. Wäre es mir möglich gewesen, das Gymnasium in West-Berlin abzuschließen, hätte ich vermutlich versucht, Architektur zu studieren. Doch in Ost-Berlin konnte ich kein Abitur machen und in West-Berlin nur bis zum 13. August 1961. Da blieb mir nichts anderes übrig.

Mit Mitte 20 stellte ich mir die Frage, was ich die nächsten 40 Jahre meines Lebens machen wollte. Wenn ich schon vermutlich keine Chance hatte, glücklich zu werden, dann wenigstens zufrieden. Was war mit meiner Biografie möglich? Keine Pioniere, keine FDJ, Militärknast. Ich hatte inzwischen eine Ausbildung als Maurer gemacht, doch spätestens in der Zeit als Bausoldat war mir klar geworden, dass ich das nicht bis an mein Lebensende machen wollte.

Die einzige Alternative, die mir einfiel, war die Not der evangelischen Kirche in der DDR. Bis zum 13. August 1961 bekam sie den theologischen Nachwuchs aus den bundesdeutschen Landeskirchen. Junge Leute,

die ihr Studium gerade abschlossen und nicht gleich eine Stelle im Westen fanden, wurden gefragt, ob sie nicht Lust hätten, für ein paar Jahre in die DDR zu kommen.

Nach 1961 wurde dies schwieriger. Die Kirche richtete nun zwei Theologische Fachschulen ein, in Erfurt und in Berlin. Ich war auf dem Paulinum in Berlin. Aufnahmebedingung war mittlere Reife, eine abgeschlossene Berufsausbildung und wenn möglich auch noch ein paar Jahre Berufserfahrung. Das hatte ich alles und konnte Theologie studieren. Allerdings nur für das Gemeindepfarramt, nicht für eine akademische Laufbahn.

So bin ich in diese wesentliche Entscheidung meines Lebens etwas ahnungslos hineingestolpert. Letztlich war es aber genau das Richtige für mich, der Umgang mit Menschen und eine Freiheit, die Du sonst in der DDR kaum finden konntest. Auch die ökonomische Unabhängigkeit war attraktiv. Ich bekam mein Gehalt von der Kirche und konnte nicht von irgendwelchen staatlichen Funktionären erpresst werden.

Markus Meckel: Ich habe diese beiden Punkte beide freiwillig und engagiert vollzogen. Ich bin in einem evangelischen Pfarrhaus aufgewachsen, meine Mutter kam aus Berlin Britz, was dann plötzlich West-Berlin war. Mein Vater stammte aus Wuppertal, er war Offizier der Wehrmacht und in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, er kam Ende 1949 zurück, wenige Tage vor Gründung der DDR. Meine Eltern hatten in Kriegszeiten schon geheiratet, hatten sich jahrelang nicht gesehen und dann aber entschieden, im Osten zu bleiben. Der Grund war, wie eben schon erwähnt, dass die Kirche Leute suchte, die bei den Gemeinden blieben. Und auch in einem solchen System muss man Gemeinden begleiten. Meine Mutter soll, so sagt die Familientradition, gesagt haben: «Du kennst die Russen, Du weißt, wie man damit umgeht».

1950 wurde mein Vater Pfarrer in Hermersdorf, einem kleinen Dorf in der Nähe von Buckow in der Märkischen Schweiz. Im nahen Müncheberg bin ich geboren. Wir sind dann erst 1959 mit meiner Einschulung nach Berlin gekommen, haben in dem Berliner Missionshaus gewohnt, dort, wo auch das Paulinum in der obersten Dachetage untergebracht war. Mein Vater war zudem Missionsinspekteur, zuständig für Südafrika, das heißt, die Probleme mit der Apartheit hab ich als Junge zuhause am Abendbrottisch kennengelernt. Auch die Frage, was christlicher Glaube mit Gesellschaft zu tun hat, wurde dort diskutiert. Gleichzeitig war mein Vater Öku-

mene-Referent der Evangelischen Kirche der Union, sodass ein gewisser grenzübergreifender Bezug nicht nur durch die Biografie meines Vaters, sondern auch durch diese institutionelle Dimension ständig präsent war.

Wir hatten unsere gesamte Verwandtschaft im Westen. Mit dem Mauerbau 1961 wurde dieses Haus zu einem intensiven Kommunikationszentrum zwischen Ost und West. Jede Gemeinde in der DDR hatte ja eine Partnergemeinde im Westen. Und wo konnte man sich treffen nach Mauerbau und Passierscheinabkommen? In kirchlichen Räumen.

Das heißt, ich bin in der kirchlichen Jugendarbeit aufgewachsen, quasi als «Berufsjugendlicher» für die Begegnung von Ost und West. Wir hatten Diskussionen mit denen, die in der Schulzeit ihre Ost-Reisen hatten. So wuchs ich in einer absoluten Sondersituation auf. Durch diese Kontakte war die Mauer sozusagen ständig durchbrochen und man konnte den Horizont erweitern.

#### DA: Prägen solche Erlebnisse einen bestimmten Politikstil?

Markus Meckel: Natürlich prägte es ganz stark, dass man nicht in diese DDR-Provinzialität eingesperrt war und diese Begegnungen hatte. Das Gästebuch meiner Eltern verzeichnete mal an einem Tag Gäste aus zehn verschiedenen Ländern. Das war ja schon im Westen ungewöhnlich, aber für die DDR war das völlig exotisch. Es gibt da Einträge aus Japan, Südafrika, USA, natürlich aus der Bundesrepublik, aus Großbritannien und eben aus Polen, Ungarn und der Sowjetunion.

Als Ökumene-Referent kümmerte sich mein Vater auch um die Partnerschaft mit der orthodoxen Kirche, das heißt es waren oft Russen am Tisch, aber auch Vertreter der Minderheitenkirchen in Ost-Mittel-Europa. Diese Kontakte reichen für mich bis in die Gegenwart: Ich war mit dem Vater als 14-jähriger das erste Mal in Polen, 1968 in der Tschechoslowakei und in Ungarn, 1971 in Rumänien. Ich bin jedes Jahr seit Anfang der 1970er Jahre durch Ost-Mittel-Europa getrampt. Später, während meiner außenpolitischen Tätigkeit im Bundestag, traf ich zum Teil Leute, die ich aus dieser früheren Zeit kannte. Ich bin bis heute mit einem ungarischen Abgeordneten des Europaparlaments befreundet, dessen Vater ich schon in den 1970er Jahren in Siebenbürgen in Rumänien getroffen hatte.

Die Wehrdienstverweigerung war für mich ein ganz zentraler Moment meines Lebens. Ich habe damals mit 17 Jahren den Wehrdienst total verweigert, hatte aber das große Glück, nicht verhaftet zu werden und ins Gefängnis zu kommen. In der Jugendarbeit haben wir dann gezielt zu Friedensfragen gearbeitet. Wir machten Seminare mit Leuten, die ebenfalls den Wehrdienst verweigert hatten. So etwas war nur in der Kirche möglich. Auch gab es nur in den Kirchen Informationen darüber, dass es Bausoldaten gab oder auch die Möglichkeit, total zu verweigern.

Später habe ich den Text meiner Wehrdienstverweigerung wiedergefunden. Und der hatte einerseits einen stark pazifistischen Zug. Ich schrieb, dass Konflikte nicht mit Gewalt gelöst werden dürfen. Andererseits gab es auch einen sicherheitspolitischen und gleichzeitig nationalen Aspekt. Wenn es zu einem Krieg gekommen wäre, hätte ich auf meine Verwandten im Westen schießen müssen. Und das lehnte ich ab. Eine weitere wichtige Dimension war die Erinnerung an die Bekennende Kirche, also den begrenzten, aber doch vorhandenen Widerstand im Nationalsozialismus. Dieser spielte bei uns, auch in der kirchlichen Jugendarbeit, eine immense Rolle. Mein Vater kam aus der Gefangenschaft und war Pazifist geworden. Von daher sind diese Fragen für mich immer wichtig gewesen und die Entscheidungen kamen gewissermaßen automatisch.

Ich kam auf die Erweiterte Oberschule, das Graue Kloster in Berlin, und hatte die Chance, Griechisch und Latein zu lernen. Seit meinem fünften Lebensjahr wollte ich Pfarrer werden. Die Gründe dafür waren natürlich zwischen dem Fünfjährigen und dem 20-Jährigen, der studierte, durchaus unterschiedlich. Ich bin in diese Entscheidung irgendwie hineingewachsen und habe sie nie bereut.

Nach der 10. Klasse bin ich von der Schule geflogen und hatte das Glück, dass es diese kirchlichen Schulen gab, wo man auch Abitur machen konnte und diese unabhängigen kirchlichen Hochschulen, wo man Theologie studieren konnte. So kann ich nachträglich sagen, ich habe das Glück gehabt, eine hervorragende Ausbildung zu genießen, weil ich von der Schule geflogen bin. Ich habe in Hermannswerder Abitur gemacht, bin von dort aus nach Naumburg auf das Katechetische Oberseminar gegangen, ab 1974 habe ich dann auf dem sogenannten Sprachenkonvikt in Berlin in der Borsigstraße weiter studiert.

Aus dieser Situation kam ich dann dazu, was man allgemein Opposition nannte.

DA: Wenn wir das anschauen, was Sie beide über Ihre Biografien berichten, stellt sich die Frage nach den ganz realen Auswirkungen auf die heutige Politik. Die Bundesrepublik hat sich in den letzten 20 Jahren außenpolitisch auch militärisch stärker engagiert, als sie es in ihrer Nachkriegsgeschichte je getan hat. Ist das etwas, was Sie nur schwer mittragen konnten, oder etwas, was Sie eigentlich nicht mittragen können?

Markus Meckel: Ich habe im letzten Jahr im Rahmen der «Wittenberger Vorlesungen» dazu eine Rede gehalten, um deutlich zu machen, wie mein Weg vom totalen Wehrdienstverweigerer zu demjenigen, der dann im Bundestag alle Bundeswehreinsätze befürwortet hat, verlaufen ist.<sup>1</sup>

Es gab intensive Debatten innerhalb der evangelischen Kirche über die Situation auf dem Balkan und über den ersten Irak-Krieg Anfang der 1990er Jahre. Da habe ich mit Freunden, in der Kirche und in meiner Partei, intensive Diskussionen darüber gehabt, warum sich deutsche Soldaten nicht beteiligen sollten, wenn es darum ging, sicherheitspolitische Dinge durchzusetzen. Das Thema war die Frage von Sanktionen oder Exportverboten. Da gehörte ich zu einer ganz kleinen Minderheit in meiner Partei, die für die Bundesregierung mit Helmut Kohl stimmten, als es um diesen ersten Einsatz ging. Ich wurde von vielen Freunden als Verräter an der Friedensfrage angesehen. Meine Frage war immer: Was dient dem Frieden? Wir können nicht ausschließen, dass in dieser Welt, die eben nicht nur aus guten Menschen besteht, die Bösen möglicherweise mit Gewalt daran gehindert werden müssen, schlimmste Verbrechen zu begehen. Letztendlich betrachtete ich es als eine ethische Frage, also die Macht so einzusetzen, dass sie gewaltmindernd wirkt und nicht gewaltsteigernd.

Ich denke, dass die Bundesregierung in den letzten Jahren seit 1999 relativ zurückhaltend mit diesen Fragen in der Öffentlichkeit umgegangen ist. Ich habe das manchmal sogar feige genannt. Wir müssen den Menschen klare Orientierungen geben. Deshalb bin ich sehr froh, dass Bundespräsident Gauck dieses vor einem halben Jahr sehr klar und deutlich thematisiert hat, und gerade weil er aus einer ähnlichen Tradition kommt wie wir, bin ich dafür sehr dankbar.

DA: Herr Eppelmann, Sie wurden Minister für Abrüstung und Verteidigung, mit Ihrer Karriere im Hintergrund, wie sehen Sie das?

Rainer Eppelmann: Bei mir war das ein bisschen anders. Ich bin durch die Nachrichten, die ich jeden Abend durch das Westfernsehen in meine Ost-Berliner Wohnung gespült bekam, zum Pazifisten geworden. Hunderttausende gingen da auf die Straße und sagten, um Gottes Willen, nicht noch SS-20 und Pershing. Vorher war mein Thema Freiheit. Das ist es zwar immer noch, aber es wurde überlagert durch die Frage: Wie lange gibt es uns überhaupt noch? Wir sind ja gerade dabei, das ganze Leben auszurotten und den Planeten zu zerstören. Deswegen beteiligte ich mich auch, zusammen mit Robert Havemann, im Januar/Februar 1982 am Berliner Appell.<sup>2</sup> Auch all die Friedensaktivitäten in der eigenen Gemeinde, auch konkret die Friedenswerkstatt in Ost-Berlin, hingen mit diesen Einsichten zusammen.

Zudem hat mich die Vergangenheit meines Vaters in Bezug auf den Umgang mit Waffen sehr nachdenklich werden lassen. Er hat davon nie erzählt, aber es gab immer so Andeutungen meiner Mutter, dass er Unterscharführer bei der SS war und Kraftfahrer – ich hoffe, dass er da wirklich nur Kraftfahrer war – in Buchenwald. Auch solcher Geschichten wegen habe ich mir immer gesagt, dass ich niemals in eine Situation kommen möchte, in der mir einer sagen kann, er habe einen Rechtsanspruch darauf, dass ich mache, was er befiehlt.

Und dann fragte mich Lothar de Maizière, ob ich mir vorstellen könnte, Verteidigungsminister zu werden. Er hat mich das auch vor dem Hintergrund gefragt, dass es in der Samaritergemeinde, wo ich als Pfarrer tätig war, einen der am längsten existierenden Friedenskreise der DDR gab. Nun, wenn ich das ernst meinte, was ich in den letzten Jahren als evangelischer Pfarrer mit anderen zusammen, zum Beispiel mit Markus Meckel, gemacht habe, musste ich jetzt die Chance ergreifen und mich der Verantwortung stellen. Wer denn sonst? Irgendein braver General der NVA? Auf die Idee, es könnte auch einer aus dem Westen übernehmen, bin ich gar nicht gekommen. Und im Nachhinein bin ich froh, dass ich es gemacht habe.

Die Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland haben lange das vorhin angesprochene Argument akzeptiert. Sie haben gesagt, wir wollen von Euch Deutschen nicht verlangen, dass Ihr aufeinander schießen müsst, wenn es zu einem heißen Krieg zwischen Ost und West kommt. Und sie haben ihre eigenen Streitkräfte eingesetzt, die alte Bundesrepublik Deutschland musste mehr Geld auf den Tisch legen und hat sich praktisch damit freigekauft.

Die Situation war mit der Deutschen Einheit und dem Ende der Blockkonfrontation in Europa vorbei. Darüber haben sich die meisten Deutschen gefreut. Aber dass es möglicherweise auch bedeutet, mehr Verantwortung zu übernehmen, weil wir die ökonomisch stärkste und auch politisch einflussreichste Nation in Europa sind, und dass es möglicherweise bei den anderen das Bedürfnis hervorruft zu sagen, Ihr müsst Euch jetzt der Verantwortung stellen, dürfte uns eigentlich nicht sonderlich überraschen.

Wir müssen darüber nicht jubeln, aber wenn wir, was wir ja heute sind, ein anerkannter und wichtiger Partner für die anderen sein wollen, werden wir unserer Kraft und unserer Bedeutung entsprechend auch Verantwortung übernehmen müssen. Ich bin froh darüber, dass wir die Erfahrung unserer Geschichte soweit verinnerlicht haben, dass wir das nicht mit kaiserlicher Würde tun, sondern mit sehr viel Fragen und Skepsis. Und von daher ist es in Ordnung, dass wir immer neu darüber diskutieren, auch mal streiten und in jedem Einzelfall darüber abstimmen müssen. Damit nicht mehr passiert, was 1914 in Europa passieren konnte: Dass rund 10 Leute darüber entschieden haben, dass 37 Millionen Männer aufeinander losgehen. Das geht heute zum Glück nicht mehr.

# DA: Herr Meckel, Sie sind Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei in der ehemaligen DDR. Was war Ihre Motivation für diese Entscheidung?

Martin Gutzeit und ich, zwei evangelische Pastoren, waren 1988 die einzigen, die überhaupt eine Parteigründung von Anfang an gezielt betrieben haben. Wir waren der Meinung, dass zu diesem Zeitpunkt noch eine Chance vorhanden war, etwas zu ändern. Vorher, bis 1987, hatte Opposition vor allem eine moralische Dimension. Und da spielte wiederum das Vorbild des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus eine Rolle. Ich habe immer gesagt, man muss sich morgens noch im Spiegel anschauen können. Václav Havel hat es viel schöner gesagt: Er sagte »es ging darum, in der Wahrheit zu leben«.

Zivilcourage zu haben, auch mal Nein zu sagen, zu sich selbst zu stehen, das war alles kirchlicher Auftrag. Die Frage eines politischen Systems war nicht mehr unmittelbar kirchlicher Auftrag. Da ging es darum, sozusagen als Bürger etwas zu tun, und daher suchten wir nun nach einer ande-

ren Organisationsform. Erst wollten wir einen Verein gründen, aber im Januar oder Anfang Februar 1989 haben wir uns entschieden, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Damit wollten wir uns ganz gezielt in eine lange demokratische Tradition in Deutschland stellen. Das heißt, die älteste demokratische Partei, in der im 19. Jahrhundert Untertanen zu Bürgern, das heißt zu politischen Subjekten wurden.

Zum anderen war es das Sich-Hineinstellen in einen internationalen Kontext: Der Nord-Süd-Bericht von Willy Brandt, die Fragen nachhaltiger Entwicklung, Gro Harlem Brundtland sowie Olof Palmes Thema der »Gemeinsamen Sicherheit«.<sup>3</sup>

Und drittens zogen wir damit gewissermaßen die eine Hand aus dem Parteiabzeichen der SED.<sup>4</sup> Wir machten die Zwangsvereinigung rückgängig und stellten – ein bisschen verwegen – die Machtfrage. Wir bestritten das Wahrheits- und Machtmonopol der SED in der DDR. Die Parteigründung war eine grundlegende Hinterfragung dieses Systems.

Für uns war zentral, es muss ein Neuanfang mit einer klaren Perspektive auf parlamentarische Demokratie sein. Mit der Initiativgruppe am 26. August 1989 sind wir damit in die Öffentlichkeit gegangen, haben dann aber schon entschieden, am 7. Oktober zu gründen. In den vier Wochen bis zum 9. November dachten wir noch, man könnte eins nach dem anderen machen: Erst die Demokratie, und dann kümmern wir uns um die Mauer. Mit dem Mauerfall war das passé, und jetzt musste das alles schnell gehen.

DA: Herr Eppelmann, Teile der CDU in den ostdeutschen Ländern waren auch schon vor der Einheit Mitglieder der Blockpartei der CDU gewesen. Spielte das für Sie eine Rolle beim Umgang mit anderen Mitgliedern und Funktionären?

Rainer Eppelmann: Na klar. Erstens wollte ich nie der CDU des Gerald Götting<sup>5</sup> beitreten, mit der CDU des Helmuth Kohl konnte ich es mir vorstellen, dafür habe ich aber auch eine Entwicklung gebraucht.

Als DDR-Bürger, der schon lange Westfernsehen schaute, war ich viel näher bei den Sozialdemokraten als bei der CDU. Sonst wäre ich auch nicht auf den Gedanken gekommen, 1988 in Berlin eine Grund-Organisation der SPD wiederzugründen. Das habe ich auch in das oberste Leitungs-

gremium der westdeutschen SPD gegeben, habe aber offiziell nie eine Antwort bekommen. Mir ist hinterher erzählt worden, dass die getobt haben, nach dem Motto, wir werden doch nicht ernst nehmen, was irgend so ein verrückter Pfarrer äußert.

Und dann dachte ich: gut, dann muss etwas Eigenes sein. So wurde es der Demokratische Aufbruch. Überrascht hat mich, als der zum Vorsitzenden gewählte Wolfgang Schnur ankam und meinte, er hätte sich mit Kohl umarmt und wir machen die Allianz für Deutschland. Das war also keine Initiative von mir, aber als braver Demokrat habe ich mir gesagt, es muss ja nicht immer nur nach mir gehen.

#### DA: Gab es da ein Misstrauen?

Rainer Eppelmann: Ich würde sagen, ich bin anders damit umgegangen. Ich wollte nicht in die Ost-CDU eintreten, habe dann aber anhand des schlechten Wahlergebnisses,<sup>6</sup> das war sicher auch unserem Vorsitzenden Wolfgang Schnur zu verdanken,<sup>7</sup> gemerkt, wenn Leute von uns in einem vereinigten Deutschland parlamentarisch Verantwortung mittragen wollen, schaffen wir das nicht als Demokratischer Aufbruch, da haben wir keine Chance. Es ging also nur in einer solchen Kooperation.

Und dann mussten wir, um auf eine gemeinsame Liste für den ersten Deutschen Bundestag zu kommen, Mitglied der CDU sein. So bin ich im Spätherbst, noch vor den Bundestagswahlen, in die CDU des Lothar de Maizière eingetreten, von der ich wusste, dass 80 Prozent oder mehr aus sehr unterschiedlichen Motiven Mitglieder der CDU waren. Zum Glück sind wir nicht alle einer Meinung und haben unterschiedliche Gedanken und Überlegungen.

Was ich der CDU und allen anderen Blockparteien vorwerfe, ist, dass es nur eine einzige Abstimmung gab – und das auf Befehl der SED in der Volkskammer – bei der man nicht einstimmig abgestimmt hat. Das war der Schwangerschaftsabbruch. Ansonsten waren dies alles willfährige Instrumente. Ich werfe ihnen vor, dass sie »ja« gesagt haben zum Mauerbau, »ja« zu den politischen Gefangenen, »ja« zur Einführung des Wehrkundeunterrichtes, und so weiter. Ich war eine Zeit lang stellvertretender Landesvorsitzender in Brandenburg, ich glaube, in keinem anderen Ostdeutschen Landesverband der CDU, vielleicht noch in Sachsen, ist – zumindest

in den Spitzenpositionen – so intensiv hingeguckt worden wie in Brandenburg und Sachsen.

DA: Würden Sie also dem Thüringischen CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring zustimmen, der eine umfassende Untersuchung der Geschichte der CDU im demokratischen Block fordert?

Rainer Eppelmann: Ja, sicher. Es hat einen Bundesparteitag der CDU in Dresden gegeben, der sich mit der Frage befasst hat. Nicht sehr gründlich und differenziert, aber es war ein großes Thema, und dennoch war das natürlich bei Weitem nicht ausreichend.

Und es gab auch Versuche, die Geschichte der Ost-CDU aufzuschreiben. Die Anfänge waren da relativ authentisch, da es eben tatsächlich Bürger waren, die gesagt haben, wir wollen jetzt etwas ganz anderes als das, was von 1933 bis 1945 war. Aber die kamen nachher entweder ins Gefängnis oder sind in den Westen geflohen, oder sie haben sich wie fast alle DDR-Bürger – Sie reden ja im Augenblick, was das politische Verhalten betrifft, nicht mit zwei typischen DDR-Bürgern – gesagt: Mit dem Po an die Wand, Schnauze halten und nur nicht auffallen. Um sich das Leben nicht noch komplizierter zu machen, als es sowieso schon ist.

Eine Formulierung von mir gehört hier hin: Wer in einer solchen Diktatur wie der SED-Diktatur in der DDR seinen Werten und seinem Glauben alltäglich treu bleiben wollte, musste im Normalfall ein Held sein. Und wer kann das, alltäglich ein Held sein?

DA: Die letzten Monate der DDR waren durch die parlamentarische Demokratie bestimmt, im April 1990 unterzeichneten Sie die Koalitionsvereinbarung. Nun ging es darum, binnen weniger Monate die Deutsche Einheit herzustellen. Wie beurteilen Sie diesen Prozess im Nachhinein? Sind da Chancen verpasst worden, die fortschrittlichen Ideen der DDR-Bürgerrechtsbewegung stärker zu beachten?

Rainer Eppelmann: Es ging ja darum, zwei Gesellschaften, die sich über 40 Jahre total unterschiedlich entwickelt hatten, auf eine Art und Weise zusammenzubringen, dass sie grundsätzlich für das Modell Demokratie nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik kompatibel waren. Und

gleichzeitig musste dafür gesorgt werden, dass die 17 Millionen Menschen, die 40 Jahre unter anderen Verhältnissen leben mussten, eine tatsächliche Chance hatten, in diesem für uns zumindest total veränderten Heimatland nicht zu scheitern und den eigenen Wert zu verlieren. Das taten zwei Regierungen, die unterschiedlich stark, erfahren und reich waren.

Unser beider Regierungschef [Lothar de Maizière] wusste, dass ohne sofortige finanzielle Unterstützung die Strukturen bei uns zusammenbrechen würden. Ich kenne Geschichten von Kombinatsdirektoren, bei denen die Arbeiter anfingen zu streiken und die den Regierungschef Lothar de Maizière baten, nicht in diese Firma kommen. Nicht, weil er da möglicherweise ausgepfiffen wurde, sondern weil der Direktor nicht garantieren konnte, dass nicht zufällig an diesem Tag die halbe Firma in die Luft fliegt, weil sie seit Jahren schon in einem schlechten Zustand war, er sie aber nicht schließen konnte, weil sonst seine eigene Karriere zu Ende gewesen wäre. De Maizière ist trotzdem hingegangen. Ich will nur sagen, die DDR ist fix und fertig gewesen, ökonomisch und industriell, und an kaum einer Stelle noch wettbewerbsfähig.

Und bei all dem stand die Frage im Raum, wie sich die Situation in der Sowjetunion weiterentwickelt, wie viel Zeit wir tatsächlich haben. Zumindest Markus Meckel, Lothar de Maizière und ich, wir drei konnten – was die Einheit und die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu einem Bündnissystem anging – nicht rücksichtslos über das hinweggehen, was die Sowjetunion, was Gorbatschow sagte. Wir haben also die Situation im Hinblick auf Europa auch aus der Sicht der Sowjetunion betrachtet. Das war keine intensive Überlegung im Kanzleramt, sondern wenn überhaupt, dann tatsächlich nur unter uns. Das hat uns unter einen gewaltigen Zeitdruck gesetzt. Gorbatschow hat dem offiziell erst im Kaukasus zugestimmt. Es gab offensichtlich schon vorher Signale in Bonn, dass Gorbatschow sich darauf einlässt, aber darüber haben sie uns nicht informiert. Daher waren wir sehr vorsichtig.

Also ich glaube schon, dass im gesamten Prozess der Deutschen Einheit, dem Transformationsprozess bis heute, auch Fehler gemacht worden sind. Aber wenn ich das Gesamtwerk unter den konkreten Bedingungen von damals betrachte, muss ich nur sagen, es ist eine sehr respektable Leistung.

Markus Meckel: Man muss sehr genau auf die Zeit schauen. Wir hatten am Runden Tisch [im Dezember 1989] eine Gruppe eingesetzt, die Vorarbeiten

für eine Verfassung erarbeiten sollte. Diese wurden Anfang März 1990 vorgestellt, aber eine »Verfassung des Runden Tisches« hat es nie gegeben. Insofern war mir wichtig zu betonen, dass dies nur Vorarbeiten sein konnten.

Nach der Wahl [im März 1990] hatte sich die Situation im Vergleich zum Dezember aber wieder völlig verändert. Wir sind ja als eine Regierung gewählt worden – und ganz bewusst so angetreten –, die die Deutsche Einheit organisieren sollte. Das war unser Ziel, und es war klar, mit dem Wahlergebnis würde es nach GG Artikel 23 geschehen.<sup>8</sup>

Dennoch war für uns die Tatsache immens wichtig, dass die Deutsche Einheit verhandelt werden musste. Wir wollten nicht einfach sagen, wir feiern den Wahlsieg und dann entscheidet der Deutsche Bundestag über die konkreten Bedingungen. Wir wollten es verhandelt wissen. Es brauchte nicht nur den Zwei-Plus-Vier-Vertrag zur Herstellung der Souveränität des geeinten Deutschland, sondern auch die Verträge zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und den Einigungsvertrag. Die Deutsche Einheit war ein verhandelter Prozess, das ist in der deutschen Öffentlichkeit bis heute immer noch nicht angekommen. Das ist etwas, was von zentraler Bedeutung ist. Manche glauben, sie müssten nur einen Kanzler feiern.

Was die Verfassungsfrage betrifft, gibt es bis heute viel Kritik unserer Freunde, aus den Bürgerrechtsgruppen und aus der Opposition, die uns vorwerfen, dass wir keine neue DDR-Verfassung als Alternativvorschlag durchgesetzt haben. Aber zu dem Zeitpunkt machte das keinen Sinn mehr, die eigene Bevölkerung wäre uns weggelaufen.

Aber natürlich stellte sich die Frage: Welche Verfassung wollen wir? Die Sozialdemokraten waren durchaus für eine gemeinsame neue Verfassung auf der Grundlage des Grundgesetzes. Ich habe mich Anfang 1990 in einem Spiegel-Gespräch mit Wolfgang Schäuble über diese Frage gestritten. Er sagte, es muss alles so bleiben. Es war klar, das Grundgesetz ist die beste deutsche Verfassung, die man jemals hatte. Aber selbst wenn es nur drei Kommata waren, die man veränderte oder ein paar Ideen aufgriff ...

Es gab dann wenigstens die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Aber leider waren die die damalige Bundesregierung tragenden Parteien letztlich nicht dazu bereit, eine Winzigkeit mehr als die Ersetzung des Artikels 23 als Beitrittsartikel zum Europa-Artikel zu ändern. Was dann zum Reformstau wurde, hieß letztlich nur: Wir wollen den Sta-

tus Quo erhalten. Das war aber nicht unser Ziel. Wir hätten für sinnvoll erachtet, dass man durchaus an der einen oder anderen Stelle etwas tut: Die Frage Plebiszitärer Elemente oder Staatszielbestimmungen, in Kultur- oder Umweltfragen. Oder der Minderheitenschutz: Wir haben mit Recht von den neuen jungen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa erwartet, dass sie Minderheiten-Rechte einhalten. Es wäre gut gewesen, damals auch im Grundgesetz einen stärkeren Minderheitenschutz zu verankern.

DA: Reiht sich das ein in andere Beobachtungen, wie die, dass die ersten Kabinette des vereinten Deutschlands sehr wenige Mitglieder aus Ostdeutschland hatten? Haben Sie das Gefühl, dass Sie sich in Ihren Parteien als Ostdeutsche durchsetzen konnten, dass Sie gehört wurden? Oder gibt es da rückblickend den Eindruck, dass man Ihnen manchmal noch mehr hätte zuhören können?

Rainer Eppelmann: Ich glaube, wir hätten es uns gewünscht. Es waren ja immerhin Lebenserfahrungen von 17 Millionen Deutschen, die unter anderen Verhältnissen gelebt haben. Aber ich denke, letztlich war die Repräsentation relativ realistisch und sogar anständig. Sie hätte im Parlament und in der Regierung sehr viel schlimmer sein können, wenn man die tatsächlichen Zahlen- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland bedenkt. Wir reden ja nicht von zwei gleichstarken Bevölkerungsgruppen, sondern von einem relativ kleinen und einem relativ großen Geschwister-Teil. Und wenn es nur nach demokratischen Prinzipien gegangen wäre, hätten wir uns rein theoretisch mit weniger zufrieden geben müssen.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, um das zu illustrieren: Ich war sieben Jahre [1994–2001] lang Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU (CDA), doch fast die Hälfte aller CDA-Mitglieder waren aus Nordrhein-Westfalen. Nun ist seit ein paar Jahren ein Kollege aus Nordrhein-Westfalen Bundesvorsitzender. Weil die natürlich auch in der Bundesversammlung die meisten Mitglieder haben. Das beste Beispiel ist Angela Merkel, sie war ja schon damals Ministerin in zwei verschiedenen Regierungen und Generalsekretärin. Und heute werden zwei der politischen Leitungsämter in der Bundesrepublik Deutschland von evangelischen Ostdeutschen besetzt. Und nicht schlecht, wie ich finde.

Markus Meckel: Ich möchte die Frage der innerparteilichen Situation von der Frage der Repräsentation im Parlament unterscheiden. Im Parlament

ist durch Wahlkreise und Bevölkerungszahlen festgelegt, dass ein Fünftel des Deutschen Bundestages aus Ostdeutschland kommt.

Ich habe meine Aufgabe im Parlament darin gesehen, die Mehrheit im Parlament überzeugen zu müssen, was angesichts der Sondersituation in Ostdeutschland nötig war, weil die das nicht kannten. Dazu gehörte übrigens auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte<sup>9</sup>, die von mir initiiert war. Das hatte etwas mit Aufklärungsbedarf zu tun und damit, dass diejenigen, die zu entscheiden hatten, sich zunächst mal zu allen Fragen Kenntnisse verschaffen mussten.

Nun zu der Situation in den Parteien, und da war der Einfluss absolut marginal. Die CDU hatte ja noch die ganzen »Blockparteiler«, die haben dann die Parlamente mitbevölkert. Die Größe der Ost-SPD war dagegen verschwindend gering, wir hatten in ganz Ostdeutschland, in allen fünf Ländern, vielleicht so viele Parteimitglieder wie der Stadtverband in Bochum.

Ich hätte mir gewünscht, dass die Partei als Ganzes die Situation in Ostdeutschland besser begreift. Wolfgang Thierse war lange stellvertretender Parteivorsitzender, er hätte die ostdeutschen Ministerpräsidenten, die ostdeutschen Abgeordneten, die ostdeutschen Fraktionsvorsitzenden stärker zu einer innerparteilichen Macht entwickeln sollen, was am Anfang überhaupt nicht passiert ist.

Wir hatten eine Querschnittsgruppe in der Fraktion, die hat gut funktioniert, bis 1998. Helmut Kohl hatte durchaus Quotenmänner und Quotenfrauen aus Ostdeutschland. Frau Merkel ist, wie erwähnt, ein hervorragendes Produkt davon. 1998 waren in der Regierung Schröder mit einem Schlag nur noch halb so viele Ostdeutsche vertreten wie vorher, weil Schröder so etwas nicht berücksichtigt hat. Vorher hatte er noch getönt, Ostdeutschland sei Chefsache. In den sieben Jahren Rot-Grün ist das Thema Ostdeutschland als Bundesaufgabe, ausgenommen in der Föderalismusfrage, heruntergefallen.

Angela Merkel hat das Thema dann auch beiseitegelegt, um Kanzlerkandidatin zu werden. Und das wäre sie nicht geworden, hätte sie die Ost-Themen betont. Das heißt: zwischen 1998 und 2005 haben die Themen Ostdeutschlands in der Bundespolitik kaum eine Rolle gespielt, was sich natürlich in vielen konkreten Fragen ausgewirkt hat.

Ich behaupte, dass wir mit der Gründung verhindert haben, dass die SPD über eine Generation nicht regierungsfähig war. Denn wenn die SPD-West sich damals mit der SED vereinigt hätte, dann hätte sie im Westen auch bei den eigenen Mitgliedern die Mehrheiten verloren. Sie hätte selbst im Westen in der Mitte der Gesellschaft nicht die Akzeptanz gefunden, mit dieser Truppe zusammenzuarbeiten.

Rainer Eppelmann: Zum Stichwort Mitte der Gesellschaft noch zwei Punkte, zunächst eine eher positive Geschichte: In den ersten beiden Legislaturperioden hat es im Kanzleramt einmal im Monat unter der Leitung von Friedrich Bohl, dem für diese Fragen zuständigen Kanzleramtsminister, Treffen mit Vertretern aus allen ostdeutschen Landesverbänden gegeben. Das war eine Gruppe von 12 bis 15 Leuten, ich saß da mit dabei. Die Runde formulierte ihre Erwartungen dazu, was im Blick auf die Herausforderungen in den neuen Bundesländern passieren musste.

Und das Zweite: wir sind natürlich alles Menschen. Auch in den Behörden und Ministerien auf der Beamtenebene, alle haben sich zehn bis 20 Jahre lang bemüht, um da anzukommen, wo sie nun im Jahr 1991 waren. Sie waren fleißig, ehrlich, korrekt, und nun kommen da ein paar Ossis, Quereinsteiger, und soll man nun das, was man sich in 20 Jahren mühselig erarbeitet, erkämpft hat, großzügig aufgeben?

DA: Zurzeit scheint es so, als gäbe es in Deutschland eine geteilte Vorstellung von Europa: Im Osten würde man in den Blick auf den Kontinent Mitte- und Osteuropa mit einbeziehen, während im Westen Deutschlands immer der Blick auf Westeuropa und die transatlantische Allianz gehen würde. Was ist Ihre Meinung dazu?

Markus Meckel: Wir haben in die Koalitionsvereinbarung der Regierung de Maizière – obwohl wir dafür gar nicht zuständig waren – im Frühjahr 1990 geschrieben, dass wir uns dafür einsetzen, dass die, die mit uns in unseren östlichen und südöstlichen Nachbarländern Freiheit und Demokratie erkämpft haben, auch die Chance haben sollten, zur EU und NATO zu gehören, also Teil der Euro-Atlantischen Strukturen zu werden. Tschechen, Ungarn, Slowaken, Polen und so weiter sollten das Recht haben, zu diesen Frieden und Sicherheit sichernden Organisationen und Institutionen zu gehören.

Dies hat auch die nächsten 15 Jahre meiner politischen Tätigkeit nicht unwesentlich geprägt. Wir haben am 12. April 1990, also am Anfang des Parlamentes, eine Erklärung abgegeben, in der wir uns sehr klar in die Verantwortung unserer Geschichte gestellt haben.

Die DDR glaubte, keine Verantwortung für die NS-Geschichte zu tragen, und hat sich an die Seite der »ruhmreichen Sowjetunion« gestellt, der Westen war für die Verbrechen des Nationalsozialismus schuldig. Da haben wir gesagt: Dieser Verantwortung aus der Geschichte, die im Westen angenommen worden war, stellen wir uns auch. Ich habe dann übrigens noch angefangen, mit Israel Gespräche über die Anerkennung Israels und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu führen. Vor diesem Hintergrund haben wir auch Juden aus der Sowjetunion eingeladen, nach Deutschland zu kommen. Das hat die gesamte Situation der Juden in Deutschland total verändert. Die Bundesregierung war am Anfang wegen dieser Entscheidung verärgert, weil sie nicht mit ihr abgestimmt war.

Rainer Eppelmann: Und die Oder-Neiße-Grenze ...

Markus Meckel: Die Oder-Neiße-Grenze war dann wiederum mein Hauptpunkt in den Zwei-Plus-Vier-Gesprächen und übrigens auch ein großer Streitpunkt mit Helmut Kohl, weil er aus innenpolitischen Gründen die Entscheidung über die Oder-Neiße-Grenze immer nach hinten verschob und sich lange nicht klar äußerte, obwohl er sich natürlich bewusst war, dass er sie am Ende anerkennen musste. Das war reine Wahltaktik. Er wollte die Stimmen aus dem Lager der Vertriebenen nicht aufs Spiel setzen. Das war auch der Grund, weshalb er dann von der Anerkennung der Grenze als Preis der Deutschen Einheit gesprochen hat, was ich für völlig falsch halte.

Für uns war klar, die Anerkennung der Grenze geschieht aus der Verantwortung für die gemeinsame Geschichte, sie ist eine Folge des Zweiten Weltkrieges und gehört gerade in jenem Prozess an den Anfang. So sollten die Europäer wissen, dass wir diese Verantwortung ernst nehmen, und zwar bedingungslos. Wir wissen, wo Deutschland liegt, nach diesem Krieg. Und wir werden dies immer anerkennen.

Für uns war auch klar, dieses Europa muss anders aussehen, das heißt, es musste sich sicherheitspolitisch neu aufstellen, auch die Sowjetunion, Rainer Eppelmann hat es vorhin benannt, muss in Europa verankert bleiben.

Weil es für die Zukunft Instabilität bedeutet, wenn jemand in seiner Situation der Schwäche beiseite gestellt wird.

Nach 1990 gab es die Herausforderung, die Integration der östlichen Nachbarn zu gestalten, ebenso die Kooperation mit Russland. Das gilt in meinen Augen bis heute. Die EU hat es sehr schnell begriffen, die NATO erst sehr spät. Und wenn heute Putin sich gerade auf die NATO-Frage bezieht, dann kann ich nur sagen: Erstens, die Aussage, dass es eine Zusage gab, die NATO nicht zu erweitern, stimmt nicht. Im Rahmen der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen gab es diese nicht. Was es gab waren bilaterale Gespräche, bei denen klar gesagt wurde, wir wollen diese Situation nicht zu unserem Vorteil ausnutzen.

# DA: Aber warum gibt es dann scheinbar in Ostdeutschland einen größeren Anteil an »Putin-Verstehern«?

Markus Meckel: Ich bestreite, dass es so ist. Ich kenne in meiner Partei aus dem Westen eine ganze Menge »Putin-Versteher«, die sehr viel prägender für die Öffentlichkeit sind, als diese Handvoll, die ich aus dem Osten kenne. Als Putin 2007 in München bei der Sicherheitskonferenz seine berühmte Rede gehalten hat, hatte ich die Chance, ihm als erster zu antworten. <sup>10</sup> Ich habe ihm gesagt, dass es in meinen Augen für Russland die beste Sicherheitsgarantie sei, wenn alle seine westlichen Nachbarn der NATO angehören, denn die NATO hat den großen Vorteil, dass auch die Länder, die im Zwischenraum sind, Sicherheit integrativ gestalten und nicht mehr allein national.

Man stelle sich mal vor, wenn 1990 Polen nicht die Chance erhalten hätte, Mitglied der NATO zu werden, wie Polen als Nationalstaat alleine seine Sicherheit im Verhältnis zu Russland hätte organisieren müssen. Das wäre katastrophal gewesen für die Stabilität, dasselbe gilt für Rumänien und Ungarn.

Die NATO hat eine immense stabilisierende sicherheitspolitische Rolle gespielt. Weil Sicherheit eben integrativ gestaltet wird. Was hier hinderlich ist, ist die Blockade in den Köpfen und das Feindbild NATO in Russland. Es ist uns nicht gelungen, das liegt auch an uns selber, an der Art wie der Dialog zwischen der NATO und Russland geführt wurde, dass diese Vorbehalte noch vorhanden sind. Und dass etwa nach dem Georgien-Krieg

2008 der NATO-Russland-Rat nicht getagt hat, war in diesem Fall ein Fehler der NATO

#### DA: Herr Eppelmann, stimmen Sie Herrn Meckel zu?

Rainer Eppelmann: Ich kann es nicht so absolut sagen. Ich kenne aber Äußerungen von Franzosen, Italienern und anderen, die sagen, dass die EU, und noch mehr die NATO, in den letzten 25 Jahren nicht immer besonders geschickt darin waren, ein gutes und von gegenseitigem Respekt geprägtes Verhältnis zu Russland zu schaffen.

Ihre Anfangsfrage war ja die nach der West-Sicht. Ich glaube auch, dass das ein Stück weit stimmt. Und dass die letzten 25 Jahre, in denen sich Europa so verändert hat, eine viel zu kurze Zeit sind, um deutlich zu machen, dass die Einheit Europas kein Prozess ist, der nur von Monnet und Schuman<sup>11</sup> sowie von Kohl und Genscher angestoßen wurde. Da gehört Václav Havel dazu, ebenso Gorbatschow, da gehört der polnische Papst dazu, aber vielleicht auch so ein Mann, Sie haben es ja an seinem Denken gemerkt, wie Markus Meckel. Ich will gar nicht alle auf eine Ebene stellen. Aber mir ist wichtig zu betonen, dass das, was wir heute haben, was wir noch gestalten, noch nicht fertig ist. Und das ist hoffentlich nicht nur ein westeuropäisch geprägter Prozess. Sonst wird er auf Dauer nicht funktionieren und nicht halten.

Also ich denke, dass an der Beobachtung etwas dran ist, ob gut oder schlecht, es hat sich so entwickelt, weil die Baumeister des Europas dies auch umsetzen konnten. In einem Projekt, das auch gelungen ist. Vielleicht sind die Krisen, die wir gegenwärtig haben auch gut, weil sie uns noch mal zeigen, was wir bisher nicht gut gemacht haben und auf was wir noch mehr aufpassen müssen.

Heute sind wir in einer ganz entscheidenden Phase hin zu einem ganz anderen Europa. Viele Alt-Europäer haben noch nicht ganz verstanden, was 2004 passiert ist: dass so viele Länder zu diesem Europa dazu gekommen sind. Und dass dieses Europa dadurch ein anderes wurde.

DA: Dieses Jahr jährt sich die Deutsche Einheit zum 25. Mal. Sie werden auf unzähligen Veranstaltungen darüber sprechen, was das Jubiläum für unser Land bedeutet. Was bedeutet es für Sie ganz persönlich?

Rainer Eppelmann: Ich werde Folgendes immer wieder sagen: Es hat mit Selbstbefreiung und mit Selbstdemokratisierung zu tun. Und der Prozess wäre nicht so verlaufen, wenn das alles nicht gelungen wäre. Und zweitens, es ist natürlich nicht nur ein Verdienst der Ostdeutschen. Die Alt-Bundesrepublikaner oder ihre Eltern haben wesentlich dazu beigetragen, dass Europa zu dem Projekt der Einheit Deutschlands «Ja» gesagt hat. Dazu haben wir nicht so viel beigetragen. Das haben die Westdeutschen gemacht, mit dem überzeugenden Beispiel der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1948 und 1989.

Und: Ja, wir haben Fehler gemacht. Aber ich höre immer wieder von Franzosen, Polen, Italienern, Engländern die sagen: Das, was Ihr in den 25 Jahren gemacht habt, ist schon eine beachtliche Leistung. Und wenn wir dabei bleiben zu sagen, wir verstehen uns als Deutsche in Europa oder europäische Deutsche, dann sind wir auf einem guten Weg.

Markus Meckel: Ich hätte vor 1989 nie gedacht, dass ich in Freiheit leben könnte, und dann sogar in einem geeinten Deutschland. Dass dies möglich geworden ist, kann ich nur als ein Geschenk betrachten. Obwohl man ja manches dazu beigetragen hat, hätte ich das nicht für möglich gehalten. Und dass nach all dem Furchtbaren, was durch uns Deutsche über Europa und über viele Länder gekommen ist, diese – nur ein knappes halbes Jahrhundert später – dem zugestimmt haben, das macht die Dinge noch unglaublicher. Also ich kann nur sagen, es ist eine Situation des größten Glückes für dieses Land.

Zweitens müssen wir noch ein bisschen nacharbeiten in der Öffentlichkeit, um einen etwas realistischeren Blick auf diesen Prozess zu kriegen. Wir haben davon gesprochen, dass es nicht nur das Werk eines Kanzlers war, oder Hunderttausender von Menschen, sondern es war das Werk sehr vieler, und es war insbesondere ein Verhandlungsprozess. Diesen genauer nach zu buchstabieren halte ich nach wie vor für eine historische und eine öffentliche Aufgabe, von der ich glaube, dass sie eigentlich noch geleistet werden muss.

Und wichtig ist, dass das Europa, in dem wir heute leben, eben nicht nur in dem ganz zentralen, von Rainer Eppelmann eben benannten Integrationsprozess in Westeuropa gründet. Weil es eben 1990 diesen Sieg von Freiheit und Demokratie gab, haben die neuen Mitglieder das Recht, Teil des Ganzen zu sein. Und das gilt in meinen Augen auch – siehe Artikel 49

des Lissaboner Vertrages<sup>12</sup> – für die europäischen Länder östlich von uns. Wenn sie es schaffen, in ihrem Land Demokratie zu errichten, haben sie das gleiche Recht, was wir leider heute nicht immer deutlich genug betonen.

# DA: Herr Eppelmann, Herr Meckel, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview führte Clemens Maier-Wolthausen.

# Anmerkungen

- 1 Markus Meckel, Sonntagsvorlesung Luther neu gelesen: Ob Kriegsleute auch in seligem Stand sein können. (1526) Schlosskirche Wittenberg, 23. März 2014, http://markus-meckel.de/wp-content/uploads/2015/03/140323\_Markus\_Meckel\_Sonntagsvorlesung\_Wittenberg.pdf, letzter Zugriff am 30.3.2015.
- 2 Der Berliner Appell war ein im Dezember 1981 von Eppelmann und Havemann initiierter Aufruf an beide deutsche Regierungen mit dem Titel »Frieden schaffen ohne Waffen«, um diese zu Abrüstungsverhandlungen zu bewegen. Eppelmann wurde daraufhin verhaftet und erst nach Protest der Kirchenleitung wieder freigelassen, die im Gegenzug versuchte, die Verbreitung des Appels zu verhindern. Havemann starb kurz darauf.
- 3 Die Mitglieder der internationalen Nord-Süd-Kommission legten 1980 unter dem Vorsitz von Willy Brandt den Nord-Süd-Bericht (»Brandt-Report«) vor. In diesem forderten die beteiligten Wissenschaftler und Politiker aus entwickelten und entwickelnden Ländern unter anderem eine neue Weltwirtschaftsordnung zur Behebung des Nord-Süd-Gefälles. Die World Commission on Environment and Development («Brundtland-Kommission») der Vereinten Nationen unter der Leitung der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland entwickelte in dieser Zeit ein weitgefasstes politisches Konzept für nachhaltige Entwicklung dieses wurde 1987 in dem Bericht «Our Common Future» («Brundtland-Bericht») veröffentlicht. Der Begriff der «Gemeinsamen Sicherheit» stammt aus dem Titel des sogenannten Palme-Berichts (Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit), der «Palme-Kommission», der 1980–1982 Schwedens Premierminister Olof Palme vorsaß und die der UNO-Vollversammlungen Empfehlungen gab.
- 4 Das Parteisymbol der SED waren zwei ineinander verschränkte Hände, die symbolisch die Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946 darstellten.
- 5 Gerald Götting (\*1923) war zwischen 1966 und 1989 Vorsitzender der CDU der DDR und für die Anpassung der Partei an das SED-Regime mitverantwortlich.
- 6 Zwar gewann die Allianz für Deutschland die ersten freien Volkskammer-Wahlen

- im März klar mit 48 Prozent der abgegebenen Stimmen, der Demokratische Aufbruch hatte daran aber nur einen Stimmanteil von 0,9 Prozent.
- 7 Kurz vor den Wahlen wurde Wolfgang Schnur als langjähriger IM des Ministeriums für Staatssicherheit enttarnt.
- 8 Der Art. 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (GG) sah eine Übertragung der Gültigkeit des GG auf die Teile Deutschlands vor, die diesem beitreten würden. Er wurde deshalb als »Beitrittsartikel« bezeichnet. Eine theoretische Alternative wäre eine Vereinigung beider Staaten auf der Grundlage einer neuen, von allen Deutschen verabschiedeten Verfassung gewesen.
- 9 Von 1992 bis 1994 tagte die Enquète-Kommission »Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«.
- 10 Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin unterstellte in seiner Rede den USA das Streben nach «monopolarer Weltherrschaft» und kritisierte die NATO-Osterweiterung.
- 11 Die beiden französischen Wirtschafts- und Außenpolitiker Jean Monnet und Robert Schuman gelten gemeinhin als »Architekten« der Europäischen Union.
- 12 Artikel 49 besagt, dass jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, beantragen kann, Mitglied der Union zu werden.



Entwurf des Freiheits- und Einheitsdenkmals »Bürger in Bewegung« in Berlin (Nachtansicht vom Schinkelplatz aus betrachtet).

#### Stefanie Endlich

# Projekte für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und Leipzig

Zwei Denkmalsvorhaben wurden auf den Weg gebracht, die an die »Friedliche Revolution« erinnern sollen. Das Berliner Projekt steht kurz vor der Realisierung, das Leipziger wird als gescheitert bewertet und zunächst nicht weiter verfolgt. Der Beitrag informiert über die unterschiedlichen Zielsetzungen, zeichnet die Entstehungsgeschichte der beiden Vorhaben und ihre jeweiligen Standortbedingungen nach, beschreibt die von den Jurys ausgewählten Entwürfe und macht den Versuch, den Stand der Dinge im Oktober 2015 einzuschätzen.

# 1. Sinn und Bedeutung

#### Die Widmungen

Bei beiden Vorhaben handelt es sich nicht um kleinere, dezentrale und kommunal oder privat finanzierte Unternehmungen mit speziellen, auf konkrete Orte und Einzelereignisse bezogenen Widmungen. Hier geht es vielmehr um zentrale Projekte des nationalen Gedenkens, durch Bundestagsbeschlüsse bekräftigt. Damit wurde ihnen eine umfassende gesellschaftliche und symbolische Bedeutung zugewiesen. Sie sollen zeigen, wie die Bundesrepublik mit der Erinnerung an Mauerfall und Wiedervereinigung umgeht, welches Selbstverständnis diesen Umgang bestimmt und welche Sicht auf das Geschehen ihm zugrunde liegt.

Eine gelungene demokratische Revolution hatte es in der deutschen Geschichte zuvor noch nicht gegeben. Die Erinnerungskultur hatte sich in der Nachkriegszeit in beiden deutschen Staaten auf die Opfer des Nationalsozialismus konzentriert, in der DDR bereits früher, in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren. Auch in der Zeit nach dem Mauerfall standen zunächst NS-Verbrechen und Völkermord im Zentrum. Nun sollte, wie es die Initiatoren der Idee für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal formulierten, die »gelungene Seite unserer Geschichte« stärkere Beachtung finden und im öffentlichen Raum ins Blickfeld geholt werden. Mit der Erinnerung an die »Friedliche Revolution« wollten sie einen Beitrag zur positiven Traditionsbildung und zur Identitätsstärkung der Bürgerinnen und Bürger leisten.<sup>1</sup>

Auf der Folie dieser allgemeinen Zielsetzung entwickelte sich für Berlin und Leipzig jedoch ein jeweils unterschiedlicher Bezugsrahmen. Die Auslobung für das *Leipziger* Freiheits- und Einheitsdenkmal stellte die Montagsdemonstration als Beginn der Friedlichen Revolution in den Mittelpunkt. Als zentrale »Botschaft des Denkmals« sollte der Mut der demonstrierenden Bürgerinnen und Bürger gewürdigt werden, die »urdemokratische Tatsache, dass das Volk sich selbst zum Akteur seiner Geschicke erhebt und zugleich die Friedfertigkeit zum Handlungsmuster erklärt«.² Beim *Berliner* Freiheits- und Einheitsdenkmal hingegen sollte laut Auslobung besonderer Nachdruck auf die »Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands« gelegt werden.³

# Vorgeschichte und inhaltliche Weichenstellungen

Wesentliche Unterschiede zwischen beiden Denkmalprojekten zeigen sich auch in der Art und Weise, wie das Denkmalsanliegen von Politik und Öffentlichkeit aufgenommen und konkretisiert wurde. In Berlin war der Anstoß von der »Initiative Denkmal Deutsche Einheit« gekommen, die im Blick auf den zehnten Jahrestag des Mauerfalls von den Parlamentariern Lothar de Maizière und Günter Nooke gemeinsam mit dem Stadtplaner Florian Mausbach und dem Journalisten Jürgen Engert gegründet worden war. Bereits in ihrem ersten Aufruf 1998 sah diese Vierergruppe als Standort den Sockel des ehemaligen Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. vor. Trotz der Unterstützung prominenter Persönlichkeiten war die öffentliche Resonanz auf ihren Denkmalvorschlag allerdings gering. Ihr Antrag scheiterte 2000 im Bundestag und ebenso im folgenden Jahr. Unter veränderten politischen Konstellationen fand er schließlich am 9. November 2007 als gemeinsamer Vorschlag von CDU/CSU und SPD eine parlamentarische Mehrheit. Die Festlegung auf den historischen Sockel erfolgte kurz darauf in dem vom Staatsminister für Kultur und Medien verantworteten und 2008 ebenfalls im Bundestag verabschiedeten Denkmalkonzept, mit dem das Projekt auch in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgenommen wurde. Mit der Bewilligung von 15 Millionen Euro konnte der offene Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Aufschlussreich für das Berliner Projekt ist, dass auch im Kontext der politischen Entscheidung relativ wenige öffentliche Debatten geführt wurden. Kontroversen bezogen sich erstens auf das Pro und Kontra der Denkmalsetzung selbst, zweitens auf die im Titel beschworene, von vielen jedoch als problematisch erachtete Koppelung von Freiheits- und Einheitsbestrebungen, drittens auf die Sorge, das Projekt könnte die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes schmälern, und viertens auf die Standortfrage, die auch bei den öffentlichen Veranstaltungen und in den Medien den größten Raum einnahm. Als Alternativen zum Sockel des Nationaldenkmals wurden der Platz vor dem Reichstagsgebäude und, mit besonderem Nachdruck, der Alexanderplatz vorgeschlagen, auf dem die legendäre Abschlusskundgebung der großen Demonstration vom 4. November 1989 stattgefunden hatte. Von Seiten der Politik wie auch der Initiative, die mittlerweile in der Deutschen Gesellschaft e.V. eine organisatorische Basis gefunden hatte, wurde allerdings keine dieser Alternativen weiter verfolgt. Viele Stimmen wiesen auch darauf hin, dass das Brandenburger Tor das schönste Symbol für Freiheit und Wiedervereinigung sei und von keinem artifiziellen Denkmal übertroffen werden könne. Den politischen Beschluss für ein Denkmal in Leipzig traf der Bundestag im Dezember 2008. Der Bund stellt hierfür fünf Millionen, der Freistaat Sachsen 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Gegensatz zu dem Berliner Denkmalsvorhaben, das zwar öffentlich kommuniziert, dessen Prämissen jedoch vor allem auf politischer Ebene verhandelt wurden, setzte die Stadt Leipzig von Anfang an auf breite Bürgerbeteiligung bei allen konzeptionellen Fragen. Der Stadtrat leitete ein umfassendes dialogisches »Werkstattverfahren« ein, bestehend aus einer Bürgerumfrage, einer Jugend- und einer Expertenwerkstatt sowie einem Bürgerforum. Auf allen diesen Ebenen wurden die inhaltliche und die künstlerische Zielsetzung diskutiert und präzisiert. Nachdem dabei der Augustusplatz und der Wilhelm-Leuschner-Platz als Favoriten hervorgegangen waren, schloss sich eine Werkstattphase an, in der insbesondere die Kriterien der Standortwahl mit großem Engagement diskutiert wurden. Jugendwerkstatt und Expertengremium entschieden sich für den Wilhelm-Leuschner-Platz, weil er, so die Überzeugung, im Prozess seiner eigenen stadträumlichen Neuplanung dem zukünftigen Denkmal die besten Entfaltungsmöglichkeiten bieten würde.

#### Die Standorte

Die Standorte für die geplanten Denkmäler könnten unterschiedlicher kaum sein. In Berlin ist der Sockel des Nationaldenkmals der beschlossene Standort. Das gewaltige Denkmal für Kaiser Wilhelm I. am Westrand der historischen Schlossfreiheit war 1897 eingeweiht und 1950 im Zusammenhang mit der Sprengung des Stadtschlosses abgerissen worden. Wie zahlreiche andere monumentale Denkmäler im Deutschen Reich, zum Beispiel am Kyffhäuser und am Deutschen Eck, verherrlichte es den »Reichsgründer«, den Kaiser der »Deutschen Einheit«, in kultischer Überhöhung und verkörperte die pompöse Seite des militärischen Wilhelminismus. Der für das Leipziger Projekt schließlich ausgewählte Wilhelm-Leuschner-Platz, 1945 so benannt nach dem von den Nationalsozialisten hingerichteten sozialdemokratischen Widerstandskämpfer, war eine weite, leere Fläche südlich des Promenadenrings. Das geplante Denkmal sollte nicht nur in die lange geplante Neugestaltung des Platzes einbezogen werden, sondern als räumlich bestimmender Angelpunkt den zukünftigen »Platz der Friedlichen Revolution« definieren. Als zukünftig hoch frequentierter Verkehrsknotenpunkt würde der Platz die kommunikativen Aspekte des geplanten Denkmals verstärken. Der Augustusplatz hingegen, obwohl enger mit den großen Kundgebungen und Montagsdemonstrationen verbunden, wurde verworfen, weil er bereits mit Baulichkeiten, Brunnen, Erinnerungszeichen gestaltet und mit Bedeutungen überladen ist.

#### Berlin – Imperiale Symbolik und Freiheitsdenkmal

Beiden Standorten gemeinsam ist, dass sie sich in einem tief greifenden städtebaulichen Wandlungsprozess befinden. In Berlin entsteht auf dem Areal des einstigen Stadtschlosses ein Neubau in Grundriss und Höhenmaßen des Hohenzollernschlosses. Er soll das Bild der preußischen Hohenzollernresidenz in idealisierter Form wiederherstellen. Die Idee, die zerstörte historische Stadtmitte nicht durch zeitgemäße Architektur, sondern durch eine idealisierte Rekonstruktion des Hohenzollernschlosses zu »heilen«, war von Anfang an und ist noch heute, kurz vor der Fertigstellung, stark umstritten. Das Berliner Freiheits- und Einheitsdenkmal wird sich in einem Umfeld behaupten müssen, das im 20. Jahrhundert extremen Zerstörungsprozessen unterworfen war, insbesondere durch die programmatische Sprengung des Stadtschlosses, an dessen Stelle ein sozialistischer Aufmarschplatz entstand. Für die geplante Schlossrekonstruktion zum Beginn des 21. Jahrhunderts wiederum wurde der 1976 auf dem östlichen Teil des Schlossplatzes errichtete Palast der Republik abgerissen, der für die Identität der DDR einen hohen Symbolwert besaß und für dessen Erhalt mit kultureller Nutzung sich Bürgergruppen eingesetzt hatten. Das 1950 im Zuge des Schlossabrisses demontierte monumentale Nationaldenkmal des Bildhauers Reinhold Begas für Kaiser Wilhelm I. wiederum, mit Reiterstandbild, allegorischem Figurenschmuck und Kolonnaden-Fassung, hat eine eigene Geschichte.<sup>4</sup> Erwähnt seien die engen ideologischen Bezüge des Denkmals zum Schloss und die damit verbundenen nationalen und imperialen Mythenbildungen. Das in den Spreearm hinein gebaute Sockelbauwerk des Nationaldenkmals schließlich, im Gegensatz zur restaurativen Ästhetik des Standbilds ein innovatives Meisterwerk der damaligen Ingenieurskunst, hatte den Denkmalsturz überdauert. Es war 1950 als Standort für ein antifaschistisches Mahnmal vorgesehen und in den Jahren 1965 bis 1973 für ein riesiges Marx-Engels-Denkmal; beide Planungen wurden nicht realisiert.

Die Festlegung des Sockels als Standort für das Freiheits- und Einheitsdenkmal führte daher unvermeidlich zu Überlegungen, wie der gesuchte Entwurf sich zu der vielschichtigen Vergangenheit des Nationaldenkmals, zur geplanten Schloss-Rekonstruktion und zur historisierenden Prägung des umgebenden Stadtraums verhalten sollte. Welchen Einfluss würde die durch die wilhelminische Kolonnaden-Architektur entstandene Grund-

riss-Form des Sockels auf das Motiv des Denkmals haben? Wie könnte das Verhältnis zwischen dem zukünftigen Denkmal und dem übermächtigen Gegenüber der rekonstruierten Schlossfassade definiert werden, speziell im Blick auf den achsensymmetrischen Bezug zwischen Sockel und Eosanderportal, dem zukünftigen Haupteingang? Welche historischen Reminiszenzen, welche Brüche könnten thematisiert werden? Wie würde sich das Denkmal im Spannungsfeld zwischen der barocken Fassadengestaltung und der mit großen Mühen gefundenen Nutzung der Schloss-Replik als Humboldtforum positionieren? Die Berliner Wettbewerbsaufgabe definierte eine im Umriss genau festgelegte Fläche von 2700 Quadratmetern.

#### Leipzig - »Tabula Rasa« nur auf den ersten Blick

Demgegenüber trafen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Leipziger Wettbewerbs auf eine etwa 20000 Quadratmeter große Platzfläche, die im Vergleich zur Berliner Situation fast wie eine Tabula Rasa erscheinen mochte. Natürlich täuscht dieser Eindruck. Der Wilhelm-Leuschner-Platz hat eine lange, traditionsreiche Geschichte. Er entstand Mitte des 18. Jahrhunderts als repräsentative vorstädtische Platzanlage im Zusammenhang mit der Umwandlung des Festungsgrabens in eine Grünanlage – in jenen Promenadenring, der bei der Friedlichen Revolution zum Schauplatz der Massendemonstrationen werden sollte. Zunächst als »Esplanade«, dann als »Königsplatz« war er von großbürgerlichen Wohn- und Geschäftshäusern eingefasst, zeitweise von Messehallen überbaut und entwickelte sich durch Marktgeschehen und Freizeitangebote zu einem belebten und beliebten Stadtplatz.

Aufgrund schwerer Kriegszerstörungen sind weder die historische Platzrandbebauung noch die städtebauliche Figuration erhalten geblieben. Nur das im 19. Jahrhundert erbaute Grassi-Museum blieb verschont und beherbergt heute die Stadtbibliothek. Als städtische Brache wies der Wilhelm-Leuschner-Platz somit manche visuellen Parallelen zum Berliner-Schloss-Areal der Nachkriegszeit auf. Die mit provisorischen Nutzungen verbundene stadträumliche Marginalisierung des Wilhelm-Leuschner-Platzes unterscheidet sich allerdings wesentlich von den emotional geführten Zentralitäts-Debatten und Identifikations-Ideen, welche die Planungen für den Berliner Standort seit Mitte der 1990er Jahre bis hin zur gegenwärtigen Schlossrekonstruktion begleitet haben. Ein weiterer Unterschied betrifft den historischen Charakter der beiden Standorte. Der Leipziger Königsplatz stellte sich in Erscheinungsform und Nutzung gewissermaßen als Manifestation des bürgerlichen Selbstbewusstseins dar. Das

Berliner Schloss-Areal hingegen war bis zum Ende der Monarchie der obrigkeitsstaatliche Kontrapunkt zum großbürgerlich geprägten Pariser Platz am anderen Ende des Boulevards Unter den Linden.

#### Sichtachsen und Motive

In Berlin muss derzeit das geplante Humboldtforum, das Sammlungen und »Wissensarchive« der Staatlichen Museen und der Humboldt-Universität sowie die Ausstellung »Welt.Stadt.Berlin« präsentieren soll, eingepasst werden in die bauliche Hülle der Stadtschloss-Rekonstruktion, für deren Nutzung man es überhaupt erst erfunden hatte. Auch die Entwürfe für das Freiheits- und Einheitsdenkmal mussten sich vor allem mit dem abgezirkelten Sockel-Grundriss des Nationaldenkmals und mit dem dominierenden physischen Gegenüber des Schlossportals auseinandersetzen, sich ganz oder partiell einfügen oder vielleicht auch interessante Verweigerungs-Strategien entwickeln.

In Leipzig hingegen mündete die Suche nach einem neuen Bürgerplatz auf offene Weise in die Denkmalsaufgabe. Historische Motive fanden nicht als formale Vorgaben Eingang, sondern als gedankliche Aspekte zur Vernetzung von Vergangenheit und Zukunft. Ein Beispiel ist die Idee, die existierende Sichtbeziehung entlang der städtebaulichen Achse zwischen Wilhelm-Leuschner-Platz und Völkerschlachtdenkmal zu reflektieren und das Freiheits- und Einheitsdenkmal auch als inhaltlichen Gegenpol zu diesem größten Kriegerdenkmal Europas zu deuten. Zukunftsorientierung war für das Leipziger Projekt nicht nur ein wesentliches Ziel bei der künstlerischen Aufgabenstellung, sondern auch für den Umgang mit dem Standort. Der Masterplan von 2005 zur Wiederherstellung des engeren historischen Platz-Ovals wurde zurückgestellt, stattdessen war nun fast die gesamte Platzfläche für das Denkmalprojekt verfügbar. Anhand der Entwürfe stellt sich im Rückblick die Frage, ob die große Flächendimension und die Freiheit, sich für eine ausgedehnte Lösung oder für eine konzentrierte zu entscheiden, die Künstlerinnen und Künstler wirklich beflügelt oder nicht eher gelähmt hat.

# 2. Die Entwürfe – und was aus ihnen geworden ist

#### Berlin - ein enger Rahmen

Für das Berliner Denkmal gab es zwei Wettbewerbe. Der erste, offene Ideenwettbewerb 2008/2009 wurde abgebrochen, weil die Jury nicht, wie in der Auslobung vorgesehen, bereit war, aus den eingereichten 533 Entwürfen etwa 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine zweite Bearbeitungsstufe auszuwählen. Stattdessen gab es einen zweiten, engeren Wettbewerb mit einem vorgeschalteten Bewerbungsverfahren. Die zweite Jury vergab drei gleichrangige Preise; nach einer Überarbeitungsphase entschied sich der Auslober für den Entwurf von Milla & Partner mit der Choreografin Sasha Waltz.

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Berliner Wettbewerbe haben ihre Denkmalsidee in die historische Grundrissform des Sockelplateaus eingepasst und sich darüber hinaus Gedanken gemacht zur Restaurierung oder Neugestaltung des Bodens, zur Einbeziehung der Freitreppe und zur Nutzung des unterirdischen Sockelgewölbes als eventuellen Ausstellungsbereich. Viele entwickelten Ideen zur artifiziellen Markierung oder Nachzeichnung der verschwundenen Denkmalsanlage mit Sockel und Kolonnaden-Architektur, manche entwarfen eine verfremdete oder ironische Nachbildung des majestätischen Reiterstandbilds. Viele griffen das achsensymmetrische Gegenüber von Sockelfigur und Schlossfassade auf, indem sie es für den eigenen Entwurf entweder verstärkten oder auch formal konterkarierten. Nur wenige der Berliner Entwürfe griffen in den Stadtraum über oder wandten sich absichtsvoll von der Schlossfassade ab. Viele nahmen die erklärte Umwidmung – vom autokratischen Herrscher zum »Volk als Souverän« – zum Anlass, auf dem Sockelplateau eine Menschenmenge darzustellen, die demonstriert, feiert, entspannt flaniert, lustvoll diskutiert oder ihre eigene Sicht auf die Geschichte selbstbewusst zur Schau stellt. Eine Gesamtbetrachtung legt die Schlussfolgerung nahe, dass die formalen wie auch die inhaltlichen Vorgaben des Standortes der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Denkmalsthema einen engen Rahmen gesetzt haben. Der Eindruck entsteht, dass ein Großteil Kreativität darauf verwendet wurde, die Vorgaben zu erfüllen oder sich mit großen Anstrengungen gegen sie zu behaupten.<sup>7</sup>

Mit ihrem Entwurf »Bürger in Bewegung« schlug das Architektenteam Milla & Partner mit Sasha Waltz eine begehbare, bespielbare und durch Gewichtsverlagerung bewegbare goldene Schale vor. Sie nimmt die Form des historischen Denkmalsplateaus auf und verwandelt dieses gewisserma-

ßen in ein nach oben gebogenes Großobjekt: »Der Umriss des Denkmals scheint aus dem Sockel herausgelöst und durch die gemeinsame Kraft der Demonstranten [...] in eine optimistische Zukunft empor gestemmt.« Die Wölbung der Schale soll eine Art Bühne bilden. In großen goldfarbenen Lettern sind auf ihr »die beiden Schlüsselsätze der friedlichen Revolution« angebracht: »Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk«. Besuchergruppen können sich absprechen und die goldene Schale wie eine Wippe in Richtung der einen oder anderen Seite zur Neigung bringen: »Einheit macht stark«. Vielleicht hat man sich für diesen Entwurf entschieden, weil er besonders deutlich dem erklärten Wunsch der Politiker und Denkmals-Initiatoren nach einem »Denkmal der Freude« entspricht: Es soll das Glück des historischen Momentes zum Ausdruck bringen, gewissermaßen auf Dauer festhalten und immer wieder reproduzieren.

#### Leipzig - eine (zu) große Chance?

In Leipzig übernahm die Stadt die Betreuung des Wettbewerbs und entschied sich 2011 für einen nichtoffenen Wettbewerb mit einem vorgeschalteten Bewerbungsverfahren. Thematisch war die Auslobung fokussiert auf die Leipziger Montagsdemonstrationen mit dem »Zug der 70 000 um den Promenadenring« vom 9. Oktober 1989, der eine Schlüsselbedeutung für die »Friedliche Demonstration« insgesamt hatte. Im Gegensatz zur Berliner Situation konnten sich die Entwürfe auf der angebotenen großen Platzfläche relativ autonom entfalten. Nur vier der 39 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichteten auf eine Platzgestaltung und beschränkten sich auf ein Einzelobjekt. Das Spektrum der Entwürfe reichte von symbolhaften Großformen, begehbaren Rauminstallationen und schriftkünstlerischen Gestaltungen über baukünstlerische Entwürfe für Dokumentation und Vermittlung und landschaftsgestalterische Ideen bis hin zu Vorschlägen für partizipatorische Projekte und Eigenaktivitäten.

Insgesamt wurde deutlich, dass bei der Bewältigung der großen Dimension die künstlerische und die architektonische Gestaltung oft nicht das gleiche Niveau erreichten. Die Verfügbarkeit des gesamten Platzes, bei der Aufgabenstellung als besondere Chance betrachtet, war wohl für manche eher ein Hindernis, da sie dieses Angebot, zusammen mit dem mehrfach formulierten Wunsch nach einem »Stadtzeichen«, zu groß dimensionierten Lösungen herausforderte, die ihrer eigentlichen Arbeitsweise nicht wirklich entsprachen. Im Vergleich zum Berliner Projekt kann man allerdings den Eindruck gewinnen, dass hier innovative und konzeptuelle Entwürfe sowie Angebote zur Bürgerbeteiligung weitaus stärker vertreten waren.

Vermutlich ist dies nicht nur auf die besonderen Merkmale des großen, unbebauten Standortes zurückzuführen, sondern ist auch Ergebnis der inhaltlichen Aufgabe und der engagierten Bürgerbeteiligung. Anknüpfend an die Kriterien aus der Werkstattphase wurde nach Entwürfen gesucht, die dazu beitragen können, die »Erfahrungen aus der Friedlichen Revolution von der Vergangenheit ins Heute und in die Zukunft zu überführen«<sup>9</sup>.

Der von der Jury befürwortete Entwurf »Siebzigtausend« des Münchner Teams »M+M« – Marc Weis und Martin de Mattia, mit dem Büro Anabau Architektur und Landschaft – verwandelt den Wilhelm-Leuschner-Platz in ein geometrisches Farbenfeld. Auf 70 000 bunten Keramikplatten sind ebenso viele farbgleiche Hocker-Objekte verteilt, die während und nach der Denkmalseinweihung mitgenommen werden können. Angeboten werden viele assoziative Bezüge, so mit der Vielfalt der Farben (bunte Menschenmenge von protestierenden Individuen), mit der Geometrie des Farbfeldes zu den Montagsdemonstrationen (»in geordneten Bahnen«), zur Redefreiheit (Hocker als »Podest«) und zur Botschaft, die (mit den »Hockern«) in die Welt getragen werden soll.

# 3. Stand der Dinge im Oktober 2015

In Leipzig wurde der von Anfang an geführte Bürgerdialog auch nach der Wettbewerbsentscheidung weitergeführt. Dass dabei der erste Preis wie auch die meisten anderen Entwürfe kontroverse Reaktionen, überwiegend allerdings heftige Ablehnung erfahren haben, hängt vermutlich nicht zuletzt mit ihren unkonventionellen Ansätzen zusammen, die traditionellen Denkmalserwartungen nicht entsprachen. 10 Vor allem der spielerische Ansatz des preisgekrönten Entwurfs »Siebzigtausend« verärgerte viele, die sich bei den Montagsdemonstrationen engagiert hatten. Eine »Weiterentwicklungsphase«, in der ein engeres Beratungsgremium die überarbeiteten ersten drei Entwürfe nochmals bewertete und den dritten Preis nach vorn holte, wurde gerichtlich angefochten. Der Stadtrat, der keinem der prämierten Entwürfe eine Mehrheit geben mochte, beschloss daraufhin im Sommer 2014, nicht nochmals die Jury zusammenzurufen, sondern eine »Atempause«11 einzulegen. »Zugleich haben die Stadträte ihren früheren Beschluss zum Ort des Denkmals aufgehoben: Eine künftige Erinnerung an den Herbst 1989 muss nun nicht mehr auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz realisiert werden.«12 Wie es weitergeht und ob überhaupt noch einmal ein neuer Anlauf für ein Freiheitsdenkmal in Leipzig unternommen wird, ist derzeit vollkommen offen.

In Berlin ist die Realisierung von »Bürger in Bewegung« beschlossene Sache. Nach heftigen Differenzen in der Ausarbeitungsphase, vor allem um das ästhetische Erscheinungsbild der goldenen Schale, verabschiedete sich Sasha Waltz von dem Projekt; den Entwurf verantwortet nun allein der Architekt Johannes Milla. Enorme Schwierigkeiten bei der Umsetzung sind offensichtlich überwunden, wenn auch nicht ohne Blessuren: der Umgang mit dem Sockelbauwerk und seinem eigentlich denkmalgeschützten Gewölbe, das nun riesige Lasten tragen muss; der Schutz der noch erhaltenen wilhelminischen Mosaiken, deren Ausstellung an einem anderen Ort schließlich vereinbart wurde; die Herrichtung von Barrierefreiheit zumindest für den inneren Bereich der »Wippe«; die Umsiedlung einer im Sockelgewölbe beheimateten seltenen Kolonie von Wasserfledermäusen. Nicht beendet ist hingegen die kritische Auseinandersetzung in den Medien mit dem künstlerischen Konzept selbst und mit der von vielen als fragwürdig oder platt empfundenen Symbolik der »Wippe«. 13 Baubeginn soll 2016 sein. Die Einweihung ist für 2017 angepeilt.

# Anmerkungen

- 1 »Eine Nation braucht Erinnerung auch an ihre Erfolge«, so der Urkunden-Text zum Nationalpreis der deutschen Nationalstiftung, die den Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals verliehen wurde; siehe auch: Elisabeth Binder, Ausgezeichnete Idee: »Nationalpreis« für Initiatoren von Einheitsdenkmal. In: Der Tagesspiegel, 18.6.2008.
- 2 Auslobung zum Wettbewerb für das Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal, Leipzig 2012, Wettbewerbsaufgabe, S. 58.
- 3 Auslobung zum Gestaltungswettbewerb für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin 2008, 1. Stufe, Gegenstand des Wettbewerbs, S. 6.
- 4 Dietmar Arnold, Ingmar Arnold, Schlossfreiheit. Vor den Toren des Stadtschlosses, Berlin 1998.
- 5 Siehe auch: Auslobung zum Wettbewerb für das Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal. Darin: Städtebauliche Historie des Platzes, S. 41 47.
- 6 Zum ersten Wettbewerb siehe: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), Gestaltungswettbewerb für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin. Dokumentation des offenen Wettbewerbs 2009, Berlin 2009. Darin: Stefanie Endlich, Künstlerische Ansätze und Darstellungsformen. Versuch einer Typenbildung, S. 15–32.
- 7 Website des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung unter www.bbr.bund. de/BBR/DE/Bauprojekte/Berlin/Kultur/FED/; Website der Deutschen Gesellschaft e.V. (Initiatoren des Denkmals) unter www.freiheits-und-einheitsdenkmal. de, letzter Zugriff am 12.10.2015.
- 8 Erläuterungsbericht der Verfasser.
- 9 Auslobung zum Wettbewerb für das Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal (Anm. 2), S. 107.
- 10 Besonders umstritten wegen seines expliziten Gegenwartsbezugs war der von der Jury mit dem 2. Preis bedachte partizipative Entwurf »Eine Stiftung an die Zukunft« der Gruppe realities:united. Vgl. Stadt Leipzig, Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal, www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/unsere-stadt/leipzigerfreiheits-und-einheitsdenkmal/, letzter Zugriff am 12.10.2015.
- 11 Oberbürgermeister Burkhard Jung gegenüber dem Tagesspiegel, 16.7.2014.
- 12 Stadt Leipzig, Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal (Anm. 10).
- 13 Siehe z.B. Niklas Maak, Berliner Einheitsdenkmal: Die Wippe auf der Kippe, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.2015.



Fans im Berliner Olympiastadion beim Freundschaftsspiel zwischen Hertha BSC und dem 1. FC Union Berlin am 27. Januar 1990.

Dariusz Wojtaszyn

# Fußball verbindet?

Hertha BSC (West-Berlin) und der 1. FC Union (Ost-Berlin) vor und nach 1990

Der Sport genoss in den Gesellschaften beider deutscher Staaten eine hohe Wertschätzung. Eine besondere Rolle spielte dabei der Fußball, der sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik intensiv gefördert wurde und in beiden Staaten kollektive und regionale Identitäten hervorbrachte. Die Kenntnis und die Analyse der Funktionsmechanismen der deutschen Fußballklubs und ihrer Wahrnehmung in der Bevölkerung können zu einem besseren Verständnis der Gesellschaft in der Wendezeit beitragen. Ziel dieses Beitrags ist die Darstellung der Funktionsweise informeller Gruppen

von Hertha- und Unionfans sowie ihrer Verbindungen untereinander vor dem Hintergrund der spezifischen politischen und sozialen Gegebenheiten vor und nach 1990.

# Eine geteilte Fußballstadt

Im Fokus des Beitrags steht eine spezifische, traditionsreiche Fußballregion – Berlin. In der geteilten Stadt erregten besonders zwei Mannschaften große Aufmerksamkeit: Hertha BSC (Bundesliga) und der 1. FC Union Berlin (DDR-Oberliga). Hertha galt in ganz Berlin als ein Publikumsmagnet. Der 1. FC Union Berlin war ein bei den Staatsorganen der DDR unbeliebter Klub mit den meisten Anhängerinnen und Anhängern in Ost-Berlin. In der Hauptstadt der DDR rivalisierte Union um die Sympathie der Berlinerinnen und Berliner mit dem - von den DDR-Fans als »Stasi-Klub« und »Vorzeige-Klub« der SED- und Stasi-Funktionäre bezeichneten - BFC Dynamo, dessen prominentester Fan und Förderer der Chef des Ministeriums für Staatssicherheit Erich Mielke war. Im Gegensatz zu Dynamo und dem Armeesportklub Vorwärts Berlin, der seinen Sitz bis 1971 in Berlin und später in Frankfurt an der Oder hatte, galt Union als ziviler Verein und DDR-weit als Sammelbecken der Andersdenkenden. Das politische Konfliktpotenzial der Union-Fans gegenüber dem Staat beschreibt ein Satz des Redakteurs eines DDR-Satireblatts: »Nicht jeder Union-Fan ist ein Staatsfeind, aber jeder Staatsfeind ist ein Union-Fan«.<sup>1</sup>

Der westdeutsche Fußball weckte bei ostdeutschen Fans schon seit den 1950er Jahren Sympathien. Das Interesse der Anhänger in der DDR wuchs vor allem nach der Gründung der Bundesliga 1963, was teilweise auch mit der Verbreitung des Fernsehens verbunden war (das westdeutsche Fernsehen konnte fast im ganzen Land empfangen werden). In den 1970er Jahren sollte fast jeder DDR-Fußballfan eine Lieblingsmannschaft in der Bundesliga haben.<sup>2</sup> Das spektakulärste Beispiel der Identifizierung der Fans aus dem Osten mit dem westdeutschen Fußball war die Freundschaft zwischen den Anhängern von Union und Hertha.

#### Freunde hinter Stacheldraht

Mitte der 1970er Jahre wurden erste persönliche Kontakte zwischen Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Fan-Gruppierungen beider Vereine geknüpft. Ein Symbol der Verbundenheit waren die Sprechchöre und

Gesänge für Hertha in Fan-Kurven im Stadion An der Alten Försterei.<sup>3</sup> Sehr populär war darüber hinaus das Erfinden von Gesängen und Parolen, die die Verbindung beider Klubs hervorhoben, wie beispielweise die Folgenden: »Ha-Ho-He, Hertha BSC«<sup>4</sup>; »Ha-Ho-He, es gibt nur zwei Mannschaften an der Spree – Union und Hertha BSC«<sup>5</sup>; »Wir halten zusammen, wie der Wind und das Meer, die blau-weiße Hertha und der FC Union«<sup>6</sup>; »Wir halten zusammen, uns kann nichts trennen, keine Mauer und kein Stacheldraht«<sup>7</sup>. In einem Land, in dem eine »falsche« Meinung oder sogar ein zu kecker Witz, welcher von der Staatssicherheit abgehört wurde, Repression und Rechtsverfahren auslösen und als antistaatliche Tätigkeit bewertet werden konnte, gerieten diese Zeichen der gesamtdeutschen Identität der Fans in den Fokus von Volkspolizei und Staatssicherheit. Allein aufgrund der großen Masse im Stadion, die für Deckung sorgte, war dieses Verhalten der Fans aber vergleichsweise risikoarm.

Die Mitglieder der Fanklubs beider Mannschaften trugen die Schals, Mützen und Westen in den Farben des befreundeten Klubs, und auf den selbstgemachten Aufnähern standen Worte, die auch als eindeutig politische Deklarationen der Träger interpretiert werden können: »Freunde hinter Stacheldraht« oder »Hertha und Union – eine Nation«<sup>8</sup>.

# Kontakte über die Mauer hinweg

Die Faszination der Union-Anhänger für den West-Klub wurde von den Hertha-Sympathisanten erwidert. Während der Partien von Hertha waren sehr oft Union-Fahnen und Spruchbänder mit der Parole »Hertha grüßt Eisern Union« zu sehen. Im Berliner Olympiastadion waren auch häufig die Sprechchöre »Union, Union, eisern Union« zu hören. Wia West-Radio und Fernsehen kamen die Grüße nach Ost-Berlin. Sie wurden jedoch nicht nur von Union-Fans wahrgenommen, sondern auch von der Sport- und Parteiführung der DDR, für die diese öffentlichen Sympathiebekundungen inakzeptabel waren.

Um die Fanfreundschaft über die Mauer hinweg zu pflegen, versuchten die Fangruppen aus Ost und West persönliche Kontakte aufzubauen. Erste Kontakte ermöglichten die Europacup-Begegnungen von Hertha in der DDR oder in den Ostblockstaaten in den 1970er Jahren, zu denen auch Unionfans reisten.<sup>11</sup> Die Hertha-Anhänger besuchten dagegen nur unregelmäßig die Ostberliner Kolleginnen und Kollegen bei den Oberligaspielen. Sie schmuggelten dabei die Fanutensilien und versorgten die Ostberliner Fans mit Fußballsammelartikeln und Informationen über die neuesten

Fan-Trends in den Stadien Westeuropas, die aus westdeutschen oder britischen Presseartikeln entnommen wurden. 12

Mit der Zeit entstanden in diesem Milieu über die Mauer hinweg persönliche Freundschaften, besonders mit den Vertretern des Fanklubs »Hertha-Frösche«, der von den Medien als einer der gefährlichsten Hooligan-Gruppen in der Bundesrepublik bezeichnet wurde. <sup>13</sup> Außer ihres hohen Gewaltpotenzials waren »Frösche« auch aufgrund ihrer Nähe zu rechtsradikalen Kreisen bundesweit bekannt. In den 1980er Jahren folgte der allmähliche sportliche Absturz von Hertha, was aber keinen Einfluss auf die gegenseitigen Fan-Kontakte hatte. Die West-Berliner Fans überquerten in den 1980er Jahren immer häufiger die Grenze und besuchten Kollegen aus dem östlichen Teil der Stadt und verbrachten mit ihnen zusammen Zeit in den Ostberliner Kneipen und Diskotheken. 14 Sie veranstalteten sogar spezielle, konspirative Treffen, beispielsweise gemeinsame Weihnachtsfeiern. 15 Manchmal kam es zu gemeinsamen rowdyhaften Ausschreitungen, bei denen überwiegend die Fans der Oberliga-Vereine, die als größte Union-Gegner angesehen wurden, also die Hooligan-Gruppen der verhassten Vereine BFC Dynamo und Dynamo Dresden, auf der anderen Seite standen. 16

Die Freundschaft der Anhänger beider Mannschaften war im Fußballfan-Milieu beiderseits der Grenze bekannt. In ihre Fußstapfen versuchten auch Anhänger von anderen ost- und westdeutschen Vereinen zu treten: Sympathisantinnen und Sympathisanten von Chemie Leipzig hatten seit 1984 Kontakte mit Fans von Bundesliga-Klubs, und Anhänger von Hannover 96 initiierten 1989 Kontakte mit ostdeutschen Kollegen.<sup>17</sup> Nie erreichten sie jedoch eine vergleichbare Intensität wie im Fall der Herthaund Union-Fans.

# Mauerfall und Vereinigungsspiel

Zwei Tage nach dem Mauerfall spielte Hertha ein Zweitliga-Heimspiel gegen Wattenscheid 09. Die Fußballanhänger aus dem Osten nutzten die gewonnene Reisefreiheit und besuchten das Olympiastadion, um Hertha anzufeuern. Das Stadion füllten 55 000 Zuschauerinnen und Zuschauer anstelle der etwa 10 000, die normalerweise gekommen wären. Die Hertha-Verantwortlichen waren sich offensichtlich der Popularität von Hertha in Ost-Berlin nicht bewusst: Alle 10 000 Karten, die extra für die Bürgerinnen und Bürger der DDR frei zur Verfügung gestellt wurden, waren sehr schnell verteilt – nun galt der DDR-Reisepass als Ticket. <sup>18</sup> Bei der

Begegnung waren etwa 35 000 Union-Fans aus Ostberlin und Brandenburg anwesend, unter ihnen sogar einige Union-Spieler mit ihrem Trainer Karsten Heine. <sup>19</sup> Die Hertha-Fußballer erzielten mit Mühe ein 1:1-Unentschieden, was auf den Tribunen mit großer Freude gefeiert wurde. Der Wattenscheid-Trainer Hannes Bongartz soll angeblich gesagt haben, dass er gar nicht gewinnen wollte, um die Stimmung im Stadion nicht zu zerstören. <sup>20</sup>

In dieser Zeit entstand die Idee, eine Freundschaftsbegegnung zwischen beiden Teams zu veranstalten, was aufgrund der Liga-Termine aber schwer zu realisieren war. Beide Seiten trafen sich erst Mitte Januar 1990 bei einem Winter-Hallenturnier, um den Union-Sieg im Finale gegen den verhassten BFC Dynamo zu feiern. <sup>21</sup> Am 27. Januar 1990 kam es endlich zu der berühmten Partie im Olympiastadion, die als »Wiedervereinigungsspiel« bezeichnet wurde. In Anwesenheit von über 50 000 Zuschauern gewann Hertha 2:1. Die Tickets kosteten fünf Mark – als offizieller Sponsor trat die Deutsche Post auf – die wahlweise in DDR-Mark oder Deutscher Mark zu zahlen waren. <sup>22</sup> Die Union- und Hertha-Anhänger empfanden das Treffen als ausgesprochen emotional und feierten beide Vereine.

#### Der Bruch

Bald aber endete die gute Atmosphäre zwischen den Fangruppierungen beider Vereine. Zum Rückspiel, das am 12. August 1990 in der Alten Försterei veranstaltet wurde, kamen nur noch knapp 4000 Zuschauer. Die geringe Anzahl der Zuschauer ist nicht nur mit der Kapazität des modernisierungsbedürftigen Stadions (etwa 25 000 Plätze, davon 1 800 Sitzplätze) und dem Termin (Saisonpause, Sommerferien) zu erklären. Vermutlich war es ein erstes Zeichen der gegenseitigen Gleichgültigkeit. Mit der Zeit entwickelten die Fans immer wieder neue Abneigungen, und die alte »Freundschaft hinter Stacheldraht« geriet bald in Vergessenheit. Der ehemalige Union- und Hertha-Trainer- und Funktionär Karsten Heine bewertet diese Situation so: »Ich weiß bis heute nicht, warum es so gekommen ist, und es hat mir auf diese Frage auch noch niemand eine gute Antwort gegeben. [...] Vielleicht liegt es an einer neuen Fan-Generation, die die alten Zeiten nicht mehr erlebt hat«.<sup>24</sup>

Das System der wechselseitigen Verbindungen – Sympathien und auf Gegenseitigkeit beruhende Animositäten – gehört zu den charakteristischen Eigenschaften der Fankultur. Häufig ist es sehr schwer, die genaueren Gründe von negativen Verhältnissen zu klären, weil sie eine lange Tradi-

tion haben und sich heutzutage niemand an ihre Ursachen erinnern kann. In diesem Fall jedoch ist die Erklärung auf den ersten Blick einfach und überraschend: Laut den Autoren des Fanmagazins »Stadionwelt« wurde die ehemalige Freundschaft durch ein einzelnes Spruchband beendet. <sup>25</sup> Als 1991 Bernd Stange, der ehemalige Trainer der DDR-Nationalmannschaft und – wofür erst später Belege gefunden wurden – Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit, Trainer bei Hertha wurde, wurde das von den Union-Anhängern sehr negativ aufgenommen. <sup>26</sup> Ihre Wut drückte sich in einem Transparent mit den Worten »Stasi-Hertha« aus, das sie während eines Freundschaftsspiels vor dem Union-Block aufgehängt haben sollen. <sup>27</sup> Diese einfache, aber bösartige Geste, samt dem Ost-West-Konfliktpotenzial und der späteren sportlichen Rivalität, sollte die langjährige Freundschaft völlig begraben.

#### Was blieb von der Freundschaft?

In den Saisons 2010/2011 und 2012/2013 spielten beide Vereine in der Zweiten Bundesliga. Diese Situation führte zu einer steigenden, sich voneinander abgrenzenden Rivalität zwischen den jeweiligen Fangruppierungen. Die Hertha-Fans benutzten den veränderten Union-Schlachtruf als Schimpfwort, wenn sie anstelle von »Eisern-Union!« »Scheiß-Union!« im Olympiastadion skandierten. Dagegen war in der Alten Försterei – in Anlehnung an die Hertha-Hymne von Frank Zander – zu hören: »Nur zu Hertha geh'n wir nicht!«. <sup>28</sup>

Die Berliner Rivalität ist aber auch ein Publikumsmagnet: Neben Bayern München und Borussia Dortmund kann nur Union als Gegner das Olympiastadion zur Gänze füllen.<sup>29</sup> Die letzten Begegnungen zwischen beiden Klubs in der Zweiten Bundesliga waren von Rivalität und Kälte erfüllt.<sup>30</sup> Die Atmosphäre wurde häufig von der Boulevard-Presse und den sozialen Medien angeheizt, und die Partien wurden von der Polizei als Hochrisikospiele eingestuft.<sup>31</sup> Im Vergleich zu den Derbys in anderen Städten wie beispielsweise Glasgow (Rangers und Celtics), London (Arsenal, Chelsea, Tottenham, West Ham und Millwall) oder München (Bayern München und 1860 München) und dem Revierderby (Schalke und Borrussia Dortmund) ist die Situation in Berlin jedoch relativ ruhig und friedlich. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Anhängern von Union und Hertha werden häufig als relativ friedliche Koexistenz beschrieben.<sup>32</sup> Die Berliner Fußball-Rivalität ist viel stärker von dem Ost-Ost als dem Ost-West-Konflikt geprägt. Die Erzfeinde der Union-Fans sind immer noch die Anhänger des BFC Dynamo.<sup>33</sup>

Die Klubverantwortlichen versuchen auch, diese Situation zu beeinflussen. Einerseits organisieren sie Freundschaftsbegegnungen der Fans – wie beispielsweise bei der feierlichen Eröffnung der renovierten Alten Försterei im Jahr 2009, als die Union-Leitung die Funktionäre und Fans von Hertha einlud und ein Sommerspiel veranstaltete. <sup>34</sup> Andererseits aber betrachten sie sich gegenseitig als Mitbewerber auf dem Berliner Fußballmarkt. <sup>35</sup> Union hat sich in den vergangenen Jahren sehr stark entwickelt und wird heutzutage für Hertha im Kampf um die Gunst des Berliner Publikums gefährlich. Bundesweit gibt es etwa 32000 Hertha- und 12000 Union-Mitglieder. <sup>36</sup> Und die Zahl der Union-Fans – auf Ostidentität und modernem Management basierend – steigt kontinuierlich.

# Anmerkungen

- 1 Zit. nach: Jörn Luther und Frank Willmann, Und niemals vergessen Eisern Union! Berlin 2000, S. 91; vgl. Dariusz Wojtaszyn, Kibice w socjalizmie [Fans im Sozialismus], Wrocław 2013, S. 258 ff.; Hanns Leske, Erich Mielke, die Stasi und das runde Leder. Der Einfluß der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Fußballsport in der DDR, Göttingen 2004, S. 193 ff.
- 2 Thomas Bienert, Aufgewachsen in der DDR. Wir vom Jahrgang 1963. Kindheit und Jugend, Gudensberg-Gleichen 2007, S. 45–46; Die Fußballanhänger. Interview von Gabriele Damtew und Frank Willmann mit PID, Anhänger des 1. FC Union Berlin, in: Frank Willmann (Hg.), Stadionpartisanen. Fußballfans und Hooligans in der DDR, Berlin 2007, S. 43; Wojtaszyn, Kibice (Anm. 1), S. 340 ff.
- 3 Vgl. beispielsweise Bericht zum Einsatz einer Schützenkompanie am 28.2.1982 in Hennigsdorf, BLHA, Rep. 471/15.2 BDVP Potsdam Nr. 741.
- 4 Dieter Dose, In der Wuhlheide sangen sie: »Ha-Ho-He, Hertha BSC«, in: Die Welt, 23.6.1986.
- 5 K. Peters, »Eisern, Union!«(Ost), in: Welt am Sonntag, 15.6.1986.
- 6 Gesellschaftswidriges Verhalten vorwiegend dem Anhang des 1. FC Union Berlin angehörender negativ-dekadenter Jugendlicher im Zusammenhang mit dem Fußballspiel der SG Dynamo Dresden gegen Hertha BSC Westberlin am 26.4.1978 in Dresden, BStU, MfS, XX/AKG 6684, S.74.
- 7 Luther, Willmann, Und niemals vergessen (Anm. 1), S. 92.
- 8 Luther, Willmann, Und niemals vergessen (Anm. 1), S. 135.
- 9 Heimliche Weihnachtsfeier mit bösen Folgen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.10.1986.
- 10 René Wiese und Jutta Braun, »Es gibt nur zwei Meister an der Spree, Union und Hertha BSC«, in: 11 Freunde, 3.9.2012, http://www.11freunde.de/artikel/als-sich-union-und-hertha-noch-lieb-hatten, letzter Zugriff am 7.1.2015.
- 11 Vgl. beispielsweise ein Spiel Dukla Prag-Hertha Berlin am 21. März 1979 in Prag im Rahmen von UEFA-Cup, Zusammenfassende Darstellung zur Problematik der

- Ausschreitungen bei Fußballspielen im In- und Ausland, insbesondere für den Zeitraum von 1978 bis 1981, BStU, MfS, HAXXII 18438, S. 18.
- 12 Die Fußballanhänger. Interview von Gabriele Damtew und Frank Willmann mit Dall, Anhänger des 1. FC Union Berlin, in: Willmann (Hg.), Stadionpartisanen (Anm. 2), S. 70; Die Fußballanhänger (Anm. 2), S. 58.
- 13 Fans, die »Normen des sozialistischen Zusammenlebens zutiefst verletzen«, in: Die Welt, 24.10.1985; Maik Thesing, Von Hochs und Tiefs geprägt, in: Stadionwelt, Nr. 1, 2005, S. 14; Michael Jahn, Nur nach Hause geh'n wir nicht. Die Geschichte von Hertha BSC Berlin, Göttingen 2006, S. 281 ff.
- 14 Vermerk über Maßnahmen der HAXX/2, BStU, MfS, HAXX 3763; Die Fußballanhänger. Interview von Gabriele Damtew und Frank Willmann mit Spatze, Anhänger des 1. FC Union Berlin, in: Willmann (Hg.), Stadionpartisanen (Anm. 2), S. 58; Wojtaszyn, Kibice (Anm. 1), S. 351.
- 15 Heimliche Weihnachtsfeier (Anm. 9).
- 16 BStU, Gesellschaftswidriges Verhalten (Anm. 6); Verhinderung rowdyhafter Handlungen beim Fußballspiel SG Dynamo Dresden BFC Dynamo Berlin am 5.8.1989 in Cottbus, BStU, MfS, HAXX 3763; Die Fußballanhänger (Anm. 2), S.77.
- 17 Bericht vom 9.7.1989, BStU, MfS, HAXX 3763, S. 50; Ray Schneider, Die Leipziger Fußballszene aus Sicht eines Chemie-Fans. »Über Leutzsch lacht die Sonne über Lok die ganze Welt ...«, in: Ina Weigelt, Die Subkultur der Hooligans. Merkmale, Probleme, Präventionsansätze, Marburg 2004, S. 186; vgl. Wojtaszyn, Kibice (Anm. 1), S. 352.
- 18 Sven Goldmann, Die zerbrochene Freundschaft, in: 11 freunde, 7.7.2009, www. 11freunde.de/artikel/union-und-hertha, letzter Zugriff am 7.1.2015; Die Chronik, in: Stadionwelt, Nr. 1, 2005, S. 15.
- 19 Michael Jahn, Ausnahmesituation vor dem Stadtderby, in: Berliner Zeitung, 10.2.2013; K. Heines Wörter in: Goldmann, Die zerbrochene Freundschaft (Anm. 18).
- 20 Die Chronik (Anm. 18), S. 15.
- 21 Goldmann, Die zerbrochene Freundschaft (Anm. 18).
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Zit. nach: Goldmann, Die zerbrochene Freundschaft (Anm. 18).
- 25 Freunde und Feinde, in: Stadionwelt, Nr. 1, 2005, S. 16.
- 26 Die Stasi-Akten von »Schaxel« und »Wegner« in: Die Welt, 23.7.2001.
- 27 Freunde und Feinde (Anm. 25), S. 16.
- 28 Wiese, Braun, Es gibt nur zwei Meister (Anm. 10).
- 29 Dominik Bardow, Hertha BSC vor dem Zweitliga-Spitzenspiel. Luhukay will mehr Euphorie auf den Rängen, in: Der Tagesspiegel, 8.4.2013.
- 30 Die ersten Derbys in der 2. Bundesliga fanden 2010 statt: 1:1 an der Alten Försterei und 1:2 für Union im Olympiastadion.
- 31 Gareth Joswig, Gefangen im »Feinkost Ullrich«. Wie brisant war das Berlin-Derby wirklich? In: 11 freunde, 12.2.2013, http://www.11freunde.de/artikel/wie-brisantwar-das-berlin-derby-wirklich, letzter Zugriff am 7.1.2015.

- 32 Gunnar Leue, Als Hertha und Union sich noch lieb hatten. Ex-Freunde hinter Stacheldraht, in: 11 freunde, 4.2.2011, http://www.11freunde.de/artikel/ex-freunde-hinter-stacheldraht, letzter Zugriff am 7.1.2015; vgl. auch die Ansicht von Karsten Heine, der meint, dass es keine bösartige Rivalität der beiden Fangruppen mehr gibt, nach: Michael Jahn, Zwei Meister an der Spree, in: Frankfurter Rundschau, 1.10.2012.
- 33 Die Partien zwischen Union und BFC Dynamo gehören zu den gefährlichsten Spielen, bei denen es häufig zu besonderen Vorkommnissen kommt. Es ist beispielsweise ein Spiel im Rahmen der Regionalliga-Nord am 13.5.2006 im Sportforum Hohenschönhausen zu nennen, bei dem gewalttätige Ausschreitungen mit zahlreichen verletzten Polizeibeamten, Straftätern und Unbeteiligten sowie eine hohe Anzahl von Festnahmen verzeichnet werden mussten, vgl. »Die dritte Halbzeit« Umgang mit Problemfans im Berliner Fußball. Kleine Anfrage des Abgeordneten Benedikt Lux vom 21.7.2008 und Antwort, in: Abgeordnetenhaus Berlin, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/12384.
- 34 Wiese, Braun, Es gibt nur zwei Meister (Anm. 10).
- 35 Vgl. beispielsweise die Meinung von Union-Präsident Dirk Zingler: »Hertha und Union sind zwei verschiedene Philosophien, zwei konträre Fußball-Produkte«, zitiert nach: Jahn, Zwei Meister (Anm. 32).
- 36 Berliner Fußballkarte: So teilen sich Hertha und Union die Hauptstadt, http://interaktiv.morgenpost.de/fussballkarte-berlin/#9/52.5000/13.4000, letzter Zugriff am 7.1.2015.



Wie viele ländliche Regionen ist auch der Ort Loitz in Mecklenburg-Vorpommern von Abwanderung betroffen.

#### Tom Thieme

# Sind wir ein Volk? Zur demografischen Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist seit der Wiedervereinigung ein öffentliches Dauerthema. Kinderlosigkeit und Überalterung, Zu- und Abwanderung sowie innerdeutsche Umzüge werden – teilweise abwechselnd, teilweise gleichzeitig – als die zentralen Herausforderungen der Gesellschaft ausgemacht. Doch vor allem der Fokus auf die Ost-West-Dimension überlagert die gesamtdeutschen Probleme. Nicht nur in den östlichen Bundesländern fehlen Kinder. Zugleich stehen in beiden Landesteilen prosperierende Großstädte der anhaltenden Entvölkerung in ländli-

chen Gegenden gegenüber. Schafft es der Westen allerdings durch die über Jahrzehnte gewachsene Zuwanderung von Migranten seine Bevölkerungszahl stabil zu halten, leidet der für Ausländer – ökonomisch und sozial – unattraktive Osten unter einem dreifachen Problemdruck: Geburtenmangel, Abwanderung nach Westen sowie kaum Zuwanderung von außen.

Der Beitrag geht der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den vergangenen 25 Jahren nach. Zum einen soll aufgezeigt werden, welche demografischen Änderungen sich vollzogen: Haben wir es mit Blick auf die Bevölkerungsverteilung und -zusammensetzung sowie auf die Altersstruktur folglich mit grundlegenden oder eher partiellen Veränderungen zu tun? Zum anderen gilt es die demografische Entwicklung seit der Wiedervereinigung für die besondere Ost-West-Dimension zu beleuchten. Sind die Bevölkerungsstrukturen in beiden Landesteilen wie vor 1989/90 noch immer stark verschieden (jung, multiethnisch und wachsend versus alt, homogen und schrumpfend) oder dominieren mittlerweile andere Gegensätze (beispielsweise Nord-Süd oder Stadt-Land) die demografischen Unterschiede in Deutschland?

# Einführung

Die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik hat sich seit der Deutschen Einheit zum öffentlichen Dauerthema entwickelt. Drei Aspekte stehen im Mittelpunkt unzähliger, teilweise schriller Veröffentlichungen, welche die dramatischen Auswirkungen und Folgen der demografischen Veränderungen behandeln<sup>1</sup>: Erstens die Uberalterung der Bevölkerung, zweitens der Wandel hin zu einer multiethnischen Gesellschaft und drittens die anhaltenden Unterschiede zwischen Ost und West. Allerdings entpuppen sich die meisten Erkenntnisse, welche – je nach Perspektive – als sensationell, kontrovers oder schlicht falsch bewertet werden. bei genauerem Hinsehen als wenig innovativ. Bereits Anfang der 1990er Jahre galten Überalterung, Zuwanderung und Binnenwanderungsströme als Grundlinien der langfristigen Bevölkerungsentwicklung.<sup>2</sup> Zwar halten diese Trends - teils verstärkt, teils abgeschwächt - nach wie vor an, allerdings prägen sie in unterschiedlichem Maß die Sozialstruktur der einzelnen Regionen beziehungsweise Bundesländer. So ist längst nicht mehr der gesamte Osten von Abwanderung betroffen – Schrumpfregionen wie der Lausitz und der Uckermark stehen boomende Landstriche, beispielsweise in und um Leipzig und Dresden, gegenüber. Ähnlich sieht es im Westen aus. Und während die Großstädte - im Osten weniger stark als im Westen – eine junge und zunehmend multiethnische Bevölkerung aufweisen, überaltern vor allem ländliche Regionen; auch wegen der fehlenden Zuwanderung.

Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung setzt eine Auswahl der zu untersuchenden Teilbereiche voraus. Im Folgenden stehen die demografischen Kernmerkmale Altersstruktur, Lebenserwartung sowie Zu- und Binnenwanderung im Zentrum der Darstellung. Diese gilt es erstens für die Bundesrepublik insgesamt, zweitens differenziert nach Ost- und West und drittens speziell für einzelne Bundesländer und Regionen zu betrachten. So soll beantwortet werden, ob wir es 25 Jahre nach der Deutschen Einheit mit gesamtdeutschen Phänomenen, ost- beziehungsweise westdeutschen Trends oder regionalen Eigenarten zu tun haben.

## Altersstruktur und Lebenserwartung

Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland veränderte sich in den vergangenen 25 Jahren vielfältig und tiefgreifend. Allerdings war nicht jeder Wandel der langfristigen Entwicklung bedingt durch die Wiedervereinigung. Die natürliche Bevölkerungszahl als Verhältnis von Geburtenzahl und Sterbefällen geht – wie in ganz Europa – seit etwa vier Jahrzehnten zurück.<sup>3</sup> In Ost- wie Westdeutschland werden heutzutage weit weniger Kinder geboren als für die natürliche Reproduktion notwendig wären (140 statt 208 Kinder pro 100 Frauen), was mit dem monokausalen Begriff »Pillenknick« nicht ausreichend erklärt werden kann. Zu den Gründen für den Geburtenrückgang zählen jene Faktoren, die sich unter dem Begriff »Wertewandel« subsumieren lassen, so der Wandel in den Beziehungs- und Familienstrukturen, eine zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit, mangelnde gesellschaftliche Voraussetzungen für Familienplanung, die stärkere Individualisierung von Lebensstilen sowie materielle Unsicherheit aufgrund von Sozialabbau und Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung. Vor allem der letzte Aspekt sowie die Folgen des Systemwechsels in der DDR verstärkten Anfang der 1990er Jahre die dramatischen Einbrüche der Geburtenrate im Osten. 4 In den vergangenen zehn Jahren haben sich beide Landesteile (auf niedrigem Niveau) angenähert. Seit 2008 liegen die Geburtenraten in Ost und West annähernd gleich auf (1,40).

Allerdings zeigt sich mit dem Blick auf regionale Unterschiede, dass vor allem im Westen die Differenzen zwischen den einzelnen Regionen größer sind als die zwischen Ost und West.<sup>5</sup> Während sich in den östlichen

Bundesländern aufgrund der nivellierten Bevölkerungsstrukturen in der DDR kaum regionale Besonderheiten finden - die Geburtenrate liegt im ländlichen Raum unwesentlich über der in (Groß-)Städten -, unterscheiden sich die Werte im Westen deutlich. So werden in den ländlichen Gebieten vor allem im Süden und im Nordwesten fast doppelt so viele Kinder geboren wie zuvörderst in den Universitätsstädten der alten Länder (beispielsweise Göttingen, Marburg und Heidelberg). Die Differenz der Geburtenziffer liegt bei etwa einem Kind pro Frau (1,9 gegenüber 0,9). Die Unterschiede gehen wesentlich mit der (Nicht-)Akzeptanz von nichtehelichen Lebensgemeinschaften einher. Dort, wo die Heiratsnorm verbreitet ist, werden mehr Kinder geboren. Zudem unterscheidet sich das Alter für die Familiengründung stark: In den urbanen Gegenden (»hüben wie drüben«) und im gesamten Osten entscheiden sich Paare später für Nachwuchs als in den ländlich geprägten Regionen des Westens. Der Befund überrascht. Lag das Elternalter in der DDR durch die Anreize der staatlichen Familienpolitik (Wohnung, Kinderbetreuung) drei bis vier Jahre unter dem in der Bundesrepublik, hat sich das Verhältnis vor dem Hintergrund der sozialen Unsicherheiten im Osten umgekehrt.

Auch hinsichtlich der Lebenserwartung haben sich die Unterschiede zwischen Ost und West mittlerweile fast angeglichen. Sie stieg seit 1990 bei Männern um fast sechs Jahre (von 72 auf über 78 im Jahr 2013), bei Frauen um fünf (von 78,5 auf 83,5). In beiden Landesteilen werden die Alten immer älter. Parallel nahmen die Ost-West-Unterschiede ab. Die Differenz zwischen beiden Landesteilen lag im Jahr 1990 bei etwa drei Lebensjahren (bei Männern 69,2 und 72,7 Jahre; bei Frauen 76,2 und 79,1 Jahre). Die Varianz geht auf drei zentrale Ursachen zurück: Erstens Versorgungsmängel, zweitens höhere gesundheitsbedingte Berufsrisiken und drittens ungleich größere Umweltverschmutzungen in der DDR. 25 Jahre nach der Epochenwende von 1989/90 sind die Unterschiede indes beinahe verschwunden. Heute werden westdeutsche Männer im Durchschnitt nur noch ein reichliches Jahr älter als ihre Landsleute im Osten (78,5 und 77,3 Jahre), bei Frauen gibt es gar keine Unterschiede mehr (83,1).

# Deutsch-deutsche Binnenwanderungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung resultiert die Gesamteinwohnerzahl einer Gesellschaft aus den räumlichen Wanderungsbewegungen. Hier unterscheiden sich alte und neue Bundesländer nach wie vor deutlich. Während die Gesamtbevölkerungszahl im Westen vom Ende des Zweiten Weltkrieges an – trotz zwischenzeitlicher Stagnation (1975–1985) – bis zum Jahr 2004 kontinuierlich stieg, weil die Geburtenrückgänge durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen, ehemaligen DDR-Bürgern und Ausländern kompensiert werden konnten, verschärfte sich mit der Friedlichen Revolution 1989/90 der seit 1946 ohnehin rückläufige Trend im Osten.

Mit der Wiedervereinigung wurde die Aus- zur Binnenwanderung, die vor allem zu Beginn der 1990er Jahre einer wahren Abwanderungswelle glich.<sup>7</sup> Obwohl mit Beginn der 2000er Jahre an weniger Menschen aus den östlichen Bundesländern ihre Heimat verlassen und neben Westdeutschen, die ihr Glück im Osten versuchen, etliche Rückkehrer für eine Annäherung von Ab- und Zuwanderung sorgen, bleibt der Gesamttrend konstant: Von 1990 bis 2012 verlor der Osten mehr als 1,5 Million Einwohner durch Abwanderung gen Westen.<sup>8</sup> Der Osten erreichte nie eine positive oder wenigstens ausgeglichene Wanderungsbilanz gegenüber dem Westen. Da überwiegend die jüngere Generation (und hierbei vor allem junge Frauen) wegen der besseren beruflichen Perspektive übersiedelt, verstärkt die niedrige Geburtenrate zusammen mit der steigenden Lebenserwartung die gesellschaftliche Vergreisung im Osten.<sup>9</sup>

Jedoch ist »der Osten« nicht gleich »Osten«. Anstelle der nahezu flächendeckenden »Entvölkerung« großer Teile Ostdeutschlands in den 1990er Jahren lässt sich seit der Jahrtausendwende vielmehr eine Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung in Boom- und Schwundregionen erkennen. So stehen den sogenannten ostdeutschen »Leuchttürmen« (beispielsweise in und um Leipzig und Dresden, in Jena und Erfurt sowie im Umfeld der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam) zunehmend Regionen gegenüber, die sich demografisch im »freien Fall« befinden, vor allem die ländlichen Regionen im (Nord-)Osten, aber auch in Sachsen-Anhalt, der Lausitz und im Norden Sachsens. Auch die Kleinstädte beziehungsweise Oberzentren solcher Gegenden zählen zu den Verlierern der Bevölkerungsentwicklung. In vielen größeren Städten wie in Görlitz, Cottbus, Hoyerswerda oder Eisenhüttenstadt ist die Einwohnerzahl um mittlerweile fast die Hälfte gegenüber vor 1990 geschrumpft. Sie stecken in einer Abwärtsspirale. Das Fehlen von Arbeitsplätzen führt zur Abwanderung - dies zieht den weiteren Rückbau des Dienstleistungssektors und der öffentlichen Infrastruktur nach sich, was die Abwanderung aus den Regionen weiter verschärft. Doch der Blick auf den Osten insgesamt verschleiert die eigentlichen Härten. Dem Aufschwung in einigen Großstädten stehen gravierende Bevölkerungsrückgänge und Alterungsprozesse in den ländlichen Ostregionen gegenüber.

Gleichwohl ist der Trend wachsender Unterschiede zwischen Boomund Schrumpfregionen kein ostdeutsches Phänomen. Auch im Westen verliert manche strukturschwache Gegend, unter anderem die früheren Zonenrandgebiete. So hat die Stadt Hof an der bayrisch-sächsischen Grenze seit 1990 fast ein Fünftel seiner einst über 55 000 Einwohner verloren. Aber auch viele ländliche Regionen im Nordwesten sind betroffen, während die attraktiven Groß- und Universitätsstädte wie München, Stuttgart, Berlin und Hamburg den Ansturm an Zuzügen – und entsprechend auf knappen Wohnraum – kaum noch bewältigen können. Die ostdeutschen Großstädte nehmen hier eine Art Mittellage ein: als Zuzugsziel für ostdeutsche Landbewohner auf der einen Seite und als Schrumpfregion in Richtung Westen auf der anderen.<sup>10</sup>

Mindestens so deutlich wie der Ost-West-Unterschied sind die Differenzen zwischen Nord- und Süddeutschland. Egal ob westliche oder östliche Bundesländer: Im Süden sind Wirtschaft und Wachstum stärker, Arbeitslosigkeit und Verschuldung niedriger als im Norden. Dies schlägt sich im Bevölkerungswachstum nieder. In Bayern und Baden-Württemberg ist es deutlich höher als in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, aber auch in Sachsen und Thüringen fällt die Bilanz im Vergleich mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg deutlich positiver aus. Im Gegensatz zu Entwicklungsunterschieden zur Zeit der Industrialisierung und im globalen Maßstab wird Deutschland heute weniger von einem Nord-Süd-Konflikt, als vielmehr von einem Süd-Nord-Gefälle geprägt.

## Zu- und Abwanderungen

Die Differenzen zwischen der bis 2004 wachsenden Bevölkerung im Westen und der kleiner werdenden Population im Osten werden durch eine räumlich unterschiedlich verteilte Außenwanderung verstärkt. Obwohl die vereinte Bundesrepublik Deutschland seit 1990 jährlich unverändert einen Überschuss an Zuzügen (»positiver Wanderungssaldo«) aufweist, hat sich die Zuwanderungsdynamik der frühen 1990er Jahre auch im Westen deutlich abgeschwächt. Wuchs in den ersten fünf Jahren nach der Wiedervereinigung die Bevölkerung aufgrund des Wanderungsüberschusses um mehr als drei Millionen Menschen (vor allem Asylanten und Spätaussiedler aus Russland), hat sich das Verhältnis von Zu- und Fortzügen seit 2004 nahezu angeglichen. Während die alten Bundesländer noch bis 2007 Zuwanderungsgewinne verbuchten und erstmalig 2008 mehr Menschen das Land verließen als zuzogen, wiesen die neuen Länder bis zum

Jahr 2000 einen deutlichen jährlichen Außenwanderungsverlust auf, der sich mittlerweile abgeschwächt hat. <sup>11</sup> Österreich und die Schweiz gehören zu den beliebtesten Auswanderungsländern der Ostdeutschen. Seit dem Jahr 2010 hat sich die Zuwanderungsdynamik – vor allem durch die deutlich gestiegenen Asylbewerberzahlen – vergrößert, im Westen mehr als im Osten. <sup>12</sup>

Aussagen zur Entwicklung des Bevölkerungsanteils ethnischer Minderheiten im Ost-West-Vergleich sind aus methodischen Gründen schwierig. Zum einen erschwert die Verwaltungsreform der Stadt Berlin im Jahr 2000 Ost-West-Studien, da ehemalige Ost- und Westbezirke zusammengelegt wurden (wie Kreuzberg und Friedrichshain), was die traditionelle Ost-West-Aufteilung statistisch unberücksichtigt lässt und gerade bei Aussagen zur Migration wegen der großen innerstädtischen Unterschiede in die Irre führt. Zum anderen gibt die Ausländerstatistik nur begrenzt Aufschluss über den Anteil ethnischer Minderheiten an der Bevölkerung, da Einbürgerungen, Nachgeborene und die Praxis doppelter Staatsbürgerschaften den Anteil von Ausländern innerhalb der multiethnischen Bevölkerungsgruppe sinken lassen. Dennoch lassen sich die Unterschiede und die daraus resultierenden Auswirkungen für beide Landesteile benennen. Während in Westdeutschland seit den 1950er Jahren – zunächst überwiegend durch Arbeitsemigranten, später vor allem durch Asylanten - der allochthone Bevölkerungsanteil kontinuierlich wuchs, die Ausländerquote Mitte der 1990er Jahre mit 10,5 Prozent ihren Höhepunkt erreichte und seitdem bei zirka zehn Prozent liegt, bestand in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung eine weitgehend monoethnische Gesellschaft. Von einem geringen Ausgangsniveau (1990: 1,2 Prozent) stieg der Ausländeranteil bis zum Jahr 2013 auf 2,5 Prozent an, ist damit allerdings nach wie vor fast viermal niedriger als im Westen. 13 In keinem ostdeutschen Land liegt der Ausländeranteil über dem eines westlichen Landes, im Gegenteil: Das Schlusslicht im Westen, Schleswig-Holstein (5,2 Prozent), hat eine fast doppelt so hohe Ausländerquote wie der Spitzenreiter Sachsen im Osten (2.7 Prozent, 2013).

Zieht man die schwer zu erhebenden Daten zu Personen mit Migrationshintergrund heran, wird die Kluft sogar noch deutlicher. Das liegt zum einen an der »Bewährung von Migrationswegen« für nachziehende Familienangehörige, zum anderen an den fehlenden beziehungsweise schlechten wirtschaftlichen Perspektiven und dem vielerorts eher negativen Image des Ostens. Überlagern bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und bei der Binnenwanderung der Stadt-Land-Gegensatz und (weniger stark ausgeprägt) die Nord-Süd-Differenzen die deutsch-

deutschen Unterschiede, bleibt die Außenzuwanderung überwiegend eine Westangelegenheit. Zwar liegt der Ausländeranteil in Ost wie West in den Städten über dem im ländlichen Raum, allerdings sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land jeweils kleiner als gegenüber dem anderen Landesteil. Selbst in den ostdeutschen Großstädten liegt der Ausländeranteil bei unter drei Prozent, was die zuwanderungsfeindlichen Demonstrationen vor allem im Osten (Pegida) umso seltsamer erscheinen lässt, zumal es sich – wie in Chemnitz und Jena – bei der Mehrzahl der Ausländer um Studenten, nicht um vermeintliche Wirtschaftsflüchtlinge handelt.

Stellt der situations- wie sozialisationsbedingte »Rechtsextremismus ohne Ausländer«<sup>14</sup> ein zentrales gesellschaftliches Problem im Osten dar, gilt die Integration von Migranten (und vor allem von Kindern muslimischer Zuwanderer) als große Herausforderung der multiethnischen Entwicklung im Westen. Während sich ethnische Minderheiten – trotz aller Schwierigkeiten und Vorbehalte – in den alten Bundesländern überwiegend wohlfühlen, bleibt der Osten offenbar für die meisten Zugewanderten ökonomisch wie soziokulturell eher unattraktiv.

#### **Fazit**

Um die Antwort der Leitfrage vorwegzunehmen: Ja, die Deutschen sind hinsichtlich ihrer Bevölkerungsentwicklung ein Volk – gemeinsame Problemlagen in Ost wie West überwiegen die regionalen Unterschiede. Beide Landesteile stehen bei der Bewältigung der künftigen demographischen Herausforderungen vor ähnlichen Problemen: Erstens, die gesamte Bundesrepublik leidet an einem spürbaren natürlichen Bevölkerungsrückgang. Es fehlen Kinder. Dies federt zwar die parallel steigende Lebenserwartung momentan ab, jedoch wird den künftigen Generationen eine doppelte Hypothek bei der Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme und des allgemeinen Wohlstands auferlegt. Zweitens, die Stadt-Land-Gegensätze verstärken sich – dem Boom der Groß- beziehungsweise der Universitätsstädte (im Osten wie Westen) steht die Verödung abgelegener ländlicher Räume gegenüber. Drittens, auf die Herausforderungen im Zuge des Wandels hin zu einer multiethnischen Gesellschaft scheint bisher nur der Westen vorbereitet zu sein.

All das verschärft den Problemdruck im Osten. Es werden zu wenige Kinder geboren, die Gesellschaft altert und die Binnenwanderung nach Westen hält an. Parallel reicht die Zuwanderung von Ausländern nicht aus. Ferner zeigen junge ostdeutsche Frauen die stärkste Mobilität und die

größte Bereitschaft zum Weggang, was das Problem der »Kinderarmut« weiter verschärft. Zurück bleiben – überspitzt formuliert – Alte, Arme und Unqualifizierte, was zusätzlich die soziale Kluft zwischen Gewinner- und Verliererregionen vergrößert.

Zugleich wird die Ost-West-Dimension von zwei regionalen Konfliktlinien überlagert beziehungsweise überlappt – dem Stadt-Land-Gegensatz und einem Nord-Süd-Gefälle. Einfach formuliert: Je südlicher und großstädtischer, umso positiver (im Sinne einer steigenden Einwohnerzahl) fällt die Bevölkerungsbilanz aus, gleichwohl auch viele Großstädte (in Ost wie West) mit einem massiven Strukturwandel zu kämpfen haben. Die damit einhergehende Schwierigkeit, in den schrumpfenden Regionen die öffentliche Infrastruktur aufrecht zu erhalten, wird in den kommenden Jahren eher zu- als abnehmen, indes mittlerweile mehr und mehr die Potenziale »aussterbender Gegenden« anerkannt werden, beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz und Tourismus.

Vor allem das Postulat der regionalen Solidarität beziehungsweise gleichwertiger Lebensbedingungen gilt es angesichts der Realitäten und vor dem Spannungsverhältnis von Wettbewerbsfähigkeit und (in-)effizienten Strukturen zu überdenken. Wenn der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum - im Osten wie Westen - weiterhin massiv anhält, kann die bisherige Förderpraxis »in der Fläche« auf Dauer nicht erhalten werden. Die Raumplanung beziehungsweise Raumpolitik sollte sich deswegen bei ihren zukünftigen Regionalentwicklungskonzepten stärker am Wettbewerbs- als am Gießkannenprinzip orientieren. Der Preis ist hoch: Abgelegene beziehungsweise überproportional von Abwanderung betroffene Gebiete werden dafür künftig gegenüber sogenannten nachhaltigen Räumen finanziell zurücktreten müssen. Der gezielte Abbau von Ansiedlungen und von Infrastruktur, aber auch die personelle Anpassungen in den Verwaltungen gehören zu den besonders sensiblen Maßnahmen der künftigen Raumentwicklungsplanung. Ziel muss es sein, diese Reformen einerseits so weitreichend wie nötig, andererseits so sozialverträglich wie möglich umzusetzen.

# Anmerkungen

- 1 Siehe u.a. Frank Schirrmacher, Das Methusalem-Komplott. Die Macht des Alterns 2004–2050, München 2004; Günther Lachmann, Von Not nach Elend. Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen, München 2008; Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010.
- 2 Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Bonn 1992, S. 165, 302–304.
- 3 Siehe hier und im Folgenden Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 27–57.
- 4 Evelyn Grünheid, Überblick über die demografische Entwicklung in West- und Ostdeutschland von 1990 bis 2004, in: Insa Cassens, Marc Luy und Rembrandt Scholz (Hg.), Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden 2009, S. 12–47, hier S. 14.
- 5 Karsten Hank, Regionale Unterschiede in der Geburtenrate, in: Rostocker Zentrum für demographischen Wandel (Hg.), Ost-West-Vergleich, http://www.zdwa.de/zdwa/artikel/20050919\_21991844.php, letzter Zugriff am 23. Dezember 2014.
- 6 Vgl. ausführlich Statistisches Bundesamt (Hg.), Durchschnittliches Sterbealter nach Jahren, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Sterbefaelle/Sterbefaelle.html, letzter Zugriff am 22.12.2014.
- 7 So Siegfried Grundmann, Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Demographische Strukturen und räumliche Wanderungsprozesse seit 1945, Opladen 1998, S. 176.
- 8 Statistisches Bundesamt (Hg.), Bevölkerung und Demografie. Auszug aus dem Datenreport 2013, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2013Kap1.pdf?\_\_blob = publicationFile, letzter Zugriff am 22.12.2014.
- 9 Vgl. u.a. Günther Heydemann, Das schien mir ein Ding der Unmöglichkeit, in: Eckhard Jesse und Thomas Schubert (Hg.), Zwischen Konfrontation und Konzession. Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen, Berlin 2010, S. 279–295, hier S. 291 f.
- 10 Eckhard Jesse, Thomas Schubert und Tom Thieme, Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014, S. 285.
- 11 Claire Grobecker und Elle Krack-Roberg: Bevölkerungsentwicklung 2008, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Wirtschaft und Statistik Nr. 4/2010, S. 319–332.
- 12 Vgl. Statistisches Bundesamt (Anm. 8), S. 20.
- 13 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), 20 Jahre Deutsche Einheit. Wunsch oder Wirklichkeit, Wiesbaden 2010, S. 12.
- 14 Siehe Klaus Schroeder, Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein-Ost-West-Vergleich, Paderborn 2004.



Detlev Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt, im Kreise von Vorstandsmitgliedern bei einer Pressekonferenz am 27. November 1990.

#### Marcus Böick

# »Not as Grimm as it looks«?

# Transatlantische Medienperspektiven auf die Treuhandanstalt und den deutschen Wirtschaftsumbau nach 1990

Der 25. Jahrestag der »Gründung« einer »Treuhand-Stelle« durch die Modrow-Regierung Mitte Februar 2015 hatte das sperrige Thema wieder einmal auf die journalistische Agenda gehievt. An meist negativ getönten Superlativen herrschte dabei kein Mangel: *Der Spiegel* veröffentlichte einen Artikel über »die Hass-Behörde« und konzentrierte sich vor allem auf die Auseinandersetzungen um die »Kali-Kumpel in Bischofferode«, deren medial intensiv begleiteter Hungerstreik im Sommer 1993 erhebliche Aus-

einandersetzungen in der deutschen Öffentlichkeit zwischen Ost und West befeuert hatte. Damit nicht genug: Während die Stuttgarter Zeitung retrospektiv nicht weniger als einen »Hort der Verderbnis« erblickte,² kritisierte die aus Südthüringen stammende Wirtschafts-Staatssekretärin und SPD-Politikerin Iris Gleicke als »Ost-Beauftragte« der Bundesregierung in einem Interview die Ende 1994 aufgelöste Treuhandanstalt. Diese erschien ihr nicht als Überbringerin »einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft«, sondern als ein »Symbol eines brutalen, ungezügelten Kapitalismus«, den viele Ostdeutsche nach wie vor maßgeblich mit »Deindustrialisierung« und »Massenarbeitslosigkeit« verknüpften. Auch der frühere Vizepräsident der DDR-Staatsbank, Edgar Most, stand im medialen Reigen keineswegs zurück und klassifizierte die Treuhand-Aktivitäten im Deutschlandfunk als »eine einzige Schweinerei«.

Ganz anders hingegen die Stimmung auf einem prominent besetzten Treffen im Erfurter Landtag Ende März 2015, auf dem der einstige Thüringer CDU-Wirtschaftsminister Franz Schuster sein neues Buch zum Wirtschaftsumbau vorstellte,<sup>5</sup> und auf dem auch der frühere Chef der SPD-Volkskammerfraktion Richard Schröder, der bereits in den frühen 1990er Jahren stets eine Lanze für die ungeliebte Treuhand gebrochen hatte, abermals fakten- wie zahlenreich zu erläutern wusste, warum die unversöhnliche Gegnerschar irrte.<sup>6</sup>

# Ein deutscher Sonderweg? Zeit für eine Neu-Kontextualisierung

Mit Blick auf die mittlerweile überschaubare Debattenlandschaft ließe sich auch nach 25 Jahren festhalten, dass es im Osten wie im Westen beim Thema Treuhandanstalt nichts beziehungsweise wenig Neues zu vermelden gibt: Vornehmlich ostdeutsche wie linke Kritiker arbeiten sich mit Vehemenz an der Organisation ab; bevorzugt westdeutsche und konservative Verteidiger werden hingegen nicht müde, auf deren historisch einmalige Leistungen und Errungenschaften zu verweisen. Doch böte nicht gerade die mittlerweile ein Vierteljahrhundert umfassende Distanz einen hinreichenden Anlass, endlich neue Fragen an die Geschichte dieser eigentümlichen Organisation zwischen Plan und Markt sowie Ost und West zu stellen, um diese von einem (erinnerungs-)politischen Streitobjekt in ein zeithistorisches Forschungsproblem zu verwandeln? In seiner zeithistorischen Überblicks- und Pionierstudie hat jüngst Philipp Ther überzeugend dafür geworben, die gängigen (Vor-)Urteile der beteiligten wie betrof-

fenen Zeitgenossen und der begleiteten Transformationsforschung nicht beständig fortzuschreiben, sondern das postsozialistische Umbruchsgeschehen in Europa nach 1989/90 nunmehr auch in größere transnationale wie historische Zusammenhänge einzuordnen.<sup>7</sup> In diesem Sinne stellt sich die Frage, inwiefern es sich bei dem deutschen Übergang vom Plan zum Markt – dessen wesentliche Eckpfeiler die Anfang Juli 1990 ruckartig vollzogene Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie die von der Treuhandanstalt verantworteten, forcierten Massenprivatisierungen zwischen 1990 und 1994 waren – um eine Art deutsch-deutschen Sonderweg gehandelt habe. Hatte sich der in den 1980er-Jahren gedeihende »Neoliberalismus«, wie Ther argumentiert, bei der vom Westen der erweiterten Republik aus »doppelten Schocktherapie« in Ostdeutschland in einer seiner radikalsten Formen entfaltet?<sup>8</sup>

## Spielräume für zeithistorische Neuvermessungen

Stellt man die auch nach über zwei Jahrzehnten fortbestehende Stagnation der nationalen beziehungsweise ost-westlichen Binnenperspektiven auf die Treuhand in Rechnung, ergeben sich durchaus einige Spielräume für zeitbeziehungsweise medienhistorische Neuvermessungen. Im Folgenden soll daher der Leitfrage nach inter- oder transnationalen Referenzen und Bezugnahmen im Kontext der deutsch-deutschen Wirtschaftstransformation nachgegangen werden: Wie berichtete und auf welche Weise reflektierte die westliche, in diesem Falle US-amerikanische und die britische (Fach-)Öffentlichkeit in den frühen 1990er-Jahren über den von der Treuhandanstalt verantworteten Wirtschaftsumbau im soeben vereinten Deutschland? Welche Deutungen und Motive prägten diese Außenreflexionen? Welche Aufmerksamkeitskonjunkturen zeichneten sich ab? Beschritt die Treuhandanstalt im Blick der transatlantischen Öffentlichkeit tatsächlich einen deutsch-deutschen »Sonderweg« vom Plan zum Markt?

Auf Grundlage einiger, exemplarisch ausgewählter (und gleichermaßen nicht repräsentativer) Medienberichte, die allesamt in den frühen 1990er-Jahren in führenden US-amerikanischen und britischen Wirtschaftsmagazinen wie dem britischen *Economist* oder der US-amerikanischen *Business Week* veröffentlicht wurden, die als Leitmedien der Wirtschaftspresse gelten können, wird zunächst die früh einsetzende Deutung des deutsch-deutschen Wirtschaftsumbaus im Modus des Superlativs erörtert. Der zweite Abschnitt widmet sich sodann den im Zusammenhang mit der Treuhandanstalt im westlichen Ausland aufmerksam verfolgten, nach 1991 aufbre-

chenden Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen sowie den hiermit verbundenen volkswirtschaftlichen Umstellungskrisen zwischen Plan und Markt. Schließlich wird drittens auf das Beziehungsgeflecht zwischen Treuhandanstalt und dem (westlichen) Ausland beziehungsweise dortigen Unternehmern und Investoren eingegangen.

# »The biggest corporate turnaround ever«: die Treuhand als historischer Superlativ

Am 3. Dezember 1990 veröffentlichte das New Yorker Wirtschaftsmagazin Business Week ein ganzseitiges Porträt über einen deutschen Spitzenmanager, der mittig auf einer markigen Ganzkörperaufnahme im weißen Business-Hemd posierte, die Ärmel demonstrativ aufgekrempelt und die Brille in der rechten Hand. Seine Mission beschrieb das Magazin als »biggest corporate turnaround ever«; er und seine Mitstreiter trügen die Verantwortung für die zügige Privatisierung einer kompletten Zentralplanwirtschaft mit 8000 hochdefizitären Industriebetrieben, deren vier Millionen Beschäftigte mit undurchsichtigen Betriebsstrukturen, maroden Anlagen, unverkäuflichen Produkten und massiver Unterbeschäftigung zu kämpfen hatten – und all dies unter ungebremsten Wettbewerbsbedingungen auf globalen Märkten. Allein 23 Milliarden US-Dollar an Krediten seien in den letzten Monaten kurzfristig mobilisiert worden, um die notleidenden Betriebe über Wasser zu halten. Der auf den eilig in die DDR gerufenen, westdeutschen Industrie-Managern lastende Zeit-, Problem- und Handlungsdruck sei exorbitant. Bei einem Erfolg ihrer Anstrengungen, so die Prognose des Magazins, würde die von ihnen orchestrierte Überführung der Betriebslandschaft vom Plan zum Markt nicht nur einen Boom in der ganzen Region forcieren, sondern auch die Umbaukosten aus den erzielten Verkaufserlösen decken. Apokalyptisch erschienen hingegen die Aussichten im Falle ihres Misserfolgs, bei dem ein ganzes Land zu einem »intractable poorhouse« zu verkommen drohe. Heldenhafter Glanz und abgründiges Scheitern schienen aus dieser Sicht Ende 1990 dicht beieinander zu liegen. Die Überschrift ermahnte die US-amerikanische Leserschaft ironisch: »You think your job is tough, try turning East Germany around.«9

Der als heroischer Umbruchsmanager auf abenteuerlicher wie hochriskanter Mission Porträtierte war Detlev Karsten Rohwedder, der zweite Präsident der Treuhandanstalt. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte Rohwedder für die heikle Aufgabe ausgesucht, weil dieser sich in den 1970er

Jahren als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium unter Karl Schiller und in den 1980er Jahren als Vorstandschef des Dortmunder Stahlkonzerns Hoesch einen veritablen Ruf als zupackender Krisenmanager und Unternehmenssanierer erworben hatte. Und auch die Business Week sympathisierte merklich mit dem Treuhand-Chef: Rohwedder liebe die »huge, risky challenge«, wie ein Vertrauter zitiert wurde, und verbinde zugleich »a disarming American directness and flexibility with Teutonic toughness and determination«. Auch die aufbrandende öffentliche Kritik an Rohwedders Treuhandanstalt, die mit großen Massendemonstrationen in ganz Ostdeutschland im Frühjahr 1991 ihren dramatischen Höhepunkt erst noch erreichen sollte, fand Erwähnung: Während Gewerkschaftsvertreter und linke Oppositionspolitiker ein langsameres Tempo zum behutsameren Wirtschaftsumbau einforderten, ging es vielen Investoren, (markt-)liberalen Ökonomen und konservativen Regierungspolitikern nicht schnell und konsequent genug bei der Etablierung der Marktwirtschaft. Ein bundesdeutscher Unternehmensvorstand zweifelte insbesondere an Eignung und Willen des Treuhand-Personals: »You can't mix the old guard with a few volunteers and properly run 8,000 companies.« Die Business Week resümierte: Der passionierte Hobbyhistoriker Rohwedder werde zwar in Zukunft kaum Zeit zur Lektüre der von ihm hochgeschätzten Barockliteratur finden, »but in tackling the world's largest collection of sick companies, he's making a little history of his own«. 10

Das Porträt über Detley Rohwedder von Dezember 1990 setzte damit einen Grundton, der die veröffentlichten Medienberichte in transatlantischen Medien in den folgenden Jahren in unterschiedlichen Variationen begleiten sollte: Bis zum Ende der Treuhandanstalt 1994 beschrieben USamerikanische wie britische Auslandskorrespondenten und Journalisten den in Ostdeutschland stattfindenden Wirtschaftsumbau als »Sale of the century«. 11 Und das im bevorzugt ins Heroisch-Historische spielenden Modus des Superlativs - das nie dagewesene Ausmaß des von der Treuhand in kurzer Zeit realisierten Massenprivatisierungsprogramms in Ostdeutschland blieb ein zentrales Bild in der westlichen Fachpresse: Neben immer wieder auftauchenden (meist aus der offiziellen Treuhand-Pressearbeit übernommenen) Statistiken über Betriebszahlen in den Tausendern, Belegschaftsgrößen in Millionen- oder Finanztransaktionen in Milliarden-Größe, die die schieren Dimensionen des Vorganges illustrieren sollten, dienten ab dem Frühjahr 1991 Porträts über Rohwedders Nachfolgerin Birgit Breuel einer personenbezogenen Präsentation der »spektakulären« Treuhand. Dabei wurde die Treuhand-Präsidentin im Ausland gelegentlich mit der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher - sowohl habituell als auch (ordnungs-)politisch – verglichen.<sup>12</sup> Letztlich blieb die Beschreibung der Treuhandanstalt im historischen Superlativ ein durchgängiges Grundmotiv in der westlichen Öffentlichkeit.

# »The shock of unity«: die Treuhand als Krisen- und Konfliktzone zwischen Ost und West

Die Titelseite des britischen Magazins The Economist vom 23. Mai 1992 zierte eine Szenerie, die an ein romantisches Kinderbuch des 19. Jahrhunderts erinnerte: Links eine alte, auf zwei Krücken gestützte Frau mit Buckel und Hakennase vor ihrer abgelegenen Waldhütte, rechts ein kleiner Junge mit einem noch jüngerem Mädchen an der Hand, das sich ängstlich im Hintergrund hielt. Über den Kindern prangte der Titel des Hefts: »Not as Grimm as it looks.« Die britischen Journalisten hatten das in der angelsächsischen Welt wohlbekannte Märchen-Motiv der Gebrüder Grimm von Hänsel und Gretel nebst Hexe als Rahmen gewählt, um sich intensiv mit dem »shock of unity« zu beschäftigen, der das wiedervereinte Land in der Mitte Europas gerade intensiv umzutreiben schien: Der schwierige Alltag des wiedervereinten Deutschlands habe sich für die Deutschen in Ost und West als ein »thunderous shock« entpuppt, wie man in London urteilte: »Unification is harder, more complex, more time-consuming and more expensive than almost anyone realized.« Die Vereinigung beschrieb das Wochenmagazin wie ein unverhofftes Wiederzusammentreffen einer lange getrennt lebenden Großfamilie auf dem Lande, wobei beide Familienteile sich nicht nur entfremdet hätten, sondern nun der deutlich ärmere Teil des Klans in das Haus des reicheren Familienflügels umzusiedeln gedachte. Neben den dabei auftretenden innerfamiliären Konflikten werde die deutsch-deutsche Großfamilie auch noch von außen bedroht: Wie in Märchen üblich, präsentierten die Autoren eine Reihe von einschlägigen Bösewichtern, die den ohnehin mit sich selbst beschäftigten Deutschen zusätzliche Befürchtungen einjagten und damit die »German Angst« weiter befeuerten: »Monsters (the huge financial cost of unity), goblins (xenophobia and right-wing extremism), witches in gingerbread houses (the European Community), strangers from dark woods (lands to Germany's east), and ugly stepsisters (Germany's western Allies, ever fussing for it to take more responsibility and then sulking when it does.).«<sup>13</sup>

Auf den folgenden Seiten durchwanderte der *Economist* dieses wundersame deutsch-deutsche Märchenland in der Selbstfindungskrise, in dem sich das vermeintliche Happy End des Herbstes 1989 im Laufe des Jahres

1990 in ein regelrechtes Schauermärchen verwandelt hatte. Neben parteipolitischen Verwerfungen, ausländerfeindlichen Ausschreitungen und außenpolitischen Irritationen um die Rolle des vereinten Deutschlands in Europa und der Welt stand vor allem die unerwartet tiefe Wirtschaftskrise beim Umbau der einstigen Planwirtschaft im Mittelpunkt: »The severity of the economic collapse in the New Länder after unity was a shock even to the pessimists«, für welchen die Autoren vor allem die sofortige Währungsunion, die geringe Qualität ostdeutscher Produkte sowie den kompletten Zusammenbruch der Ostmärkte des zerfallenden Raums des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verantwortlich machten. Insbesondere rückte dabei die Treuhandanstalt ins Blickfeld, die – untergebracht »in Hermann Goering's old Luftwaffe building« – im »centre of the operation« agiere: Mit ihren mehr als 3000 Mitarbeitern arbeite die hochumstrittene Organisation an einer zutiefst widersprüchlichen Aufgabe: »A bureaucracy bringing capitalism to eastern Germany sounds a contradiction in terms.« Allein die Lobby der Treuhandanstalt erschien den britischen Journalisten bei einem Ortsbesuch im einstigen Reichsluftfahrtministerium als eine »telling marriage of new and old«; hierfür verknüpften die Autoren in der britischen Öffentlichkeit traditionell bekannte Nazi- und Preußen-Stereotype mit Motiven des postsozialistischen Aufbruchs zu neuer Modernität: »Smiling receptionists at computer screens, and a clock without hands.« Die »long white corridors« im riesigen Gebäudekomplex betrachteten die Besucher zwar als geeignet für »monastic scribes or Prussian clerks«, aber nicht für aufstrebende Unternehmer und Manager.<sup>14</sup>

Jenseits dieser atmosphärischen Impressionen aus der Mitte Berlins entwarfen die britischen Journalisten ein differenziertes Bild des laufenden Wirtschaftsumbaus in Ostdeutschland aus makroökonomischer Perspektive. Die von der Treuhand forcierte Privatisierung beziehungsweise Stilllegung der einstigen Staatsbetriebe komme zwar zügig voran, erweise sich aber als ein massives Zuschussgeschäft und sei obendrein mit beträchtlichen gesellschaftlichen Konsequenzen wie insbesondere der Massenarbeitslosigkeit verbunden, die die Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen erheblich verschärften: Während die Ostdeutschen sich enteignet, entwertet und überrumpelt fühlten, erregten sich die Westdeutschen über steigende Transferzahlungen und wachsende sozialpolitische Kosten, wie der Economist berichtete. Bis Mitte des Jahres 1992 hatte man im westlichen Ausland mit Verwunderung das registriert, was in Deutschland zeitgenössisch als »Vereinigungskrise«<sup>15</sup> beschrieben wurde; das neue, vereinte Deutschland trat nun gerade nicht, wie noch 1990 von ausländischen Einheitsskeptikern vor allem in Frankreich oder Großbritannien befürchtet,

als neuer Hegemon im Herzen Europas auf, sondern schien sich intensiv mit sich selbst zu beschäftigen. Immer wieder thematisierten Berichte nicht nur die ökonomischen Verwerfungen und gesellschaftlichen Konflikte beim Wirtschaftsumbau selbst, wie dem hitzigen Streit um die Schließung des Kalibergwerks in Bischofferode im Sommer 1993, 16 sondern auch die hiermit verknüpften kulturellen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, die im medialen Außenblick mit einer Mischung aus Faszination und Verwunderung registriert, beschrieben und gedeutet wurden. Das wiedervereinte Deutschland erwies sich folglich nicht, wie noch von manchen ausländischen Politikern und Beobachtern 1989/90 befürchtet, als geschlossen auftretende, dominante Großmacht im Herzen Europas sondern als nach innen gewandte, zerstrittene und an sich selbst zweifelnde Nation, die in zwei miteinander fremdelnde Teilgesellschaften zerfiel. Die Treuhandanstalt avancierte dabei zu einem zentralen medialen Untersuchungsfeld für die Erkundung dieser aus der (westlichen) Außensicht eigentümlichen Ost-West-Konfliktlagen.

# »There's little room for foreign investors«: die Treuhand als Rätsel für Ausländer

Ein solches, ambivalent gedeutetes »New Germany of Angst and Opportunity«, wie es das Wall Street Journal im Juli 1991 nannte, 17 war jedoch nicht nur der Ort einer historisch einmaligen Wirtschaftstransformation vom Plan zum Markt sowie eine Arena von im Blick ausländischer Beobachter überraschend heftiger Ost-West-Konflikte, sondern auch eine potenzielle Interessensphäre für westliche Investoren. Der bereits zitierte Economist hatte schon im September 1991 kritisiert, dass der von der Treuhand organisierte Privatisierungsprozess als undurchschaubar »to most outsiders« erscheine; zwar gebe es keine formelle »Germans first policy« – aber dennoch setze sich bei westlichen Unternehmern der fatale Eindruck fest, dass »a west German mafia is at work pushing what pearls there are to cronies back home«. Die Westdeutschen brächten eben einige »in-built advantages over their foreign rivals« mit, wie das britische Wochenmagazin trocken kommentierte: »A common language, often historic links with the firms they are chasing, generally a better, though rarely complete, grasp of the moral hazards.«<sup>18</sup> Im August 1991 ging auch jenseits des Atlantiks die New York Times harsch auf diese Konstellation ein: Zwar habe der Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1990 zunächst ein »tremendous interest in eastern Germany among foreign investors« erzeugt, welche die ehemalige DDR als »prime jumping-off point for business in central Europe« gesehen hätten, jedoch sei von diesem anfänglichen Enthusiasmus kaum etwas geblieben. Die US-amerikanischen Journalisten kritisierten dabei insbesondere, dass sich für ausländische Interessenten die Treuhand-Bürokratie als »even greater barrier« erweise als die marode Kommunikationsund Verkehrsinfrastruktur in der einstigen DDR. Ein französischer Automobil-Manager ließ sich in der Tageszeitung mit »there's little room in former East Germany for foreign investors« zitieren, weshalb man sich eben noch weiter nach Osten, in die anderen Länder des einstigen »Ostblocks« orientieren müsse.<sup>19</sup>

Die in New York Times und The Economist sehr kritisch beschriebene beziehungsweise begründete Zurückhaltung ausländischer Investoren stand dabei einer bereits von Detlev Rohwedder im September 1990 vor der DDR-Volkskammer angekündigten »Internationalisierung« des ostdeutschen Wirtschaftsumbaus massiv entgegen, der anfangs bewusst internationale Wettbewerber ins Geschäft bringen wollte, um so eine monopolartige Aufteilung der ostdeutschen Märkte durch führende westdeutsche Unternehmen zu verhindern, sich jedoch zunächst auf den Um- und Ausbau der Treuhandanstalt selbst konzentrierte. Spätestens ab dem Sommer 1991 versuchte die neue Treuhand-Spitze um Birgit Breuel, den im niedrigen einstelligen Bereich stagnierenden Anteil ausländischer Übernahmen durch gezieltes Marketing noch zu steigern: Innerhalb der Treuhand wurden eigene Direktorate oder Fachbereiche für »Internationales« geschaffen, repräsentative Kontaktbüros in New York und Tokio eingerichtet, breite Anzeigenkampagnen in der westlichen Wirtschaftspresse geschaltet sowie internationale Investmentbanken als Vermittler eingeschaltet. Insbesondere mehrere Auslandstouren der Präsidentin erregten dabei einige mediale Aufmerksamkeit – so reiste Breuel im November 1991 über eine Woche quer durch die USA, um dort mit zahlreichen Ansprachen, Treffen und Medienauftritten für ein stärkeres US-Investment in der DDR zu werben.<sup>20</sup>

Doch letztlich ließ sich auch damit die Reserve des (westlichen) Auslandes gegenüber einer eigenen Beteiligung am durch die Treuhandanstalt betriebenen Wirtschaftsumbau nur bedingt überwinden: Während das Marketing zur Internationalisierung des Privatisierungsgeschäfts auf Hochtouren lief, trübten die ab 1992 in gehäufter Zahl ans Licht der Öffentlichkeit dringenden Skandalfälle wie um die Niederlassung in Halle, die heftigen industriepolitischen Debatten um ein stärkeres Eingreifen des Staates sowie auch ausländerfeindliche Ausschreitungen in Ostdeutschland auf der anderen Seite die Perspektiven für ausländische Interessenten ein. <sup>21</sup> Bis Ende 1994 verharrte daher der relative Anteil ausländischer Käufer im

einstelligen Bereich: Von insgesamt knapp 15 000 Privatisierungen waren lediglich etwa 800 beziehungsweise sechs Prozent mit Auslandsbeteiligung erfolgt, auch wenn einige spektakuläre Großprivatisierungen wie die politisch eingefädelte und später in einen massiven Skandal mündende Übernahme der Leuna-Raffinerien durch den französischen Elf-Aquitaine-Konzern oder die wechselhafte Privatisierung des EKO-Stahlwerks in Eisenhüttenstadt zunächst an ein italienisches und dann ein belgisches Unternehmen im Jahr 1993/94 erhebliche internationale Aufmerksamkeit erregten.<sup>22</sup> Letztlich blieb die Treuhand im Blick der ausländischen Presse eine schwer zu durchschauende Geschäftspartnerin, die man im Zweifel eher den Deutschen überließ.

# »Really no alternative to this curious colossus?« Faszination, Verwunderung, Reserve

Der häufiger in den ausländischen Medienberichten anzutreffende Verweis auf die »headquarters for World War II Luftwaffe chieftain Hermann Goering«<sup>23</sup> als Sitz der Treuhand-Zentrale symbolisierte die transatlantischen Außenperspektiven in gewisser Weise als Ganzes: Die Wirtschaftspresse beobachtete, beschrieb und deutete die eigentümliche Organisation in Berlin mit einer Mischung aus Faszination, Verwunderung und Reserve; die Treuhand erschien im internationalen Blickwinkel durchaus als ein deutsch-deutscher Sonderweg vom Plan zum Markt, aber keineswegs als übermäßig »radikal« oder gar »brutal« – sondern als stark nach innen gewandter, langwieriger postsozialistischer wie postnationaler Umgestaltungs- beziehungsweise (Ko-)Transformationsprozess,<sup>24</sup> in dem neben wirtschaftlichen und politischen gerade auch gesellschaftliche und identitär-kulturelle Konfliktlagen zwischen Ost und West mit – für das westliche Ausland überraschend – großer bis größter Vehemenz verhandelt wurden.<sup>25</sup>

Es waren, wie gezeigt, insbesondere drei motivische Schwerpunkte, die die medialen Außenblicke auf das wirtschaftliche Transformationsgeschehen bestimmten:

Zunächst einmal schien die Treuhandanstalt als zentrale, ja gigantische Industrie-Holding die westlichen Auslandskorrespondenten einigermaßen zu faszinieren – ihre Größe, ihr Auftrag und ihr Zuschnitt suchten für die professionellen Beobachter in New York oder London zumindest in der westlichen Welt ihresgleichen.

Zweitens waren es gerade die sich an der Treuhandanstalt entzündenden, heftigen Konflikte zwischen »Wessis« und »Ossis«, die man im Aus-

land mit merklicher Verwunderung sorgfältig registrierte und intensiv analysierte: Die (vermeintliche) ethnische Homogenität der wiedervereinten Nation ließ diese kulturellen Auseinandersetzungen innerhalb des 1989/90 noch in großer Euphorie wiedervereinten Deutschlands aus der Außensicht einigermaßen schwer verständlich erscheinen.

Drittens bestimmte hingegen eine merkliche Reserve oder Distanz die Urteile, wenn es darum ging, selbst Teilnehmer dieser schwer nachvollziehbaren innerdeutschen Verwicklungen zu werden. Wenn die internationale Wirtschaftspresse deutlich Kritik an der Treuhandanstalt übte, dann deshalb, weil ihre forcierte Privatisierungspraxis auf ausländische Unternehmen und Investoren als undurchschaubare Bürokratie von Deutschen für Deutsche abschreckend wirkte, woran auch massive internationale Marketing-Bemühungen letztlich nur bedingt etwas ändern konnten.

Die damit in groben Strichen skizzierten, US-amerikanischen und britischen Wahrnehmungen und Deutungen des ostdeutschen Wirtschaftsumbaus im Allgemeinen wie der Treuhandanstalt im Besonderen deuten die Potenziale einer transnationalen Perspektivverschiebung mit Blick auf die Transformationszeit nach 1990 an. Im scharfen Kontrast zu der polarisierten und bis in die Gegenwart wenig versöhnlichen innerdeutschen Kontroverse zwischen Gegnern und Verteidigern der Treuhandanstalt, pflegte die westliche Fachöffentlichkeit einen differenzierten Außenblick auf das Geschehen im wiedervereinten Deutschland. Weder sah man dort. gerade auch im Kontrast mit den anderen osteuropäischen Transformationsländern, eingedenk der massiven sozialpolitischen Stützungsmaßnahmen einen ungebremsten »Kapitalismus« am Werk, noch erklärte man das deutsch-deutsche Modell eines schlagartigen wie forcierten Wirtschaftsumbaus im Modus der Privatisierung durch eine zentrale Organisation für alternativlos. Im September 1991 fragte der Economist, ob es »really no better alternative to this curious colossus« Treuhandanstalt gebe, deren eigentümliche Rolle als »a mix of investment banker, buffer between state and business, and general economic nanny« außergewöhnlich erschien. 26 Die transatlantische Wirtschaftspresse spielte zwar, wie im Falle der schaurig-schönen Märchengeschichte des Economist, mit nationalen Stereotypen. Den Deutungen und Urteilen der westlichen Wirtschaftsjournalisten ging die innerhalb der deutschen Medienöffentlichkeit gepflegte Radikalität, Polarisierung und Eindringlichkeit völlig ab, ganz im Gegenteil sie nahmen als distanzierte Beobachter eine Meta-Perspektive hierzu ein: Die Treuhand sei eben »all Germany's favourite football«, wie das britische Magazin letztlich urteilte: »The bleaker the economic news from the east, the harder the Treuhand gets kicked.«<sup>27</sup>

# Anmerkungen

- 1 Die Hass-Behörde, Spiegel-Online, 22.2.2015, http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/treuhand-gruendung-1990-protest-der-kali-kumpel-bischofferode-a-1018717.html, letzter Zugriff am 9.6.2015.
- 2 Ein Hort der Verderbnis, in: Stuttgarter Zeitung, 1.3.2015.
- 3 »Symbol eines brutalen Kapitalismus«, 19.2.2015, https://www.insuedthueringen. de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Symbol-eines-brutalen-Kapitalismus;art 83467,3906970, letzter Zugriff am 9.6.2015.
- 4 »Eine einzige Schweinerei«, in: Deutschlandradio Kultur Interview, 28.2.2015.
- 5 Franz Schuster, Thüringens Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Privatisierung, Sanierung, Aufbau. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Köln u. a. 2015.
- 6 Die alte CDU-Garde in Erfurt: Lauter falsche Legenden über die Treuhand, in: Ostthüringer Zeitung, 23.3.2015; vgl. auch Richard Schröder, Die wichtigsten Irrtümer über die Einheit, Freiburg 2007.
- 7 Vgl. Philip Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2015.
- 8 Ther, Die neue Ordnung (Anm. 7), S. 199.
- 9 You Think Your Job is Tough, Try Turning East Germany around, in: Business Week, 3.12.1990, S.21.
- 10 Ebd.
- 11 Sale of the Century ends, in: Financial Times, 4.5.1994, S. 3.
- 12 East Germany for Sale, in: Reader's Digest, Dezember 1992, S.50–55; Head of Germany's Treuhand Steers Course Between Expediency and Economic Reality, in: The Wall Street Journal, 18.9.1992, S.4.
- 13 The shock of unity, in: The Economist, 23.5.1992, S. 3f.
- 14 Ossifying or modernising?, in: The Economist, 23.5.1992, S. 6.
- 15 Vgl. Jürgen Kocka, Vereinigungskrise, Göttingen 1995; dazu auch Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland: Die Geschichte der Wiedervereinigung, 2. Aufl., München 2009.
- 16 The Scandals at the Treuhand, in: Newsweek, 26.7.1993.
- 17 The New Germany of Angst and Opportunity, in: The Wall Street Journal, 15.7.1991, A11.
- 18 Privatising East Germany. It's a long march from state control, in: The Economist, 13.5.1991, S.21–24.
- 19 In the East, a Treuhandanstalt Bureaucracy, in: New York Times, 18.8.1991, S. 18.
- 20 Vgl. der Überblick im Treuhand-eigenen Magazin: Für ausländische Investoren zählen nur handfeste Informationen, in: Treuhandanstalt Informationen, Ausgabe 7, November 1991, S. 1 u. S. 12 ff.
- 21 Vgl. u.a. Morale suffers in the old east, in: Financial Times, 30.4.1993; Privatization Spells Problems in Germany, in: International Herald Tribune, 12.7.1993, S. 1; Treuhand head administers a painful cure, in: Financial Times, 4.10.1993, S. 3.
- 22 Vgl. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS), »Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen«. Ein Rückblick auf 13 Jahre

- Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S.58–60.
- 23 The New Germany of Angst and Opportunity, in: The Wall Street Journal, 15.7.1991, S.11; The heavy trad of the Treuhandanstalt, in: Financial Times, 16.8.1991, S.4.
- 24 Dazu insg. Ther, Die neue Ordnung (Anm. 7).
- 25 Vgl. als frühe Bilanz etwa Shaping a New Identity, and Trying to Come to Terms With the Past, in: International Herald Tribune, 21.4.1994, S. 14 f.
- 26 Privatising East Germany. It's a long march from state control, in: The Economist, 14.9.1991, S. 21–24.
- 27 Ebd., S. 21.



Zerstörte Akten des Ministeriums für Staatssicherheit: für die Rekonstruktion vorsortierte Schnipsel.

# Helmut Müller-Enbergs

# Die Stasi nutzte neben den »inoffiziellen Mitarbeitern« auch »Auskunftspersonen« – Der Fall Saalfeld

Nachdem das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Dezember 1991 in Kraft getreten war, haben die Wissenschaftler der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) mit guten Gründen dafür geworben, den Stellenwert der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) nicht allzu hoch anzusetzen. Vielmehr sollte das Geflecht und Bedingungsgefüge von Partei, Staatssicherheit und Gesellschaft aufgezeigt werden, um deutlich zu machen, dass IM zwar heimlich Informationen für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beschafften, aber nicht alle gleich waren. Es kam auf den Einzelfall

an. Ebenfalls nicht zufällig erschien einer der ersten Aufsätze aus der Feder von Andreas Schmidt unter dem zutreffenden und erhellenden Titel »Auskunftspersonen« (AKP).¹ Denn darum geht es: Um Auskunftspersonen der SED-Diktatur – unerheblich, welche Schulterstücke sie trugen, für welches Parteibuch sie eingeschrieben waren, ob sie es heimlich oder offiziell getan, oder ob sie den Dienst bei Polizei, Zoll oder Staatssicherheit verrichtet haben. Das System wurde durch eine Vielzahl von Informationen stabilisiert. Auch nach dem Untergang des Ministeriums für Staatssicherheit ist noch kein »Ende der Geschichte« abzusehen.

Der Ansatz mit den Auskunftspersonen, welcher ein Forschungsprojekt zwingend verlangt hätte, versandete jedoch.<sup>2</sup> Solche Einwürfe fanden aber keinen Eingang in die wissenschaftliche Hauptströmung. Zu Unrecht – wie in der nachstehenden Untersuchung aufgezeigt werden soll. Gleichwohl erhielten die Auskunftspersonen zuletzt medial überraschend einige Aufmerksamkeit: Die zentrale Ausstellung zum Ministerium für Staatssicherheit, die im Stasi-Museum in Berlin seit Januar 2015 gezeigt wird, widmet den AKP eigens einen Ausstellungsteil.<sup>3</sup>

# Worum geht es?

Die DDR-Staatssicherheit stützte sich nicht allein auf ihr inoffizielles Netz und auf ihre offiziellen Gesprächspartner – etwa bei der Volkspolizei oder beim Rat des Kreises - sondern darüber hinaus auch auf Auskunftspersonen. Diese verzeichnete sie in einer eigens für sie angelegten Kartei – der AKP-Kartei. Eine solche liegt auch von der Kreisdienststelle Saalfeld vor. Sie ist nach Ortschaften, Straßennamen und nach Hausnummern geordnet. Für jeden dort verzeichneten Bürger gibt es eine eigene Karteikarte. Manchmal wurden für ein Haus mehrere Bürger aufgeschrieben. In der Wilhelm-Pieck-Straße 4 beispielsweise waren das vier Bürger. Mithin gab es also über die »offiziellen« inoffiziellen Mitarbeiter hinaus noch andere Bürger, die Angaben gegenüber dem Ministerium machten. Diese Beobachtung wirft eine Reihe von Fragen auf: Könnte es sein, dass es sich bei den AKP tatsächlich um eine Art von IM des MfS handelte, aber diese vielleicht aus konspirativen Gründen - dort nicht als solche verzeichnet wurden? Lässt sich anhand der Karteikarten feststellen, wie viele von diesen AKP von der Kreisdienststelle in Saalfeld in Anspruch genommen wurden? In welchem quantitativen Verhältnis standen sie zu den Inoffiziellen? Diesen Fragen wird in diesem Beitrag nachgegangen.

# Was ist bislang bekannt?

Für das MfS waren Auskunftspersonen spätestens seit 1985 Personen, »die entsprechend dem erforderlichen Informationsbedarf konkrete Kenntnisse über die zu ermittelnden Personen besitzen und die durch ein legendiertes Ansprechen veranlasst werden, diese Kenntnisse dem Ermittler anzuvertrauen.« Die Befragten sollten nicht wissen, dass sie der Staatssicherheit Informationen gaben, sondern unter einem glaubwürdigen Vorwand einer vertrauenswürdigeren Institution wie beispielsweise dem Rat des Kreises Indiskretes preisgeben.<sup>4</sup> Für unsere Zwecke ist von Belang, dass den befragten Bürgern unbekannt war, dass sie gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit Auskünfte gegeben haben, und ferner, dass mit Beschaffung der Informationen vor allem hauptamtliche Mitarbeiter befasst waren, die sich auf Ermittlungen spezialisiert hatten.<sup>5</sup> Aber darunter waren nicht nur diese: Ein Führungsoffizier vom Auslandsnachrichtendienst des MfS, Hauptverwaltung A, erinnerte sich im Jahre 1990, »dass in jeder Kreisdienststelle des MfS Auskunftspersonen erfasst waren, die regelmäßig angelaufen wurden. Wenn du Glück hattest, gab es eine IM-Verbindung. Dann bist du zum zuständigen Mitarbeiter gegangen.« Falls keiner zur Hand war, »hast du legendiert ermittelt. Unter der Legende der Kripo oder einer anderen staatlichen Institution. Die DDR-Bürger sind ja so gutgläubig [...] Du hast oftmals gar kein Dokument in der Tasche gehabt, um dich ausweisen zu können, und trotzdem haben sie erzählt wie ein Buch.«6

Bemerkenswerterweise hat dieses Themenfeld in der wissenschaftlichen Diskussion kaum Aufmerksamkeit gefunden. Obgleich Andreas Schmidt bereits 1992 den Begriff der Auskunftsperson in die Diskussion einführte, »weil er viele Menschen meint, die in ständiger Bereitschaft lebten, über den Nachbarn zu informieren«.<sup>7</sup> Er gelangte zu der analytischen Feststellung: »Der Ruf des MfS, eine flächendeckende Überwachung installiert zu haben, gründet sich zu einem nicht geringen Teil auf der Bereitwilligkeit von ›Auskunftspersonen«, Ermittlungen durch gezielte Aussagen zu unterstützen«.<sup>8</sup>

Darauf nahm kaum jemand Bezug. In der entsprechenden Richtlinie 1/68 »für die Zusammenarbeit mit Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit und Inoffiziellen Mitarbeitern im Gesamtsystem der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik« hieß es: »Bürger, die nur unter Abdeckung [Legende] als Auskunftspersonen genutzt werden, gelten nicht als Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit [GWS] im Sinne dieser Richtlinie. Sie bilden aber ein Reservoir zur Gewinnung von Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit. Auskunftspersonen, die ständig

genutzt werden und deren Angaben sich als zuverlässig erwiesen haben, wie sie z.B. die Linie VIII [Ermittler] besitzt, können als GMS gewonnen werden.«<sup>10</sup>

#### Die Nutzer

Nutznießer der zu den Auskunftspersonen angelegten Karteikarten waren offenkundig die hauptamtlichen Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Gera des MfS, die - wenn es ihnen operativ erforderlich schien - mit deren Hilfe zügig wussten, von wem sie eine Auskunft erhalten konnten. Allerdings deuten nicht wenige Merkmale darauf hin, dass die Karteikarten einstmals von den Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Deutschen Volkspolizei (DVP) angelegt worden waren, möglicherweise bereits in den 1960er Jahren. Dafür sprechen die unterschiedlich genutzten Formblätter, die nur teilweise die Herkunft aus dem MfS verraten, aber auch die Aufträge selbst. So tauchen wiederholt Kürzel von ABV auf, die vermerkten, wen sie wann unter welcher Legende aufgesucht haben - regelmäßig mit unverfänglicher staatlicher Autorität, beispielsweise vom Rat des Kreises oder vom technischen Zoll - und nach wem sie gefragt haben und wie die Leidenschaft, über den Nachbarn zu berichten, ausgefallen war. Ganz überwiegend gab es diese Neigung; nur recht selten bissen die staatlichen Nachbarschaftsbefrager auf Granit, darunter sogar bei SED-Mitgliedern.

Unbeschadet der Entwicklungsgeschichte der Kartei selbst, ist wesentlich, dass diese zuletzt vom MfS genutzt und auch durch Eintragungen, Ergänzungen und Korrekturen gepflegt wurde. Interessant ist – und das wurde in bisherigen Erwägungen über diese Kartei nicht thematisiert – die Zusammensetzung der dort verzeichneten Akteure und deren Leistungen.

Dies soll anhand des Beispiels Saalfeld näher betrachtet werden.

#### Saalfeld - Stadt und Kreis

Für den Kreis Saalfeld, der 1989 58 505 Einwohner zählte, sind 3 335 Karteikarten zu mindestens ebenso vielen Bürgern ausgefüllt worden. Wenn man diese Zahl um die auf manch einer Karte eingetragenen Ehepaare oder doppelt vermerkten Bürger bereinigt, sind es immer noch 3 335 Bürger, die als AKP verzeichnet sind und nach dem Gesamteindruck auch 1989 noch aktiv waren. Es sind also 5,7 Prozent aller Einwohner im Kreis Saalfeld des Jahres 1989 als Auskunftspersonen bewertet worden. Oder anders

gesagt: Jeder 18. Einwohner (17,5) des Kreises Saalfeld wurde als AKP verzeichnet. Deren räumlicher Schwerpunkt war zweifellos die Stadt Saalfeld selbst. Es konnten 2228 Bürger ermittelt werden, was einem Anteil von zwei Dritteln (66,8 Prozent) entspricht.

Es stellt sich die Frage, ob das Verhältnis von Einwohnern zu Auskunftspersonen im Kreis Saalfeld auch auf die DDR übertragen werden könnte oder ob die Stichprobe Saalfeld zu klein ist. Die Antwort muss vorläufig offen bleiben. Falls das Verhältnis aber zutreffen sollte, würde es im Ergebnis bedeuten, dass knapp eine Million Bürger der DDR als AKP auskunftsbereit waren.

Zurück zum Kreis Saalfeld: Hier haben wir nun zumindest eine empirische Sicherung der Größenordnung. Und die liegt deutlich oberhalb dessen, was die Kreisdienststelle des MfS in Saalfeld mit ihren zuletzt 479 inoffiziellen und mit bald fünf Dutzend hauptamtlichen Mitarbeitern aufzubieten hat. Das zeigt, wie sehr die Debatte um die Inoffiziellen als alleinige Akteure des MfS den Blick verengt.

Aber was sagen diese Zahlen im Einzelnen aus, wie stellten sie sich in der praktischen Arbeit des MfS dar? Dazu ist es sinnvoll, sich den kleineren Einheiten der Kartei selbst zu widmen, den Straßen.

#### Die kleine Thomas-Müntzer-Straße

Wie bildete sich das Bild in einer kleinen Straße wie der Thomas-Müntzer-Straße in Saalfeld ab? Dort befinden sich elf Mietshäuser. In drei Häusern gab es keine Auskunftspersonen, in drei weiteren mindestens eine, in zwei Häusern waren jeweils zwei oder sogar drei AKP vermerkt; in der Summe 14 Bürger. Im Schnitt waren somit mehr als eine Auskunftsperson pro Haus in der Thomas-Müntzer-Straße registriert. Lediglich bei der Hälfte der Auskunftspersonen in der Thomas-Müntzer-Straße findet sich ein Eintrag, aus dem hervorgeht, wann diese aufgesucht worden waren, nach wem diese befragt wurden, und als was sich der Offizier des MfS ausgegeben hat. Vier Bürger sind nur einmal befragt worden, zwei Bürger zweimal und ein Bürger achtmal. Die Angaben selbst umfassen den Zeitraum von Juni 1968 bis April 1986. Zum Befragungszeitpunkt waren die Auskunftspersonen zwischen 50 und 69 Jahre alt, drei von ihnen waren von Beruf Lehrer – einer davon ein Schuldirektor –, zwei waren schon Rentner, drei andere hatten eine andere Arbeit, unter ihnen ein Handwerksmeister.

Die bevorzugte Legende, mit der die Auskunftspersonen angesprochen wurden, lautete in vier Fällen »Zoll« sowie jeweils in drei Fällen »Rat des

Bezirkes« oder »Rat des Kreises« und »Nationale Volksarmee«. In nahezu allen Fällen sind spezifizierende Angaben zur Bereitschaft und Qualität eingetragen. »Gibt gut Auskunft, war bei Abt. K« des Volkspolizeikreisamtes, »Ehefrau gibt bereitwillig Auskunft«, »gibt gute sachliche Auskunft«. In weiteren Fällen genügte die Angabe zur Parteimitgliedschaft SED, darunter ein Parteisekretär, oder der Zugehörigkeit zur Kampfgruppe der Arbeiterklasse. Lediglich in einem einzigen Fall findet sich der Hinweis auf einen inoffiziellen Mitarbeiter im Haus 11, einen IM »Thomas«. Bei diesem waren offenkundig keine Ermittlungen vorzunehmen, denn auf der Karteikarte wird zwar sein Führungsoffizier Lerch namentlich genannt, nicht aber der Mieter, von dem nur der Deckname genannt wird. Schließlich ist festzuhalten, dass sich zu keiner der Auskunftspersonen eine Einschränkung findet, etwa die Warnung, diese eben nicht anzusprechen. Über diese AKP hinaus waren für diese Straße drei inoffizielle Mitarbeiter verzeichnet.

Die hieran anschließende Frage muss lauten: Ist diese Konstellation typisch für Saalfeld oder nicht? Die diesbezügliche Vergleichsstichprobe soll die ungleich längere Straße des Friedens sein.

#### Straße des Friedens

Die Straße des Friedens in Saalfeld verfügt über 92 Hausnummern, wobei die Nummer 27 auf die Gaststätte Bürgerhaus und das Gemeindeamt, die 29 auf die staatliche Grundschule und die 31 auf die heutige Kindertagesstätte Sonnenblume entfällt. Wie verteilten sich die AKP in dieser Straße? In 66 Häusern, also in zwei Dritteln der Häuser, gab es keine AKP; vergleichsweise also in deutlich mehr Häusern als in der Thomas-Müntzer-Straße.

Werden diese AKP genauer betrachtet, zeigt sich, dass einer von ihnen zweimal, ein weiterer dreimal, und bei einer weiteren zeigt sich, dass sie über zehn Jahre lang jährlich einmal abgefragt wurde. Tendenziell deckt sich das mit dem Befund in der Thomas-Müntzer-Straße.

Bei den Berufen sind sowohl Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zur Thomas-Müntzer-Straße festzustellen. Es überwiegt offenbar der Angestelltenanteil: Ingenieur, Postzustellerin, Sachbearbeiter, Industriemeister, Angestellter und die Leiterin des Kindergartens, aber nur drei Rentner. Bei den verwendeten Legenden deckt sich das Bild hingegen wieder: In jeweils drei Fällen gab sich das MfS als Nationale Volksarmee und als Abteilung Inneres und in einem Fall als Vertreter des Rates des Bezirkes (33) aus. Vermerkt wurde in zehn Fällen die Mitgliedschaft in der SED und in drei Fällen hieß es: »Gab bereitwillig Auskunft. Ist fortschritt-

lich eingestellt und arbeitet aktiv in der Nat. Front« oder »gute Quelle« oder »gibt gute Auskunft«. In der Kartei mit den Auskunftspersonen in der Straße des Friedens wird kein inoffizieller Mitarbeiter ausgewiesen. Dabei verfügte die Kreisdienststelle in Haus 28 über die konspirative Wohnung Saale, <sup>11</sup> in der zwar niemand wohnte und vielmehr am Türschild eine Arbeitsstelle der Vereinigten Thüringer Schiefergruben (VTS) Unterloquitz ausgewiesen war. Mithin arbeitete dort ein Offizier des MfS, der dort auch IM empfing, was eine gute Kenntnis des Wohnumfeldes voraussetzt, ein Wissen, das eben nicht in der AKP-Kartei eingegangen ist. Das Haus 28 ist dort nicht verzeichnet.

Es wird deutlich: Die Analyse einzelner, wohlmöglich kleinerer Straßen, bringt allein keinen Erkenntnisgewinn. Die Auskunftspersonen in der Thomas-Müntzer-Straße und der Straße des Friedens zeigen zwar beachtliche Gemeinsamkeiten, aber auch gravierende Unterschiede, insbesondere, was die Präsenz in einer Straße und ihre berufliche Zusammensetzung betrifft. Um aber eine sicherere Tendenz anzeigen zu können, wird mit der Wilhelm-Pieck-Straße in Saalfeld eine weitere Stichprobe herangezogen, die repräsentative Züge aufweist.

#### Unterschiedliche Akteure – die Wilhelm-Pieck-Straße

Für die Wilhelm-Pieck-Straße sind mit 225 Auskunftspersonen mehr als in jeder anderen Straße des Kreises registriert. Anhand der Angaben dieser Straße soll nun die Hierarchie aller AKP des Kreises Saalfeld belegt werden. Die erste Stufe in der Hierarchie der Auskunftspersonen stellen die Nachbarn dar.

#### Nachbarn

Auffällig ist mit 13 Rentnern der geringe Anteil unter den 225 Auskunftspersonen in der Wilhelm-Pieck-Straße, die – soweit das auf den Karteikarten vermerkt ist – überwiegend nur einmal unter Legende nach einer konkreten Person angesprochen worden sind. Die berenteten Nachbarn waren mitunter einstmals in verantwortlicher Stellung – etwa beim Volkspolizeikreisamt – und gaben nicht selten »bereitwillig« Auskunft.

#### Leitende Mitarbeiter

Für die Wilhelm-Pieck-Straße fällt die nennenswerte Anzahl von dort wohnenden Leitungskräften auf, was durchaus mit dem Neubaucharakter der Miethäuser korrespondieren könnte. Das beginnt mit dem Leiter der HO-Verkaufsstellen in Saalfeld, über Kaderleiter, Laborleiter und gleich sechs leitende Mitarbeiter bei Carl-Zeiss in Saalfeld, darunter ein Leiter, jeweils zwei Werkleiter und Abteilungsleiter sowie dem Leiter Kultur im Lehrlingswohnheim. Wobei einschränkend anzuführen ist, dass ein Werkleiter bei Befragungen »in seiner Auskunft sehr zurückhaltend« ist, was nur bei sehr wenigen eingetragen ist. Ferner sind zwei Leiterinnen von Kindergärten, ein Schichtleiter, der Leiter der Ausbildung für die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie schließlich der Leiter des Forschungszentrums in Saalfeld anzuführen. Mithin sind 14 (fünf Prozent) der 225 Auskunftspersonen in leitender Funktion tätig gewesen.

#### Hausvertrauensfrauen- und -männer

In nahezu jedem Haus gab es eine Hausvertrauensfrau beziehungsweise einen Hausvertrauensmann. Diese Funktion war in der gesetzlichen Meldeordnung vorgeschrieben. Demnach führte diese Person ein Hausbuch, das Auskunft über Mieter und Untermieter der jeweiligen Wohnung gab, aber auch über Besucher, die länger als drei Tage blieben. Besucher aus dem Ausland waren ebenfalls darin zu vermerken. Es liegt nahe, in ihnen »geborene« Auskunftspersonen zu vermuten. Tatsächlich sind für die Wilhelm-Pieck-Straße mit ihren 137 Häusern lediglich sechs Hausbuchbeauftragte vermerkt.

## Volkspolizei

Einen erheblichen Stellenwert unter den Auskunftspersonen nahmen Volkspolizisten und deren Helfer sowie inoffizielle kriminalpolizeiliche Mitarbeiter, wie die IM bei der Abteilung I der Kriminalpolizei genannt wurden, ein. Insgesamt können 15 für den Kreis Saalfeld nachgewiesen werden, wobei es sich überwiegend um Bürger handelt, die als Treffquartier (TQ) der Polizei ihre Wohnung zur Verfügung gestellt hatten. Allerdings ist einschränkend zu bemerken, dass nahezu alle TQ-Inhaber in den 1960er Jahren geworben worden waren. Allgemein bekannt hingegen waren die Helfer der Volkspolizei, die angehalten waren, bei Bedarf oder unaufgefordert Informationen zu geben. Immerhin bei 211 Bürgern (also sechs Prozent der verzeichneten Auskunftspersonen) ist diese Funktion angeführt. Dabei handelt es sich um jeden 16. registrierten Bürger in der Kartei. Die Hinweise auf IKM, TQ und Helfer der Volkspolizei dürfen als ein Indiz dafür angesehen werden, dass der Kreis der als Auskunfts-

personen beanspruchten Akteure über das enge Bezugsfeld MfS hinausgeht. Das gilt es genauer zu betrachten.

Unter den Auskunftspersonen in der Wilhelm-Pieck-Straße befinden sich sieben Angehörige der Volkspolizei, darunter zwei Abschnittsbevollmächtigte, auf die selbst ausweislich ihrer Paraphen auf den Karteikarten nicht wenige Befragungen an den Wohnungstüren zurückgehen. Am Rande sei vermerkt, dass der Versuch, sich als ABV bei den Befragungen auszugeben, in der Wilhelm-Pieck-Straße in 57 Fällen angewandt wurde; diese Legendierung galt offenkundig als recht nützlich.

#### Zollverwaltung

In einem Grenzkreis wie Saalfeld war selbstverständlich die Zollverwaltung aktiv. Sie war für die Kontrolle sämtlicher Waren-, Devisen- und Geldverkehre zuständig und war dem Ministerium für Außenhandel der DDR unterstellt. Ihren Mitarbeitern war im Kreis und in der Stadt Saalfeld Wohnraum zugewiesen, so auch in den Häusern 50, 54, 60 und 68 in der Wilhelm-Pieck-Straße. Insgesamt können allein in dieser Straße zwölf Auskunftspersonen nachgewiesen werden, die ihren Dienst für die Zollverwaltung versahen. Lediglich bei zwei der zwölf Mitarbeiter der Zollverwaltung ist ein legendiertes Auftreten bei der Befragung vermerkt, sodass vorerst anzunehmen ist, dass dieses entbehrlich erschienen ist.

#### Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit

In der Kartei sind bei jedem Bürger bestimmte Merkmale berücksichtigt worden. Wiederholt finden sich Hinweise auf inoffizielle Mitarbeiter des MfS, sowohl von der Kreisdienststelle in Saalfeld, aber auch von Abteilungen der Bezirksverwaltungen. Insgesamt sind 167 IM auf den Karten ausgewiesen. Bei diesen ist lediglich die Straße mit Hausnummer, der Deckname wie auch der zuständige hauptamtliche Mitarbeiter (teils mit dessen dienstlicher Telefonnummer) angegeben. Mithin konnte der Hauptamtliche bei dem zuständigen Führungsoffizier fernmündlich das Anliegen vortragen, und dieser – so darf angenommen werden – zog dann Erkundungen bei seinem IM ein. Die Camouflage, lediglich den Decknamen anzugeben, wird sicherlich den Usancen der Konspiration zuzuweisen sein. Ein Blick auf die zuletzt aktiven IM der Kreisdienststelle des MfS in Saalfeld verdeutlicht, dass nur ein recht geringer Teil der IM in der AKP-Kartei aufgeführt ist.

Tatsächlich wohnten eben nicht nur 167 IM im Kreis Saalfeld, wie es die Kartei zu den Auskunftspersonen ausweist, sondern zuletzt genau 745.

Diese Beobachtung erlaubt zwei Schlussfolgerungen. Zum einen sind nicht alle IM der Kreisdienststelle Saalfeld des MfS in der Kartei der AKP verzeichnet, denn die Kreisdienststelle verfügte im September 1989 über 497 IM. Folglich fanden nur ein Drittel (33,6 Prozent) in der AKP-Kartei Berücksichtigung. Andererseits konnten Inoffizielle, die für andere Kreisdienststellen oder Abteilungen der Bezirksverwaltung Gera des MfS erfasst waren, in der Kartei nicht nachgewiesen werden. Relevant ist jedoch die Feststellung, dass nicht alle im Kreis Saalfeld wohnhaften IM als Auskunftspersonen verzeichnet sind; zusammengenommen weniger als ein Viertel (22,4 Prozent). Unbeschadet der Gründe – vielleicht Konspiration oder fehlender Bedarf - wird damit belegt, dass über die Auskunftspersonen selbst hinaus weitere Bürger bereit waren - eben die nicht verzeichneten IM der Kreisdienststelle - das Ministerium für Staatssicherheit mit Informationen zu versorgen. In keinem Fall ist bei den in der Kartei eingetragenen IM einer darunter, der für den Auslandsnachrichtendienst des MfS, die Hauptverwaltung A (HVA) aktiv war. Diese wären dann noch zusätzlich zu addieren.

#### Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit

Wie schon bei Angehörigen der Zollverwaltung gab es auch bei hauptamtlichen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit einen vorbehaltenen Wohnraum. Das betraf für den Kreis Saalfeld nicht allein Mitarbeiter der Kreisdienststelle, sondern auch der Passkontrolleinheit (PKE), die an der Grenzübergangsstelle (GÜSt) in Probstzella ihren Dienst versahen. Auch diese sind als Auskunftspersonen verzeichnet. Es überrascht kaum, dass bei diesen keine legendierten Befragungen belegt sind. Offenbar galt es als Angehöriger eines solchen »Organs« für selbstverständlich, den Genossen des eigenen Ministeriums beratend zur Seite zur stehen. Für die Wilhelm-Pieck-Straße findet sich ein Angehöriger der Abteilung M (Postkontrolle), fünf Angehörige der Kreisdienststelle (Nr. 48 und 62) sowie 21 Angehörige der Passkontrolleinheit (Nr. 46, 48, 60, 62 und 118). Immerhin können 27 MfS-Angehörige unter den 225 Auskunftspersonen in der Wilhelm-Pieck-Straße ermittelt werden, was einen Anteil von zwölf Prozent ausmacht. Demnach war jede achte Auskunftsperson hauptamtlicher Angehöriger des MfS. Somit darf es als sicher gelten, dass Hauptamtliche der Staatssicherheit einen relevanten Anteil unter den »Auskunftspersonen« bilden – zumindest in Saalfeld.

#### Rat der Stadt, des Kreises und des Bezirkes

In der Kartei ist in neun Fällen für in der Wilhelm-Pieck-Straße wohnende Bürger die Legende »Mitarbeiter des Rates des Bezirkes« (in einem Fall des Rates des Kreises) verzeichnet, um auf diese Weise Informationen an der Wohnungstür zu erlangen. Das erscheint plausibel, denn nur drei Beschäftigte – ein Kraftfahrer, ein Mitarbeiter und eine Sekretärin – sind für diese Straße verzeichnet, die tatsächlich beim Rat des Kreises arbeiteten.

Durchaus waren auch Lehrer formal beim Rat des Kreises angestellt, wurden aber in der Kartei so nicht ausgewiesen. Immerhin sind dort allein für die Wilhelm-Pieck-Straße acht Lehrer und ein Schuldirektor registriert, womit diese Klientel eine auffällige Gruppe unter den Auskunftspersonen darstellt.

#### Blockparteien und Massenorganisationen

Auch Mitglieder von Blockparteien und Massenorganisationen sind in der Kartei vermerkt. Für die Wilhelm-Pieck-Straße betrifft das einen CDU-Abgeordneten des Kreistages. Explizit mit dem Merkmal einer Massenorganisation ist das Mitglied des Kreisvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) sowie eine Lehrausbilderin ausgewiesen, die als Sekretär der Freien Deutschen Jugend (FDJ) fungierte. Anzuführen ist schließlich eine Sekretärin beim Kreisvorstand des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB). Tatsächlich dürften wesentlich mehr Mitglieder des DTSB, FDGB und der FDJ und wohl auch der CDU in der Wilhelm-Pieck-Straße gewohnt haben; mithin ist auch davon nur ein Anteil als Auskunftspersonen vermerkt worden. Es liegt also nahe, dass die bloße Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen nicht ausreichte, sich beim MfS als Auskunftsperson zu qualifizieren.

## Parteimitglieder der SED

Mitunter ist bei den Auskunftspersonen die Parteimitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verzeichnet. In der Wilhelm-Pieck-Straße betrifft das 76 SED-Genossen – also immerhin ein Drittel der 225 AKP. Während das – soweit angegeben – überwiegend auf funktionslose Mitglieder zutrifft, sind auch solche mit hervorgehobenen Stellungen darunter. Genannt ist für die Wilhelm-Pieck-Straße ein Gruppenorganisator, ein Mitglied der Ortsparteileitung, ein Sekretär der Betriebsparteiorganisation oder einer nicht näher spezifizierten Parteileitung sowie ein Partei-

veteran. Genannt werden überdies auch vier Mitglieder der SED-Kreisleitung Saalfeld sowie ein Pförtner, der bei der SED-Kreisleitung tätig war. Die funktionslosen SED-Mitglieder wurden wohl zumeist unter Legendierung befragt, während eine Legende bei herausgehobenen Funktionen nicht vermerkt ist. Das gilt für den Kreissekretär der Nationalen Front wie auch für zwei der vier Mitglieder der SED-Kreisleitung. Es ist anzunehmen, dass nur ein Bruchteil der im Kreis Saalfeld wohnenden SED-Mitglieder in der Kartei für Auskunftspersonen verzeichnet ist.

#### **Fazit**

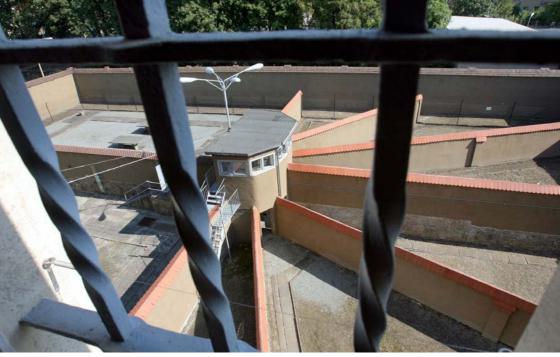
Als Auskunftspersonen des Ministeriums für Staatssicherheit sind jene Bürger anzusehen, die auf Nachfrage bereit waren, Informationen über Bürger aus ihrem Wohnumfeld zu geben. Sie dürfen als Ausweis einer indiskreten Gesellschaft angesehen werden. Am Beispiel der Kreisstadt Saalfeld ist offenkundig, dass unter den AKP zwar der Nachbar zu finden ist, im Besonderen aber auch inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, Angehörige anderer bewaffneter Organe wie auch leitende Mitarbeiter von Betrieben und Institutionen, die nicht dem MfS verpflichtet waren. Ferner zählten dazu Abschnittsbevollmächtigte und andere Volkspolizisten sowie deren freiwillige Helfer und inoffizielle kriminalpolizeiliche Mitarbeiter, außerdem Mitglieder und Funktionäre der SED – im minderen auch von Blockparteien und Massenorganisationen. 1989 waren 5,7 Prozent der Einwohner des Kreises Saalfeld als Auskunftsperson des MfS verzeichnet, während beispielsweise der Anteil der inoffiziellen Mitarbeiter der Kreisdienststelle nicht einmal ein Prozent unter den Einwohnern erreichte. Mit Blick auf diesen empirischen Befund erscheint es geboten, die Summe all jener, die bereit waren, dem MfS bewusst oder unwissentlich Informationen zu geben, als Auskunftspersonen zu bezeichnen. Deren Anteil ist möglicherweise in der DDR zuletzt auf eine Million Einwohner zu veranschlagen. 12

# Anmerkungen

- 1 Andreas Schmidt, Auskunftspersonen, in: Hans-Joachim Schädlich (Hg.), Aktenkundig. Berlin 1992, S. 173–194, hier S. 188. Darin wird bereits die Definition des MfS über Auskunftspersonen referiert, ohne eine Quelle anzugeben.
- 2 Nur gelegentlich wurde daran erinnert, vgl. u.a. Christian Booß, Vom FDGB-Ferienplatz zum Hausbuch. Gesellschaftliche Kontrolle und Überwachung, in: Andreas

- H. Apelt, Robert Grünbaum und Martin Gutzeit (Hg.), Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand, Berlin 2013, S. 103–120; ders., Kollege Judas? Oder: trau keinem über 40?, in: Horch und Guck 69 (2010), S. 52–55.
- 3 Vgl. hierzu Christian Voigt, Mielkes Büro und Saalfelder Spitzel. Neue Stasi-Ausstellung in Berlin, in: Thüringer Landeszeitung vom 27.1.2015; Tomas Kittan, In der DDR gab es viel mehr Spitzel als gedacht, in: B.Z. vom 14.1.2015. Hingegen kommt in der Untersuchung der Historikerin Anita Krätzner die Thematik gar nicht vor; Anita Krätzner, Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung, Göttingen 2015. Diese Publikation darf als Radikalkritik der Forschungsleistungen der Abteilung Bildung und Forschung unter den wissenschaftlichen Leitern Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut und Thomas Großbölting zum Themenfeld inoffizielle Mitarbeiter angesehen werden.
- 4 Selbststudienmaterial C I/1: Einige Grundfragen der Durchführung von Ermittlungen, insbesondere der Gesprächsführung mit Auskunftspersonen; BStU, MfS, JHS Nr. 65/85, S. 15; ferner Auskunftsperson, in: Siegfried Suckut (Hg.), Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«, Berlin 1996, S. 65. Das bildet sich auch ab in der Definition von Andreas Schmidt, Auskunftsperson, in: Roger Engelmann, Bernd Florath, Helge Heidemeyer, Daniela Münkel, Arno Polzin und Walter Süß (Hg.), Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2011, S. 45.
- 5 Vgl. Selbststudienmaterial C I/1 (Anm. 4), ebd.
- 6 Aufklärer/Kompaniechef Wachregiment, in: Ariane Riecker, Annett Schwarz und Dirk Schneider (Hg.), Stasi intim. Gespräche mit ehemaligen MfS-Angehörigen, Leipzig 1990, S.67–108, hier 75 f.
- 7 Andreas Schmidt, Auskunftspersonen (Anm. 1).
- 8 Ebd., S. 189.
- 9 Rainer Eckert, Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit an den Hochschulen der DDR an den Beispielen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Rostock, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. IV/2: Bildung, Wissenschaft, Kultur, Baden-Baden 1999, S. 1 013–1070, hier 1036. Allerdings erwähnt er lediglich die Arbeit von Andreas Schmidt in einer Fußnote, ohne inhaltlich darauf Bezug zu nehmen. In einer Fußnote erwähnt, aber im Text nicht reflektiert von Ilko-Sascha Kowalczuk, Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR, München 2013; Matthias Wanitschke, »Anwerben« oder »Zersetzen«. Über das kollektivistische Menschenbild des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Erfurt 2004, S. 33. Dort konkrete Beispiele; vgl. ebd, S. 34.
- 10 Vgl. Helmut Müller-Enbergs (Hg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 242–282, hier 252.
- 11 Vgl. BStU, MfS, BV Gera, KD Saalfeld, X 735/86.
- 12 Vgl. hierzu Helmut Müller-Enbergs, Garanten äußerer und innerer Sicherheit, in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte,

interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 431–492, hier 449: »Fasst man alle Personen zusammen, die mit Fragen äußerer und innerer Sicherheit hauptamtlich oder ehrenamtlich beschäftigt waren, so war weit mehr als eine Million Einwohner der DDR damit betraut.«



Blick auf die Freiganghöfe für Einzelhäftlinge des einstigen Stasi-Gefängnisses Bautzen II.

#### **Udo Grashoff**

### Suizide in Haftanstalten: Legenden und Fakten

#### Gerüchteküche

Todesfälle in DDR-Haftanstalten unterlagen einer strengen Geheimhaltung. Im Westen konnte nur vermutet werden, wie oft Häftlinge sich in berüchtigten Gefängnissen wie Bautzen, Brandenburg oder Cottbus das Leben nahmen. Dennoch war die Tendenz der Mutmaßungen eindeutig. Schlagzeilen in der bundesdeutschen Presse wie »DDR« treibt Häftlinge zum Selbstmord« oder »Politische Häftlinge begingen Selbstmord« suggerierten ebenso wie die TV-Sendung »ZDF-Magazin«, dass politische Repression in der DDR zu zahlreichen Verzweiflungstaten von Inhaftierten geführt hatte. Auch Karl Wilhelm Fricke, selbst eine Zeit lang in

Bautzen inhaftiert, und seit 1972 als Redakteur beim Deutschlandfunk tätig, glaubte von der »Tatsache, daß der DDR-Strafvollzug eine offenbar hohe Quote an versuchten oder vollendeten Suiziden ausweist«, sprechen zu können.² Ehrhart Neubert knüpfte an diese Sichtweise an und behauptete 1998 im »Schwarzbuch des Kommunismus« im Hinblick auf die DDR, es gäbe »kein Land in Europa, in dem so viele Selbstmorde im Zusammenhang mit der Politik der Kommunisten stehen.«³ Unter den von ihm herangezogenen Belegen für diese These war eine aus dem Zusammenhang gegriffene Zahl von Selbsttötungen, die wegen der fehlenden Umrechnung auf die Belegungszahl keine Vergleiche ermöglichte und insofern auch als Beweis völlig untauglich war.

#### Quellenlage und Fakten

Wie massiv war die Suizidalität in den DDR-Gefängnissen nun tatsächlich? Durch die Öffnung der Archive der SED-Diktatur nach 1990 wurde es möglich, die Häufigkeit von Selbsttötungen in den Gefängnissen genau zu ermitteln, und zwar durch Auszählung der in den Meldebüchern der Verwaltung Strafvollzug des Ministeriums des Inneren (MdI) dokumentierten Vorkommnisse. Diese Quellenart hat den Vorteil, dass sie eine nahezu lückenlose Erfassung ermöglicht, da es sich um fortlaufende Eintragungen in Büchern handelt. Zwar ist nicht auszuschließen, dass vereinzelte Selbsttötungen als Unfälle oder natürliche Todesfälle gemeldet wurden; Anzeichen für eine systematische Verschleierung von Selbsttötungen gibt es aber nicht. Das ergab ein Abgleich mit Akten verschiedener Volkspolizei-Bezirksbehörden und des Staatssicherheitsdienstes: In den MfS-Akten fand sich kein einziger vollendeter Suizid, der nicht auch in den Meldekarteien der Hauptverwaltung Strafvollzug enthalten war. Auch die in bundesdeutschen Medien gemeldeten Selbsttötungen von Inhaftierten ließen sich (abgesehen von einem Fall, bei dem das angebliche Opfer ein halbes Jahr später noch lebte)<sup>4</sup> in den Akten des DDR-Staatsapparates nachweisen.

Was ergibt sich nun aus der Auszählung der Vorkommnisse? Zwischen 1972 und 1988 wurden der Hauptverwaltung Strafvollzug 169 Selbsttötungen gemeldet, was bei durchschnittlich 32 000 Inhaftierten einer Selbsttötungsrate (Zahl der Suizide pro 100 000 Menschen pro Jahr) von 31,2 entsprach. Die mittlere Selbsttötungsrate der männlichen DDR-Bevölkerung betrug im selben Zeitraum 43,9, die der weiblichen 23,6; die Selbsttötungsrate der Strafgefangenen in der DDR lag also nahe am DDR-Durch-

schnitt. Das heißt, Selbsttötungen traten in den Strafvollzugsanstalten der DDR – zumindest in der Regierungszeit Erich Honeckers – keineswegs gehäuft auf. Dieses Ergebnis steht in klarem Kontrast zu bis heute noch weithin vorherrschenden Vorstellungen.

#### Erklärungsversuche

Wie ist es zu erklären, dass im Westen ein völlig falsches Bild verbreitet wurde?

Erstens ging die häufig vorgebrachte Behauptung hoher beziehungsweise steigender Selbsttötungsraten in DDR-Gefängnissen oft auf Aussagen von Häftlingen zurück, die von der Bundesregierung freigekauft worden waren. Diesen wiederum war das Thema Selbsttötungen ab Mitte der 1970er Jahre schon deshalb präsent, weil sich nach dem Fanal des Pfarrers Brüsewitz, der sich 1976 in Zeitz öffentlich verbrannt hatte, um gegen die kommunistische Indoktrinierung der Jugend zu protestieren, in mehreren DDR-Haftanstalten Aufsehen erregende Selbstverbrennungen ereignet hatten, die zum Teil politisch motiviert waren.

Zweitens erhängten sich in der Haftanstalt Bautzen II in den 1980er Jahren zwei wegen Spionage für westliche Geheimdienste Inhaftierte. <sup>5</sup> Diese, von bundesdeutschen Medien stark beachteten Todesfälle könnten ebenfalls die irrtümliche Vermutung begünstigt haben, Selbsttötungen seien in DDR-Gefängnissen besonders häufig vorgekommen.

Drittens erfüllten Berichte über suizidale Häftlinge im Osten eine propagandistische Funktion, wobei Selbsttötung als Chiffre für Verzweiflung in totalitären Verhältnissen stand. Die Realität und die wirkliche Verzweiflung in den DDR-Gefängnissen erfasste diese ideologische Sichtweise jedoch kaum.

Die westliche Fehlperzeption erscheint noch viel eklatanter, wenn man den Vergleich zur Situation in bundesdeutschen Gefängnissen zieht. Hier erreichte die Selbsttötungsrate in den 1970er Jahren Werte zwischen 130 und 160 und war damit etwa vier- bis fünfmal so hoch wie in der DDR.<sup>6</sup> Wenn man zudem noch bedenkt, dass die Selbsttötungsrate der ostdeutschen Bevölkerung schon seit dem Beginn der statistischen Erfassung im 19. Jahrhundert circa 50 Prozent über der Rate im westlichen Teil Deutschlands lag, wird der Kontrast noch größer: Während Selbsttötungen in DDR-Gefängnissen nicht öfter vorkamen als im zivilen Bereich, waren Haftsuizide in der Bundesrepublik sechs- bis achtmal häufiger als im Landesdurchschnitt.

Wie kann dieser erstaunliche Ost-West-Unterschied erklärt werden? Zunächst einmal: Grundsätzlich gibt es wenig Berechtigung dafür, aus der schockierenden Höhe der Suizidrate in bundesdeutschen Gefängnissen eine Kritik an den Zuständen in den Haftanstalten abzuleiten, wie das in den 1970er Jahren im Kontext linker Gesellschaftskritik bisweilen geschah. <sup>7</sup> Bereits Anfang der 1970er Jahre wies eine Studie nach, dass »es nicht hafttypische Lebensumstände sind, die den Selbstmord im Gefängnis bedingen«. 8 Stattdessen konnten bei fast allen Suizidenten »eine Anzahl typischer Risikofaktoren, von denen bekannt ist, daß sie zur Suicidbereitschaft disponieren«, nachgewiesen werden. Diese Analyse von 90 Einzelfällen im Bundesland Schleswig-Holstein kann nicht als Versuch, die Institution Gefängnis »reinzuwaschen«, abgetan werden. Darauf deutet allein die Tatsache hin, dass die Selbsttötungsrate im bundesdeutschen Strafvollzug nach Hafterleichterungen und der Einführung eines liberaleren Strafvollzugsgesetzes im Jahr 1977 nahezu unverändert blieb. Offenbar hatten die Haftbedingungen nur einen geringen Einfluss. Wie aber kann dann erklärt werden, dass sich in DDR-Gefängnissen weniger Suizide ereigneten? Doch wohl kaum damit, dass es Inhaftierten in der DDR besser ging als in der Bundesrepublik.

Vielmehr waren suizidale Tendenzen in den Gefängnissen beider deutscher Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach etwa gleich häufig. Die in der Bundesrepublik in den Jahren 1970 bis 1979 registrierte Gesamtrate der Selbstverletzungen und Suizidversuche betrug 460. Die offizielle Rate für den gesamten DDR-Strafvollzug lag zwar »nur« bei 130; hier ist jedoch, anders als bei den vollendeten Suiziden, eine hohe Dunkelziffer zu vermuten, da oft nur »ernsthafte Suizidversuche« gemeldet wurden. Darauf deutet die (exakt recherchierte) Rate der Selbstbeschädigungen und Suizidversuche in der DDR-Haftanstalt Regis-Breitingen hin, sie betrug 470 und lag damit im gleichen Bereich wie die bundesdeutsche Rate.

Somit muss die Frage lauten: Warum verliefen in DDR-Gefängnissen deutlich weniger Suizidversuche tödlich als in der Bundesrepublik? Um das Jahr 1960 war die Selbsttötungshäufigkeit in den Gefängnissen beider deutscher Staaten noch ähnlich hoch. Dann jedoch setzte in der DDR eine Abwärtsentwicklung ein, die Suizidrate verringerte sich um fast zwei Drittel und sank später noch mehr ab. Zwischen 1976 und 1980 wurden im DDR-Strafvollzug insgesamt 61 Selbsttötungen registriert, im Zeitraum von 1981 bis 1985 waren es lediglich 50.<sup>11</sup> Wie kann dieses Absinken erklärt werden?

#### Untersuchungshaft als Risikofaktor

»Bisherige Untersuchungen zeigen, daß Selbstmord[e] in Gefängnissen in engem Zusammenhang stehen mit dem Statusverlust, Rollenverlust, dem Bruch sozialer Beziehungen, der Isolierung, der Erschütterung des Normen- und Wertgefühles des Gefangenen, seine[r] Herabwürdigung und Demütigung in der Einweisungsphase und mit den Kommunikationsbeschränkungen durch die Einzelhaft«, konstatierte eine westdeutsche Studie über Suizide Inhaftierter.<sup>12</sup> In der Bundesrepublik ereigneten sich bis zu 80 Prozent aller Selbsttötungen in der Untersuchungshaft, und das Suizidrisiko von Untersuchungshäftlingen war durchschnittlich etwa zehnmal so hoch wie das im Strafvollzug. Damit waren Selbsttötungen in U-Haft, die als spontane Affektreaktionen besonders schwer zu verhindern sind, da ihnen keine längeren Vorbereitungshandlungen oder Verhaltensauffälligkeiten vorangehen, in bundesdeutschen Haftanstalten viel häufiger als in der DDR, wo die Selbsttötungsrate der Untersuchungshäftlinge (in der Honecker-Zeit) lediglich doppelt so hoch war wie die der Strafgefangenen.<sup>13</sup>

Hinzu kam, dass es in der Bundesrepublik aufgrund der längeren Verfahrenszeiten mehr Untersuchungshäftlinge gab. Während in der DDR der Anteil der Untersuchungshäftlinge an allen Inhaftierten von knapp einem Viertel (im Jahr 1960) auf Werte um zehn Prozent in den 1970er Jahren sank, saßen in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren etwa 25 bis 30 Prozent der Inhaftierten in U-Haft. Die zeitliche Korrelation zwischen dem Sinken des Anteils von Untersuchungshäftlingen und der Selbsttötungsrate in den DDR-Gefängnissen gibt Grund zu der Annahme, dass hier der Schlüssel zum Verständnis der unterschiedlichen Höhe der Selbsttötungsraten in den ost- und westdeutschen Gefängnissen liegt. 14

#### Verhinderung statt Prävention

Worin genau unterschied sich der Vollzug der Untersuchungshaft? Im Strafvollzug der DDR galt die »Richtlinie«, dass Selbsttötungen »unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern« waren. <sup>15</sup> Berichte aus der Zeit um 1960 enthalten noch zahlreiche Beispiele für die Nichteinhaltung von Bewachungsvorschriften und andere Missstände. <sup>16</sup> In Auswertung dieser Vorkommnisse wurden in vielen Haftanstalten die Anstrengungen zur Verhinderung von Selbsttötungen verstärkt; offenbar mit Erfolg. So schätzte beispielsweise die Abteilung Strafvollzug der Bezirksbehörde der Volkspolizei Gera im Jahr 1964 ein: »Selbstmordversuche und

andere Vorkommnisse, durch die sich die U-Gefangenen der Verantwortung entziehen wollten, sind stark zurückgegangen. Sie konnten in jedem Fall verhindert werden. Dazu trugen wesentlich die Aufnahmegespräche, die mit allen U-Gefangenen geführt wurden, bei.«<sup>17</sup>

»Gespräche« waren aber insgesamt eher die Ausnahme bei der Verhinderung von Selbsttötungen im Gefängnis.<sup>18</sup> In der Regel blieb die Suizidprävention äußerlich und seelenlos. Bei akuter Suizidgefährdung wurde der Betreffende intensiv kontrolliert und in der Zelle überwacht. In der MdI-Untersuchungshaftanstalt Leipzig wurde 1978 bei einem Inhaftierten festgelegt, dass er alle fünf bis zehn Minuten kontrolliert werden sollte, zudem blieb das Licht über Nacht eingeschaltet.<sup>19</sup> Kam es dennoch zu suizidalen Handlungen, drohten dem Wachpersonal Disziplinarstrafen.<sup>20</sup> Andererseits wurden für die Verhinderung eines Suizidversuchs Prämien von 100 bis 150 Mark gezahlt »für gute Wachsamkeit«, teilweise sogar an Mitgefangene.<sup>21</sup>

Die Erklärung für das Absinken der ostdeutschen Haftsuizidrate ist somit kaum auf der Ebene des Entstehens von Resignation und Suizidimpulsen, sondern auf der Ebene der Realisierbarkeit dieser Handlungsintentionen zu suchen. Das wird noch unterstrichen, wenn man die Untersuchungsgefängnisse der Staatssicherheit betrachtet. Eine Stichprobe im MfS-Untersuchungsgefängnis Halle (Saale) aus dem Jahr 1984 ergab, dass bei fast bei einem Fünftel aller Neuzugänge Suizidgefahr bestand. Eine interne Forschungsarbeit des MfS resümierte, dass »im Zeitraum von 1978 bis 1982 in den Untersuchungshaftanstalten des MfS 149 Suizidversuche Verhafteter erkannt und damit Suizide verhindert wurden«. Das entspräche einer hohen Suizidversuchsrate von knapp 400. Aus dem bruchstückhaft überlieferten Zahlenmaterial ergibt sich eine vergleichsweise hohe Selbsttötungsrate von circa 250, die in etwa der Selbsttötungsrate in bundesdeutschen U-Haftanstalten entspricht.

In der Stasi-Haft spielte sich offenbar ein Kampf auf Leben und Tod ab. Wer versuchte, sich körperliche Selbstbeschädigungen zuzufügen, bekam eine »Fesselungsjacke« oder Handschellen angelegt. Das MfS perfektionierte die Überwachungsmethoden, zog aber eine psychologische Betreuung nicht in Betracht. Mit Maßnahmen, die der Suizidprävention dienen sollten, wie der »Durchsetzung einer »Schlafhaltung« während der Nachtruhe, bei der die Hände sich auf der Bettdecke befinden sollten«, den in der Nacht durchgeführten ständigen Lichtkontrollen überschritt das MfS die Grenze zur »psychischen Misshandlung«, was die Not der Inhaftierten eher noch verschlimmert haben dürfte. Für die Verhafteten war die Grenze zwischen Suizidprävention und Bestrafung oft kaum noch erkennbar.

## Bundesrepublik: Weniger Überwachung, aber tolerierte Suizide?

Vergleicht man diese Maßnahmen mit dem Alltag in bundesdeutschen Untersuchungsgefängnissen, dann zeigt sich, dass zwar einige Dinge formal ähnlich geregelt waren. Wie in der DDR musste auch in bundesdeutschen Häftlingsakten Suizidgefährdung mit roter Farbe vermerkt werden, und auch hier galt die Forderung, Selbsttötungen möglichst zu verhindern. Ein wichtiger Unterschied bestand jedoch in der Intensität der Überwachung. »Sicherungsmaßnahmen, wie sie früher usus waren, indem man die ganze Nacht das Licht der Einzelzelle brennen läßt und stündlich durch den Spion kontrolliert, dienen eher dazu, den Selbstmordkandidaten in den Freitod zu treiben, denn als wirkliche Vorsorge«, schrieb ein Gefängnisarzt aus West-Berlin im Jahr 1977. 29 Etwa zur gleichen Zeit zeigten sich hessische Strafvollzugspsychologen überzeugt: »Durch Perfektionierung der Kontrolle geht jede menschliche Atmosphäre verloren. Gerade die positiven mitmenschlichen Beziehungen sind jedoch Voraussetzung dafür, Suicidneigungen und Suicidhandlungen entgegenzuwirken.«<sup>30</sup> Im Unterschied zur DDR wurde in bundesdeutschen Gefängnissen darauf geachtet, dass es nicht zu »unmenschlichen Überwachungsmethoden« kam. 31

Zwei Zeugnisse von der Schnittstelle zwischen ost- und westdeutschem Strafvollzug unterstreichen, wie unterschiedlich die Herangehensweise an das Suizidproblem in beiden deutschen Staaten war.

Erstens kommt das in einer auf der Basis bundesdeutscher Presseberichte durchgeführten MfS-Analyse negativer Erfahrungen mit RAF-Terroristen zum Ausdruck. 32 »Versäumnisse« wie das Belassen des Messers in der Zelle von Irmgard Möller mit der Begründung »falls sie nachts einmal Hunger gehabt hätte«, das »Vergessen« des Kabels, mit dem sich Gudrun Ensslin strangulierte, aber auch die durch einen Psychiater erfolgte Feststellung von »Unruhe und manchmal tiefen Depressionen« bei den RAF-Häftlingen wurden von MfS-Mitarbeitern als »wichtige Informationen« gekennzeichnet. Mit einem (zustimmenden) Ausrufezeichen versah das MfS die Aussage, eine selbstmordsichere Zelle müsse »nüchtern, sparsam möbliert, mit wenigen Blicken überschaubar« sein. Angestrichen wurde die Begründung dafür, dass Gefangene nicht regelmäßig Tag und Nacht kontrolliert wurden: Das hätte »gegen die Menschenwürde verstoßen«. Für das MfS – angesichts der eigenen Praxis, dass Inhaftierte häufig und überraschend auf andere Zellen gelegt und Suizidgefährdete auch nachts regelmäßig kontrolliert wurden - eine offenbar befremdliche Sichtweise.

Zweitens konstatierten auch ehemalige Angestellte im DDR-Straf-

vollzug, die nach 1990 in den bundesdeutschen Strafvollzug übernommen wurden, unterschiedliche Kontrollstandards. Die »Durchsetzung der Sicherheit« sei in DDR-Gefängnissen »radikaler« praktiziert worden als es in der Bundesrepublik der Fall sei. Es seien »regelmäßig Kontrollen der Zellen auch zur Nachtzeit, der Arbeitsbetriebe sowie körperliche Durchsuchungen der Inhaftierten« durchgeführt worden. »Nach dem Empfang von Besuch hätte sich jeder Inhaftierte entkleiden müssen und sei genau überprüft worden. Heute würden nur noch Stichproben durchgeführt,« monierten die Beamten und priesen die früheren Verhältnisse: »Für die Haftraumkontrollen sei es insbesondere günstiger gewesen, daß die Inhaftierten nur eine gesetzlich vorgeschriebene Normausstattung hatten und die Zellen dadurch viel überschaubarer und leichter zu kontrollieren gewesen seien «<sup>33</sup>

Im Kontrast dazu konnten Inhaftierte in der Bundesrepublik ihre Zelle individuell gestalten. In westdeutschen Gefängnissen begegnete man Suizidgefahr in erster Linie dadurch, dass man den Betreffenden mit anderen, psychisch stabilen Gefangenen zusammenlegte. »Man muß natürlich versuchen, die Selbstmordrate so gering wie möglich zu halten, jedoch ist eine absolute Suicidprophylaxe nicht durchführbar«, hieß es im Jahr 1988 pragmatisch und nüchtern in einer Dissertation.<sup>34</sup>

Es gibt zudem auch Indizien dafür, dass im Zuge eines liberaleren Strafvollzuges in der Bundesrepublik Selbsttötungen in bestimmten Fällen akzeptiert wurden; vor allem die RAF-Selbsttötungen lösten eine größere Debatte aus. »Jeden und unter allen Umständen von einem Selbstmord abzuhalten, heißt, einem falschen Humanismus zu huldigen«, schrieb zum Beispiel der Berliner Strafrechtsprofessor Joachim Wagner. <sup>35</sup> In einer Studie aus Mannheim hieß es: »Ein Großteil der Beamten zeigt wenig Interesse an der Materie der Suizidprophylaxe und ist der irrigen Ansicht, daß man 'niemanden halten kann, der sich umbringen will'«. <sup>36</sup> Auch Justizbeamte in einer norddeutschen Haftanstalt äußerten mehrheitlich Unverständnis für das Bemühen zur Verhinderung von Suiziden; manche Beamte sahen den Suizid sogar als eine »legitimierte Form der Todesstrafe« an. <sup>37</sup>

Damit bleibt als Teilergebnis festzuhalten: Nur durch scharfe Überwachung, von den Häftlingen teilweise als psychische Folter empfunden, war die niedrige Selbsttötungsrate erreichbar. Neben den intensiveren, um nicht zu sagen zudringlichen Kontrollmaßnahmen spielten aber auch strukturelle Aspekte eine Rolle.

#### Strukturelle Faktoren

Zunächst unterschied sich die Art der Unterbringung in beiden deutschen Staaten. Sie entsprach im Großen und Ganzen den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen: Im Osten kollektiv, im Westen individuell. In der DDR war Gemeinschaftsunterbringung vorherrschend; noch 1995 wurden in den neuen Bundesländern etwa 80 Prozent der Strafgefangenen gemeinschaftlich untergebracht. In der Bundesrepublik hingegen waren zu dieser Zeit etwa zwei Drittel der Gefangenen in Einzelzellen und nur ein Drittel in Gemeinschaftszellen inhaftiert. Sei es durch den menschlichen Kontakt, sei es durch die schnellere Meldung erfolgter Suizidversuche – bei gemeinschaftlicher Unterbringung ereignen sich erfahrungsgemäß weniger Selbsttötungen.

Damit zusammenhängend muss als weiterer, die Suizidrate senkender Faktor die Arbeitspflicht für DDR-Strafgefangene in Betracht gezogen werden. Die Strafgefangenen hätten weniger Freizeit gehabt, es sei weniger Zeit zum »Nachdenken über suizidale Handlungen vorhanden« gewesen, resümierte ein Bautzener Strafvollzugsangestellter rückblickend. Die enge Gemeinschaft in Arbeit und Unterbringung hätte bewirkt, dass die Inhaftierten »sich untereinander gut kannten und sich teilweise auch privat vertrauten.«<sup>40</sup> In Einzelfällen wurden suizidgefährdete Häftlinge übrigens bereits in der Untersuchungshaft gezielt beschäftigt. So sollte ein Gefangener des MfS, der versucht hatte, sich die Pulsadern aufzuschneiden, als Kalfaktor eingesetzt werden, »um durch eine Nebenbeschäftigung vom übermäßigen Grübeln abgelenkt zu werden.«<sup>41</sup>

Als weiterer Faktor könnte auch – ganz im Gegenteil zu den Mutmaßungen bundesdeutscher Medien – der höhere Anteil von politischen Häftlingen in der DDR zu der geringen Selbsttötungsrate beigetragen haben. Die Zahl der jährlich aus politischen Gründen Inhaftierten wurde für die 1980er Jahre von Johannes Raschka mit ca. 3 000, von Falco Werkentin für Anfang der 1960er Jahre mit ca. 6 000 angegeben. Damit waren etwa 10 bis 20 Prozent der Gefängnisinsassen politische Häftlinge. <sup>42</sup> Für diese Inhaftierten gab es eine realistische Chance auf Freikauf durch die Bundesrepublik: Zwischen 1963 und 1989 kaufte die Bundesregierung insgesamt 33 755 Inhaftierte gegen ein Kopfgeld frei, das waren durchschnittlich fast 1 300 pro Jahr. <sup>43</sup> Viele der politischen Häftlinge hielt die Aussicht auf Freikauf durch die Bundesrepublik möglicherweise von einer Verzweiflungstat ab: »Wenn wir das im Gefängnis nicht gewußt hätten, daß so und so viele wieder auf Transport gehen nach dem Westen [...], dann hätte es sehr viel mehr Selbstmorde gegeben«, erinnerte sich eine Zeitzeugin. »Das

gab Hoffnung für uns, und das hat viele von uns aufrechterhalten, daß wir nicht selber Hand an uns gelegt, daß wir uns nicht das Leben genommen, daß wir durchgehalten haben.«<sup>44</sup> In ähnlicher Weise äußerten sich auch andere politische Häftlinge bei einer Befragung.<sup>45</sup> Dass politische Häftlinge (»Straftaten gegen die staatliche Ordnung«) in der Tat ein geringeres Selbsttötungsrisiko als Kriminelle (vor allem Delikte Diebstahl und Mord) aufwiesen, stellte auch ein Strafvollzugs-Psychiater in einer im Jahr 1982 verfassten, damals streng geheimen Dissertation fest.<sup>46</sup> Auch dieser Aspekt kommt also als Teilerklärung für die niedrigeren Selbsttötungsraten in DDR-Gefängnissen in Betracht.

Schließlich könnte es aber auch unabhängig vom konkreten Delikt, angesichts der Tatsache, dass die Gefangenenziffer (also die Zahl der Inhaftierten je 100000 Einwohner) in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik trotz niedrigerer Kriminalitätsrate mehr als doppelt so hoch war, <sup>47</sup> in der Bundesrepublik zu einer Akkumulierung suizidgefährdeter Menschen in den Gefängnissen gekommen sein, während in der DDR durch die politischen Delikte ein größerer Anteil psychisch stabiler und nicht suizidal disponierter Menschen inhaftiert wurde. Auch dafür gibt es Indizien. So hat der Verfasser der erwähnten, streng geheimen Dissertation 1982 ermittelt, dass nur knapp über 20 Prozent der von ihm untersuchten Suizidpatienten des Haftkrankenhauses Meusdorf bereits vor der Haft Suizidversuche ausgeführt hatten. 48 Demgegenüber fand eine fast zeitgleich erfolgte Studie einer bundesdeutschen Sozialpädagogin einen weitaus höheren Anteil Suizidgefährdeter unter bundesdeutschen Verhafteten. Hier hatten über 50 Prozent bereits im zivilen Leben Suizidversuche hinter sich und im Gefängnis lediglich ihre »suicidale Karriere« fortgesetzt.49

#### **Fazit**

Zu den strukturellen Faktoren, die den großen Unterschied in den Suizidraten Inhaftierter erklären können, zählen der höhere Anteil von Untersuchungshäftlingen in der Bundesrepublik, die größere Gefangenenziffer und der größere Anteil politischer Häftlinge in der DDR (sowie deren Hoffen auf Freikauf), das Vorherrschen gemeinschaftlicher Unterbringung sowie die Arbeitspflicht in der DDR.

Die wahrscheinlich wichtigste Erklärung für die vergleichsweise niedrige Selbsttötungsrate in den DDR-Gefängnissen ist jedoch die nahezu totale Überwachung im DDR-Strafvollzug. Während man in der Bundes-

republik zurückhaltend bei der Anwendung menschenunwürdiger Sicherheitsvorkehrungen (bei gleichzeitigen Bestrebungen, den Strafvollzug strukturell zu reformieren) war und zudem seit den 1970er Jahren auch die psychologische Betreuung eine stärkere Rolle spielte, wurde in der DDR die zwangsweise Lebenserhaltung durch Medikamentengabe, Fesselung, Arrest und verschärfte Überwachung perfektioniert.

Um die Häufigkeit von Selbsttötungen in Haftanstalten zu verstehen, ist es wenig zielführend, pauschal auf die Durkheim'sche Gleichung »hohe Selbsttötungsrate = soziale Pathologie« zu verweisen. <sup>50</sup> »Im Gefängnis, wie in jeder »totalen Institution«, gehört das eigene Leben nicht mehr einem selbst. Es unterliegt vielmehr der totalen sozialen Kontrolle der Anstalt, die mit der Entscheidungsgewalt über das Leben sich auch die Entscheidung über den Tod vorbehält. <sup>51</sup> Diese Worte, geschrieben von einem bundesdeutschen Juristen unter Bezugnahme auf Erving Goffman, der den Begriff der »totalen Institution« geprägt hatte, trafen für die Gefängnisse der DDR in weit stärkerem Maße zu als für die der Bundesrepublik.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. »DDR« treibt Häftlinge zum Selbstmord. Willkür bei Ausreisepraxis führt zu Verzweiflungstaten. Schlägertruppen im Einsatz, in: Die Welt, 20.12.1984, S. 1 und 8.
- 2 Karl Wilhelm Fricke, Zur Menschen- und Grundrechtssituation politischer Gefangener in der DDR, Köln 21986, S.82.
- 3 Ehrhart Neubert, Politische Verbrechen in der DDR, in: Stéphane Courtois u.a. (Hg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus, München 1998, S. 829–884, hier S. 859.
- 4 Vgl. BStU, MfS, Karteikarte HA VII/8, VSH; BStU, MfS, BV Dresden, Karteikarte Abt. VIII, VSH.
- 5 Vgl. Karl Wilhelm Fricke und Silke Klewin, Bautzen II. Sonderhaftanstalt unter MfS-Kontrolle 1956 bis 1989, Leipzig 2001, S. 117 f.
- 6 Vgl. Erich Thole, Suicid im Gefängnis, in: Zeitschrift für Strafvollzug 25 (1976), S. 110–114; Angelika Burgmayer, Suicid im Gefängnis, Diss. Kiel 1975; Annemarie Wiegand, Selbstmord im Justizvollzug, in: Deutsches Ärzteblatt 81 (1984) 6, S. 341–344; M. Becker, Selbstmordhandlungen im Strafvollzug, in: Suizidprophylaxe 4 (1977), S. 161–180; Christine Swientek, Autoaggressivität bei Gefangenen aus pädagogischer Sicht, Göttingen 1982, S. 22; Anton Rosner, Suicid im Strafvollzug der Bundesrepublik Deutschland wirklich ein Problem? In: Kriminalpädagogische Praxis 14 (1986) 21–22, S. 42–49.
- 7 Vgl. z.B. Karin Schliep und Edwin Schliep (Hg.), »Selbst«mord in U-Haft. Briefe und Dokumente, Berlin 1976; C.H. Eikenbusch, Anomie als Ursache des Selbstmordes in den Haftanstalten, in: Suizidprophylaxe 4 (1977) 3, S. 181–187.
- 8 Harte Methoden, in: Der Spiegel 26 (1972) 51, S. 44.

- 9 Vgl. Frieder Dünkel und Anton Rosner, Die Entwicklung des Strafvollzugs in der Bundesrepublik seit 1970, Freiburg 1981, S. 465.
- 10 Vgl. Ludwig Wolf, Erfassung und Auswertung normabweichender Verhaltensweisen Strafgefangener in einer Strafvollzugseinrichtung, Diss. Bad Saarow 1987, S. 73.
- 11 Somit war die von Menschenrechtsorganisationen verbreitete Behauptung, »daß sich offenkundig die Zahl versuchter und vollendeter Selbsttötungen im DDR-Strafvollzug in den achtziger Jahren erhöht hat«, schlichtweg falsch. Jürgen Schmied, Verschärfter DDR-Strafvollzug an politischen Gefangenen, in: Menschenrechte 10 (1986) 5, S.6.
- 12 Eikenbusch, Anomie (Anm. 7), S. 181. Vgl. zur initialen Kränkung und Demütigung in totalen Institutionen durch Enteignung, Kontaktsperre, Entblößung und den Verlust bürgerlicher Rechte: Erving Goffmann, Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt/M. 1973.
- 13 Selbsttötungszahlen in: BArch Berlin, DO 1, 3356, 3357, 3358, 3359, 3768, n.pag. Durchschnittsbelegungszahlen aus: Uwe Bastian und Hildigund Neubert, Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates, Berlin 2003, S. 35; Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, S. 378.
- 14 Zahlen in: Justus Krümpelmann, Aktuelle Probleme des Haftrechts in empirischer und verfahrensrechtlicher Sicht, in: Hans Göppinger und Günther Kaiser (Hg.) Kriminologie und Strafverfahren, Stuttgart 1976, S. 44–55; Dünkel, Rosner, Entwicklung des Strafvollzugs (Anm. 10), S. 16, 392; Günther Kaiser und Heinz Schöch, Strafvollzug, Heidelberg 52002, S. 68, 396; Reinhold Schlothauer, Untersuchungshaft, Heidelberg 1992, S. 3, sowie Werkentin, Politische Strafjustiz (Anm. 13), S. 378–380.
- 15 Ernst Jung, Analyse von 100 Selbstmordversuchen Strafgefangener aus psychiatrischer Sicht, Diss. Leipzig 1982, S.5 f.
- 16 Vgl. Meldekarteikarten der Verwaltung Strafvollzug des MdI, in: BArch Berlin, DO 1, 3358, n. pag., MdI, Abteilung III/2, Disposition: Einschätzung des gegenwärtigen Zustands im U-Haftvollzug, Berlin, 17.9.1960, in: BArch Berlin, DO 1/11, 1476, Bl. 132.
- 17 ThStAR, BdVP Gera 21.1, Nr. 259, Bl. 70.
- 18 Jung stellte fest, dass nur ein geringer Prozentsatz der suizidalen Strafgefangenen Kontakt zum Strafvollzugs-Psychologen gehabt hatte. Vgl. Jung, Analyse (Anm. 15), S. 92.
- 19 Vgl. SächsStAL, BdVP Leipzig 24.1, Nr. 2506, n. pag.
- 20 Vgl. BDVP Leipzig, Abt. Strafvollzug, Oberst der VP Kozik, Abschlußbericht zum Vorkommnis am 20.7.74 in der UHA Leipzig, 23.7.1974, in: SächsStAL, BdVP Leipzig 24.1, Nr. 619, Bl. 33–35.
- 21 So wurden im August 1976 zwei MfS-Untersuchungshäftlinge, die einen Syrer am Suizid gehindert hatten, »für ihr gutes Verhalten aktenkundig belobigt und mit je einer Geldprämie ausgezeichnet.« Vgl. MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Abt. IX und XIV, Bericht, 26.8.1976, in: BStU, MfS, Abt. XIV, Nr. 45, Bl. 193–195, hier S. 195.
- 22 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Abt. XIV, Nr. 863. Im Jahr 1986 waren es 193 Neuzugänge. Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Abt. XIV, Sachakte Nr. 1238, Bl. 18.

- 23 [Siegfried] Rataizick u.a., Die aus den politisch-operativen Lagebedingungen und Aufgabenstellungen des MfS resultierenden höheren Anforderungen an die Durchsetzung des Untersuchungshaftvollzuges und deren Verwirklichung in den Untersuchungshaftanstalten des MfS, Potsdam 1984, in: BStU, MfS, JHS 21961, Bl. 302.
- 24 Vgl. Wilhelm Glaubrecht, Zur Frage der Abwendung der Selbstmordgefahr bei Untersuchungsgefangenen, in: Zeitschrift für Strafvollzug 10 (1961) 4, S. 248–250. Damit waren die Selbsttötungsraten in MfS-Haft einerseits erheblich höher als in den Gefängnissen des MdI, es muss aber betont werden, dass sich durch Einbeziehen der Selbsttötungen im Machtbereich des MfS die Gesamt-Selbsttötungsrate nur geringfügig erhöht, um ca. 15 bis 20 Prozent.
- 25 Andrea Herz und Wolfgang Fiege, Untersuchungshaft und Strafverfolgung beim Staatssicherheitsdienst Erfurt/Thüringen. I. Die MfS-Haftanstalt Andreasstraße 37 (1952/54–1989), Erfurt 2000, S. 40.
- 26 Rataizik, Untersuchungshaftvollzug (Anm. 23), S. 517.
- 27 Fricke, Menschen- und Grundrechtssituation (Anm. 2), S. 47.
- 28 Vgl. Klaus Behnke und Jürgen Fuchs (Hg.), Zersetzung der Seele, Hamburg 1995, S. 75.
- 29 Joachim Hiob, Suicide und Suicidversuche im Strafvollzug, in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hg.), Suizidprobleme im Strafvollzug, Protokoll Nr. 126/1977, Hofgeismar 1977, S. 3–11, hier S. 7.
- 30 Arbeitskreis hessischer Vollzugspsychologen, Merkblatt zur Suizidprophylaxe, in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hg.), Suizidprobleme im Strafvollzug, Protokoll Nr. 126/1977, Hofgeismar 1977, S. 12–32, hier S. 25.
- 31 Armin Mechler, Psychiatrie des Strafvollzugs, Stuttgart u.a. 1981, S. 23.
- 32 Vgl. Der Skandal im Baader-Gefängnis, Neue Revue vom 31.10.1977, in: BStU, MfS, Abt. XIV, Nr. 1562, Bl. 9–14.
- 33 Karen Essig, Die Entwicklung des Strafvollzuges in den neuen Bundesländern, Mönchengladbach 2000, S. 179.
- 34 Vgl. als Beispiel Berlin-Moabit, in: Ursula Christine Beck, Todesfälle in Bayerischen Justizvollzugsanstalten in den Jahren 1975 bis 1983 unter besonderer Berücksichtigung der Suizide, Diss. München 1988, S.55.
- 35 Stammheim. Jedem bewußt, in: Der Spiegel 31 (1977) 46, S. 24 f., hier S. 25.
- 36 Paul Schaffer, Einstellung und Befinden von Inhaftierten unter besonderer Berücksichtigung der Suicidalität, Frankfurt/M. 1986, S. 114.
- 37 Swientek, Autoaggressivität (Anm. 6), S. 330 f.
- 38 Vgl. Essig, Entwicklung (Anm. 33), S. 147.
- 39 Vgl. Dünkel und Rosner, Entwicklung des Strafvollzugs (Anm. 9), S. 403; Essig, Entwicklung des Strafvollzuges (Anm. 33), S. 99.
- 40 Vgl. Schreiben von Vollzugsinspektor Gert Meisel, Bautzen, an den Autor vom 18. August 2005, S. 2.
- 41 MfS-Abteilung XIV, Bericht über den Suicidversuch des Inhaftierten [...], Potsdam, 6.4.1976, in: BStU, MfS, Abt. XVI, Nr. 42, Bl. 138 f.
- 42 Vgl. Johannes Raschka, »Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik«. Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, Dresden 1997, S. 45; Werkentin, Politische Strafjustiz (Anm. 13), S. 379.

- 43 Vgl. Ludwig A. Rehlinger, Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989, Berlin 1991, S. 247.
- 44 Protokoll der 69. Sitzung, Beitrag von Ellen Thiemann, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VII/1, Baden-Baden-Frankfurt/M. 1995, S. 358–365, hier S. 364.
- 45 Vgl. Johannes Raschka, Zwischen Überwachung und Repression Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989 (= Hannsjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hg.), Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 5), Opladen 2001, S. 133.
- 46 Vgl. Jung, Analyse (Anm. 15), S. 39.
- 47 Im Jahr 1980 zum Beispiel lag die Gefangenenziffer in der Bundesrepublik bei 94,5. Vgl. Dünkel und Rosner, Entwicklung des Strafvollzugs (Anm. 10), S. 65. In der DDR, wo die Zahl der Gefängnisinsassen stärkeren Schwankungen unterlag, lag sie im gleichen Jahr bei 238; im Jahr 1970 betrug die Gefangenenziffer der DDR 177. Zahlen aus: Werkentin, Politische Strafjustiz (Anm. 13), S. 378 f.
- 48 Vgl. Jung, Analyse (Anm. 15), S. 55.
- 49 Vgl. Christine Swientek, Der Gefangenenselbstmord zwischen Zahlenspielereien und der Suche nach einem Schuldigen, in: Suizidprophylaxe 11 (1984) 3, S. 212–218.
- 50 Vgl. Èmile Durkheim, Der Selbstmord, Neuwied/Berlin 1973.
- 51 Kurt Weis, Freitod in Unfreiheit, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 8 (1975) 4, S. 83–92, hier S. 89 f.



Straßenzug in Kiew in der Ukraine 1941.

#### Jörg Baberowski

# Verwüstetes Land: Die Sowjetunion nach Holocaust und Krieg

»In der Ukraine gibt es keine Juden mehr«, schrieb der Schriftsteller Wasili Grossman im Herbst 1943 in der Zeitschrift »Einigkeit«, die vom Jüdischen Antifaschistischen Komitee herausgegeben wurde. »In Poltawa, Charkow, Krementschuk, Borispol oder Jagotin – in keiner dieser Großstädte, in Hunderten kleiner Ortschaften und Tausenden von Dörfern wird man jemals wieder die tränengefüllten schwarzen Augen eines kleinen Mädchens sehen, die schrille Stimme einer alten Frau hören oder in das dunkle Gesichtchen eines hungrigen Babys blicken können. Überall Schweigen. Totenstille. Ein ganzes Volk ist brutal ermordet worden.« Als er wenig später mit der Roten Armee in ein ukrainisches Städtchen kam, schrieb er in sein Tagebuch: »Und niemand ist mehr da in Kasary, um zu klagen, zu

erzählen, oder zu weinen. Stille und Schweigen liegen über den Toten, die unter den eingestürzten, von Gras überwucherten Heimstätten begraben sind. Die Stille ist schlimmer als Tränen und Flüche.«<sup>1</sup> Von diesen Erfahrungen exzessiver Gewalt sollte sich die Sowjetunion nicht wieder erholen.

#### Die Kosten des Sieges

Die Sowjetunion gehörte zu den Siegern des Zweiten Weltkrieges. Aber um welchen Preis war dieser Sieg erkämpft worden? 20 Millionen Menschen waren gefallen, verhungert oder waren ermordet worden. Es gab keine Juden mehr in den Städten der Sowjetunion, nachdem die Einsatzgruppen der SS sie heimgesucht hatten. Als die Wehrmacht im Juni 1941 Minsk verließ, blieb eine tote Stadt zurück. Ihre Bewohner lebten in Erdlöchern oder in den Trümmern, die die Besatzer hinterlassen hatten. Für die Soldaten der Roten Armee war der Krieg nicht nur ein Erlebnis des Sieges, er war auch eine deprimierende Verstörung. Denn auf ihrem Weg nach Westen marschierten sie durch verwüstetes Land. Sie sahen Zerstörung, Hunger und Elend, und sie wussten, wer für diese Katastrophe verantwortlich war. Als sie 1945 die Grenzen des Deutschen Reiches überschritten, brachten auch sie Tod und Zerstörung über ihre Gegner.

Nach dem zweiten Weltkrieg war in der Sowjetunion nichts mehr wie zuvor. Millionen waren gestorben, Millionen hatten als Soldaten fremde Länder gesehen, waren mit fremden Menschen in Berührung gekommen und hatten erfahren, wie die Welt jenseits der Dörfer aussah, aus denen sie gekommen waren. Millionen waren als Kriegsgefangene und Ostarbeiter nach Deutschland verschleppt worden, hatten Ausbeutung und Erniedrigung erfahren und mit eigenen Augen gesehen, dass die Verlierer besser lebten als die Sieger. Vor allem aber hatte der Krieg die Wahrnehmung der Eigenen und der Fremden für immer verändert. Aus einer Union der Werktätigen war eine Union der Völker geworden, aus Volksfeinden wurden Feindvölker und Kollaborateure. Für die politische Macht ergaben sich aus dieser Sicht auf die Welt auf Dauer mehr Vor- als Nachteile. Denn die Stigmatisierung von klar erkennbaren Feinden integrierte die Mehrheit der Bevölkerung über alle sozialen Grenzen hinweg und mobilisierte Feindbilder, die nach dem Ende des Krieges für viele Menschen einen Sinn ergaben. 1937 hatte kaum jemand der Versicherung geglaubt, die Verhafteten und Getöteten seien englische oder polnische Spione gewesen. 1946 aber, nach den Erfahrungen der Kollaboration und der ethnischen Säuberung, konnte niemand mehr behaupten, die Feindkategorien der Regierung seien aus der Luft gegriffen. Millionen hatten sich den deutschen Besatzern als Kollaborateure zur Verfügung gestellt, hatten ihnen geholfen, Juden und Kommunisten zu töten und die ethnische Pyramide der Sowjetunion auf den Kopf zu stellen. Kaum jemand beweinte die Wlassow-Soldaten, die nach dem Krieg erschossen oder in Lager verschleppt wurden, wenige empfanden Mitleid mit Deutschen, Tschetschenen und Krimtataren, die aus ihrer Heimat vertrieben und nach Kasachstan in die Verbannung geschickt wurden. Wahrscheinlich hatte es zu keiner Zeit mehr Zustimmung für die Gewalttaten des Regimes gegeben als in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

#### Keine Stunde Null

Und dennoch waren Gewalt, Hunger und Zerstörung eine schwere Prüfung für die Menschen in der Sowjetunion. Es gab auch dort keine Stunde Null, so wenig, wie es sie in Deutschland gegeben hatte. Auch nach dem Sieg blieb die Gewalt ein Medium der Informationsübermittlung und Machtdurchsetzung, wenngleich sie sich auf andere Weise zur Wirkung brachte als vor dem Krieg. Die Opfer wurden nicht mehr zufällig ausgewählt, sondern erkennbaren und definierbaren Gruppen zugeordnet.

Der Krieg hinterließ in der Sowjetunion zwei Millionen Invaliden, Krüppel und Obdachlose, mehrere Millionen Menschen mussten in den Osten des Landes evakuiert werden. Bauern, die vor den Gefechten geflohen waren, fanden nach ihrer Rückkehr nichts als Trümmer vor. Die Sowjetunion war ein Land auf der Flucht. Millionen demobilisierter Soldaten, obdachlose und entwurzelte Menschen zogen von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf, auf der Suche nach Essbarem, nach Arbeit und Wohnraum. Wie fahrende Bienenstöcke sahen die Güterzüge aus, die in der Nachkriegszeit durch die Sowjetunion fuhren. Verzweifelte Menschen saßen auf ihren Dächern und auf den Puffern zwischen den Waggons. Noch im Jahr 1948 lebten in Brjansk, westlich von Moskau, mehr als 9000 Familien unter freiem Himmel, in Erdlöchern und Hütten. Im südrussischen Krasnodar lebten zu jener Zeit 200000 Flüchtlinge aus allen Regionen der Sowjetunion. Sie litten an Unterernährung, Epidemien und Hunger. Niemand konnte diesen Menschen helfen, weil die Behörden keine Ressourcen zu ihrer Verfügung hatten, um die Not zu lindern. Die Flüchtlinge mussten sich selbst helfen. Sie bettelten, stahlen, überfielen Eisenbahnzüge und raubten Menschen auf offener Straße aus. Das Regime begegnete der Krise mit Gewalt. Im April 1947 wurden demobilisierte Soldaten und obdachlose Waisenkinder aus Krasnodar vertrieben und NKWD-Kommandos<sup>2</sup> an den Ausfallstraßen und auf Bahnhöfen postiert, die jeden Menschen verhafteten, der ohne gültige Ausweispapiere nach Krasnodar einreisen wollte. Selbst in Moskau, der Hauptstadt des Imperiums, lebten die Menschen zwischen Ratten und Müll, in Verschlägen und Kellern, wie sich der Physiker Juri Orlow an die Leidensjahre nach dem Krieg erinnerte.

#### Vergessen zum Machterhalt

Als der Krieg zu Ende war, hatten wenigstens die Soldaten geglaubt, dass nun alles besser werden würde. Sie hatten ihrem Staat loyal gedient, alle Entbehrungen auf sich genommen, die man ihnen abverlangt hatte. Erstmals in ihrem Leben durften Bauernsoldaten für eine kurze Zeit Sieger sein. Und auch mancher Offizier hoffte nun, dass sich das Regime großherzig zeigen und die Gewalt der Vergangenheit hinter sich lassen werde. Sie hatten die Wirklichkeit jenseits der sowjetischen Grenzen gesehen, sie hatten erfahren müssen, dass die Verlierer besser lebten als die Sieger. Man konnte das Elend nicht mit »einer Seite der Prawda« zudecken, schrieb der Dichter Brodsky in seinen Erinnerungen.

Stalin und seine Helfer verstanden sofort, das ihre Macht auf dem Spiel stand, wenn sie den Untertanen erlaubten, über das Erlebte so zu sprechen, wie sie es in Erinnerung hatten. Für die totale Diktatur wären freie Menschen verloren gewesen. Niemals würde Stalin ihnen erlauben, dass der Sieg als Leistung von Soldaten öffentlich erinnert wurde. Er durfte nichts anderes als ein Triumph des Führers gewesen sein. Schon im Jahr 1947 war der 9. Mai kein Feiertag mehr, weil der Diktator an den Sieg des Volkes nicht erinnert werden wollte. Die verordnete Wirklichkeit aber ließ sich nur erzwingen: durch Einschüchterung, Zwang und Gewalt.

#### Krieg im Frieden

Bauern sollten Sklaven bleiben, auch nach dem Sieg. Deshalb erteilte Stalin 1946 die Anweisung, dass die Kolchosordnung der Vorkriegsjahre in das Leben der Bauern zurückkehren sollte. Obwohl Hunger und Elend in den Dörfern herrschte, sollten Bauern Tribute entrichten und Zwangsdienst leisten. Auf Stalins Weisung wurde die Zahl der Arbeitstage in den Kolchosen erhöht und die Strafen für Arbeitsverweigerung und »Diebstahl« von Kolchoseigentum verschärft. In den Dörfern herrschte blanke Not.

Noch zu Beginn der 1950er Jahre flohen mehr als neun Millionen Bauern in die Städte, weil es auf dem Land keine Lebensperspektiven mehr gab. Der großen Hungersnot der Jahre 1946 und 1947 fielen eineinhalb Millionen Menschen zum Opfer, 12000 Kolchosvorsitzende wurden vor Gericht gestellt, zehntausende Bauern in Konzentrationslager verschleppt, weil sie Getreideähren für den eigenen Gebrauch gesammelt hatten. Der Minister für Staatssicherheit in Moldawien meldete im Dezember 1946 nach Moskau, dass in den Krankenhäusern der Republik Kinder verhungerten und Leichen die Straßen der Hauptstadt säumten. Stalin wollte von alldem nichts hören. In der Ukraine wurden Bauern, die ihre Arbeitspflichten nicht zur Zufriedenheit des Regimes erfüllt oder sich den kommunistischen Behörden widersetzt hatten, verhaftet. Nikita Chruschtschow, der Parteichef der Ukraine, empfahl dem Diktator, »unverbesserliche Verbrecher und Parasitenelemente« nach Sibirien deportieren zu lassen. Stalin stimmte sofort zu, und im Frühjahr 1948 setzten sich die ersten Züge nach Osten in Bewegung.

#### Rache

Nicht einmal in der Stunde des Sieges konnte sich das Regime großmütig zeigen. Es nahm Rache an Kollaborateuren, Ostarbeitern und Kriegsgefangenen, die die Erwartungen nicht erfüllt hatten. Überall wurden Schauprozesse organisiert, deutsche Offiziere und ihre russischen Helfer öffentlich hingerichtet. Wer während des Krieges unter deutscher Besatzung gelebt hatte, musste sich einer Überprüfung durch den NKWD unterziehen. Tausende kamen in Arbeitslager, aber selbst die Freien mussten mit dem Stigma des Verdachts leben, weil in ihre Pässe ein Vermerk über ihren Aufenthaltsort während des Krieges eingetragen wurde.

Mit Kollaborateuren machte das Regime kurzen Prozess. General Wlassow und seine Offiziere wurden in Moskau vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt, zehntausende Soldaten seiner Armee in sibirische Straflager verschickt. So erging es auch den ukrainischen Hilfswilligen, die im Tross der Wehrmacht gedient hatten, und den Kosaken, die im Juni 1945 von der britischen Armee an die Sowjetunion ausgeliefert wurden. Im österreichischen Kärnten, wo die Übergabe stattfand, schnitten sich die Gefangenen die Pulsadern auf, warfen sich von Brücken, um der Rache ihrer Landsleute zu entgehen. Im Hafen von Odessa wurden Rückkehrer, die noch deutsche Uniformen trugen, von NKWD-Kommandos mit Maschinengewehren erschossen.

Erbarmungslosigkeit überall. Mit Misstrauen begegnete das Regime auch jenen vier Millionen Menschen, die in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten oder als Ostarbeiter nach Deutschland verschleppt worden waren. Bis Juli 1945 wurden mehr als 800000 sowjetische Soldaten, die sich den Deutschen ergeben hatten, in Filtrationslager eingeliefert, 600 000 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene mussten Zwangsarbeit in der »Arbeitsarmee« des NKWD leisten. Für Offiziere, die in Gefangenschaft gegangen waren, gab es keine Gnade. 120000 Offiziere wurden vom NKWD überprüft und die meisten von ihnen für die Dauer von sechs Jahren in Straflager geschickt. Auch für jene zwei Millionen Zwangsarbeiter, die sich im Mai 1945 noch in Deutschland befanden, war das Ende des Krieges nicht das Ende ihrer Leidenszeit. In ihrer Heimat erwartete sie nichts als Trostlosigkeit, Schimpf und Schande, denn sie hatten in die Ferne geschaut und gesehen, was sie nicht sehen sollten. In langen Kolonnen marschierten die befreiten Zwangsarbeiter in die Unfreiheit zurück. In den Lagern für Displaced Persons konnten die Internierten nur durch Zwang dazu veranlasst werden, in ihre Heimat zurückzukehren. Die sowjetischen Repatriierungsoffiziere drohten ihnen mit der Verhaftung ihrer Verwandten, sollten sie sich weigern, in die Sowjetunion zurückzukehren. Nicht einmal Esten, Letten und Litauer konnten sich berufen, vor dem Überfall der Sowjetunion auf die baltischen Staaten Bürger souveräner Staaten gewesen zu sein. In Stalins Reich gab es keine Bürger, nur Untertanen, die von den Behörden als Eigentum des Staates behandelt wurden. Über Jahrzehnte blieben Kriegsgefangene und Ostarbeiter im Verdacht, Verräter gewesen zu sein. Sie konnten und durften über ihr Leiden nicht sprechen. In der Heldengeschichte vom Großen Vaterländischen Krieg gab es für sie keinen Platz.

#### Trotz Frieden – Terror und Vertreibung

Das Ende des Krieges war nicht das Ende ethnischer Säuberungen und rassistischer Exzesse. In manchen Regionen war er der Anfang des Schreckens. Im Frühjahr 1944 wurden eine halbe Millionen Tschetschenen aus ihrer Heimat vertrieben und nach Kasachstan deportiert, und auch die Wolgadeutschen, Krimtataren und Kalmücken traf dieses Schicksal. Niemandem half jetzt noch die Versicherung, Kommunist oder Soldat der Roten Armee gewesen zu sein. Jeder, der einer Feindnation angehörte, sollte für immer ein Ausgeschlossener bleiben. Selbst in der Armee wurden tschetschenische und deutsche Soldaten verhaftet und nach Zentralasien

geschickt, obgleich sie doch auf Seiten der Roten Armee gegen die Invasoren kämpften. Die Opfer verstanden nicht, was mit ihnen geschah, für die politische Führung aber gab es keinen Zweifel, dass Kollektive bestraft werden müssten, so wie auch die deutschen Besatzer mit ihren Untertanen verfahren waren. Als die sowjetischen Truppen im Herbst 1943 in die Ukraine vorrückten, bestraften die Tschekisten nicht nur Kollaborateure und Helfer der Nationalsozialisten. Sie begaben sich auch auf die Suche nach Deutschen und Rumänen, die sie aus ihren Dörfern vertrieben, deportierten oder erschossen. In der westlichen Ukraine, die vor dem Hitler-Stalin-Pakt ein Teil Polens gewesen war, kam es zu grausamen Exzessen: Ukrainer vertrieben Polen und Polen Ukrainer aus ihren Dörfern. Niemand erlebte das Jahr 1944 als ein Jahr des Friedens. In der Ukraine und im Osten Polens kämpften Partisanen der polnischen Heimatarmee gegen Partisanen der ukrainischen Nationalisten. In diesem Krieg, der auf beiden Seiten mit beispielloser Grausamkeit geführt wurde, zeigte sich das Erbe der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, die Freunde und Feinde ethnisch und rassisch definiert hatte. Niemand konnte sich in dieser Region noch eine friedliche Koexistenz von Polen und Ukrainern vorstellen. Am Ende traf Stalin die Entscheidung, alle Polen, die im westlichen Teil der Ukraine lebten, aus der Region zu deportieren und nach Polen abzuschieben und alle Ukrainer, die sich auf polnischem Territorium befanden, in die Ukraine umzusiedeln. Nicht nur für Deutsche, sondern auch für Millionen Ukrainer und Polen war das Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Verlust ihrer Heimat verbunden.

Die Umsiedlung aber beendete nicht den Krieg, denn in der Ukraine und in Litauen lieferten sich die Partisanen auch mit den Truppen der Roten Armee blutige Gefechte. In den Partisanenverbänden der ukrainischen Aufstandsbewegung dienten Soldaten, die aus der sowjetischen Armee desertiert waren, ehemalige Kollaborateure der Deutschen, Angehörige der nationalistischen Bandera-Einheiten und Bauern, die vor dem Terror der Kommunisten aus ihren Dörfern geflohen waren. Die Rote Armee setzte Panzer und Flugzeuge gegen die Aufständischen ein, verwüstete Dörfer und zerstörte die Lebensgrundlagen der Rebellen. Bald griff das Regime auch auf die Praktiken des Bürgerkrieges zurück. Sein Geheimdienst nahm Geiseln und drohte mit ihrer Erschießung, damit die Dorfbewohner den Aufenthaltsort von Aufständischen verrieten. Wie schon in den Jahren des Bürgerkrieges brachte das Regime Bauern gegeneinander auf, denn es wurden mehr als 60000 Bauern für den Dienst in sogenannten »Vernichtungsbataillonen« rekrutiert, die keinem anderen Zweck dienten, als Furcht und Schrecken in den Dörfern anderer Bauern zu verbreiten. Nun beruhte die Feindschaft der Bauern nicht nur auf Einbildung, denn manche hatten auf der Seite der Roten Armee gekämpft, während andere den Besatzern geholfen oder in den Einheiten der ukrainischen Nationalisten gedient hatten. Wer noch eine Rechnung offen hatte, konnte sie jetzt begleichen.

#### Die Ukraine versinkt erneut im Chaos

Nirgendwo starben mehr Menschen als in der Ukraine. Mehr als 150000 ukrainische Partisanen wurden zwischen 1944 und 1953 getötet, entweder im Gefecht oder in Gefangenschaft, 130 000 Menschen als Volksfeinde und »Spione« verhaftet, 200000 nach Zentralasien deportiert. Aber auch in den baltischen Republiken kannte der Terror keine Grenzen. Als die Rote Armee im Herbst 1944 in Riga einmarschierte, kam es zu Plünderungen und Vergewaltigungen, im November holte die Staatssicherheit Menschen aus ihren Häusern, die sie für Feinde des sowjetischen Regimes hielten. In Litauen wurden alle Menschen verhaftet, die im Verdacht standen, den deutschen Besatzern geholfen zu haben: Intellektuelle, katholische Geistliche, Staatsbeamte. Niemals wieder sollte es den Unterworfenen gelingen, sich gegen das sowjetische System zu erheben. Zu diesem Zweck musste die Elite des alten Staates vernichtet werden. Diese Gewalt aber blieb nicht ohne Antwort. In Litauen kam es zu einem erbitterten Krieg zwischen Truppen des NKWD und nationalen Partisanen, den »Waldbrüdern«. Bis 1953 fielen 13000 Kommunisten und Kollaborateure des sowjetischen Regimes Anschlägen und Überfällen der Partisanen zum Opfer. Mehr als 28000 Soldaten des NKWD waren im Einsatz, um die Erhebung niederzuschlagen. Der Widerstand brach erst am Ende der 1940er Jahre zusammen, als die Tschekisten begannen, Angehörige der alten Eliten aus der Region zu deportieren. Im Mai 1948 wurden in Litauen 40 000 Menschen verhaftet, im Jahr 1949 weiteten sich die Vertreibungen auf alle baltischen Republiken aus. 95 000 Menschen fielen diesem Terror zum Opfer. Allein in Litauen wurden zwischen 1944 und 1953 20000 Menschen getötet, 240000 in Gefängnisse oder in sibirische Straflager gesperrt, ein Zehntel der Bevölkerung. Der sowjetische Krieg vollbrachte ein Werk der totalen Zerstörung. Er vernichtete, was sich dem Regime Stalins in den Weg stellte. Niemals wieder sollten sich Esten, Letten, Litauer und Ukrainer gegen die Sowjetmacht erheben. Stalins Kalkül ging auf, die Unterwerfung eröffnete keinen Ausweg. Im kollektiven Gedächtnis der Unterworfenen aber wird das Ende des Zweiten Weltkrieges als Katastrophe erinnert, als Beginn einer Unfreiheit, die erst im Jahr 1991 zu Ende ging.

#### Das verspätete Ende des Krieges

Und die Juden? Was geschah mit ihnen? Nur wenige hatten den Holocaust überlebt, und dennoch verweigerte Stalins Regime ihnen die Anerkennung, Opfer der deutschen Vernichtungsmaschinerie gewesen zu sein. Wenngleich das Jüdische Antifaschistische Komitee sowie die Schriftsteller Wasili Grossman und Ilja Ehrenburg dokumentierten, was mit den jüdischen Bürgern der Sowjetunion geschehen war, durfte nicht sein, was der Diktator nicht als Wirklichkeit ausgegeben hatte. Das »Schwarzbuch« über den Genozid an den sowjetischen Juden wurde beschlagnahmt, die Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees verhaftet, ihr Vorsitzender Solomon Michoels getötet. Als im September 1945 in Kiew Judenpogrome ausbrachen, gab es niemanden, der solche Ereignisse für bemerkenswert hielt. Für Stalin und seine Helfer gab es keinen Zweifel: die Leiden der vergangenen Jahre sollten Leiden des Sowjetvolkes, nicht der Juden gewesen sein. Deshalb verschwand der Holocaust in der Heldengeschichte des Großen Vaterländischen Krieges. 1948, nach der Gründung des Staates Israel, verwandelten sich Juden wieder in Feinde, weil Stalin sie im Verdacht hatte, eine fünfte Kolonne ausländischer Mächte zu sein. Die Erinnerung an den Holocaust hätte den zweiten Gründungsmythos der Sowjetunion zerstört, der die Prüfungen des Zweiten Weltkrieges als siegreichen Abschluss der Revolution präsentierte.

In den Ländern im Westen Europas war der Krieg 1946 zu Ende, für Amerikaner, Briten und Deutsche sogar früher. In der Sowjetunion aber ging er erst zu Ende, als Stalin starb und das Imperium seine innere Macht wiederhergestellt hatte. So gesehen war für Millionen Bürger der Sowjetunion nicht das Jahr 1945, sondern das Jahr 1953 das Ende ihrer Leiden.

#### Anmerkungen

- 1 Antony Beevor, Ein Schriftsteller im Krieg. Wasili Grossman und die Rote Armee 1941–1945, München 2007, S.312–313.
- 2 NKWD ist die russische Abkürzung für Volkskommissariat (Ministerium) für Innere Angelegenheiten.



Denkmal des Bildhauers Fritz Cremer in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald einige Monate nach der Eröffnung im September 1959.

#### Julia Reuschenbach

# »Tempel des Antifaschismus«? – Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR

Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR stellten ein wichtiges Instrument des staatlichen Antifaschismus dar. Nach der Wiedervereinigung standen zwei Herausforderungen im Vordergrund: die differenzierte Darstellung aller Opfergruppen in den Ausstellungen sowie die Thematisierung der sowjetischen Speziallager einschließlich der Frage, wie eine künftige Gedenkstättenkonzeption an Orten mit »doppelter Vergangenheit« aussehen konnte.

Die Frage nach dem Umgang der beiden deutschen Staaten mit ihrer Vergangenheit ist bereits seit geraumer Zeit eine in der zeitgeschichtlichen Literatur viel diskutierte. Neben Fragen nach dem Umgang mit Tätern und Opfern des Nationalsozialismus, aber auch der SED-Diktatur, stehen insbesondere Gedenkstätten und -orte sowie Museen und der Umgang mit ihnen im Zentrum der Diskussionen. So geschehen, unmittelbar nach der Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 in den Diskussionen um die Konzeption der ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR an den Orten nationalsozialistischer Verbrechen. Der vorliegende Beitrag skizziert die Entstehung und Entwicklung dieser Nationalen Mahn- und Gedenkstätten zu DDR-Zeiten, ihre Entwicklung nach 1990 und ihre Rolle im Gedenkstättenwesen.

#### Entstehung und Entwicklung

Insbesondere die Gedenkstätte am ehemaligen KZ Buchenwald nahm eine besondere Stellung in der Erinnerungskultur der DDR ein. Einen Vorläufer hatte diese bereits seit dem 11. April 1946, dem Jahrestag der Befreiung des Lagers, in Gestalt eines auf dem Goethe-Platz in Weimar aufgestellten provisorischen Denkmals. »Der Anstoß zum musealen Ausbau des ehemaligen KZ Buchenwald nach dem Muster der Gedenkstätten in Auschwitz in Polen und Theresienstadt in der Tschechoslowakei ging bereits im Juli 1949 von der sowjetischen Besatzungsmacht aus. Schon im Juli 1945 hatte der ehemalige jüdische Häftling Werner A. Beckert im Namen seiner Mithäftlinge gefordert, das Lager als Mahnmal zu erhalten. [...] Erst nach dem Juniaufstand 1953, der das Bedürfnis der SED nach Selbstlegitimation verstärkt herausforderte, entschloss diese sich dann allerdings zum planmäßigen Aufbau der Gedenkstätte.«<sup>2</sup>

Die Einweihung der Gedenkstätte in Buchenwald fand im September 1958 statt, 1959 folgte die Eröffnung der Gedenkstätte in Ravensbrück und 1961 in Sachsenhausen. 1961 wurden alle per Statut in den Rang Nationaler Mahn- und Gedenkstätten (NMG) erhoben.<sup>3</sup> Neben formellen Vorgaben enthielt das Statut auch Regelungen über die inhaltliche Konzeption der Gedenkstätten. Diese sollten neben der Darstellung des – vor allem kommunistischen – Widerstandes auch das »Wiedererstehen von Faschismus und Militarismus in Westdeutschland« darstellen und verdeutlichen, dass die DDR der Staat sei, in dem »die Wurzeln des Faschismus ausgerottet« seien und sie, die DDR, letztlich der bessere deutsche Staat sei.<sup>4</sup> Mit diesen Regelungen waren die NMG von Beginn an untrennbar mit dem in

der DDR propagierten Antifaschismus verbunden. Günter Morsch weist in diesem Kontext darauf hin, dass die drei Gedenkstätten in der offiziellen Politik der DDR eine derart herausgehobene Rolle spielten, dass es daher nicht »grundsätzlich falsch [sei], sie als eine Art »Tempel des Antifaschismus« zu bezeichnen «<sup>5</sup>

#### Das »Buchenwald-Kollektiv«

»Das Zentralkomitee der SED, sonstige Parteiinstanzen sowie parteinahe und einseitig auf den kommunistischen Widerstand ausgerichtete Organisationen wie das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) hatten entscheidenden Einfluss auf Aufbau, Gestaltung und Personalkonzept der Gedenkstätten.«<sup>6</sup> Das KdAW war bereits 1953 an die Stelle der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) getreten. Bis dahin war die VVN die größte Vereinigung der NS-Opfer in der DDR und hatte, auch in Kontakt mit der westdeutschen VVN, Anspruch auf Überparteilichkeit und Pluralismus erhoben. Bereits kurz nach ihrer Gründung 1946/1947 wurde sie jedoch bereits von SED-Kadern dominiert und löste sich 1953 auf Druck der SED auf.<sup>7</sup> Die Zusammensetzung der am Aufbau der NMG beteiligten Gremien und deren Einflussmöglichkeiten wurden in Publikationen, beispielsweise für den Kunstunterricht an Schulen, ausführlich erläutert. So heißt es in einem Leseheft zur Kunstbetrachtung: »Bald nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde ein Kuratorium, ein gesellschaftlicher Rat also, für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten gebildet. Dort, wo von den Faschisten die Menschlichkeit am übelsten geschändet worden war, dort aber auch, wo sich antifaschistisches Kämpfertum unüberwindbar bewährt hatte, dort sollten die Stätten der Mahnung und des Gedenkens errichtet werden: Buchenwald – Ravensbrück – Sachsenhausen. Die besten Bildhauer und ein Kollektiv junger Architekten vollbrachten es, in ständigem Kontakt mit dem gesellschaftlichen Auftraggeber, der Partei der Arbeiterklasse, ehemaligen Häftlingen, Arbeitern und Künstlern, Werke von herausragender Bedeutung zu schaffen.«<sup>8</sup> Das hier angesprochene Kollektiv, bekannt als »Buchenwald-Kollektiv«, war mit dem Aufbau der drei Gedenkstätten beauftragt worden. Mitglieder des Kollektivs waren freischaffende Architekten und Landschaftsarchitekten. Trotz der unterschiedlichen Standorte und historischen Begebenheiten verwirklichten sie zentrale Aspekte eines übergreifenden Konzepts an allen drei Orten:

»1. Beschränkung des Gedenkstättengeländes auf Kernbereiche, insbesondere das ehemalige Häftlingslager. 2. Errichtung mehr oder weniger monumentaler Gedenkanlagen, in deren Zentrum ein möglichst gro-Ber Feierplatz (Buchenwald-Kollektiv) eingeschlossen werden sollte. 3. Abriss und Überformung der original erhaltenen Bausubstanz innerhalb des Gedenkstättengeländes bei gleichzeitiger, weitgehend geschichtsvergessener Umnutzung der erhaltenen Gebäude außerhalb der Gedenkstätte. 4. Pädagogisch-didaktisches Ziel der Gestaltung war es nicht, die Funktionszusammenhänge der Konzentrationslager, wie sie sich in ihrer Anlage darstellen, für den Besucher lesbar zu machen und zu erklären, sondern die Überwindung der SS-Herrschaft und den Sieg des Antifaschismus in der Dominanz der Gedenkanlage gegenüber den Relikten zum Ausdruck zu bringen. 5. Auch bei der Gestaltung der Denkmalsanlagen dominierte das an den politischen Häftlingen orientierte Bild des antifaschistischen Widerstandskämpfers über die Pluralität der Opfergruppen. Das Gedenken an die wegen ihres Glaubens Verfolgten (beispielsweise Zeugen Jehovas) oder aufgrund nationalsozialistischer Rassepolitik Inhaftierten fand entweder in der Gestaltung keinerlei Ausdrucksform oder wurde marginalisiert.«9

Diese Umnutzung erfolgte in erster Linie durch die sowjetische Armee sowie die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR. So wurden beispielsweise Teile der späteren Gedenkstätte Sachsenhausen 1950 durch die Kasernierte Volkspolizei (KVP) der DDR übernommen. Teile des Areals wurden zerstört, 1952/1953 sprengte die KVP das Krematorium. Die Baracken dienten der Bevölkerung als Bau- und Brennmaterial. Zudem verschwieg man in den Publikationen und Ausstellungen die von 1945 –1950 in Buchenwald und Sachsenhausen existierenden sowjetischen Speziallager.

#### »Die führenden Kräfte der Arbeiterklasse«

Am 14. September 1958, dem Tag der Opfer des Faschismus, wurde in Buchenwald mit der Gedenkstätte zugleich das dortige »Buchenwalddenkmal« eingeweiht. Der Künstler, Fritz Cremer, wird im oben zitierten Schulleseheft wie folgt beschrieben: »Fritz Cremer war 1950 aus Wien nach Berlin in die Deutsche Demokratische Republik gekommen. Hier sah er die Arbeiter und Bauern unter Führung ihrer Partei mit allen Kräften am Werke, dem deutschen Name Ehre zu machen und den Faschismus mit seinen imperialistischen Wurzeln mit Stumpf und Stiel auszurotten und neue, sozialistische Fundamente zu legen. Selbst Mitglied der KPD seit 1929, kam er zu uns, weil er mit in dieser Kampffront stehen wollte.«<sup>11</sup>

In einem anschließenden ausführlichen Bericht über die verschiedenen Entstehungsetappen des Denkmals und die grundsätzliche Einigkeit im Streben der Auftraggeber und des Künstlers wird die Kritik an den ersten Entwürfen Cremers thematisiert:

»Die [frühe] Fassung zeige richtig den Widerstand, aber nicht den Sieg, nicht die Selbstbefreiung mit Waffen in den Händen. Es fehle damit also der [Skulpturen-]Gruppe die letzte historische Wahrheit. [...] Nicht gezeigt sei das Vorangehen der Kommunisten und bewußten Antifaschisten, nicht daß es Führende gab, Geführte, Ausweichende, Zurückbleibende und Versagende, Verzagte.«<sup>12</sup>

Über die vollendete Skulptur wurden die Schülerinnen und Schüler dann informiert: »Die unvergeßlichen Gestalten des Buchenwalddenkmals sind nicht nur Zeugen einer durch sie überwundenen Vergangenheit, die uns die volle Wahrheit über den harten und opferreichen Kampf der Besten gegen Faschismus und Krieg ins Gedächtnis prägen. In ihnen sind die führenden Kräfte der Arbeiterklasse sichtbar gemacht. Unerschütterlich überzeugt von den revolutionären Ideen des Marxismus-Leninismus, zum Handeln geführt durch die lenkende und organisierende Kraft der Partei, sind sie die Sieger der Geschichte. In ihrem Geiste vollenden wir den Bau des Sozialismus, den wir in ihrem Geiste auch gegen alle Anschläge des Imperialismus und Neofaschismus zu schützen wissen.«<sup>13</sup>

Sowohl aus den übergreifenden Konzeptionsgedanken des Buchenwald-Kollektivs als auch aus den Texten des Schulleseheftes ist ersichtlich, dass die NMG als ein zentrales Instrument des staatlich propagierten Antifaschismus gedacht waren. Die Bedeutung der Plastik für die verschiedenen Opfergruppen Buchenwalds aus zahlreichen Ländern der Welt wurde nicht thematisiert, deren eigene Leidenserfahrungen und Interpretationen spielten keine Rolle. Wie die Gedenkstätten, sollten auch die Denkmäler stets das Bild der DDR als eines demokratischen, antifaschistischen Staates untermauern.

#### »Nationale Mahn- und Gedenkstätten als Reiseziel«

An staatlichen Gedenktagen wurden die NMG zu Aufmarschplätzen für die Massenorganisationen, die NVA oder das MfS. Hier wurden Truppenvereidigungen, Fahnenapelle oder Jugendweihefeiern abgehalten. <sup>14</sup> Daneben sah man in den NMG auch mögliche Reiseziele für Urlauber und Touristen. »In 4 Wochen setzt der Urlauberstrom der Ferienzeit ein, und die Nachfrage nach ansprechenden Souvenirs ist groß.«, schrieb der dama-

lige Direktor der NMG Ravensbrück in Sorge um die rechtzeitige Auslieferung von weißen Wimpeln. 15 Durch solche Veranstaltungen und eine enge Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten, Betriebskollektiven und FDI-Gliederungen wurde die Gedenkstättenarbeit zu einem zentralen Bestandteil politischer Bildungsarbeit. Die Gedenkstätten erfuhren sehr früh offizielle Anerkennung, insbesondere im Vergleich zu Gedenkstätten der Bundesrepublik. 16 Wie Sabine Moller zutreffend resümiert und auch das eingangs erwähnte Statut der NMG deutlich erkennen lässt, orientierte sich die Darstellung in den Ausstellungen der Gedenkstätten nicht primär an den tatsächlichen Ereignissen in den Konzentrationslagern, sondern nutzte diese vielmehr als »historische Versatzstücke« in einer »viel weiter greifenden antifaschistischen Legitimationsideologie«. 17» Dabei wurde der Begriff Antifaschist nicht historisch verstanden, sondern er war im Blickfeld der herrschenden Kommunisten eine Charakteristik, zu deren integralem, ja beherrschenden Bestandteil der Kampf gegen den Imperialismus, gegen das Bonner Regime, gegen die klerikale Gruppe und das Engagement für den SED-Sozialismus zählte.«<sup>18</sup>

#### »Museen des antifaschistischen Widerstandskampfes«

In Sachsenhausen existierte bereits seit der Eröffnung 1961 ein »Museum über den antifaschistischen Freiheitskampf der europäischen Völker«. In Buchenwald und Ravensbrück hingegen entstanden erst 1984 und 1985 »Museen des antifaschistischen Widerstandskampfes«, die für alle Besucher auf dem direkten Besucherweg lagen und so - zumindest nach dem Willen der Planer – zwingend Bestandteile eines jeden Gedenkstättenbesuches darstellten. 19 Die Ausstellungen in den Gedenkstätten wurden mehrfach überarbeitet und ergänzt. Die Geschichte der Standorte Sachsenhausen und Buchenwald als sowjetische Speziallager in der Besatzungszeit zwischen 1945 und 1950 wurde in den Ausstellungen nicht thematisiert. 20 Auch die Verfolgung anderer Personengruppen als der Kommunisten, insbesondere die jüdischer Menschen, wurde nur in seltenen Fällen aufgegriffen. »In den KZ-Gedenkstätten der DDR blieb der Massenmord an den Juden damit ein Randthema. Jüdische Opfer wurden nicht als solche benannt, sondern als polnische, französische usw. Opfer deklariert.« Selbst internationaler Protest gegen eine solche Form der »Geschichtsfälschung« bewog die SED nicht zu einer Änderung dieser Praxis.<sup>21</sup> Die zu diesem Thema vorhandenen wenigen Anteile in den Ausstellungen »dienten dabei [jedoch] lediglich als besonders grausamer Beleg des faschistischen Terrors, dem keine eigenständige Bedeutung beigemessen wurde.« <sup>22</sup> Eine museale Darstellung, orientiert an den tatsächlichen Geschehnissen des historischen Ortes, die um übergeordnete neutrale Sichtweisen bemüht ist, suchte man vergebens.

#### Gedenken an Orten »doppelter Vergangenheit«

Daher rückten die NMG bereits kurz nach der Wiedervereinigung in den Fokus öffentlicher Debatten. »Die Notwendigkeit einer Veränderung wurde von kaum jemandem grundsätzlich bestritten, nicht einmal von Seiten der PDS. Die außerordentlich starken Konflikte über die Prinzipien der Neugestaltung erwuchsen hauptsächlich aus der unterschiedlichen Bewertung und Einordnung der Geschichte der sowjetischen Speziallager.«<sup>23</sup> Die Geschehnisse in diesen Lagern waren den Menschen in Westdeutschland größtenteils unbekannt und warfen nun neue Fragen nach dem Umgang mit der Geschichte, vor allem an Gedenkstätten mit »doppelter Vergangenheit« auf.

In Buchenwald und Sachsenhausen war zu Beginn der 1990er Jahre insbesondere die Frage nach dem richtigen Gedenken an die Opfer der Speziallager umstritten. »Mit vielen sehr emotional vorgetragenen Behauptungen und unsensiblen Aktivitäten wurden die Konflikte ausgetragen. Es bestand einerseits die Forderung eines Großteils der Speziallagerhäftlinge, in der Erinnerungsarbeit auf der gleichen Stufe wie die KZ-Häftlinge angesehen und behandelt zu werden, und auf der anderen Seite die kategorische Ablehnung vieler Verbände der KZ-Überlebenden, sich mit den in den ehemals in Speziallagern einsitzenden vermeintlichen Tätern eine gemeinsame Erinnerungsstätte zu teilen.«<sup>24</sup>

Darüber hinaus kamen prinzipielle Diskussionen über Formen und Möglichkeiten des Erinnerns an beide Diktaturen und ihre jeweiligen Opfer auf. Zunächst entstanden Anfang der 1990er Jahre kleinere Ausstellungen über die Zeit der sowjetischen Speziallager. Sie beriefen sich vor allem auf Zeitzeugenberichte und wenige Exponate, die von Überlebenden zur Verfügung gestellt worden waren. Die Landesregierungen in Thüringen und Brandenburg beriefen Historikerkommissionen ein, die Empfehlungen zur künftigen Konzeption der Gedenkstätten abgeben sollten. Die Notwendigkeit zur Neukonzeption der ehemaligen NMG und die Neueinrichtung von Gedenkstätten für die Opfer des SED-Unrechts schufen "das Bewusstsein dafür, dass es auch eine bundespolitische Verantwortung für [...] Gedenkstätten gibt und dass es deshalb bei den Erinnerungsorten von gesamtstaatlicher Bedeutung auch eine Förderung aus Mitteln des Bundes

geben müsse.«<sup>27</sup> Trotz dieser Erkenntnis blieb die Förderung in den folgenden Jahren auf ostdeutsche Gedenkstätten beschränkt. Gedenkstätten im Westen Deutschlands wurden nicht gefördert.

#### Gedenkstättenpolitik des Bundes

1992 entstand im Deutschen Bundestag die Enquete-Kommission zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Die Ergebnisse der Kommission fanden trotz etlicher Publikationen und öffentlicher Anhörungen laut dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie wenig Interesse in der Bevölkerung.<sup>28</sup> Die Kommission regte an, die bisher provisorische Gedenkstättenförderung einer intensiven Prüfung zu unterziehen, auf ganz Deutschland auszudehnen und eine bundesweite Gesamtkonzeption zur Aufgabe einer weiteren Kommission zu machen.<sup>29</sup> Damit war der Grundstein für eine Gedenkstättenförderung des Bundes gelegt. Diese wurde jedoch zunächst auf einige Gedenkstätten begrenzt, zeitlich befristet und an Auflagen gekoppelt. <sup>30</sup> In einer ersten Runde erhielten acht Einrichtungen mit insgesamt elf Gedenkstätten Fördergelder: die Gedenkstätte Buchenwald, die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit den Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück sowie die Gedenkstätten Haus der Wannseekonferenz, Topographie des Terrors und Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin mit der Gedenkstätte Plötzensee. Daneben die Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit dem Dokumentations- und Informationszentrum Torgau sowie der Gedenkstätte Bautzen, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth e. V.<sup>31</sup>

Damit wurden alle ehemaligen NMG von Beginn an in der Bundesförderung berücksichtigt. Mit dem Regierungsbeschluss aus dem Jahr 1993 erhielten diese Gedenkstätten nun eine Förderung in Höhe von 50 Prozent der Gesamtkosten, befristet auf zehn Jahre. Vor allem mit Blick auf die außen vorgelassenen Gedenkstätten im Westen Deutschlands sowie das Nebeneinander mehrerer Empfehlungen (unter anderem aus dem Bundesinnenministerium sowie der Enquete-Kommission selbst) war abzusehen, dass dies nur eine vorläufige Förderkonzeption sein konnte. So beauftragte der Bundestag von 1994 bis 1998 die Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« mit der Entwicklung einer umfassenden Gedenkstättenkonzeption des Bundes.

#### Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes nach 1994

Im Zentrum der Überarbeitungen in den beiden ehemaligen NMG Buchenwald und Sachsenhausen stand in den darauffolgenden Jahren die Frage nach Verhältnis und Berücksichtigung aller drei Kapitel der jeweiligen historischen Orte: Konzentrationslager im Nationalsozialismus, sowjetisches Speziallager zwischen 1945 und 1950 sowie die Funktion als NMG in der DDR. Am Ende verständigte man sich darauf, dass die historischen Abschnitte in getrennten Räumlichkeiten gezeigt werden sollen. In Buchenwald wurde 1997 nach jahrelangen Diskussionen in einem gesonderten Gebäude außerhalb des Geländes der beiden Lager eine Dauerausstellung zur Geschichte des Sowjetischen Speziallagers Nr. 2 eröffnet. In Sachsenhausen zeigt heute eine Ausstellung in einem Neubau sowie in zwei erhaltenen Originalbaracken die Geschichte des Speziallagers Nr. 7, welches mit zeitweise 60 000 Häftlingen das größte sowjetische Internierungslager war.

So wirkten die Diskussionen um die Neugestaltung der NMG als Antrieb für eine gesamtdeutsche Diskussion im Gedenkstättenwesen. Bernd Faulenbach, 1992 Vorsitzender der Historikerkommission im Bundesland Brandenburg, formulierte im Jahr 2003: »Die Frage des Umgangs mit den großen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern – mit Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück – gehört zu den Schlüsselfragen der Gedenkstättenentwicklung seit dem Sturz des SED-Systems und der deutschen Vereinigung. [...] Die Diskussions- und Entscheidungsprozesse gingen über die konkreten Gedenkstätten hinaus und wirkten geradezu als Katalysator für die Entwicklung des gesamten Gedenkstättenwesens.«<sup>34</sup>

#### **Fazit**

Die ausführlichen Diskussionen um die Entfristung der Förderung sowie der formalen wie finanziellen Gleichstellung der Gedenkstätten können hier in der gebotenen Kürze nicht dargestellt werden. Für vertiefende Informationen sei auf einige Publikationen verwiesen.<sup>35</sup> Für die Rolle der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR und im Gedenkstättenwesen nach 1990 kann jedoch folgendes resümiert werden:

Zu DDR-Zeiten stellten die NMG ein wichtiges Instrument des staatlichen Antifaschismus dar, in bewusster Abgrenzung zur Bundesrepublik. Die Ausstellungen spiegelten nicht die historischen Fakten wider, Überreste der vormaligen Lageranlagen wurden größtenteils zerstört, unkenntlich gemacht oder nicht in die museale Darstellung integriert. Kleinere Überarbeitungen im Laufe der Zeit brachten keine wesentlichen qualitativen Verbesserungen der Ausstellungen.

Nach der Wiedervereinigung stellten sich konzeptionell zwei Hauptprobleme: Zum einen, die zu Gunsten von kommunistischen Häftlingen fehlende, respektive unzureichende Berücksichtigung anderer Opfergruppen in den Ausstellungen, zum anderen die nicht vorhandene Darstellung der sowjetischen Speziallager, die zugleich die Frage beinhaltete, wie eine künftige Konzeption an solchen Gedenkstätten mit »doppelter Vergangenheit« aussehen konnte. Mit Blick auf die gesamte Entwicklung des Gedenkstättenwesens ist hinzuzufügen: Ohne die notwendig gewordene Überarbeitung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten nach der Wiedervereinigung hätte eine umfassende, bundesweite, insbesondere auch finanzielle, Beschäftigung mit den Gedenkstätten, auch auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik, aller Voraussicht nach nicht so zügig stattgefunden. 36 Zwar hatten sich auch in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zahlreiche Initiativen entwickelt und Gedenkorte Unterstützung erhalten, sie blieben jedoch regionale, lokale Institutionen. Durch die zunächst auf die neuen Bundesländer begrenzte Förderung des Bundes gerieten westdeutsche Gedenkstätten unter Druck, sich gleichsam modern und besucherorientiert aufzustellen. Daraus folgte zwingend, dass die Gedenkstättenförderung auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt wurde und institutionelle Förderungen zeitlich nicht mehr befristet werden. Die ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR haben somit maßgeblichen Anteil daran, dass wir heute im Jahr 2015 von einer Gedenkstättenkonzeption des Bundes sprechen können, die seit 1998 fortgeschrieben wird und durch die Förderung von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, an das SED-Unrecht, sowie die Förderung von Gedenkstätten mit »doppelter Vergangenheit«, zunehmend ausbalanciert gerecht wird.

#### Anmerkungen

- 1 Siehe dazu beispielhaft Klaus-Dietmar Henke, »Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen«. Grundsätzliche Bemerkungen zum Gedenken an deutsche Diktaturen, in: Deutschland Archiv 40 (2007) 6, S. 1052 1055; Claus Leggewie und Erik Meyer, Ein Ort an den man gerne geht. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik seit 1989, München 2005; Wolfgang Bergem (Hg.), Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003; Norbert Haase und Bert Pampel (Hg.), Doppelte Last doppelte Herausforderung: Gedenkstättenarbeit und Diktaturenvergleich an Orten mit doppelter Vergangenheit, Frankfurt a. M. u.a. 1998; Thomas Schaarschmidt (Hg.), Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2008.
- 2 Manfred Agethen, Gedenkstätten und antifaschistische Erinnerungskultur in der DDR, in: Manfred Agethen, Eckhard Jesse und Erhart Neubert (Hg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Freiburg i. Breisgau 2002, S. 128 –44, hier, S. 131. Zudem beschloss die SED bereits am 9. Oktober 1950 unter der Zustimmung führender Buchenwaldkommunisten, nur einen Bruchteil der ehemaligen Anlagen des KZ Buchenwald zu erhalten und dem dort ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann ein Mahnmal zu errichten. Thomas Heimann, Bilder von Buchenwald. Die Visualisierung des Antifaschismus in der DDR (1945 –1990), Zeithistorische Studien (28), Köln 2005, S. 43.
- 3 Statut vom 28. Juli 1961, ausführlich hier: Agethen, Gedenkstätten (Anm. 2), S. 131 f.
- 4 Agethen, Gedenkstätten (Anm. 2), S. 132.
- 5 Günter Morsch, Der Umgang mit dem Erbe der DDR in den früheren Mahn- und Gedenkstätten: Das Beispiel Sachsenhausen, in: Bernd Faulenbach und Franz-Josef Jelich (Hg.), »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten, Geschichte und Erwachsenenbildung, Band 19, Essen 2005, S. 124 f.
- 6 Agethen, Gedenkstätten (Anm. 2), S. 133.
- 7 Ebd., S. 137.
- 8 Klaus Wegmann, Mahn- und Gedenkstätten in der Deutschen Demokratischen Republik, Leseheft für die Kunstbetrachtung, Volk und Wissen Volkseigener Verlag Berlin 1976, S.6.
- 9 Morsch, Das Beispiel Sachsenhausen (Anm. 5.), S. 124 f., anders hingegen: Hans Maur, Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätten. 55 Jahre im Rückblick, Berlin 2000, S. 16.
- 10 Auszug aus dem historischen Überblick der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, abrufbar unter: http://www.stiftung-bg.de/gums/de/, letzter Zugriff am 11.1.2015.
- 11 Wegmann, Mahn- und Gedenkstätten (Anm. 8), S. 12.
- 12 Ebd., S. 14.
- 13 Ebd., S. 21.
- 14 Agethen, Gedenkstätten (Anm. 2), S. 132 f.

- 15 Dazu sowie ausführlich zur Bedeutung von Souvenirs und Tourismus für die Gedenkstätten: Ulrike Dittrich, »Wir wollen mit diesem Angebot helfen, das antifaschistische Erbe zu vermitteln« Verkaufsmaterialien der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, in: Ulrike Dittrich und Sigrid Jacobeit (Hg.), KZ-Souvenirs. Erinnerungsobjekte der Alltagskultur im Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen, Berlin 2005, S. 75,
- 16 Agethen, Gedenkstätten (Anm. 2), S. 133; Sabine Moller, Vielfache Vergangenheit. Öffentliche Erinnerungskulturen und Familienerinnerungen an die NS-Zeit in Ostdeutschland, Tübingen 2003, S. 50 f.
- 17 Moller, Vielfache Vergangenheit (Anm. 16), S. 50 f.
- 18 Deutscher Bundestag, Drs. 14/1569, Unterrichtung der Bundesregierung. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, 27.7.1999, Anhang 1, Empfehlungen der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, hier Auszug aus dem Schlussbericht der Kommission, S.7.
- 19 Gretchen Schafft und Gerhard Zeidler, Die KZ-Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland, Berlin 1996, hier S. 63, 232 und 250, sowie Günter Morsch, Das Beispiel Sachsenhausen, in: Faulenbach, Jelich, Parallelgeschichte (Anm. 5), S. 136.
- 20 So auch Agethen, Gedenkstätten (Anm. 2), S. 141 f.
- 21 Klaus Schroeder in Bezug auf Mario Keßlers »Die SED und die Juden« in: Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 2009, S.552.
- 22 Sabine Moller, Vielfache Vergangenheit (Anm. 16), S. 50, siehe auch ausführlich: Günter Morsch, Das Beispiel Sachsenhausen, in: Faulenbach, Jelich, Parallelgeschichte (Anm. 5), S. 124.
- 23 Günter Morsch, Das Beispiel Sachsenhausen, in: Faulenbach, Jelich, Parallelgeschichte (Anm. 5), S. 125. Siehe hierzu auch: Norbert Haase, Gedenkstätten in den neuen Bundesländern nach der deutschen Einheit, in: Gedenkstättenrundbrief 96, S. 11 und hier erneut anders: Hans Maur, Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätten (Anm. 9), S. 25.
- 24 Thomas Lutz, Gedenken und Dokumentieren an Orten von NS- und NKWD-Lagern in Deutschland, in: Peter Reif-Spirek und Bodo Ritscher (Hg.), Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit »doppelter Vergangenheit«, Berlin 1999, S. 252.
- 25 Lutz, Gedenken (Anm. 25), S. 252.
- 26 Entgegen zahlreicher Meinungen, hier erneut Hans Maur, der in den Kommissionen Gremien zum Missbrauch der DDR-Gedenkstättenkultur sieht, die die Gedenkstätten in ihren dokumentarischen Aussagen demontiert hätte, vgl. Hans Maur, Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätten (Anm. 9), S. 42.
- 27 Detlef Garbe, Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Faulenbach, Jelich, Parallelgeschichte (Anm. 5), S. 76.
- 28 Vgl. Leggewie, Meyer, Ein Ort (Anm. 1), S. 73.
- 29 Vgl. Carola Rudnik, Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011, S.82 sowie Siegfried Vergin, Wende durch die »Wende« in: Gedenkstättenrundbrief 100, S.93.

- 30 Die Einrichtung muss eine herausgehobene, bedeutsame sein, die im öffentlichen Bewusstsein exemplarisch für einen bestimmten Verfolgungskomplex steht. Zusätzlich musste sich das Sitzland zu 50 v.H. beteiligen und ein positives Fachvotum beauftragter Wissenschaftler vorliegen. Vgl. dazu: BMI-Vorlage Nr. 173/92 (Neufassung), zitiert nach Darius Zifonun, Gedenken & Identität: Der deutsche Erinnerungsdiskurs, Frankfurt am Main 2004, S.74f.
- 31 BT-Drs. 14/1569, S.5 f.
- 32 So auch: Garbe, Geschichtskultur (Anm. 27), S. 76.
- 33 Agethen, Gedenkstätten (Anm. 2), S. 141 f.
- 34 Bernd Faulenbach, Entwicklungstendenzen der Gedenkstättenarbeit seit der Wiedervereinigung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Gedenkstätten und Besucherforschung. Wissenschaftliches Symposium am 2. und 3. Dezember 2003. S. 112.
- 35 Siehe u.a. Klaus Christoph, »Aufarbeitung der SED-Diktatur« heute so wie gestern?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42 –43 (2013), S. 27 –33 sowie Erik Meyer, Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes als Instrument geschichtspolitischer Steuerung, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2009, Band 9, Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik, Bonn/Essen 2009, S. 101 –108; Marc-Dietrich Ohse, Aufarbeitung und Gedenken. Das Gedenkstättenkonzept des Bundes muss zügig zum Abschluss gebracht werden, in: Deutschland Archiv 40 (2007) 6, S. 956 –967.
- 36 Siehe hierzu auch Deutscher Bundestag, Drs. 14/1569, S. 4.



Die ideale kinderreiche Familie: Inszenierungen in der staatssozialistischen Öffentlichkeit – hier eine Familie aus Berlin-Lichtenberg beim Spaziergang im März 1978.

#### Christoph Lorke

# »Soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit«: Kinderreiche Familien in der DDR

Mit der Durchsetzung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse auf deutschem Boden erhielten Fragen um Armut, soziale Not und Ungleichheit völlig neue ideologische Konnotationen. Nach Auffassung des Marxismus waren diese Probleme gesellschaftsbedingt und würden folglich auf dem Weg zur »klassenlosen« Gesellschaft zwangsläufig obsolet werden. Rahmenbedingungen wie die – gerade verglichen mit westlichen Marktgesellschaften – relativ niedrige Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommen, die staatlich vorgegebene Preisgestaltung und die umfassende Subventionspolitik sollten die beharrlich vorgetragenen Selbstbeschreibungspostulate seitens der Partei- und Staatsführung

bestätigen, wonach die DDR eine sozial egalitäre, homogene Gesellschaft sei. Nach dem Mauerfall führten sozialwissenschaftliche Diagnosen wie die einer »nach unten nivellierten Gesellschaft« dazu, diese Lesarten (nachträglich und indirekt) zu bekräftigen.¹ Außerdem wurden Formen sozialer Ungleichheit zunächst vor allem von »oben« gedacht. Erweckten die Privilegien der Funktionärselite (»Wandlitz«) und die damit implizierte (symbolische und manifeste) Verletzung sozialer Gleichheitsversprechen eine größere Aufmerksamkeit, so blieb umgekehrt die Situation sozialer Außenseiter am »unteren« Rand der DDR-Gesellschaft weitestgehend unterbelichtet. Dies vernachlässigt jedoch, dass die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und die veränderten Reproduktions- und Verteilungsmechanismen neue Formen sozialer Differenzierung hervorbrachten.² Dieser Diskrepanz zwischen sozialpolitischem Anspruch und Wirklichkeit gilt es im Folgenden exemplarisch nachzugehen.

#### Annäherungen an Armut im Staatssozialismus

Armut als Ausdruck sozialer Ungleichheit und demnach als Ergebnis der ungleichen Verteilung von Gütern und Ressourcen bezeichnet Lebenslagen unterhalb eines »notwendigen oder üblichen (normalen) Niveaus der Bedürfnisbefriedigung«. Gemäß einer relativen Armutskonzeption muss es in der DDR (wie in allen anderen Gesellschaften ebenfalls) neben »reichen« auch »arme« Bürger gegeben haben.³ Ausgehend von dieser Prämisse soll im Folgenden am Beispiel der kinderreichen Familien skizziert werden, wie sich in historischer Perspektive den – in offiziellen Diskursen vor beziehungsweise retrospektiven Deutungen nach 1989/90 zumeist »versteckt« gebliebenen – Randlagen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung genähert werden kann.

Die Gruppe der Kinderreichen eignet sich als historische »Sonde« für eine Analyse vertikaler sozialer Differenzierung und zur Sichtbarmachung des sozialen »Unten« im Staatssozialismus, legen doch statistische zeitgenössische Erhebungen deren relative Unterprivilegierung nahe. <sup>4</sup> Die nachstehend vorgenommene zeitliche Konzentration auf die Zeit nach dem Mauerbau ist naheliegend: Die verstärkte Abwendung vom »Klassenfeind« Bundesrepublik und die Einsicht, bestehende Vergesellschaftungsdefizite nicht mehr allein mit »Überbleibseln« kapitalistischer Vergesellschaftung begründen zu können, führte zu einer stärkeren Fokussierung auf soziale Randständigkeit im eigenen System. Im Zuge einer einsetzenden »Verwissenschaftlichung des Sozialen« (Lutz Raphael) dokumentierten empirische

Untersuchungen nun verstärkt die Relevanz gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse.<sup>5</sup> Darauf aufbauend sind, wie nachfolgend dargestellt wird, entsprechende sozialpolitische Maßnahmen eingeleitet worden.

# Die »Entdeckung« der Kinderreichen und politische Interventionsstrategien

Unmittelbar nach Kriegsende zielte die Sozialpolitik von KPD beziehungsweise SED auf die Bekämpfung der sozialen Not bei Kindern und Jugendlichen.<sup>6</sup> Die 1960er Jahre brachten, wie zu zeigen sein wird, noch einmal eine signifikante Intensivierung dieser Bemühungen. Insbesondere gerieten dabei Familien mit vier oder mehr Kindern in den soziopolitischen Fokus. Dass es sich bei diesen um keine vernachlässigbare gesellschaftliche Größe handelte, belegen die folgenden Daten: So lebten 1966 in der DDR 173.800 solcher Familien - was bedeutete, dass seinerzeit etwa jedes sechste Kind in einer dieser Familien aufwuchs.<sup>7</sup> Trotz einer insgesamt nach kurzem Anstieg rückläufigen Tendenz (1970: 2025000, 1977: 126000; 1988 noch circa 41 000), blieb das politische Interesse an dieser Gruppe während der gesamten DDR hoch.<sup>8</sup> Bereits die zeitgenössischen Befunde zur Lebenslage der Großfamilien im Verlauf der 1960er Jahre mussten die politischen Entscheidungsträger beunruhigen. Beobachtungen zu hohen Belastungen bei niedrigem Einkommen, zumal bei älteren Kindern und den damit verbundenen gestiegenen Ausgaben für Ernährung und Kleidung, »besonders ungünstigen« Lebensbedingungen aufgrund finanzieller Einschränkungen, unzumutbaren Wohnverhältnissen, auffallenden gesundheitlichen Mängeln oder auch schlicht die Feststellung, dass in diesem Bereich »soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit« herrsche, beförderten schließlich eine politisch vertiefte Auseinandersetzung. <sup>9</sup> Aufgrund diverser sozialpolitischer Interventionsmaßnahmen und im Anschluss an die programmatischen Vorgaben des VII. Parteitages der SED, kann 1967 als Schlüsseljahr der Bekämpfung sozialer Not in Großfamilien bezeichnet werden. <sup>10</sup> Neben der Anhebung des Mindestbruttolohnes von 220 auf 300 Mark und der »Verordnung über die Gewährung eines staatlichen Kindergeldes für Familien mit 4 und mehr Kindern« ist vor allem die »Verordnung zur Verbesserung der Lebenslage von Familien mit 4 oder mehr Kindern durch Bereitstellung geeigneten Wohnraums und Gewährung von Mietzuschüssen und anderen Zuwendungen« anzuführen.<sup>11</sup>

#### Vermessungen des sozialen Randes: Erfassung und Problemdiagnosen

Eng verknüpft mit diesen Weichenstellungen waren Veränderungen auf kommunaler Ebene. So sollten Mütter- und Jugendberatungsstellen eine noch stärkere Rolle bei der Beratung dieser Familien spielen und Hausbesuche beziehungsweise Aussprachen ausgedehnt werden. Auf lokaler Ebene wurden zudem in zahlreichen Städten und Gemeinden Referate »Kinderreiche Familien« mit dem Ziel gegründet, diese zu erfassen und zu betreuen. Erste Erhebungen dieser Kommissionen zur Lebenssituation Kinderreicher alarmierten die zuständigen lokalen Behörden, nicht zuletzt wegen des Ausmaßes der zu Tage getretenen Hilfsbedürftigkeit: Im Berliner Stadtbezirk Pankow etwa wurde nach einer ersten Schätzung festgestellt, dass ein Drittel der 746 kinderreichen Familien »dringend« finanzieller Unterstützung bedurfte. Auch das Wohnungsproblem wurde benannt. 12 Eingaben betroffener Familien bestätigten diesen Befund: Neben Mietbeihilfen, Unterstützung bei der Winterbevorratung oder der Anschaffung größerer Gegenstände wie Betten, Bettbezügen sowie Kinderbekleidung wurde vor allem die Versorgung mit angemessenem, das heißt ausreichend großem Wohnraum gefordert. 13 Häufig waren jedoch nicht nur der verfügbare Platz pro Kopf, sondern auch die sanitäre Ausstattung sowie der allgemeine Zustand der Gebäude weit unterdurchschnittlich. 14 In Wohnlagen mit derartigen Ausstattungsmängeln wichen Kinderreiche vor allem deswegen aus, weil hier die Mieten vergleichsweise günstig waren.

Kinderreiche sahen sich aber auch in weiteren Lebensbereichen mit Missständen konfrontiert. So wuchsen mit steigender Kinderzahl und den damit verbundenen höheren finanziellen Belastungen Rückstände auf unterschiedlichen Gebieten, wie ein Beispiel aus dem Jahr 1974 verdeutlichen soll. Laut einer Erhebung des Leipziger Instituts für Marktforschung lagen kinderreiche Familien bezogen auf ihr durchschnittliches monatliches Pro-Kopf-Einkommen (247 Mark) deutlich unter dem der Haushalte mit einem Kind (325 Mark) beziehungsweise unter dem kinderloser Haushalte (544 Mark). Dieser Abstand zur »Durchschnittsbevölkerung« führte dazu, dass Kinderreiche besonders bei Dienstleistungen und Nahrungsmitteln weniger Geld ausgaben. Die größten Abstände wurden dabei für den Konsum von Frischgemüse und -obst (68 Prozent) sowie Südfrüchten (60 Prozent) dokumentiert.<sup>15</sup>

### Zwischen dem Ausbau staatlicher Hilfen und dem Verstetigen sozialer Rückstände

Gleichwohl führten die ab 1967 ergriffenen Maßnahmen zu vielen Verbesserungen. Ergänzt von der Erhöhung des staatlichen Kindergeldes im Jahr 1975 und weiteren Maßnahmen reduzierte sich der Anteil der mindestens fünfköpfigen Familien unter der Armutsgrenze von 45 (1970) auf 18 (1980) und auf letztlich vier Prozent (1988), was unzweifelhaft einen großen sozialpolitischen Erfolg darstellte. Allein im Jahr 1976 wurden DDR-weit 25 Millionen Mark für Beiträge zu Mieten, 52,9 Millionen für Kinder- und Schülerspeisung sowie Trinkmilch und noch einmal 69,3 Millionen Mark für Kinderbekleidung, Möbel, Dienstleistungen sowie zur Finanzierung der Feierlichkeiten bei Jugendweihen ausgegeben. Für die Großfamilien wurden zudem eigene Reparaturmöglichkeiten, Sonderverkäufe, Bestellmöglichkeiten sowie bevorzugte Belieferungsmöglichkeiten ins Leben gerufen, ebenso die Möglichkeit, zu günstigen Bedingungen Kredite für langlebige Konsumgüter aufzunehmen.

Vor allem die Versorgung Kinderreicher mit angemessenem Wohnraum blieb jedoch in den 1970er und 1980er Jahren trotz intensivierter Wohnungsbauprogramme ein Problem. Derartige Schwierigkeiten verdichteten sich insbesondere in Altbauwohngebieten. In einem Bericht des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin etwa wurde 1975 vermerkt, dass noch 331 kinderreiche Familien in Zwei-Raum-Wohnungen lebten. Einen Schwerpunkt (40 Prozent) bildete Prenzlauer Berg. »Echte Benachteiligungen« durch das Wohnen in alter Bausubstanz, folgerte ein Bericht des Oberbürgermeisters, resultierten daraus, dass diese Familien einen sehr hohen finanziellen Aufwand für Heizung sowie Gas und Strom hätten. Im Falle von Renovierungen, etwa die nach dem Einbau von Gasheizungen anfallenden Kosten, entstünden nicht selten Kosten, die von den Familien kaum noch zu tragen wären. <sup>18</sup>

Derartige finanzielle Schwierigkeiten mögen dazu beigetragen haben, dass noch 1980 in Berlin und fünf weiteren Bezirken circa 90 000 kinderreiche Familien und Alleinstehende mit mindestens drei Kindern in nicht fernbeheizten Wohnungen lebten. Sollten Vorzeigesiedlungen, wie etwa Leipzig-Grünau, das als »kinderreichstes Wohngebiet« in der gesamten DDR galt, die Erfolge staatlicher Wohnraumpolitik repräsentieren, sah die soziale Realität oft anders aus. So wichen Großfamilien häufig wohl vor allem aufgrund der geringeren Mieten (und der Wohnungsgrößen) in die nicht selten maroden Altbaubestände aus. Verschiedene zeitgenössische Untersuchungen lassen vermuten, dass diese Praxis in Ermangelung an Wohnalternativen bis zum Ende der DDR weit verbreitet war.

## Formen der Herabwürdigung versus symbolische Aufwertungen

Diese wenigen Hinweise verdichten sich letztlich zu einem Bild mehrdimensionaler Unterversorgung einer marginalisierten gesellschaftlichen Gruppe – die in der staatssozialistischen Öffentlichkeit, wenngleich vor allem indirekt, stets präsent war. Die skizzierten familienpolitischen Anstrengungen sind aber von ihrer bevölkerungspolitischen beziehungsweise pronatalistischen Dimension kaum zu trennen. Der deutliche Geburtenrückgang seit den 1960er Jahren und ein damit einhergehender Trend zur Ein- beziehungsweise Zwei-Kind-Familie war sicherlich eines der Ursachen für die auffällige Affirmation, ja gar Verherrlichung der kinderreichen Familie im öffentlichen Raum.<sup>22</sup> In keinem SED-Parteiprogramm bis zum Mauerfall durfte die ausdrückliche Betonung der »Fürsorge und Unterstützung« kinderreicher Familien mehr fehlen. Der Staats- und Parteiführung ging es dabei einerseits darum, nach außen die prinzipielle Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu verdeutlichen. Nach innen sollten diese propagandistischen Steuerungsversuche wohl auch die offensichtlich verbreiteten Vorbehalte von zuständigen Behörden oder Lehrern zerstreuen. Nach Auffassung des Komitees der Arbeiter- und Bauerinspektion wurden Kinder und Jugendliche aus kinderreichen Familien von diesen nicht selten »per se als dümmer und asozial« als ihre Mitschüler gesehen oder Etikettierungen wie »asoziale Elemente« benutzt.<sup>23</sup> Andere zeitgenössische Berichte konstatierten bei diesen Familien eine falsche Nutzung monetärer Ressourcen sowie eine »Verwahrlosung« von Normen und Hygiene. 24 Damit war eine Nähe zum »asozialen Verhalten« beziehungsweise zur »Dissozialität« hergestellt, standen doch solche Einschätzungen den Vorstellungen der »allseits entwickelten sozialistischen Persönlichkeit« gänzlich entgegen.<sup>25</sup>

Als Reaktion auf derartige Befunde formulierten Akteure wie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) oder der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) das Ziel, eine größere Anerkennung der Großfamilien in der Öffentlichkeit herzustellen. <sup>26</sup> Artikel in lokaler und überregionaler Presse, Schulveranstaltungen oder Elternversammlungen, Argumentationshilfen für politische Entscheidungsträger, der Beschluss des Ministerrates von 1977, wonach der Staatsratsvorsitzende künftig die »Ehrenpatenschaft« bereits für das fünfte Kind einer Familie übernehmen sollte oder auch Spielfilme, wie die DEFA-Produktion »Einfach Blumen aufs Dach« (1979) über eine sechsköpfige Familie, stehen für die Vielzahl symbolpolitischer Aufwertungsversuche. <sup>27</sup> Insgesamt stehen diese Bemü-

hungen, die staatsfördernde Leistung dieser Gruppe zu honorieren, letztlich auch für das Bestreben des Regimes, im Sinne eines *moral engineering* nicht nur den Kinderreichen selbst, sondern dem gesamten DDR-Publikum vermittels Konsens- und Loyalitätsangeboten bestimmte Verhaltensnormen zu vermitteln. Der Erziehung zur tugendhaften, arbeitsamen, kulturvollen und somit zuverlässigen »sozialistischen Persönlichkeit« sollte damit Vorschub geleistet werden.<sup>28</sup>

#### Resümee

Der nach dem Mauerfall einsetzende Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft, insbesondere die Halbierung der Arbeitsplätze zwischen 1989 und 1992 oder der Wegfall staatlicher Subventionen schufen eine gänzlich neue soziale Situation im Osten Deutschlands. 1992 bezogen dort etwa 670 000 Menschen Sozialhilfeleistungen, davon 480 000 laufende Hilfen zum Lebensunterhalt. Lebte in den »alten« Bundesländern jedes achte bis neunte Kind in einkommensarmen Haushalten, so war es im Osten mehr als jedes fünfte.<sup>29</sup> Diese Veränderungen trugen unzweifelhaft maßgeblich dazu bei, die Rolle sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit im Staatssozialismus nachträglich zu verklären. Annäherungen an den unteren gesellschaftlichen Rand des »real existierenden Sozialismus« können demgegenüber zum einen helfen, monolithische Egalitätsetiketten empirisch zu überprüfen. Zum anderen können dadurch die Transformationsbefunde historisiert werden. Denn auch wenn die Umbrüche nach 1989/90 neue. bis dato ungekannte Formen sozialer Not zur Folge hatten, scheint doch die These einer »Wiederkehr der Armut« nach der deutschen Vereinigung nur zum Teil berechtigt. 30 Die Lebenssituation bestimmter sozialer Gruppen kann, wie am Beispiel der Kinderreichen gezeigt, bereits vor dem Mauerfall als unterdurchschnittlich bezeichnet werden. Somit ist Armut nach dem Mauerfall in vielerlei Hinsicht unzweifelhaft auch »Resultat der in der DDR gelebten Ungleichheit«.31

#### Anmerkungen

- 1 Unter anderem bei Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Bonn 1996, S. 63.
- 2 Im Überblick Jens Gieseke, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013) 2, S. 171 198.

- 3 Günter Manz, Armut in der DDR-Bevölkerung, in: Ludwig Elm (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Eggersdorf 1997, S. 166–184, S. 168; Albrecht Kretzschmar, Zur sozialen Lage der DDR-Bevölkerung (Teil I), in: Biss public 5 (1991), S. 38–76, S. 49.
- 4 Ebd., S. 183. Die Ausführungen von Manz beziehen sich auf eine interne Studie des Instituts für Lebensstandardforschung aus dem Jahr 1972. Die Ausführungen beruhen auf der Dissertation des Autors, Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Frankfurt/M. New York 2015.
- 5 Vgl. Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996) 2, S. 165–193.
- 6 Siehe etwa den Aufruf der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen und Volksbildung und für Umsiedler am 24.10.1945 (»Rettet die Kinder«) oder den Aufruf des SED-Parteivorstandes »Alles für unsere Kinder!« vom 21.7.1949. Vgl. Simone Zoulkowski, Zur Entwicklung der fürsorgerischen Betreuung kinderreicher Familien seit 1945 am Beispiel der Stadt Magdeburg, Potsdam 1988, S.9.
- 7 DFD Bundessekretariat. Beschluß Nr. 1/1967 des Bundessekretariats: Entwicklung der Arbeit der Frauenorganisation mit kinderreichen Müttern unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen in den jungen sozialistischen Städten, 20.12.1966, Bundesarchiv (BArch), DY 34/17204.
- 8 Kurt Hager, Information für das Politbüro des ZK der SED, 29.8.1978, Information des Ministers für Gesundheitswesen über die Unterstützung kinderreicher Familien und alleinstehender Bürger mit 3 Kindern im Jahr 1977, BArch, DY 30/J IV 2/2J/8100; Ministerrat der DDR: Analyse zu ausgewählten Schwerpunkten der besonderen Unterstützung für Familien mit drei und mehr Kindern im Jahr 1988, BArch, DY 34/6671, Bl. 15.
- 9 Zu Einkommensproblemen: Staatliche Planungskommission Perspektivplanung, Sektor Lebensstandard: Diskussionsmaterial zur materiellen Lage der Familien mit Kindern und Vorschläge für weitere ökonomische Maßnahmen, 16.12.1963, BArch, DY 30/IV A 2/17–84. Für die Lebensbedingungen Eva Schmidt-Kolmer, Der Einfluß der Lebensbedingungen auf die Entwicklung des Kindes im Vorschulalter, Berlin 1963; zur Wohnsituation u.a. Gisela Dolberg, Zur Situation kinderreicher Familien, Rostock 1967; Werner Laudenbach, Der Einfluß der sozialen Lage der kinderreichen Familie auf den Gesundheitszustand, die körperliche Entwicklung und die geistige Leistungsfähigkeit der Kinder, Rostock 1964, bes. S. 9–18; Josef Bernard, Sozialpolitische Probleme der perspektivischen Entwicklung des Lebensstandards, in: Hans Rößler (Hg.), Die Konsumtion im Reproduktionsprozeß, Halle/ S. 1967, S. 371–400, S. 395.
- 10 Walter Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus. Referat auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Die Arbeit 5 (1967), S. 13 f.
- 11 »Verordnung zur Verbesserung der Lebenslage von Familien mit 4 und mehr Kindern durch Bereitstellung geeigneten Wohnraums und Gewährung von Mietzuschüssen und anderen Zuwendungen«, DDR-GBl. 1967 II, Nr. 38 und Nr. 51.

- 12 Medizinalrat König (Vorsitzender der Kommission »Kinderreiche Familien«) an den Stadtrat Schorr (Leiter der Arbeitsgruppe »Kinderreiche Familien« des Magistrats): Durchführung des Beschlusses des Ministerrates zur Verbesserung der Lebenslage der kinderreichen Familien, 1.2.1968, Landesarchiv Berlin (LAB), Rep 118, Nr. 551, Bl. 1.
- 13 Abteilung Eingaben: Kontrollergebnisse über die weitere Verbesserung der Lebenslage kinderreicher Familien, [1969], BArch, DC 14/501, Bl. 4f.
- 14 Arbeitsgruppe Frauen: Vorschläge zur materiellen Besserstellung kinderreicher Familien. Mindestprogramm bis 1970, 17.5.1966, BArch, DY 30/IV 2/17–84, Bl. 3; zudem FDGB-Vorstand, Abt. Frauen: Zu einigen Fragen der Förderung und Unterstützung kinderreicher Familien, Juni 1970, BArch, DY 34/9137, Bl. 19f.
- 15 Esther Matterne, Verbrauchsgewohnheiten in kinderreichen Familien und daraus abzuleitende Bedarfstendenzen, Institut für Marktforschung, Leipzig 1974, BArch, DL 102/841, Bl. 5; 49.
- 16 Verordnung über die Gewährung eines staatlichen Kindergeldes sowie die besondere Unterstützung kinderreicher Familien und alleinstehender Bürger mit 3 Kindern, 10.10.1975, BArch, DQ 1/12019. Zu den Zahlen Manz, Armut (Anm. 3), S. 86 f. Die auf Schätzungen beruhende Statistik weist keine Differenzierungen für größere Familien auf. Zu methodischen Schwierigkeiten bezüglich Qualität und Validität solcher Daten André Steiner, Probleme mit der DDR-Statistik in der historischen Forschung, in: ders. (Hg.), Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945: Band SBZ/DDR, Bonn 2006, S. XIII-XXXVIII.
- 17 Information des Ministerrates für das Sekretariat des ZK der SED: Beschluß zum Bericht über die Verwirklichung des IX. Parteitages der SED zur Unterstützung kinderreicher Familien und alleinstehender Bürger mit 3 Kindern und der dazu erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, 29.4.1980, BArch, DY 30/5698, Bl. 40; 47.
- 18 Bericht des Oberbürgermeisters der Hauptstadt zur Gemeinsamen Beratung des Magistrats, des Sekretariats des FDGB-Bezirksvorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes des DFD zur weiteren Unterstützung der kinderreichen Familien, 29.10.1975, LAB, Rep 118, Nr. 551, Bl. 3 f.
- 19 Information des Ministerrates für das Sekretariat des ZK der SED (Anm. 17).
- 20 Alice Kahl, Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Opladen 2003, S. 71.
- 21 Beispielsweise Hartwig Wedekind, Familie und Wohnen. Ein Beitrag zum Zusammenhang von Wohnbedürfnissen, Familienformen und Wohnbedingungen, dargestellt an einer Studie ausgewählter Kleinstädte, Berlin 1985, S. 127; Susanne Dankworth und Astrid Wimmer, Zur sozialen Struktur kinderreicher Familien im Jahr 1989 in Rostock, Rostock 1991.
- 22 Dazu etwa Dagmar Meyer und Wulfram Speigner, Bedürfnisse und Lebensbedingungen in der Entscheidung der Frau über ein drittes Kind, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik (1982), S. 131–146.
- 23 Komitee der Arbeiter- und Bauerinspektion: Bericht über die Kontrolle und Durchführung der Beschlüsse zur weiteren Verbesserung der Lebenslage kinderreicher Familien durch die örtlichen staatlichen Organe, 12.2.1969, BArch, DC 14/501, Bl. 5.
- 24 U.a. Gudrun Bennöhr, Medizinisch-soziologische Betrachtungen von Säuglingen kinderreicher und kinderarmer Familien einer norddeutschen Großstadt. Rostock

- 1968; Christel Lehmann, Die Entwicklung von Kindern aus desorganisierten Familien, (Ost-)Berlin 1970.
- 25 Zentral Sven Korzilius, »Asoziale« und »Parasiten« im Recht der SBZ/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung, Köln 2005.
- 26 DFD-Bezirksvorstand Berlin an den Magistrat von Groß Berlin: Ministerratsbeschluß zur Verbesserung der Lebenslagen der Familien mit 4 und mehr Kindern, 2.1.1968, LAB, Rep 118, Nr. 551; FDGB-Bundesvorstand: Aktennotizen über die Arbeitsberatung der Koordinierungsgruppe kinderreicher Familien beim Rat des Bezirkes am 25.3.1976, BArch, DY 34/6529.
- 27 Arbeitsgruppe zur Förderung kinderreicher Familien des Magistrats von Groß-Berlin: Bericht über die Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages zur Unterstützung kinderreicher Familien, 16.2.1968, Bl. 4; DFD: »Die Unterstützung kinderreicher Familien ein wichtiges Anliegen der Nationalen Front«. Information des Ministerrates vom 29. April 1980 (Anm. 17); Staatsrat der DDR: Statistik zu Ehrenpatenschaften [1988], BArch, DA 5/15875.
- 28 Christoph Lorke, Von Anstand und Liederlichkeit. Armut und ihre Wahrnehmung in der DDR (1961–1989), Zeithistorische Forschungen 10 (2013) 2, S. 199–218.
- 29 Zu den Zahlen siehe etwa Walter Hanesch, Armut in Deutschland, Reinbek bei Hamburg 1994.
- 30 Axel Honneth, Die Wiederkehr der Armut, in: Merkur 47 (1993), S. 518-524.
- 31 Hanna Haupt, Umbruchsarmut in den neuen Bundesländern, in: Roland Lutz und Matthias Zeng (Hg.), Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Opladen 1998, S.48–67.



DDR-Sportfunktionär Manfred Ewald zeichnet auf dem NOK-Schwimmfest 1983 Sven Lodziewski und Birte Weigang aus.

#### Peter Boeger

### Kampf gegen »Professionalisierung und Kommerzialisierung« im Sport. Wie die DDR dennoch zu einem Adidas-Land wurde

Werbung für westliche Sportartikel in der DDR? Das war lange Zeit undenkbar. Schließlich galt es doch, alle Leistungssportkader »zum Haß gegen den Imperialismus und seine aggressiven Ziele zu erziehen«, wie es 1980 in einer Beschlussvorlage des Politbüros heißt.¹ Außerdem führte die zunehmende Professionalisierung des internationalen Sports nach sportpolitischer Auffassung der DDR direkt zu einem kommerziellen Missbrauch der Sportler.² Von dieser Fehleinschätzung verabschiedete sich die DDR erst Ende der 1980er Jahre, nicht zuletzt wegen fehlender Unter-

stützung aus dem sozialistischen Lager.³ Gleichzeitig suchte der bundesdeutsche Sportartikelhersteller Adidas in die DDR zu expandieren. Dessen geschicktes Taktieren führte schließlich zu einem Umdenken bei der Partei- und Staatsführung der DDR. Die Genossen zeigten sich angesichts nicht enden wollender Engpässe bei der Versorgung mit Sportartikeln, qualitativer Überlegenheit westlicher Produkte und chronischer Devisenknappheit zu erstaunlichen Kompromissen bereit.

#### Neuhaus an der Elbe, DDR-Bezirk Schwerin

Bisweilen war bereits das Tragen westlicher Sportkleidung eine gefährliche politisch-ideologische Gratwanderung im SED-Staat, wie ein Fall im Bezirk Schwerin zeigt. Sportfreund Hermann Sack (1921 – 2011)<sup>4</sup> setzte sich über alle Maßen für seine Sportler der Betriebssportgemeinschaft (BSG) »Traktor« im Grenzort Neuhaus/Elbe ein. Der gelernte Bankkaufmann war 1955 aus der Bundesrepublik in seinen Heimatort in der DDR zurückgekehrt, um den väterlichen Betrieb zu übernehmen. Im Sport war er seither selbst aktiv und bekleidete im Laufe der Zeit unterschiedliche Funktionen in der BSG. Der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) zeichnete ihn mit der Ehrennadel in Bronze und Silber aus, er erhielt die Ehrenurkunde »30 Jahre sozialistische Sportorganisation«. Als treibende Kraft baute er über die Jahre den Verein auf. Mit Eingaben an den Rat der Gemeinde suchte er für Sportler und Verein organisatorische und finanzielle Hürden zu überwinden. Seit Anfang der 1960er Jahre beobachtete die Stasi wechselnd mit den inoffiziellen Mitarbeitern (IM) »Blume«, »Christel«, »Doris«, »Ecke«, »Emil Kaiser«, »Fred Neumann«, »Fritz Müller«, »Karl«, »Kluge«, »Stuhl«, »Wiese« und »Zeiger« den umtriebigen Bürger.<sup>5</sup>

Eine Beurteilung des Arbeitgebers über Hermann Sack vom Februar 1979 fiel trotz des großen Engagements für die BSG verheerend aus: In Wirklichkeit sei er gegen die DDR eingestellt, wie die Arbeitsstelle Elbewerft bescheinigte. Was war passiert? Kleine Sportvereine wie auch die BSG »Traktor« standen vor dem Dauerproblem des stetigen Verschleißes bei Textilien, Schuhen oder Sportgeräten. Die BSG »Traktor« musste also regelmäßig die Kluften der Sportler erneuern, die vom Rat der Gemeinde finanziert wurden. Das Problem war jedoch nicht die Finanzierung, sondern schlicht fehlende Möglichkeiten, in der Mangelwirtschaft der DDR grün-weiße Sportkleidung für die Fußballmannschaften zu kaufen. Über Kontakte im Westen beschaffte Hermann Sack begehrte Trainingsanzüge der Marke Adidas. Der ganze Vorgang flog auf, als die Spieler bei einem

Turnier in Hagenow mit den Hosen aufliefen und vom Platz geschickt wurden. Wie der Vorstand der BSG »Traktor« im Nachhinein ermittelte, sei diese Adidas-Kleidung nicht in der DDR käuflich zu erwerben. Für die beschenkten Vereinsmitglieder war das nicht ohne Weiteres zu erkennen, da Adidas-Kleidung durchaus auch in der DDR bei entsprechend hohem finanziellem Einsatz erhältlich war. Mit einem tiefen Griff in das ideologisch-politische Vokabular der DDR teilte der Traktor-Vorstand dem Kreisvorstand des DTSB in Hagenow seine Bedenken mit. Die Mitglieder des DTSB tragen aus patriotischer Verantwortung zur allseitigen Stärkung der DDR bei. [...] Die Handlungen des Sportfreundes Hermann Sack sind geeignet, die sozialistische Sportbewegung zu diffamieren. Es wird der Eindruck erweckt, daß nur durch irgendwelche Geldgeber in der BRD die materiellen Voraussetzungen zum Sportbetrieb bei uns gegeben werden können. Die gegensätzlichen Gesellschaftssysteme in der DDR und BRD werden nicht zur Kenntnis genommen.«

Die Vertreter des DTSB in Hagenow ermittelten in dem Fall weiter und gelangten zu folgenden Erkenntnissen: Weitere Trainingsanzüge im Wert von 2 000 D-Mark seien unterwegs in die DDR, um die komplette Mannschaft auszustatten. Hermann Sack hatte zudem die Einfuhr von Baumaterial aus dem Westen beantragt, um Sozialgebäude und Sportplatz zu reparieren. Schon einmal sei Sack belehrt worden, nachdem er dem Verein zwei Fußbälle aus der Bundesrepublik übergeben hatte. Der DTSB Hagenow zeigte sich entschlossen und unnachgiebig. Alle Sportler sollten die Geschenke an Hermann Sack zurückgeben<sup>8</sup>, Sack wurde aus dem DTSB ausgeschlossen und verlor seine Ämter im Sportverein. In den Strudel des Verfahrens geriet auch ein Sektionsleiter, der ebenfalls einen Trainingsanzug erhalten und den Vorgang geduldet hatte: »Denkt doch nicht, daß es so einfach ist, Kluften für 5 Mannschaften zu bekommen. Unsere waren schon teilweise Lumpen«, suchte er sich und Hermann Sack zu rechtfertigen.<sup>9</sup>

#### Ostberlin

Die Partei- und Staatsführung in Ostberlin dürften die Vorgänge im fernen Neuhaus kaum berührt haben. Die restriktiven Reaktionen in der BSG »Traktor« und im örtlichen DTSB zeigten eine vorauseilende Abwehrhaltung, gewissermaßen als Beispiel einer sich verselbständigenden Diktaturdurchsetzung auf allen Ebenen. Das Grundproblem mangelnder Versorgung mit Sportartikeln aber wurde 1979 auch im Politbüro erkannt.

Sportartikel und Materialproduktion in der DDR summierten sich auf 9000 Einzelpositionen, die von sechs Industrie-Ministerien gesteuert wurden. Entscheidend aber war: Zwischen dem tatsächlichen Bedarf an Sportartikeln und den vertraglich vereinbarten Produktionszahlen klafften erhebliche Lücken. 1981 appellierte der DTSB in Anbetracht der schlechten Versorgungslage seiner Mitglieder mit Sportartikeln an den stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats der DDR und ZK-Sekretär für Sport in der SED, Paul Verner (1911–1986): »Es müßte durch die Staatliche Plankommission, das Staatssekretariat für Körperkultur und Sport und die zuständigen Fachministerien nach Wegen gesucht werden, um diese kritische Lage zu überwinden.«<sup>10</sup> Der Ruf verhallte zunächst.

Längst hatte sich international eine Fachdiskussion entzündet, bei der es nur vordergründig so schien, als habe sie nichts mit bundesdeutschen Sportartikelherstellern zu tun. Es ging um die Auseinandersetzung, ob im internationalen Sport und insbesondere bei den Olympiaden neben Amateuren auch Profis zugelassen werden sollten. Es fragte sich nur, wer ist Profi und wer Amateur? Welche Rolle spielen etwa die Ausübung eines vollen Berufes neben dem Training, das Sponsoring oder die Annahme von Preisgeldern? Obwohl DDR-Spitzensportler bekanntermaßen nur formal berufstätig waren und bisweilen mit Immobilien, Autos, Reisen oder anderen bedeutenden Vorteilen bedacht wurden, rechnete Ostberlin seine sogenannten Staatsamateure nicht dem Profisportlager zu und vermied daher entsprechende Bewertungsfragen.<sup>11</sup>

Das angespannte Verhältnis der SED zu bundesdeutschen Sportartikelfirmen stand im Kontext eben jener Diskussionen um den Profi- und Amateursport. Die DDR hatte durchaus schlechte Erfahrungen auf dem internationalen Sportparkett gemacht. Während der Leichtathletik-Europameisterschaft in Budapest 1966 trat aus Ostberliner Sicht der sportpolitische GAU ein. Gegen 100 Dollar Bestechungsgeld eines bundesdeutschen Sportschuh-Vertreters überredete DDR-Sportler Jürgen May einen Kollegen, Spikeschuhe jenes Sportartikelherstellers zu tragen und dafür selbst 500 Dollar zu kassieren. Beide mussten später Geld und Schuhe an die Delegationsleitung übergeben. 12 Wegen Verstoßes gegen die Amateurregel verhängte die DDR gegen May eine lebenslange Sperre. Wenige Monate später floh er in den Westen. Bei Verstößen gegen die Amateurregel reagierte auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit unnachgiebiger Härte – und das nicht nur bei Sportkleidung mit Firmenlogos. Ski-Legende Karl Schranz aus Österreich wurde 1972 wegen eines Verstoßes gegen die Amateurregel vom IOC von Sapporo nach Hause geschickt. Für eine Sperre reichte hier bereits aus, dass er im Vorfeld der Olympiade für Kaffee geworben hatte. Die Folgen der ärgerlichen Sperre waren allerdings bei Weitem nicht vergleichbar mit den weitreichenden Repressionen, die DDR-Sportler in vergleichbaren Fällen erleiden mussten. Süffisant kommentierte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* den heimischen Empfang von Schranz: »Seit 38 waren nie mehr so viele Jubel-Wiener auf die Straßen geströmt«. <sup>13</sup> Es kam eben darauf an, aus welcher politischen Hemisphäre ein verurteilter Sportler kam.

Im Zentrum der Diskussion stand Regel 26 der Statuten des Olympischen Komitees. Danach durfte ein Wettkämpfer niemals im Zusammenhang mit seiner sportlichen Betätigung eine finanzielle Zuwendung oder materielle Vorteile erhalten. Es sollte sich bald erweisen, dass eine scharfe Abgrenzung zwischen Profis und Amateuren unmöglich war, denn Spitzenleistungen wurden zunehmend von Berufssportlern erbracht. Und die deckten in der westlichen Welt ihre Aufwendungen oftmals aus Werbeeinnahmen. Während Regel 26 schrittweise aufgeweicht wurde, beharrte die DDR auf Einhaltung. Das war nicht nur ideologisches Lagerdenken, sondern strategisches Kalkül. Westliche Sportler, die sich als Werbeträger vermarkteten, fielen als Konkurrenten aus dem Amateursektor, welchem sich der DDR-Sport zurechnete. Die SED, insbesondere das sportpolitische Gesicht des DDR-Sports, DTSB-Präsident Manfred Ewald (1926–2002), brandmarkte daher stets die »Professionalisierung und Kommerzialisierung« des Leistungssports im Westen, insbesondere mit dem Ziel, die Amateurregel zu stärken.

#### Bruderorgane in Ost-Berlin und Moskau

Die Stasi beobachtete die Firma Adidas als eine treibende Kraft dieser Entwicklung und befürchtete deren Einflussnahme auch in der DDR. Akkurat registrierte sie, wenn kaufmännische Angestellte, Sportschuhingenieure oder gar Maschinenarbeiter, Stepperinnnen, Stanzerinnen, Hotelangestellte, Köche, Kellner oder Gärtner von Adidas einreisten. Ein leitender Mitarbeiter der Firma Puma mit Kontakten zu einer Leistungssportlerin der DDR wurde im Operativen Vorgang (OV) »Puma« bearbeitet, ein Adidas-Manager im Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) »Jagd«. Hingegen wurden offizielle DDR-Besuche der Adidas-Hausleitung innerhalb der Stasi zur bevorzugten und höflichen Abfertigung durch die Passkontrolle der Hauptabteilung VI avisiert, Zollkontrollen und Zwangsumtausch sollten explizit entfallen. Es sollte das freundliche und freizügige Gesicht der DDR gezeigt werden.

1986 unterzeichneten MfS-Chef Erich Mielke und der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Wiktor Michailowitsch Tschebrikow (1923-1999), ein als streng geheim klassifiziertes Dokument. Der umfassende Plan für die kommenden vier Jahre definierte Bereiche, in denen die Geheimdienste gemeinsam »bei der Abwehr der imperialistischen Konfrontationspolitik« zusammen arbeiten würden. <sup>17</sup> In den Fokus nahmen die Geheimdienstler Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen, Rundfunksender wie »Radio Free Europe« oder »Radio Vatikan«, West-Berliner Zeitschriften, Organisationen in kirchlicher Trägerschaft, DDR-Künstler und andere Einzelpersonen, etwa Konsistorialpräsident Stolpe oder die jüdische Gemeinde von West-Berlin, »insbesondere ihres Führers Galinski«. Bei der politisch-operativen Abwehrarbeit im Zusammenhang mit »bedeutsamen internationalen Veranstaltungen und Organisationen« wurde Adidas an erster Stelle genannt, was als Indiz gelten kann, welcher ideologisch-politische Stellenwert der Firma beigemessen wurde. <sup>18</sup> Erst nachrangig wurde das IOC aufgeführt, dessen Einfluss in nationalen Sportverbänden zurückgedrängt werden müsse. Besonders interessierte ein Vertrag zwischen der Adidas-Firmentochter ISL (International Sport and Leisure AG) und dem IOC. Die Schweizerische ISL, deren Ziel die umfassende Werbevermarktung von Sportveranstaltungen war, gehörte zu 51 Prozent Adidas.<sup>19</sup> Kaum abzuschätzen ist, wie konkret sich ein Informationsaustausch zwischen den beiden Diensten gestaltete oder ob der abgestimmte Plan eher eine demonstrative Stärke des MfS gegenüber den Freunden zeigen sollte. Für letzteres spricht einiges. Immerhin beziehen sich die definierten Aufgaben und Zielpersonen fast ausschließlich auf operative Felder des MfS.

#### Herzogenaurach, Bundesrepublik Deutschland

Auch in der Zentrale von Adidas dürfte der Sportartikelhersteller mit Milliardenumsatz keine Kenntnis von den Problemen im DDR-Grenzort Neuhaus erlangt haben. Hier, im mittelfränkischen Herzogenaurach, wurde sportpolitisch in einer ganz anderen Liga gespielt. Es interessierte insbesondere, wie die Machthaber in Ostberlin strategisch vorgingen. Eine eigens eingerichtete sportpolitische Gruppe unter Leitung von Adidas-Chef Horst Dassler (1936–1987) nahm sich derartiger internationaler Fragen an. Wo immer ein hochrangiger sportpolitischer Posten zu besetzen war oder Entscheidungen zum Austragungsort der nächsten Olympiade anstanden, zog Dassler im Hintergrund mit an den Fäden und entwickelte seine Familienfirma gleichzeitig zum weltgrößten Sportartikelhersteller.

Die DDR war schon in der Ära Ulbricht Abnehmerin von Adidas-Produkten. Der Inoffizielle Mitarbeiter mit vertraulichen Beziehungen zur bearbeitenden Person (IMV) »Technik«<sup>20</sup>, Dopingarzt Dr. Höppner, berichtete bereits 1970, dass der Vizepräsident des DTSB, Franz Rydz (1927-1989), wiederholt in Westdeutschland war, um Schuhe für DDR-Spitzensportler einzukaufen. 21 Dabei sah die Geschäftsleitung von Adidas im Verhandlungspartner Rydz »einen ausgekochten Ökonomen, mit welchem ziemlich schwierig zu verhandeln sei«. <sup>22</sup> Die Beziehungen reduzierten sich nicht nur auf Schuhe und Trikotagen, sondern umfassten durchaus auch Spezialausstattung. Mit einem neuentwickelten Hochsprungstab von Adidas, jedes Exemplar wurde individuell auf die Maße des Athleten angepasst, ersprang die DDR 1972 Olympiabronze. IMV »Technik« nahm den Hightech-Stab nach eigenem Bekunden »bei Nacht und Nebel von einem Adidas-Vertreter« in Mexiko in Empfang. 23 Aus Sicht der DDR durfte die internationale Öffentlichkeit nichts erfahren, was Image und Selbstbild des sozialistischen Sport- und Industriestaats DDR hätte beschädigen können. Die westliche Sporthilfe wurde entsprechend konspirativ abgewickelt. Ob sich das Geschäft für Adidas wirtschaftlich lohnte, ist unbekannt. Es schuf auf jeden Fall Abhängigkeiten, die Horst Dassler systematisch pflegte.

In der UdSSR zeigten die Genossen unterdessen weit weniger Schamgefühl. Das MfS erfuhr über Dr. Höppner während des Europacups der Leichtathleten am 16. und 17. September 1967 in Kiew (UDSSR) von einem sowjetischen Arzt, der für den sowjetischen Verband einen größeren Einkauf von Sportschuhen mit den vor Ort anwesenden Adidas-Vertretern ausgehandelt hatte. Anschließend war er für eine Woche Gast des Konzerns in der Bundesrepublik. Den Zusammenhang zwischen Geschäft und der so wörtlich – »Gratifikation« räumte er freimütig ein. <sup>24</sup> Sein Besuch in der Bundesrepublik dürfte aus Sicht der Hausherren von Adidas nicht nur von geschäftlichem Interesse gewesen sein. Die Mitglieder der Familie Dassler waren russischer Geschichte und Sprache sehr zugetan. Horst Dassler lernte sogar selbst Russisch. Insgesamt sei die Beziehung von Horst Dassler zu den Sowietfunktionären ziemlich kostspielig gewesen, wie Dassler-Biografin Barbara Smit berichtet.<sup>25</sup> Für die Partei- und Staatsführung in Ostberlin dürften die schwunghaften Handelbeziehungen der Freunde zu Adidas in ideologischer Hinsicht nicht unbedingt hilfreich gewesen sein. Den sowjetischen Sportminister Sergej Pawlow (1929-1993), der 1980 die Olympiamannschaft seines Landes vom westdeutschen Sportartikelhersteller ausstatten ließ, nannte Manfred Ewald abschätzig »Mr. Adidas«. 26

Horst Dassler spann ein globales Netzwerk der Kommerzialisierung des Sports. Das MfS erkannte: »Dassler selbst verfügt über ungeheure Mittel und Einfluss. Alle seine Aktionen dienen der Sicherung des Profits - nur deshalb hält er die Verbindung zu den Sozialisten, weil diese im Augenblick die spektakulärsten Leistungen haben.«27 Das MfS sah seine Aufgabe allerdings nicht darin, in den weit verzweigten Betrieb einzudringen. Es würde ausreichen, Informationen vom Adidas-Führungspersonal abzuschöpfen. IMS »Hans« drang bis in die Firmenspitze vor und berichtete aus Herzogenaurach über Mitarbeiter und über geschäftspolitische Strategien. »Hans« mahnte beim MfS an, man müsse in die ISL-Gruppierung eindringen, »um rechtzeitig und noch besser vorbereitet zu sein auf die Aktivitäten, die der Gegner in der Form von Dassler und IFL [sic!] gegen die sozialistischen Länder unternehmen«. <sup>28</sup> Spitzenquelle für MfS-Oberstleutnant Gerhard Radeke (Hauptabteilung XX/3) war IM »Möwe«, der im offiziellen DDR-Auftrag regelmäßig mit Horst Dassler zusammentraf. Radeke hatte sich 1971 an der MfS-Hochschule mit der Abschlussarbeit »Zu einigen Erscheinungen der feindlichen Kontaktpolitik der westlichen Sportführung gegen die sozialistische Sportbewegung der DDR - insbesondere den Leistungssport – und ihre politisch-operative Bekämpfung« für diese Aufgabe in besonderer Weise qualifiziert.<sup>29</sup> Nun bekämpfte er Adidas. Sein IMB »Möwe«, ein Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung beziehungsweise zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen, sollte unter anderem Beweise finden, die die Machenschaften von Adidas in anderen internationalen Sportföderationen belegen konnten. Zur Aufklärung der Firma sollte es aus Sicht von IMB »Möwe« ausreichen, vier besonders wichtige Hauptpersonen der sportpolitischen Gruppe bei Adidas abzuschöpfen, darunter den Präsidenten der Internationalen Boxföderation AIBA, Prof. Anwar Chowdhry (1923-2010).<sup>30</sup> Am Ende profitierte »Möwe« selbst von den Machenschaften, die er eigentlich aufklären sollte. Königsmacher Horst Dassler korrumpierte die AIBA-Wahl 1986 auf einem Kongress in Bangkok dahingehend, dass IM »Möwe«, alias Karl-Heinz Wehr, deren Generalsekretär wurde. 31 Einen solchen Karrieresprung hatte der ehrgeizige Wehr wohl stets im Blick gehabt, der seinen Führungsoffizier jahrelang mit ausgefeilten Berichten belieferte. Seine Akte umfasste schließlich zwölf Bände. Über sich selbst berichtete er vorsichtshalber in der dritten Person. »Möwe« über Wehr: »Meine vorsichtigen Schätzungen ergeben, daß alles in allem, von Adidas u.a. ca. 200000 DM aufgewandt wurden, um den Kongreß zu gewinnen. In Zusammenarbeit mit den Organisatoren hatte Wehr die Durchführung des Kongresses militärisch organisiert.«<sup>32</sup> Horst Dassler, der an Geld oder opulentem Auftreten kein vordergründiges Interesse zeigte und eher den Ausbau seiner sportpolitischen Machtposition

pflegte, dürfte bestenfalls die potenziellen Geschäftsbeziehungen seiner Firma in die DDR gesehen haben, die durch eine Ernennung des ostdeutschen Karl-Heinz Wehr deutlich gestärkt würden.

Der Weg des DDR-Sportfunktionärs in die Position des AIBA-Generalsekretärs dauerte fast ein Jahrzehnt. Ewald hatte bereits 1977 intern gefordert, den Niederländer Hans Hoffman als Präsidenten der Europäischen Boxsportföderation (EABA) abzuwählen und durch Wehr zu ersetzen. <sup>33</sup> Letzteres gelang zwar auf europäischer Ebene nicht, schließlich aber im Weltverband des Boxsports (AIBA). So wurde Adidas zum unmittelbaren Steigbügelhalter für die Durchsetzung zentraler sportpolitischer Interessen der SED. Die Sportdisziplin Boxen war für die SED wegen der sicheren Medaillenaussichten bei Olympiaden von herausragender Bedeutung. Horst Dassler und seine sportpolitische Abteilung dürften dies in ihre Strategie einbezogen haben.

Horst Dassler war sich durchaus darüber im Klaren, dass seine sportpolitischen Aktivitäten insbesondere im Ostblock großes Interesse bei den Geheimdiensten erregen mussten. Immerhin bestärkten Wanzenfunde in Herzogenaurach diese Vermutungen. Dassler führte einen Wanzendetektor mit sich und forderte seine leitenden Mitarbeiter dazu auf, bei Reisen irreführende Dokumente mit sich zu führen. Durch wohlkalkulierte Aussagen am Telefon oder hektische Autofahrten kreuz und quer durch Moskau suchte er selbst Verwirrung unter potenziellen Geheimdienstlern zu stiften.<sup>34</sup> Während der Olympiade in Moskau belauschten die Sowjets Horst Dassler, als er sich über Christian Jannette äußerte. Jannette, vormals Protokollchef der Münchner Olympiade, war seit 1973 Dasslers Assistent, der gegenüber der DDR-Passkontrolle als Beruf »Directeur des Relations extérieures Adidas« angab, übersetzt »Direktor für Außenbeziehungen«. Jannette war nach Aussage von Barbara Smit »einer der gewieftesten Lobbyisten«, den Dassler für sich gewann. 35 Von der UdSSR war er immerhin mit einer uneingeschränkten Reisegenehmigung für das ganze Land ausgestattet und Frankreich hatte ihn als Olympic attaché der Delegation für die Spiele in Moskau 1980 ernannt. Dassler äußerte nun in Moskau beiläufig, ihm sei »nicht bekannt, für welche Geheimdienste der JANNETTE, Christian, Jean alles arbeitet«, wie die sowjetischen Freunde umgehend der DDR-Staatssicherheit mitteilten. 36 Der gewitzte Franke hatte die Geheimdienste erfolgreich vorgeführt.

#### Baden-Baden

Zum Ausgangspunkt für einen Paradigmenwechsel der DDR in Sachen Kommerzialisierung wurde 1981 die Tagung des Olympischen Kongresses in Baden-Baden. Doch zunächst deutete nichts dergleichen darauf hin. Manfred Ewald, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der DDR und des DTSB, geißelte in seinem Vortrag die zunehmende Kommerzialisierung und Professionalisierung des Sports.<sup>37</sup> »Mit der Verwandlung der Sportler zu lebenden Litfaßsäulen, zu laufenden und springenden Werbespots werden die Sportler in ihrer Persönlichkeit diskriminiert«, glaubte Ewald. 38 Damit nahm er ein altes Sprachbild des bundesdeutschen NOK-Präsidenten Willi Daume auf. 39 Gesponsert werden sollten nur Sportvereine, nationale und internationale Sportverbände, nicht aber die Sportler selbst. Mit seinem Vorschlag versuchte Ewald, das Staatsmonopol im DDR-Sport in den zumeist positiv konnotierten Bereich des Amateursports zu rücken, ohne diesen direkt zu erwähnen. 40 Letztlich war es eine Gespensterdebatte. Denn die hauptberuflichen DDR-Sportler hatten zumeist längst selbst erkannt, dass es praktisch keine Amateure im DDR-Spitzensport gab. Welche Linie Ewald und seine Sportfunktionäre tatsächlich verfolgten, wird am Beispiel der Olympia-Disziplin Boxen deutlich. Um die gefürchtete Konkurrenz auszuschalten, müsse erreicht werden, dass »den Profis der Zugang zu den Olympischen Spielen im Boxen verwehrt wird«, so die interne Zielstellung des Deutschen Boxverbandes der DDR. <sup>41</sup> Hier musste die DDR deren Training und technische Ausstattung unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten sowie deren hoch motivierten Kampfeswillen fürchten, der nicht zuletzt durch hohe Start- und Siegesprämien befördert wurde. Verhindert werden konnte dies freilich nur durch Einflussnahme auf Entscheidungen des AIBA-Kongresses beziehungsweise bei entsprechenden Abstimmungen.

Am Rande des XI. Olympischen Kongresses in Baden-Baden kam es am 22. und 28. September 1981 zu denkwürdigen Gesprächen. Die Genossen Manfred Ewald und sein engster Weggefährte Günther Heinze trafen auf Adidas-Chef Horst Dassler. Dassler vermochte Ewalds Haltung zur Frage der Kommerzialisierung und Professionalisierung nicht verstehen, zeigte sich aber anerkennend zum philosophischen Standpunkt. Längst schon ließen sich Fußballspieler der Ungarischen Volksrepublik, Tennisspieler der ČSSR oder Fußballspieler der Sowjetunion für ihr Spiel bezahlen und gingen keiner beruflichen Tätigkeit nach, so Dassler. Die DDR werde ihre Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern nicht durchsetzen können, da diese schon zu weit in die Kommerzialisierung verstrickt seien.

Geschickt bezog sich Horst Dassler auf den Vortrag von Ewald: Im Westen seien uneigennützige Zuwendungen ohne Auflagen zur Finanzierung des Sports durch Sponsoren durchaus möglich. Damit knüpfte er an die Forderung Ewalds an, wonach die Sportler nicht individuell gesponsert werden sollten. Offensichtlich zur Beruhigung der Sportfunktionäre merkte Dassler an, er habe groß angelegte Werbekampagnen nicht nötig, da seine Produkte auf dem Markt eingeführt seien.

Irritierend die Reaktion von Ewald. Als habe er nur auf eine derartige Argumentation gewartet, notierte er sich daraufhin: »Möglichkeiten: [...] Abschluß von Verträgen zwischen dem DTSB und kapitalistischen Firmen hinsichtlich der Verwendung von deren Sportbekleidung und Ausrüstungsgegenständen mit Marken- bzw. Firmenzeichen durch Sportler der DDR, wofür diese Firmen an den DTSB zu vereinbarende Summen zu zahlen haben.«42 Einen Monat nach Baden-Baden legte Heinze ein Positionspapier zur »Werbung am Mann« vor und gelangte zu einem erstaunlichen Ergebnis. 43 Der DTSB sollte Markenzeichen auf importierter Sportkleidung akzeptieren und die sich daraus ergebenen ökonomischen Vorteile nutzen. Im Übrigen seien Markenzeichen gar keine Werbung. Heinze definierte: »Zur ›Werbung am Mann‹ rechnet nicht [letztes Wort im Original unterstrichen], das Tragen anerkannter Warenzeichen der Herstellerfirma auf der Sportbekleidung und –ausrüstung [...] – z.B. Germina-Warenzeichen [DDR-Produkt] auf der Skiunterseite, Adidas-Warenzeichen an Sportbekleidung, Aufschrift der Herstellerfirma an Boxhandschuhen usw. Hier kann man davon ausgehen, daß es sich um eine bereits weltweit praktizierte und anerkannte Praxis handelt – auch bei den Olympischen Spielen (siehe Moskau, einschl. Jury und Kampfrichter/Arena) -, die mit der bisherigen Regel 26 der Olympischen Charta zu vereinbaren ist.«<sup>44</sup> Doch so gänzlich wollte sich der DTSB nicht in die Hände des Sportartikelherstellers begeben. Das Warenzeichen mit den drei Blättern und die drei Streifen würden akzeptiert, nicht aber der Schriftzug. Daneben fürchtete Heinze im politisch-ideologischen Bereich Ungemach. Unter den Sportlern könnte der Eindruck entstehen, es würden bewährte marxistisch-leninistische Prinzipien aufgegeben und die Bevölkerung könnte die Importe als Devisenverschwendung missdeuten. Eine Lösung für diese Probleme bot er nicht an.

Im November 1981 verfassten Manfred Ewald, Thomas Köhler, ehemaliger Leistungssportler im Rennschlitten und Mitglied der DTSB-Präsidiums, und Günther Heinze auf der Grundlage des Gespräches in Baden-Baden ein Strategiepapier und legten es dem ZK-Sekretär Verner vor. Die Genossen beklagten zunächst, dass der Kongress keine Empfehlungen zu

Fragen des »notwendigen Kampfes gegen den kommerziellen Mißbrauch des Sports und der schnell voranschreitenden Professionalisierung« aussprach, obwohl von Rednern gefordert. Und: Es sei festzustellen, dass die DDR in dieser Frage selbst unter Freunden keine Verbündeten mehr fände und sogar in Isolierung zu geraten drohe. Das Trio hielt an den bisherigen sportpolitischen Positionen der DDR grundsätzlich fest, schlug aber gegenüber Verner eine Öffnung des DDR-Sports für Werbeverträge vor, um die wachsenden Devisenausgaben bedienen zu können. So fanden die Argumente von Horst Dassler Eingang in die Sportpolitik der DDR.

#### Der Vertrag

Am 26. Mai 1982 traf in der Adidas-Zentrale im bundesdeutschen Herzogenaurach Franz Rydz, Vizepräsident des DTSB der DDR, ein. Rydz war kein Unbekannter im Hause Adidas. Als Rydz am nächsten Tag wieder abfuhr, hatte er vom Adidas-Geschäftsführer Alfred Bente das Angebot für einen Werbevertrag in der Tasche. Noch im gleichen Jahr unterzeichneten Adidas und der DTSB den Vertrag. Die Sportfunktionäre verpflichteten sich, dass alle Sportler von 14 einzeln aufgeführten Sportverbänden der DDR »bei allen offiziellen internationalen Wettkämpfen einschließlich der Olympischen Spiele, Welt- und Europameisterschaften, Spiel und Wettkämpfe um Welt- und Europapokale und internationale Begegnungen ausschließlich Sportartikel tragen und benutzen, die von Adidas [...] geliefert werden«. 46 Die Firma Adidas sicherte sich das Recht, mit Sportlern der A-Mannschaften der DDR zu werben. Ein seltsam anmutender Nachsatz im Vertrag sollte offensichtlich Vorbehalte der DDR-Sportfunktionäre zerstreuen: durch die Werbung dürfe der Status des Amateursportlers nicht verletzt werden. In diesem Punkt war die DDR empfindlich. Einer Werbekampagne seitens Adidas bedurfte es allerdings kaum. In jeder Fernsehübertragung, auf jedem Pressefoto mit Sportlern waren die Markenzeichen des Herstellers auf Schuhen und Kleidung unübersehbar.

Doch so ganz einig war sich die SED-Führungsspitze indes nicht. Rudolf Hellmann (1926–2005), ZK-Abteilungsleiter Sport und zeitweilig aussichtsreicher Nachfolgekandidat für den NOK-Posten Manfred Ewalds, warnte ZK-Sekretär Paul Verner vor Unterzeichnung des Vertrags. Danach dürfe »kein Sportler mehr unsere Einlaufschuhe Zeha oder Germinaprodukte tragen«. <sup>47</sup> Tatsächlich hatte Adidas in den Globalvertrag einen Passus eingefügt, nach dem die DDR-Sportler bei praktisch allen relevanten Wettkämpfen ausschließlich Adidas-Produkte tragen mussten. Jähr-

lich 300000 D-Mark sollten beim Kauf der Adidas-Bekleidung verrechnet werden, der DTSB weiterhin 600000 D-Mark bar kassieren. Bei ihrem Treffen in der Zentrale des Sportartikelherstellers vereinbarten der sozialistische Sportfunktionär und die kapitalistische Geschäftsleitung mündlich strengstes Stillschweigen. 48 IM »Möwe« mit direktem Zugang zur Adidas-Leitung und offenbar auch zum konkurrierenden Familienunternehmen Puma hatte aber weitergehende Vorstellungen, wie die DDR zu mehr Geld gelangen könnte. Leitende Mitarbeiter von Puma zeigten Unverständnis darüber, dass sich die DDR auf Adidas festlege. »Puma« wäre sofort bereit, gleiche bzw. günstigere Bedingungen als ›adidas‹ der DDR zu bieten.«<sup>49</sup> Warum die DDR auf diese Offerte nicht ansprang, ist nicht bekannt. 1983 erbat Paul Verner, Mitglied des Staatsrats und Vorsitzender des Volkskammer-Ausschusses für Nationale Sicherheit, beim Generalsekretär Erich Honecker die Zustimmung zu einem neuen Vertrag mit Adidas über jährlich 1,8 Millionen D-Mark. Honecker zeichnete wie üblich mit »Einverstanden« ab. 50 1989 wurde der Adidas-Vertrag mit einer Gesamtsumme in Höhe von 2,8 Millionen D-Mark einschließlich Materiallieferungen für vier Jahre verlängert.<sup>51</sup>

Gleichwohl bedurfte es in der DDR einer öffentlich verwendbaren Argumentation, warum die A-Mannschaften der DDR nunmehr westliche Sportkleidung trugen. Ohne jegliche politisch-ideologischen Argumentation wurden vom Büro Verner zumeist technisch-organisatorische Aspekte zusammengetragen, etwa Qualitätsfragen der Westprodukte oder Fragen der Forschungs- und Produktionskapazitäten, die in der DDR zu schonen seien. Im Übrigen »haben wir bereits in der Vergangenheit für unsere Nationalmannschaftskader in einigen Sportarten Wettkampfbekleidung und -ausrüstungen von der Firma ›adidas‹ ohne Firmenschild bezogen. [...] Solche Verträge mit Sportartikelfirmen sind bereits alle Länder, darunter auch die sozialistischen Länder, seit Jahren eingegangen.«<sup>52</sup>

Mittlerweile zeigte die DDR seltsame Parallelwelten: Während der DTSB mit Rückendeckung von Erich Honecker den Adidas-Deal längst eingefädelt hatte und die SED sukzessive West-Werbung im Sportbereich zuließ, erfuhr die Bevölkerung nichts Offizielles und stellte verwundert Fragen. Die Partei- und Staatsführung musste daraufhin nachsteuern und verwies – nach jahrelanger Verzögerung – in ihren Begründungen auf gleichartige Entwicklungen in den sozialistischen Bruderstaaten (1988). Während Ostberlin weitere Werbeverträge mit dem Westen vorbereitete, trafen sich die Stasi-Minister Mielke und Tschebrikow und beschlossen einen Plan zur Aufklärung und Bekämpfung von ISL, Adidas und NOC (1986). Während die A-Mannschaften der DDR bereits seit Jahren in

Westkluft aufliefen, wetterte ZK-Abteilungsleiter Sport Rudolf Hellmann vor Parteigenossen gegen die imperialistischen und profitgierigen Sportartikelhersteller Puma und Adidas (1987).

In diesem Fall verschwieg Hellmann wider besseren Wissens, dass Adidas wiederum eine ergiebige Profitquelle für den DDR-Sport war. Am Ende des mehrstündigen Vortrags vor Mitarbeitern für Sportfragen bei den Bezirksleitungen der SED, des DTSB und Parteisekretären, fasste Hellmann zusammen: »Das beste Argument waren, sind und bleiben höchste Leistungen unserer Sportler und die der anderen sozialistischen Länder, mit denen die Überlegenheit unserer Gesellschaftsordnung weltweit dokumentiert wird, und um das Erreichen und Sichern dieser Leistungen geht es in erster Linie.«<sup>53</sup> Die um jeden Preis herbeigeführten Sporterfolge sollten der DDR zur Weltgeltung verhelfen. Ewald hatte es vormals – mit Blick auf die Olympiade in Moskau – noch kürzer gefasst: Nur Medaillen zählen.<sup>54</sup>

Die Stasi beobachtete die Diskussion um Fragen der Kommerzialisierung und Professionalisierung mit Argwohn. In einer Information der MfS-Bezirksverwaltung Schwerin an die Partei fasste der Geheimdienst die Tendenzen in der Art eines Stimmungsberichtes zusammen, bezog sich auf sachkundige Trainer und Sportfunktionäre. Leistungssportler im Sportclub »Traktor« Schwerin, eine der Medaillenschmieden des DDR-Sports, hätten detaillierte Kenntnisse über Startgelder und Siegprämien in anderen Ländern. Das MfS merkte an: »Meinungen gehen auch in die Richtung, daß sich mit einer höheren finanziellen Stimulierung die Leistungen unserer Amateure auf Grund dieser zusätzlichen Motivation noch verbessern würden.«55 Weiterhin gäbe es Befürchtungen, dass die Vorbereitungen nach der Nichtteilnahme der DDR an der Olympiade 1984 erneut vergeblich sein könnten. Für die eigene operative Ausrichtung leitete das MfS erhöhte Sicherheitsrisiken bei Aufenthalten der Leistungssportler im nichtsozialistischen Ausland ab, insbesondere bei der Geheimhaltung von Staatsgeheimnissen im DDR-Sportwesen.

In Anbetracht leerer Staatskassen zählten insbesondere Devisen, um Sportlern wie auch unterstützenden Fans die Reisen finanzieren zu können. DDR-Finanzminister Ernst Höfner (1929–2009) schlug Politbüromitglied Günter Mittag 1988 vor: »Die erforderlichen Valutamittel werden durch den Abschluss zusätzlicher Werbeverträge mit kapitalistischen Sportartikelfirmen finanziert. Die Höhe der Mittel, die daraus für Reisen zur Verfügung gestellt werden, wird jeweils jährlich nach Abstimmung zwischen dem Minister für Außenhandel, dem Präsidenten des DTSB und dem Minister der Finanzen festgelegt«. <sup>56</sup> Die nationale Vermarktung westlicher Werbung im Wege der Bandenwerbung als auch die der Startnummern steuerte der

DDR-Außenhandelsbetrieb Interwerbung. Allein 1987 wurden so 960 000 Valuta-Mark erwirtschaftet. Im Juli 1988 erklären Neues Deutschland und das Organ des DTSB, Deutsches Sportecho, ihren Lesern, was schon zu Nachfragen irritierter Bürger führte: Warum werde bei Sportveranstaltungen der DDR für westliche Produkte geworben, die hier nicht einmal zu erhalten sind?<sup>57</sup> Dabei ging die Werbung längst über Sport-und Freizeitkleidung hinaus. Bandenwerbung machte auf italienische Süßwaren und Wermut, amerikanische Computer oder Fotoprodukte eines internationalen Konzerns aufmerksam.<sup>58</sup> »Wir unterscheiden deutlich zwischen den nützlichen Seiten der Kommerzialisierung einerseits und dem kommerziellen Mißbrauch des Sports andererseits«, zitierten sich die DDR-Medien gegenseitig und fassten beruhigend zusammen: »Den Gewinn hat unser Land.«<sup>59</sup> Auch materielle Vorteile für erfolgreiche DDR-Sportler waren nun offiziell nicht mehr tabu. NOK-Vize Rudolf Hellmann hielt sie plötzlich für statthaft. Sie »füllen im modernen Profisport, der Olympia langsam aber sicher erobern wird, eine speziell in der DDR entstandene Lücke«.60

#### **Schluss**

Mit ihrer vordergründigen Wertediskussion um die Kommerzialisierung des Sports fand die SED im sozialistischen Lager zuletzt kaum noch Gehör. Andererseits standen sich scheinbar unvereinbar die Gegensätze von marktwirtschaftlicher Gewinnmaximierung bundesdeutscher Sportartikelhersteller und die sozialistische Chimäre des »Staatsamateurs« gegenüber. Dennoch kam es zu einer deutsch-deutschen Verflechtung. Ein Globalvertrag mit dem Klassenfeind führte dazu, dass die DDR zu einem Adidas-Land wurde. Hauptakteure waren Horst Dassler, der »Erfinder der modernen Sportkorruption«<sup>61</sup> und Manfred Ewald, altgedienter Gewährsmann der Ostberliner Machthaber für sportliche Spitzenleistungen und weltweiter Anerkennung der DDR. Der Eine setzte seine sportpolitische Gruppe zur Profitmaximierung ein, der Andere setzte als sozialistischer Sportfunktionär rücksichtslos und mit allen Mitteln die sportlichen Erfolge der Staatsamateure zum Ruhme der SED durch. Letztlich unterzog Ewald das Angebot von Horst Dassler einer Kosten-Nutzen-Analyse und erblickte einen interessanten Doppeleffekt in gleich zwei ausgeprägten Mangelbereichen: Devisen und Sportkleidung. Dassler darf als Strategie unterstellt werden, dass er langfristig den Sport- und Freizeitmarkt der DDR für sich gewinnen wollte. Gleichzeitig spitzte sich in der DDR die Versorgungslage bei Sportschuhen geradezu dramatisch zu. Das DDR-Ministerium für

Handel und Versorgung konstatierte, dass 1982 der Bedarf an Sportschuhen nur zu einem Drittel gedeckt werden konnte und sich für 1983 ein weiterer Produktionsrückgang abzeichne. In dieser Situation versprach die Gestattungsproduktion, das heißt die Produktion eines Schuhmodells von Adidas mit produktionstechnischer Unterstützung des bundesdeutschen Schuhherstellers Salamander, Abhilfe. Bei solchen Arrangements nutzten westdeutsche Unternehmen das niedrige Lohnniveau in der DDR.<sup>62</sup> Der Großteil der Waren wurde in den Westen geliefert, ein kleinerer Teil konnte in den »Exquisit-Läden« von DDR-Bürgern gekauft werden. Im Februar 1983 fassten das Politbüro und der Ministerrat einen »Exquisit-Beschluss«. Mit importierten bundesdeutschen Maschinen und Materialien sollte der erhöhte Sportschuhbedarf in der Bevölkerung bedient werden. Das MfS begleitete das Sondervorhaben »Sportschuhe« im Kombinat Schuhe Weißenfels mit einem IM in Schlüsselposition. 63 1985 schloss Adidas mit dem DDR-Unternehmen »Exquisit« einen Vertrag über die Lieferung von Freizeitkleidung und Turnschuhen im Wertumfang von einer Million D-Mark jährlich ab<sup>64</sup>, 1987 vereinbarte die DDR mit Adidas eine Gestattungsproduktion für sportliche Freizeitbekleidung, die ausschließlich für die Versorgung der Bevölkerung bereitgestellt werden sollte.<sup>65</sup> Mit Verkaufspreisen von bis zu 200 DDR-Mark waren Sportschuhe aus Gestattungsproduktion gemessen am üblichen dreistelligen Monatseinkommen der Bürger dennoch kaum erschwinglich. 66 An original westliche Sportartikel zu gelangen, blieb zumeist eine unerfüllte Sehnsucht.

Der gescholtene Sportfreund Hermann Sack in Neuhaus an der Elbe dürfte sich in den 1980er Jahren verwundert die Augen gerieben haben bei so viel »Adidas« im Frontstaat DDR. Bei der Abstimmung im BSG-Vorstand Traktor Neuhaus und DTSB über seinen Ausschluss konnten sich die Hardliner jedenfalls nicht durchsetzen, denn Sack hatte durchaus Befürworter. Am Ende stimmte eine hauchdünne Mehrheit für seinen Verbleib <sup>67</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, 21.11.1980, Bundesarchiv (BA), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO), DY 30/IV 2/2.036/24 [Büro Paul Verner], Bl. 170–207, hier 188.
- 2 Vgl. Hans Leske, Erich Mielke, die Stasi und das runde Leder. Der Einfluß der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Fußballsport in der DDR, Göttingen 2004, S. 231–232.

- 3 Vgl. Günther Wonneberger, Geschichte des DDR-Sports, Berlin 2002, S. 296.
- 4 Vgl. Artikel über Hermann Sack im Hagenower Kreisblatt: 7.11.1991 (Geburtstag); 6.11.2001 (Dem Sport verbunden); 24.4.2011 (Zum Tod); 24.2.2014 (Ehrung).
- 5 Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen (BStU), Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Bezirksverwaltung (BV) Schwerin, Kreisdienststelle (KD) Hagenow, ZMA 3083-1.
- 6 Turnverein von 1860 Neuhaus (Hg.), Festschrift zum 150. Jahrestag der Gründung des Turnvereins von 1860 Neuhaus/Elbe e.V., Neuhaus 2010, S. 155.
- 7 Ausschluss des Sportfreundes Herrmann Sack aus dem DTSB der DDR (BSG »Traktor« Neuhaus an den DTSB Hagenow), 27.1.1979, BStU, MfS, HAXX 651, Bl 13–14
- 8 Herman Sack jun. merkt hierzu an: »Soweit mir bekannt ist, haben die Sportler die Anzüge nicht zurückgeben müssen, nur das Tragen bei offiziellen Sportveranstaltungen etc. wurde untersagt.« Email an Peter Boeger am 15.4.2015.
- 9 Informationsbericht über Vorkommnisse in der BSG »Traktor« Neuhaus (vom DTSB Kreisvorstand Hagenow), 26.1.1979, BStU, MfS, HAXX 651, Bl. 17–23, hier 20.
- 10 Vermerk (Hauptabteilung XX), 18.11.1981, BStU, MfS, ZAIG 26293, Bl. 53-63, hier 62.
- 11 Vgl. Gunter Holzweißig, Diplomatie im Trainingsanzug, München, Wien 1981, S. 118 f.
- 12 Auszug aus Informationsbericht EM [Europameisterschaft] der LA [Leichtathleten] 1966 Budapest (Quelle: GI »Technik«), o.D., BStU, MfS Teilablage A 637/79, T. II/1, Bl. 35 36.
- 13 A. Hetz, in: Der Spiegel, 14.2.1972, S. 86 f.
- 14 Vgl. BStU, MfS, HAXX 14749, Bl. 86f.
- 15 Vgl. OV »Puma«, BStU, MfS, Gera X 586/86.
- 16 Vgl. BStU, MfS, AOP 16415/89, Bd. 4.
- 17 Plan für die Zusammenarbeit zwischen Hauptabteilung XX des MfS der DDR und der V. Verwaltung des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR für den Zeitraum 1986–1990, o. D. (1986), BStU, MfS Abt. X 1834, Bl. 1–15 (deutscher Textteil), hier Bl. 1.
- 18 Ebd., Bl. 13.
- 19 Die Adidas-Firmentochter ISL (International Sport and Leisure AG) ist jüngst wieder in die Schlagzeilen geraten, obwohl sie bereits im Jahr 2001 implodierte. Die Marketingagentur ISL war zuletzt die »Schmiergeld-Agentur« der FIFA. Sie bezahlte gewaltige »Provisionen« an Fifa-Exekutivkomitee-Mitglieder und erhielt dafür die Vermarktungs-Rechte der Fußball-Weltmeisterschaften. Eine Strafuntersuchung in der Schweiz deckte auf, dass die ISL dafür rund 138 Millionen Franken bezahlte. Vgl. Johannes Aumüller und Thomas Kistner, Begrenzung der Restlaufzeit, in: Süddeutsche Zeitung, 10.6.2015, http://www.sueddeutsche.de/sport/fifa-begrenzung-der-restlaufzeit-1.2515522, letzter Zugriff am 11.6.2015; Gerhard Hegmann, Was Adidas und Sepp Blatter über Jahrzehnte verband, in: Die Welt, 3.6.2015, http://www.welt.de/wirtschaft/article141884905/Was-Adidas-und-Sepp-Blatter-ueber-Jahrzehnte-verband.html, letzter Zugriff am 11.6.2015.

- 20 Vgl. BStU (Hg.), MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht (Reihe A, Nr. 1/94, Dokumente), Berlin 1994.
- 21 Treffbericht (IMS »Technik«), 23.3.1970, BStU, MfS, Teilablage A 637/79, T. II/1, Bl. 118–122, hier 120.
- 22 Bericht des IMV »Technik« (Einzelblatt aus dem Bericht ohne weiteren Vorgang, handschriftlich vermerkt: 3.3.77), BStU, MfS, HAXX 651, Bl. 10.
- 23 Vgl. Treffbericht (IMV »Technik«), 20.3.1972, BStU, MfS, Teilablage A 637/79, T. II/1, Bl. 257–262, hier 260 und 262.
- 24 Vgl. Treffbericht (GI »Technik«), 29.1.1968, BStU, MfS, Teilablage A 637/79, T. II/1, Bl. 68–70, hier 69.
- 25 Vgl. Barbara Smit, Die Dasslers. Drei Streifen gegen Puma, Bergisch Gladbach 2007, S. 137.
- 26 Hans Modrow, In historischer Mission. Als deutscher Politiker unterwegs, Berlin 2007, S. 47.
- 27 Abschrift IM-Bericht. Ergänzungen zum Bericht Chowdhry, 19.6.1985, BStU, MfS, HAI, AIM 15825/89, Bd. 8, Bl. 142–144, hier Bl. 142.
- 28 Gemeint ist die ISL. Wahrscheinlich handelt es sich um einen phonetischen Übermittlungsfehler. Anlage zum Treffbericht IMS »Hans« am 1.4.1986, 3.4.1986, BStU, MfS, HA 15260, Bl. 14–18, hier 17.
- 29 Vgl. Günter Förster, Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS (Hg. BStU, Reihe A: Dokumente Nr. 1/1998), Berlin 1998, S. 368.
- 30 Tonbandabschrift des Berichtes IMB »Möwe«, 5.3.1987, BStU, MfS, HAI, 15825/89, Bd. 9, Bl. 204–205, hier 205.
- 31 Vgl. Schatztruhe geöffnet, in: Der Spiegel, 15.7.1996, S. 140 f.
- 32 Betr. Zusammenfassender Bericht AIBA-Wahlen 1986, 21.1.1987 (IM »Möwe«), BStU, MfS, HAI, 15825/89, Bd. 9 Bl. 177-188, hier 184.
- 33 Vgl. Treffbericht (IMV »Möwe«), 9.6.1977, BStU, MfS, HAXX 14066, Bl. 2-5, hier 5.
- 34 Vgl. Barbara Smit, Die Dasslers (Anm. 25), S. 179.
- 35 Barbara Smit, Die Dasslers (Anm. 25), S. 137. Vgl. auch Andrew Jennings, Even More Foul! The Story Of FIFA Corruption, 2014, S. 16 f.
- 36 Angaben d.[er] Freunde zur Vervollständigung u.[nd] zum Verbleib, o.D. (1980), BStU, MfS, HAXX 14749, Bl. 213–214.
- 37 Vgl. Hans-Dieter Krebs, XI. Olympischer Kongreß in Baden-Baden, in: Deutschland Archiv 11 (1981), S.1133–1136.
- 38 Diskussionsbeitrag des Präsidenten des NOK der DDR, Manfred Ewald, auf dem Olympischen Kongreß in Baden-Baden, SAPMO-BA DY 30/IV 2/2.036/33 (4 Seiten).
- 39 Vgl. Peter Sartorius, Daumes vergeblicher Kampf gegen die wandelnden Litfaßsäulen, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.1974, S.9.
- 40 Vgl. Diskussionsbeitrag Manfred Ewald auf dem XI. Olympischen Kongreß in Baden-Baden (Anm. 37).
- 41 Konzeption für den XI. Kongreß vom 22.-28.11 1986 in Bangkok/Thailand (des DBV [Deutscher Boxsport-Verband] der DDR), 25.10.1985, BStU, MfS, HAI, AIM 15825, Bd. 9, Bl. 107–113, hier 108.

- 42 Manfred Ewald, Probleme, die sich aus dem Olympischen Kongreß in Baden-Baden ergeben (Grundlage für eine Aussprache), 16.11.1981, SAPMO-BA DY 390/IV 2/2.036/33, Bl. 148–157, hier 155.
- 43 Positionspapier zur »Werbung am Mann« (DTSB der DDR Sekretariat Heinze), 28.10.1981, BStU, MfS, HAXX 15260, Bl. 5-11.
- 44 Ebd., Bl. 7.
- 45 Vermerk (HAXX), 18.11.1981, BStU, MfS, ZAIG 26293, Bl. 53-63, hier 54.
- 46 Vertrag zwischen ADI Dassler KG und Bundesvorstand des DTSB der DDR, 1982, SAPMO-BA DY 30/IV 2/2.036/22. o. Pag.
- 47 SED-Hausmitteilung, ZK-Abteilung Sport (Hellmann an Verner), 2.6.1982, SAPMO-BA DY 30/IV 2/2.036/22, o. Pag.
- 48 Information über Verhandlungen mit der Leitung der Firma ADIDAS (von Franz Rydz), 1.6.1982, SAPMO-BA DY 30/IV 2/2.036/22. o. Pag.
- 49 Anlage zum Treffbericht IMB »Möwe«. Situation in der Leitung der Sportartikelfirmen der BRD »Puma« und »adidas«, o.D. (1984) BStU, MfS HAXX 9810, Bl. 6.
- 50 Vgl. Zentralkomitee, Hausmitteilung (Paul Verner an Erich Honecker), 3.11.1983, SAPMO-BA DY 30/IV 2/2.036/22. o. Pag.
- 51 Problemkatalog Ministerium für Außenhandel, o.D. (1988), BStU, MfS, HA XVIII 8783, Bl. 4.
- 52 Argumentation zur Ausrüstung von DDR-Nationalmannschaften ausgewählter Sportarten mit Wettkampfbekleidung und -ausrüstung der Firma »adidas«, o.D., SAPMO- BA DY 30/IV 2/2.036/22. o. Pag.
- 53 Beratung Mitarbeiter für Sport bei den BL [Bezirksleitungen] der SED (Rudolf Hellmann),15.1.1987, SAPMO-BA DY 30/4990, Bl. 393–458, hier 453.
- 54 Kurzinformation über eine Beratung mit dem Vorsitzenden der LSK [Leistungssportkommission] am 2.3.1977 (IMV »Technik«), BStU, MfS, Teilablage A 637/79, Bd. 2, Bl. 247–249, hier 247.
- 55 Information über Tendenzen der Kommerzialisierung in den Sportarten Boxen, Volleyball und Leichtathletik des internationalen Leistungssportes, 4.4.1986, BStU, MfS, HAXX 215, Bl. 3–8, hier 5.
- 56 Entsendung von Reisegruppen zu bedeutenden internationalen Sportveranstaltungen im Ausland (Ernst Höfner an Günther Mittag), 27.9.1988, BStU, MfS, HA XVIII 8783, Bl. 8–9, hier 9.
- 57 Antwort auf Leserfrage: Wie steht es um die Werbung? in: Neues Deutschland, 23./24. Juli 1988, S.15.
- 58 Vgl. Neues Weltbild, in: Der Spiegel, 8.8.1988, S. 132.
- 59 ADN-Information. DDR bekennt sich erstmals zur Sport-Kommerzialisierung »Den Gewinn hat unser Land« Westliche Bandenwerbung bei Titelkämpfen erklärt (Nur zur Information. Interne Dienstmeldung), 25.7.1988, BStU, MfS, HAXX 16964, Bl. 24–25, hier 25. Vgl. Hans-Dieter Krebs, Sportpolitische Irritationen und Umorientierungen, in: Deutschland Archiv (1988) 9, S. 922–924.
- 60 ADN-Information (Nur zur Information. Interne Dienstmeldung). dpa-Korr. Hans-Rüdiger Bein: DDR mit Siegeswillen wie nie zuvor, 5.9.1988, BStU, MfS, HA XX 16964, Bl. 32–34, hier 32.

- 61 Vgl. Oliver Fritsch, Adidas. Die Erfinder der modernen Sportkorruption, in: ZEIT online vom 21.5.2014, http://www.zeit.de/sport/2014-05/adidas-bayern-muenchen-dfb-hainer, letzter Zugriff am 3.3.2015.
- 62 Vgl. auch Tobias Wunschik, Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1979–1989). Reihe Analysen und Dokumente des BStU, Bd. 37, Göttingen 2014.
- 63 Information über gegenwärtige Probleme mit Sport- und Freizeitschuhen (Minister für Handel und Versorgung), 3.3.1983, BStU, MfS, HAXVIII,17327, Bd. 2, Bl. 116–124. Operative Information Sondervorhaben »Sportschuhe« (Abteilung XVIII/A, BV Halle), 2.4.1983, BStU, MfS, HAXVIII, 17327, Bd. 2, Bl. 125–126.
- 64 Information der KP [Kontaktperson] »Werner«, 16.2.1984, BStU, MfS, HAXX 9810, Bl. 1–7.
- 65 Amt für Preise. Information über die Vorbereitung weiterer Gestattungsproduktionen bei Sportschuhen, Miederwaren und Badekleidung, sportliche Freizeitbekleidung und Untertrikotagen mit NSW-Konzernen [Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet], 6.4.1987, BStU, MfS, HAXVIII 26574, Bl. 77.
- 66 Marlies Menge, »Da tauchen wir ein paar Stunden in die westliche Welt«. Was sie drüben kaufen können, was sie sich wünschen, in: Die Zeit, 14.12.1984, S.7.
- 67 Hermann Sack jun., Email an Peter Boeger vom 9.1.2015. Abstimmungstermin ist heute unbekannt.



Franz Josef Strauß im Oktober 1966.

#### Enrico Brissa

### Dokumentation: Zu einer möglichen Spionagetätigkeit von Franz Josef Strauß für das Office of Strategic Services (OSS)

Vor hundert Jahren wurde Franz Josef Strauß geboren. Aus diesem Anlass erinnern zahlreiche Publikationen an diesen deutschen Ausnahmepolitiker. »FJS« ist nach wie vor fest im öffentlichen Bewusstsein verankert. Dies liegt neben seinen politischen Leistungen und der Vielfalt seiner Wirkungsfelder wohl auch an der starken Polarisierung, in der sich die Rezeption seines politischen Handelns vollzog und vollzieht. Diese Polarisierung wurde durch zahlreiche Affären und Skandale, aber auch durch seine streitbare Persönlichkeit begünstigt.

Neu entdeckte Akten des vormaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und des Bundesnachrichtendienstes enthalten bislang unbekannte Hinweise auf eine mögliche nachrichtendienstliche Verbindung von Strauß zu den USA. Zur Überprüfung dieser Hinweise auf eine Spionagetätigkeit stellt Enrico Brissa die von ihm entdeckten wichtigsten fünf Dokumente vor und unterzieht sie einer historisch-kritischen Überprüfung.

#### I. Einleitung

In den beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) verwahrten Aktenbeständen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) finden sich bislang unbekannte Hinweise darauf, dass Franz Josef Strauß als Soldat der Wehrmacht für den amerikanischen Militärgeheimdienst OSS tätig gewesen sei. Wie sich aus den in dieser Dokumentation auszugsweise abgedruckten Unterlagen ergibt, soll Strauß dem OSS geheime Informationen über die Luftverteidigung einiger süddeutscher Städte, darunter Würzburg, übergeben haben.

Wäre dies zutreffend, müssten wichtige Kapitel der Deutschen Zeitgeschichte überdacht werden. Eine nicht bekannt gewordene nachrichtendienstliche Tätigkeit eines später in höchste Führungspositionen gelangten Politikers würde sicher von einer vielfältigen politischen Relevanz sein. Und zwar weit über ein etwaiges Erpressungspotential hinaus. Bedenkt man ferner die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des Nachkriegspolitikers Strauß zu den USA, muss dies umso mehr gelten. Weiterhin wird die herausragende politisch-historische Relevanz für einen bayerischen Politiker auch daran erkennbar, dass es um die Luftverteidigung von Würzburg geht, das bekanntermaßen Ziel verheerender Luftangriffe wurde. Schließlich erschiene auch das Verhältnis von Strauß zur Wehrmacht und dem nationalsozialistischen Staat in einem neuen Licht.

Es versteht sich von selbst, dass die MfS-Akten grundsätzlich mit größter Vorsicht zu behandeln sind. Diese Hinweise sind deshalb anhand einer historisch-kritischen Methode zu überprüfen. Hierfür wurde in zahlreichen Archiven nach weiteren Dokumenten gesucht. Im Archiv des Bundesnachrichtendienstes fanden sich konkrete Hinweise auf den behaupteten Sachverhalt.

Die Dokumentation fasst die wichtigsten bisher aufgefundenen Dokumente auszugsweise zusammen und stellt sie unter Darstellung des erfolgten Prüfungsgangs in ihren historischen Kontext.

#### II. Die Stasi-Akten zu Franz Josef Strauß

Die DDR – und insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit – hatten von Anfang an ein großes Interesse an Strauß, der wegen seiner ausgesprochenen Gegnerschaft zur DDR Ziel einer umfassenden Desinformationskampagne wurde. Das Verhältnis von Strauß zur DDR war ambivalent und bleibt – trotz umfänglicher biografischer Literatur² – in wichtigen Teilen im Dunkeln. Auf der Grundlage seines Selbstverständnisses als »Antikommunist« hatte sich Strauß zunächst in durchgängig scharfer Kritik an der DDR und ihrer Regierung, aber vor allem auch an der Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung geübt. Ungeachtet dessen und gänzlich im Verborgenen vermittelte er der DDR dann plötzlich im Jahre 1983 einen dringend benötigten Milliardenkredit, der von einem westdeutschen Bankenkonsortium unter Federführung der Bayerischen Landesbank gewährt wurde.³ Es gehört zu den Kuriosa der Nachkriegsgeschichte, dass ausgerechnet Strauß mit diesem Coup entscheidend dazu beitrug, dass die DDR einen drohenden Staatsbankrott abwehren konnte.

Die Quellenlage zu nachrichtendienstlichen Vorgängen ist im Allgemeinen qua natura schwierig. In besonderer Weise gilt dies bekanntermaßen für die Akten und Karteien der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (HVA), die im Zeitraum Dezember 1989 bis Juni 1990 weitgehend vernichtet wurden.<sup>4</sup> Der lediglich bruchstückhafte Charakter des Aktenbestandes und die zum Teil dubiose Überlieferungsgeschichte der HVA-Akten – man denke etwa an die sog. »Rosenholz-Dateien« – erschweren die Gewinnung verlässlicher Erkenntnisse.

Diese allgemein schwierige Ausgangslage wird im Hinblick auf die Stasi-Akten zu Strauß noch durch eine Besonderheit erschwert. Völlig unklar bleibt, was mit wesentlichen Teilen dieser Akten geschah. In den Medien wurde mehrfach berichtet, dass der Bayerische Verfassungsschutz diese Anfang 1990 – angeblich zum Schutze dessen Andenkens – vernichtet habe.<sup>5</sup> Verifizieren ließ sich dieser Umstand bis heute nicht.<sup>6</sup> Ungeachtet dessen finden sich in den beim BStU verwahrten Aktenbeständen – soweit bekannt – 977 Seiten Archivgut mit unmittelbarem Bezug zu Strauß.<sup>7</sup> Wie bei anderen 13 prominenten Politikern wurden Aktenvorgänge angelegt, die in den »Rosenholz«-Unterlagen als IMA-Vorgänge (IM-Akte A; IM-Akte mit Personal- und Arbeitsakte) verzeichnet sind.<sup>8</sup> In der SIRA<sup>9</sup>-Teildatenbank 12 sind nach einer vorläufigen Übersicht 1766 Informationen zu Strauß verzeichnet.<sup>10</sup> Nur zu Hans-Dietrich Genscher finden sich mehr Informationen, nämlich 1911 Einträge. Außerdem ist der SIRA-Teildatenbank 12 zu entnehmen, dass die

Abteilung VII der HVA (Auswertung und Information) und ihre Vorläufer ab 1954 biografisches Material über Strauß und andere bundesdeutsche Politiker zusammenstellten. <sup>11</sup> Auffällig ist schließlich, dass auf der 1952 angelegten Erfassungskartei F 16 vermerkt ist: »Achtung – auf Dossier XV/19816/60 keine Auskunft erteilen u. keine Information an Abt. VII/HVA«. Eine ähnlicher Sperrvermerk (»Achtung – keine Auskunft erteilen – frei stempeln«) findet sich auch auf der Karteikarte F 22. <sup>12</sup> Diese Sperrvermerke legen es mehr als nahe, dass auch das MfS die zu Strauß angelegten Akten mit einer besonderen, selbst nach innen gerichteten Geheimhaltung behandelte.

Das MfS sammelte zu vielen westdeutschen Politikern historische Dokumente, vor allem zu ihren Biografien in der NS-Zeit. Diese Materialsammlungen befinden sich zu großen Teilen noch beim BStU und im Bundesarchiv.<sup>13</sup> Es ist nur sehr schwer feststellbar, ob dieses Material durch das MfS oder einen verbündeten Geheimdienst »operativ« eingesetzt wurde. Wegen der weitgehenden Vernichtung der HVA-Akten ließe sich diese ohnehin nur schwer nachvollziehen.

#### III. Zu den einzelnen MfS-Dokumenten (Dokumente Nr. 1–3)

- 1. Verfügung des Ministers vom 01.07.1970 (Dokument Nr. 1, S. 185) Die Verfügung von Minister Mielke vom 1. Juli 1970, mit der die Hauptabteilung IX des MfS als »Zentrale Ermittlungsabteilung« angewiesen wurde, unter anderem zu Strauß Materialien zusammenzustellen, lässt keinen Zweifel daran, welchen Stellenwert die Stasi den »operative Zwecken« im Falle von Strauß beimaß.
- 2. Der MfS-Vermerk über »Tatsachen und Hinweise zur Vergangenheit des Franz Josef STRAUß« vom 06.11.1970 (Dokument Nr. 2, S. 186) und der »Maßnahmeplan zum Forschungsvorgang »Michel« vom 11.01.1971 (Dokument Nr. 3, S. 188)
  - (1) Kontext der Dokumente Die Hauptabteilung IX/11 legte auf die Verfügung vom 1. Juli 1970 (Dokument Nr. 1) hin unter der Registriernummer FV 70/70 den sogenannten »Forschungsvorgang ›Michel·« an, der 131 Blatt umfasst und erhalten geblieben ist. 14

Aus dem als Dokument Nr. 2 auszugsweise abgedruckten siebenseitigen Eingangsvermerk vom 6. November 1970 zu »Tatsachen und Hinweise zur Vergangenheit des Franz Josef STR AUß« ergeben sich die ersten Hinweise zu einer möglichen nachrichtendienstlichen Tätigkeit von Strauß für den OSS. Dieses Dokument steht im Mittelpunkt der vorliegenden Dokumentation und ist Ausgangspunkt der kritischen Würdigung.

In Ergänzung dieses Eingangsvermerks vom 6. November 1970 findet sich im »Forschungsvorgang ›Michel« der als Dokument Nr. 3 abgedruckte handschriftliche »Maßnahmeplan zum Forschungsvorgang ›Michel« vom 11. Januar 1971«<sup>15</sup> der Hauptabteilung IX, Abteilung 11 (Aufklärung von Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus und von Kriegsverbrechen). Die bereits erwähnten »operativen Zwecke« finden sich dort in einer drastisch klaren Zielvorgabe:

»Strauß empfiehlt sich den westdt. Imperialisten als Mann, der für sie die Hegemonie über Westeuropa erzwingen wird. Auf diesem Wege (über eine europäische Atomstreitmacht) will er an Atomwaffen herankommen. Strauß ist, das beweisen eindeutig seine Veröffentlichungen und Äußerungen, der gefährlichste und korrupteste Politiker der Bundesrep. [...] Im Ergebnis der Bearbeitung soll sowohl die faschistische Vergangenheit der Hintermänner und Verbindungen von Strauß als auch die Tatsache, dass er selbst ein Faschist reinsten Wassers ist, an Hand von Dokumenten nachgewiesen werden«. 16

#### Weiter heißt es:

»Das Ziel der Bearbeitung des Vorganges ist einmal die allseitige und gründliche Aufklärung der Person des CSU-Vors. Franz Josef Strauß und dessen Tätigkeit in der Zeit des Faschismus. [...] hier interessieren besonders Einheiten und deren Einsätze, [...] Hinweise auf begangene Kriegsverbrechen, seine Verbindung zum amerikanischen Geheimdienst [...]«. <sup>17</sup>

Es entspricht dem Charakter des Dokumentes als »Maßnahmeplan«, dass die Passagen zu der behaupteten nachrichtendienstlichen Beziehung zum Office of Strategic Services (OSS) hier eher als Beschreibung der angestrebten Aufklärungsziele erscheinen. Die überlieferten MfS-Unterlagen lassen den Schluss zu, dass das MfS diese Zielvorgabe im Hinblick auf die behauptete Zusammenarbeit mit dem OSS und die behaupteten Kriegsverbrechen nicht hinreichend erfüllen konnte.

Während es für die Beteiligung an Kriegsverbrechen keine Anhaltspunkte gibt,<sup>18</sup> enthält die zweiseitige Ministervorlage des Leiters der Hauptabteilung IX, Oberst Heinitz, vom 6. August 1971 jedenfalls keinen Hinweis zum OSS-Komplex.<sup>19</sup>

# (2) Der behauptete Sachverhalt

Eingangsvermerk (Dokument 2) und »Maßnahmeplan« (Dokument 3) umschreiben einen geradezu klassischen Spionagefall zugunsten des amerikanischen Geheimdienstes OSS: Strauß habe indirekten Kontakt zu Mitarbeitern des OSS gehabt und sich dann anlässlich einer in Grenznähe durchgeführten Inspektionsreise in die Schweiz begeben, um dort geheime Unterlagen der Luftverteidigung zu übergeben. Das Treffen habe in einem von einem Angehörigen des Schweizer Grenzschutzes bereitgestellten Zimmer stattgefunden. Ferner habe Strauß bei Kriegsende auftragsgemäß die Sprengungen der Gruben bei Schongau verhindert und einen Teil der Einheiten an der Flakschule aufgelöst und schließlich gemeinsam mit anderen Offizieren eine Panzerabwehreinheit der Hitlerjugend entwaffnet.

(3) Zur Tätigkeit des Office of Strategic Services in der Schweiz Die Schweiz entwickelte sich im Verlauf des Krieges zu einem der wichtigsten Operationsgebiete ausländischer Geheimdienste, sie wurde zu einem kontinentaleuropäischen »Eldorado« der Spionage. Allen voran baute Allen Welsh Dulles (1893-1969), der Bruder des späteren U.S. Außenministers John Foster Dulles, für das OSS<sup>20</sup> ein weit verzweigtes Agentennetzwerk auf.<sup>21</sup> Obwohl Dulles im November 1942 nur wenige Minuten vor Schließung der schweizerisch-französischen Grenze einreiste und sich somit bis September 1944 in einem durch deutsche und italienische Truppen abgeriegelten Operationsgebiet befand, <sup>22</sup> gelang es ihm, wesentliche Erkenntnisse über Deutschland und seine Verbündeten zu gewinnen und Bern als den wichtigsten OSS-Posten in Europa zu etablieren.<sup>23</sup> Unterstützt wurde er hierbei durch den deutschstämmigen Amerikaner Gero von Schulze-Gaevernitz<sup>24</sup> (1901–1970), der 1925 in die USA emigriert und am 1. Oktober 1936 eingebürgert worden war. 25

# (4) Würdigung der Quellenlage

Eine Verifikation oder Falsifikation des in den Akten des MfS behaupteten Sachverhalts oder die Einschätzung von dessen Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit lässt sich nur durch eine kritische Würdigung der

zitierten Unterlagen selbst und durch einen Abgleich mit anderen Quellen erreichen, wobei die Besonderheiten nachrichtendienstlicher Quellenlagen im Allgemeinen und hinsichtlich der HVA-Akten im Besonderen bereits aufgezeigt wurden.

# a) Würdigung der MfS-Unterlagen

Die kritische Würdigung der in Frage stehenden Sachverhaltsschilderung muss mit einer textlichen Untersuchung der überlieferten MfS-Dokumente selbst beginnen. Bei dem Vermerk über »Tatsachen und Hinweise zur Vergangenheit des Franz Josef STR AUß« vom 6. November 1970 fällt zunächst auf, dass er keine Kopfzeile, keine Unterschrift, keine Paraphe, kein Aktenzeichen und keinen anderen Hinweis auf seinen Verfasser enthält, während auf dem »Maßnahmeplan zum Forschungsvorgang >Michel« vom 11.01.1971 zumindest die Hauptabteilung IX/11 vermerkt ist. Der als Ablichtung vorhandene Vermerk vom 6. November 1970 scheint jedoch die Kopie eines Durchschlages zu sein, wodurch das Fehlen einer Kopfzeile erklärbar wäre. Eine Zuordnung beider Dokumente ist damit in erster Linie aus dem Inhalt und der Abheftung im »Forschungsvorgang« F 70/70 möglich. Für die in Frage stehende Überprüfung ergeben sich aus diesem Umstand jedoch keine Hinweise. Wie auch der vorliegende Vorgang an anderer Stelle<sup>26</sup> zeigt, entsprach es der Arbeitsweise des MfS, interne Aktenvermerke ohne die genannten Individualisierungsvermerke zu den Akten zu nehmen. Was die Sachverhaltsschilderung angeht, so fällt zunächst der erste Halbsatz des Vermerks auf: »Aus einem operativen Material ergeben sich zur Vergangenheit des STRAUß folgende [...] Hinweise«. Die gesamte Darstellung des historischen Sachverhalts beruht damit auf nicht näher beschriebenem »operativen Material«. Weitere Hinweise hierzu finden sich in den zitierten MfS-Unterlagen nicht, die behaupteten Sachverhalte beruhen also auf einer völlig im Dunkeln bleibenden Quelle. Nur deswegen lassen sie sich aber auch nicht widerlegen. Die oben skizzierte Vorsicht im Umgang mit Akten des MfS im Allgemeinen und der HVA im Besonderen wird aber dadurch weiter verstärkt, dass unklar bleibt, worauf die Sachverhaltsschilderungen letztlich gründen. Wegen der weitgehenden Vernichtung der HVA-Akten lassen sich zu diesem Augenblick keine Aussagen zu dem erwähnten »operativen Material« treffen. Eine absichtlich falsche Sachverhaltsdarstellung in einem für den Minister bestimmten MfS-Vermerk dürfte allerdings eher unwahrscheinlich sein. Sieht man von dieser Erschwernis einer Überprüfung ab, so erscheint die Schilderung im Übrigen als sehr konkret und konsistent. Die Ausführungen zu dem behaupteten OSS-Kontakt weisen – abgesehen von einigen falschen Schreibweisen – in örtlicher, zeitlicher und personeller Hinsicht detaillierte und schlüssige Angaben auf. Die Konsistenz der Sachverhaltsschilderung allein ist jedoch auch kein hinreichendes Indiz für deren Richtigkeit. Zum Zeitpunkt des Verfassens waren schon einige Publikationen zur Tätigkeit des OSS in der Schweiz verfügbar und eine »Inspiration« aus diesen Publikationen kann nicht ausgeschlossen werden.<sup>27</sup> Ferner muss berücksichtigt werden, dass der Vermerk über die wiedergegebene Sachverhaltsschilderung hinaus historische Unwahrheiten im Hinblick auf Strauß enthält. Namentlich die behauptete Beteiligung an Erschießungen entbehrt jeder Grundlage. <sup>28</sup> Als Zwischenergebnis lässt sich festhalten, dass sich der behauptete Sachverhalt durch eine Untersuchung der genannten MfS-Dokumente weder beweisen noch entkräften lässt. Obschon die Konsistenz der Schilderung für eine gewisse Möglichkeit spricht, lassen sich angesichts der unklaren und lediglich fragmentarischen Quellenlage keine verlässlichen Schlüsse aus den Dokumenten selbst ziehen.

#### b) Würdigung der Quellenlage im weiteren Sinne

Da die textliche Untersuchung der genannten MfS-Dokumente ohne Ergebnis bleibt, ist der behauptete Sachverhalt im nächsten Schritt anhand anderer historischer Quellen zu überprüfen. Aus dem weiteren überlieferten MfS-Aktenbestand sind keine anderen Hinweise auf den zu untersuchenden Sachverhalt bekannt. Zwar waren noch einige MfS-Unterlagen<sup>29</sup> sowie von der Stasi zu den Akten genommene Dokumente des Reichssicherheitshauptamtes<sup>30</sup> zum OSS auffindbar; aus ihnen ergaben sich jedoch für die konkrete Überprüfung keine Hinweise.

Die sich aus den Erkennungsmarkenlisten und Personalveränderungsmeldungen der Wehrmacht ergebenden Hinweise zu Strauß sind mager. Die Auskunft der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt) beschränkt sich darauf, dass Strauß laut Meldung vom 1. Januar 1944 mit dem Dienstgrad Leutnant zur IV. Lehrgangsgruppe Heer der Flak-Artillerie-Schule nach Altenstadt versetzt wurde. <sup>31</sup> Die von der Wehrmacht geführten Personalpapiere (Wehrstammbuch, Wehrpass, Personalakte) lägen nicht vor; vermutlich seien sie durch Kriegsereignisse in Verlust geraten. Für die vorliegende Untersuchung sind diese Angaben wenig hilfreich und im Übrigen hinsichtlich der Zeitangaben auch wenig verlässlich, da es sich um zusammenfassende Listenangaben handelt, aus denen sich im Einzelfall keine

korrekten Zeitpunkte erkennen lassen.<sup>32</sup> Über die bereits erwähnten, von dem MfS zu den Akten genommenen Dokumente des Reichssicherheitshauptamtes hinaus fanden sich keine weiteren Aktenbestände von Dienststellen des NS-Staates mit Bezug zu dem vorliegenden Fall.<sup>33</sup>

#### Dokument Nr. 1

Quelle: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Archiv der Zentralstelle, MfS – HA IX/11, FV 70/70, Bl. 4.

Der Minister

 $101/70^{1}$ 

Berlin, den 1. 7. 1970

VMA/267/70

#### Persönlich!

Hauptabteilung IX Genosse Oberst Heinitz

#### Im Hause

Die HVA/X benötigt für operative Zwecke die folgenden Materialien:

- 1. Dokumentarische Unterlagen über die Militär- und Studienzeit von Strauß sowie über Hitler- und Bundeswehr-Generale, Offiziere und andere Personen, mit denen Strauß nach 1945 bis heute eng zusammenarbeitete bzw. die mit Strauß, seiner Politik und seinen Machenschaften in Verbindung standen oder stehen.<sup>2</sup>
- 2. Belastende Dokumente aus der Nazizeit zu Personen, die bis in die Gegenwart in der internationalen faschistischen Bewegung bzw. bei der neofaschistischen Entwicklung in Westdeutschland eine gewichtige Rolle spielen.<sup>3</sup>
- 3. Dokumentarische Unterlagen über imperialistische deutsche Ostforschungsinstitute und dort ehemals tätige Personen, die auch heute noch maßgeblich an der westdeutschen Ostforschung beteiligt sind.<sup>4</sup>

Es ist zu überprüfen, ob das gewünschte Material durch die HAIX/11 allein oder gemeinsam mit der Abt. X der HVA herausgesucht und zusammengestellt werden kann.

In jedem Falle bin ich über den Wert und den wesentlichsten Inhalt des Materials zu informieren

Mielke [handschriftlich]<sup>5</sup> Generaloberst

<sup>1</sup> Handschriftliche Ergänzung

<sup>2</sup> Handschriftliche Umrahmung dieses Absatzes und handschriftliche Marginalglosse FV 70/70.

<sup>3</sup> Handschriftliche Durchstreichung dieses Absatzes und handschriftliche Marginalglosse FV 69/70.

<sup>4</sup> Handschriftliche Durchstreichung dieses Absatzes und handschriftliche Marginalglosse FV 143/69.

<sup>5</sup> Bemerkungen des Verfassers und Textauslassungen werden durch Kursivdruck und eckige Klammern kenntlich gemacht.

#### Dokument Nr. 2

Quelle: BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS – HAIX/11, FV 70/70, Bl. 5–11.

Berlin, den 6. November 1970

## Tatsachen und Hinweise zur Vergangenheit des Franz-Josef STR AUß

Aus einem <u>operativen</u><sup>2</sup> Material ergeben sich zur Vergangenheit des STR AUß folgende, bei der Bearbeitung des Forschungsvorganges 70/70 zu beachtende Hinweise:

- <u>STRAUß</u><sup>3</sup> gehörte während seiner Studienzeit in München zum Sturm 23/M 68 des NSKK und hatte den Dienstgrad eines Rottenführers.
- 1943 wurde STRAUß zum Studienrat ernannt.
- 1942/43 gehörte STRAUß als Leutnant zur 22. Panzerdivision, die vor Stalingrad eingesetzt war und dort mit Erfolg aus einem kleineren Kessel ausbrach. Konkret sollten Anfang Dezember 1942 Reste der 22. Panzerdivision zusammen mit Teilen der rumänischen Panzerdivision den äußeren Ring des Stalingrader Kessels durchbrochen haben. Dabei machte die rumänische Vorhut 250 sowjetische Gefangene, die mit Einverständnis des einzigen deutschen Offiziers Leutnant STRAUß erschossen wurden.
- 1944/45 gehörte STR AUß als Oberleutnant, Stabsadjutant einer Stabsbatterie und Verantwortlicher für wehrgeistige Führung zum Offizierspersonal der Fliegerabwehrschule Schongau (als »Fliegerabwehrakademie« bezeichnet).
- 1944 erhielt STRAUß (durch einen höheren Offiziers-Offizier? <sup>4</sup> der Flakschule, der indirekten Kontakt zum amerikanischen Geheimdienst OSS unterhielt) Kontakt mit dem von HERO [sic] von GAEVERNITZ<sup>5</sup> in der Schweiz geleiteten Office of Strategie Servis [sic] (OSS). Von GAEVERNITZ ist heute deutsch-amerikanischer Handelsvermittler in Bad Godesberg. Im Oktober 1944 reiste STRAUß mit einer Gruppe von Offizieren der Luftverteidigung im Rahmen einer Inspektionsreise an die Schweizer Grenze, ließ sich dabei von GAEVERNITZS Leuten über die Grenze bringen und traf in dem Schweizer Grenzort St. Margarethen [sic] mit dem illegal in der Schweiz arbeitenden

-2-

<sup>1</sup> Es handelt sich um einen maschinenschriftlichen Durchschlag eines siebenseitigen Vermerks ohne Briefkopf und Unterschrift. Gegenständlich ist der nachfolgende Auszug, der die beiden ersten Seiten nahezu vollständig sowie einen Absatz der dritten Seite umfasst.

<sup>2</sup> Handschriftliche Unterstreichung.

<sup>3</sup> Handschriftliche Unterstreichung.

<sup>4</sup> Handschriftliches Fragezeichen.

<sup>5</sup> Handschriftliche Unterstreichung.

Geheimdienstvertreter, Hauptmann KITSTEIN, zusammen, und zwar in einem von Sergant SEIFERT (Amtsangehöriger des Schweizer Grenzschutzes) bereitgestellten Zimmer.

STR AUß lieferte dem amerikanischen Geheimdienst einen Luftverteidigungsplan von Würzburg, Skizzen der Standorte der Flakbatterien, von Flugplätzen und von Radareinrichtungen. Im Auftrage des USA-Geheimdienstes verhinderte STR AUß bei Kriegsende die Sprengung der Gruben in der Nähe von Schongau, löste einen Teil der Einheiten an der Flakschule auf und entwaffnete gemeinsam mit anderen Offizieren eine Panzerabwehreinheit der Hitlerjugend.

- Unmittelbar vor der Einnahme von Schongau hat STR AUß auftragsgemäß
  die Flakschule verlassen und sich bis zur Beendigung der Kampfhandlungen
  bei einer namentlich bekannten Person seines Vertrauens in der Umgebung
  von Schongau aufgehalten.
  - Danach hat er sich auftragsgemäß zu Oberleutnant Ernest S. Hauser vom CIC nach Schwabniederhofen begeben und kam dort auch mit dessen Gehilfen, Sergant Henry KISSINGER, zusammen.
- Im April/Mai 1945 hatte sich STR AUß kurze Zeit in dem in der Kaserne der Flakschule eingerichteten Kriegsgefangenenlager aufzuhalten mit Einzelzimmer und Sonderessen. Nach eigenen Angaben hat er dort schriftliche Informationen über die russische Luftverteidigung und das zu dieser Zeit neueste technische Gerät zur Lenkung von Flakfeuer (Kommandogerät 40) an die US-Behörden gegeben.
- Im Mai 1945, aus dem Lager entlassen, wurde er stellvertretender Landrat des Bezirkes Schongau und war als solcher verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen der örtlichen Verwaltung unter <u>Franz Xaver BAUER</u><sup>6</sup> und der amerikanischen Kommandantur, insbesondere zum Beauftragten des CIC für den Bezirk Schongau, dem genannten First-Lieutenant <u>Ernest S. HAUSER</u><sup>7</sup>.
- HAUSER war österreichischer Katholik aus Salzburg, der nach dem Anschluß Österreichs nach den USA emmigriert [sic] war.

 $[\ldots]$ 

• ImJuni 1953 unternahm STR AUß seine erste Reise in die USA. Ertrafdort mit höchsten Beamten der USA-Regierung zusammen, u. a. mit dem damaligen Staatssekretär John Forster [sic] Dulles und seinem Bruder Ellen Alan [sic] Dulles. Ziel war, STR AUß in die neue westdeutsche Regierung zu langeieren [sic].

-3-

[Im Übrigen bezieht sich der Vermerk auf hier nicht gegenständliche Sachverhalte der Nachkriegszeit]

- 6 Handschriftliche Unterstreichung.
- 7 Handschriftliche Unterstreichung.

#### Dokument Nr. 3

Quelle: BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS – HAIX/11, FV 70/70, Bl. 32–38.

HAIX/11 Berlin, den 11.1.71

FV 70/70 3 Expl. Ausf.

Bestätigt:

Maßnahmeplan

zum Forschungsvorgang »Micha<sup>2</sup>el«<sup>3</sup>

Die Bearbeitung des Forschungsvorg. »Micha<sup>4</sup>el« wurde aufgrund einer Weisung des Gen. Minister aufgenommen, nach welcher dokumentarische Unterlagen der HAIX/11 zur Person und Tätigkeit des derzeitigen heutigen<sup>5</sup> CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß aus der Zeit des Faschismus, sowie zu Personen, die Strauß förderten und deren er sich zur Durchsetzung seiner Politik und Machenschaften bediente, erarbeitet und der HV-A Abt. X übergeben werden.

# Zielstellung der Bearbeitung des Vorganges

Das Ziel der Bearbeitung des Vorganges ist einmal die allseitige und gründliche Aufklärung der Person des CSU-Vors. Franz-Josef Strauß und dessen Tätigkeit in der Zeit des Faschismus an Hand der bei der HAIX/11 vorhandenen Dokumente.

Es sind vor allem solche Fragen wie

- 2 -

- sein Studium und die Ausbildung zum Lehrer bzw. Studienrat
- seine polit. Tätigkeit, z.B. als weltanschaulicher Referent des NSKK München, Sturm 23/M 86 u. als Mitglied des NSDStB,
- seine Wehrmachtszeit hier interessieren besonders Einheiten und deren Einsätze, seine Tätigkeit als sog. Nationalsozialistischer Führungsoffz. der Flakschule Schongau/Bay., Hinweise auf begangenen Kriegsverbrechen, seine Verbindung zum amerik. Geheimdienst und alle damit im Zusammenhang stehenden Probleme zum Gegenstand der Untersuchung zu machen.

<sup>1</sup> Es handelt sich um ein siebenseitiges handschriftliches Dokument ohne Unterschrift, das seinem Kontext nach wahrscheinlich von einem Hauptmann Liebezeit verfasst wurde. Gegenständlich ist der nachfolgende, den Seiten 1,2 und 5 entstammende Auszug.

<sup>2</sup> Handschriftliche Streichung des Buchstabens.

<sup>3</sup> Handschriftliche Unterstreichung.

<sup>4</sup> Handschriftliche Streichung des Buchstabens.

<sup>5</sup> Handschriftliche Streichung des Wortes.

[...]

Wie aus op. Material hervorgeht, soll Strauß Ende 1944 in dem schweizer Grenzort St. Margarethen [sic] (100 Km Luftlinie v. Schongau/Bay.) Kontakt mit der von Hero v. Gaevernitz geleiteten US – Geheimdienst (Office of Strategic Servic [sic] – OSS) Verbindung aufgenommen u. militärische Unterlagen übergeben bzw. Aufträge, wie die Verhinderung der Sprengung der Gruben bei Schongau, übernommen haben.«

# IV. Akten des Bundesnachrichtendienstes(Dokumente Nr. 4–6)

Im Rahmen der erweiterten Würdigung der Quellenlage wurden zunächst die Akten von Dienststellen des Bundes in die Recherche einbezogen. Hierbei kam dem archivierten Aktenbestand des Bundesnachrichtendienstes – soweit er einsehbar ist – eine zentrale Bedeutung zu.<sup>34</sup> Zu dem zu überprüfenden Sachverhaltskomplex fanden sich die auszugsweise abgedruckten Dokumente Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6.

## 1. »Hausers Bericht vom 21.03.1969« (Dokument 4, S. 193)

Aus diesem Bericht ergibt sich zunächst, dass der im MfS-Vermerk erwähnte Ernest F. Hauser (nicht: Ernest »S.«) von 1966–1970 Agent des BND war (Deckname »LEDER«). Dieser Neuigkeit kommt eine gewisse Brisanz zu. Zum einen war Hauser über viele Jahre hinweg vielschichtig mit Strauß verbunden. Lockneen kam ihm als Vertreter des U.S.-amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed – dem Hersteller des Kampfflugzeuges Lockheed F-104 »Starfighter« – eine wichtige Rolle in der sogenannten »Lockheed-Affäre« zu, unter anderem auch als Zeuge des 1. Untersuchungsausschusses der 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Deutschen Bundestages.

Der BND war demnach in Besitz einer im Kern kongruenten Schilderung des Strauß betreffenden Spionagesachverhaltes. Der mehrfach in der sowjetischen Botschaft in Bonn und Ost-Berlin eingesetzte und ausweislich der BND-Akten<sup>38</sup> dem KGB zuzuordnende Botschaftssekretär Jurij Nicolosci hatte Hauser ein in deutscher Sprache gehaltenes Dokument zu einer lediglich kurzen Einsichtnahme ausgehändigt. Dennoch gibt der Bericht in großer Übereinstimmung mit dem Dokument Nr. 2 den OSS-Sachverhaltskomplex wieder. Diese Kenntnisnahme erfolgte zu einem Zeitpunkt, der gut anderthalb Jahre vor Fertigung des Dokumentes Nr. 2 liegt. Demnach wusste der BND wahrscheinlich vor dem MfS von dieser Sachverhaltsbehauptung; nicht auszuschließen ist allerdings, dass das MfS vorher auf andere (nicht mehr aktenkundige) Weise Kenntnis davon gehabt haben könnte. Da die dem Dokument Nr. 2 zugrundeliegende Quelle unbekannt geblieben ist, kann aus der Kenntnis des BND jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass es zwei unabhängige Quellen für diesen Komplex gäbe. Möglich wäre auch, dass sowohl die Kenntnis des MfS als auch die Kenntnis des BND auf Informationen des KGB beruhten.

# 2. Treffbericht Nr. 19 vom 11.02.1969 (Dokument 5, S. 194)

Beim Dokument Nr. 5 handelt es sich um einen vom Verbindungsführer Hausers angefertigten Bericht über ein am 7. Februar 1969 durchgeführtes Treffen. Die hier enthaltene Behauptung Hausers, persönlich von Strauss über dessen Tätigkeit für den OSS unterrichtet worden zu sein, arrondiert den Kenntnisstand des BND über eine mögliche nachrichtendienstliche Verbindung ebenso wie die Nennung der ebenfalls in den MfS-Akten erwähnten OSS-Mitarbeiter Dulles und von Schulze-Gaevernitz.

# 3. Treffbericht Nr. 6 vom 10.07.1968 (Dokument 6, S. 195)

Mit der in Dokument Nr. 6 wiedergegebenen Behauptung Hausers, die USA seien im Besitz weiterer kompromittierender Erkenntnisse auch aus dem sexuellen Bereich - über Strauß, um dessen Widerstand gegen den Atomwaffensperrvertrag zu überwinden, 39 ist eine bedeutsame Weiterung möglicher Beziehungen zwischen Strauß und U.S.amerikanischen Dienststellen verbunden. Während sich die aus den Dokumenten Nr. 1 - Nr. 5 ergebenden Sachverhaltsbehauptungen auf historische Geschehnisse beziehen, gründen die in Dokument Nr. 6 enthaltenen Behauptungen in damals aktuellen Geschehnissen. Ausweislich der zugänglichen Aktenlage bewertet der BND diese Meldungen seines Agenten in ambivalenter Weise. Einerseits heißt es dort: »Bei einer Beurteilung der Meldung muss aber berücksichtigt werden, dass gerade in der letzten Zeit erhebliche Spannungen in den Beziehungen zwischen der Quelle [also Hauser] und Finanzminister STRAUSS aufgetreten sind.«40 Andererseits heißt es weiter: »Es kann vermutet werden, dass die Behauptungen tatsächlicher Art eines realen Hintergrundes nicht entbehren. Die daraus gezogenen Schlüsse in Hinblick auf einen Gebrauch der eventuellen vorhandenen Kompromate zu politischen Zwecken erscheinen aber vorläufig als hypothetisch.«<sup>41</sup> Welche konkreten Schlussfolgerungen der BND aus dieser vorläufigen Einschätzung gezogen hat, bleibt unklar. Eine Mitteilung an das Bundesamt für Verfassungsschutz ist jedenfalls nicht erfolgt. 42 Allerdings ergibt sich aus einem Vermerk vom 21. Mai 1980, dass sich der damalige BND-Präsident Klaus Kinkel mit dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Strauß auf dessen Wunsch hin zweimalig über die »ehemalige nachrichtendienstliche Verbindung V – 33349«, also über Hauser, unterhalten hat. 43 Der Inhalt der Gespräche bleibt im Dunkeln, weil die entsprechenden Vermerke und weitere Unterlagen zu den Akten des Präsidenten sowie seines Büros genommen und nicht vorgelegt worden sind. 44 Lediglich ein Teil der

in Vorbereitung dieser Gespräche gefertigten Unterlagen war zugänglich. Die hierin getroffene Formulierung »Die Akten des BND enthalten in Treffberichten teilweise Behauptungen und Mutmaßungen des Herrn HAUSER, deren Wahrheitsgehalt sowohl von dem betreffenden Verbindungsführer als auch deren Vorgesetzten angezweifelt worden waren.«<sup>45</sup> steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu der oben zitierten, eher ambivalenten Bewertung der Behauptungen Hausers. Berücksichtigt man ferner die zwischen dem BND-Präsidenten und Strauß geführten Unterredungen, ist der Umgang des Dienstes mit diesem Themenkomplex zumindest als fragwürdig zu bezeichnen.

#### Dokument Nr. 4

Quelle: BND-Archiv Nr. 5374, Bl. 514.

Anlage 9<sup>1</sup>

Hausers Bericht v. 21.3. 1969<sup>2</sup>

Seite: 1

<u>Er</u><sup>3</sup> (Nikolsky)<sup>4</sup> bat mich, diese durchzulesen. Die Seiten bestanden aus einem anscheinend deutschen Bericht ohne Datum, der sich auf Ereignisse von 1944 bezog. Es war mir natürlich nicht möglich, Notizen zu machen, und leider ist mein Gedächtnis nicht immer das, was es sein sollte.

Der Bericht bezog sich auf <u>Herrn Strauß</u> und die Tatsache, daß er von August 1944 an einige Fahrten von Altenstadt/Oberbayern an die schweizerische Grenze gemacht hat. Der Bericht besagte ferner, daß Herr Strauß auf diesen Fahrten einen Amerikaner namens (ich kann mich an die genaue Schreibung nicht gut entsinnen) Katzstein, Kattstein oder Kitstein getroffen hat. Neben dem Namen stand noch Hauptmann CIC US-Botschaft Bern.

Der Grund, daß ich den Namen nicht so klar behalten habe, ist der, daß er ausgebessert war, und ganz genau betrachtet hatte man ihn vielleicht abschreiben lassen

Der Bericht enthielt ungefähr 4 Begegnungen und erwähnte auch den Namen eines Schweizer Grenzbeamten. Als Grenzort wurde angegeben gegenüber von Lindau. Der Name des Grenzbeamten war Seibert.

Laut diesem Bericht hatte Leutnant Strauß dem Amerikaner Pläne von deutschen Flak-Radar-Geräten übergeben. Ich las den Bericht einmal durch und begann schon die zweite Lesung, als <u>Herr Nikolsky</u><sup>6</sup> mich unterbrach, mir noch einen Cognac eingoß und fragte, was ich davon hielte.

Ich erklärte, daß ich Herrn Strauß erst im September 1945 kennengelernt hätte und daher über die Vergangenheit nicht viel sagen könnte. Er beharrte aber

<sup>1</sup> Das Bezugsschreiben (BND-Archiv Nr. 5374, Bl. 485-487 und 488-493) wurde der Akte vor Einsichtnahme entnommen.

<sup>2</sup> Handschriftliche Ergänzung des maschinenschriftlichen Berichts.

<sup>3</sup> Handschriftliche Unterstreichung.

<sup>4</sup> Handschriftliche Ergänzung.

<sup>5</sup> Handschriftliche Unterstreichung.

<sup>6</sup> Handschriftliche Unterstreichung.

auf seiner Frage und behauptete, daß Herr Strauß mir doch sicherlich im Jahre 45, nachdem wir uns besser kannten, von Ereignissen vor Ende des Krieges erzählt haben müßte. Ich bejahte das, sagte ihm aber, daß mir Herr Strauß nur von seinen Kriegserlebnissen an der russischen Front erzählte und nie andeutete, daß er irgendwelchen Kontakt mit Alliierten gehabt habe. Ich wies ferner darauf hin, daß ich ja Herrn Strauß erst etliche Monate nach Kriegsende kennengelernt hätte.

<u>Herr Nikolsky</u><sup>7</sup> sagte dann endlich: »Also gut, aber wie steht es mit Ihren Aufzeichnungen.« Darauf hin fragte ich: »Wie steht es mit Ihrer Bestellung.«

7 Handschriftliche Unterstreichung.

#### Dokument Nr. 5

Quelle: BND-Archiv Nr. 5374, Bl. 515 ff. (516 f.)

Treffbericht Nr. 19 vom 11.02.1969 zum Treffen vom 07.02.1969

II. Ergebnis:

# 1.) NIKOLSKIJ:1

[...]

Was die Frage einer Mitarbeit des Bundesministers STR AUSS für den amerikanischen ND vor 1945 anbelangt, so behauptet LEDER, über einen solchen Sachverhalt von Herrn STR AUSS selbst einmal unterrichtet worden« zu sein.

Er hätte damals die Angaben des Herrn Ministers aber für einen Scherz gehalten. Ein in BONN, Thomasstr. 13, lebender Gero v. GAEVERNITZ müßte eigentlich über den Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen Auskunft geben können, da er unter dem damaligen Leiter des US-ND (DULLES) das Gebiet des DEUTSCHEN REICHES bearbeitet hätte.

Der VF entgegnete, es als selbstverständlich anzunehmen, dass Herr SR AUSS seine Äußerungen ironisch gemeint habe.

LEDER erklärte daraufhin mehrmals, die Übereinstimmung beider Angaben (NIKOLSKIJ/STRAUSS) würde ihn dennoch erschrecken.« [...].

<sup>1</sup> Doppelt unterstrichen und mit einem »K« gestempelt [wohl für »Klarname«].

#### Dokument Nr. 6

Quelle: BND-Archiv Nr. 5374, Bl. 501 ff. (505 f.)

Treffbericht Nr. 6 vom 10.07.1968 zum Treffen vom 08.07.1968

[...]

4.) LEDER kam von sich aus wieder auf die politische Lage zu sprechen und warf der BRD vor, in vielen entscheidenden Stellen, NAZIS zu beschäftigen. Als der VF behauptete, LEDER sei an diesen Verhältnisses mitschuldig, denn auch er habe mit ehemaligen NAZIS »gekungelt« und sie lediglich aufgrund des Vorzuges, daß sie fließend englisch sprachen, für anständige Menschen gehalten, entgegnete er, diesen Tatbestand zugeben zu müssen. Das typische Beispiel seiner persönlichen Fehleinschätzung sei STRAUSS. Hier wäre aber das letzte Wort noch nicht gesprochen. DIE USA duldeten unter keinen Umständen die Sabotierung des ATOMWAFFENSPERRVERTRAGES durch einen solchen Mann. Sie verfügten gerade in diesem Falle über Mittel und Wege, Herrn STRAUSS gefügig zu machen.

Der ehemalige Oberst der LUFTWAFFE der USA und jetzige Vizepräsident der Firma NORTHROP, Jack BRADLY, sei STRAUSS bei dessen Besuchen in den USA als Begleitoffizier beigegeben worden. BRADLY, ein Trinker, habe LEDER gegenüber zugegeben, im Auftrage des CIA Berichte über die Freizeitgestaltung des Ministers verfasst zu haben.

LEDER sei selbst Zeuge des Geschlechtsverkehrs zwischen einer Negerin und des Herrn STRAUSS in WASHINGTON geworden. Da der SPIEGEL von dieser Tatsache »Wind bekommen« hätte, versuche Herr STRAUSS, LEDER zu einem Meineid zu bewegen, was dieser aber ablehne.

*[...]* 

Bei einer Weigerung, die SPERRVERTRÄGE zu unterzeichnen, wäre STRAUSS politisch und moralisch »eine Leiche«.<sup>1</sup>

1 Bl. 506.

#### V. Nachlässe

Zur weitergehenden Würdigung wurde aus dem Bereich der Nachlässe der im Bundesarchiv verwahrte Nachlass von Gero von Schulze-Gaevernitz eingesehen. Dieser enthält zwar interessante Aspekte zu den OSS-Operationen, aber nichts zum vorliegenden Sachverhalt. Allerdings lassen sich anhand der Reisepässe zahlreiche Deutschlandreisen von Schulze-Gaevernitz, auch über die Grenzstation St. Margrethen, nachvollziehen. Die letzte Ausreise aus Deutschland erfolgte am 10. Dezember 1941, 12 Uhr, also am Tag vor den wechselseitigen Kriegserklärungen des Deutschen Reichs und der USA. Der im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. verwahrte politische Nachlass von Strauß enthält einige Feldpostbriefe, den Wehrpass und das Soldbuch. Auch aus diesen Dokumenten ergeben sich für die vorliegende Untersuchung jedoch keine Hinweise.

# VI. Akten ausländischer Dienststellen und Zeitzeugenberichte

Von Seiten U. S.-amerikanischer Dienststellen sind für die vorliegende Untersuchung vor allem die Akten des OSS von Relevanz. Dieser seinem Umfang und seiner Erschließung nach beeindruckende Aktenbestand wird von den National Archives verwaltet. Zu beachten ist allerdings, dass er insofern nicht vollständig ist, als die CIA vor Ablieferung des Archivguts unter bestimmten Voraussetzungen Material entnommen hat (sog. »Previously Withdrawn Material«)<sup>49</sup>. Allen W. Dulles hat seine umfangreiche Korrespondenz und andere Unterlagen der Princeton University – seiner Alma Mater – vermacht.<sup>50</sup> Auch dieser vielfältige Aktenbestand ist hervorragend erschlossen. Im Hinblick auf die vorliegende Untersuchung lässt sich durch diese Unterlagen jedoch lediglich bestätigen, was bereits vielfältig beschrieben wurde: Das OSS war in der fraglichen Zeit – u. a. mit Dulles<sup>51</sup> und von Schulze-Gaevernitz<sup>52</sup>, nicht aber mit Ernest Hauser<sup>53</sup> – in der Schweiz und in Deutschland tätig. Henry Kissinger gehörte nicht dem OSS, sondern dem militärischen Nachrichtendienst an.<sup>54</sup>

Aus den im Schweizerischen Bundesarchiv zu Dulles und v. Schulze – Gaevernitz verwahrten Unterlagen, die eine bunte Mischung aus klassischem Verwaltungshandeln, Berichten politischer und militärischer Dienststellen, Abhörprotokollen, Observationsberichten, »fremdenpolizeilichen« Dokumenten und Zeitungsausschnitten darstellen, lässt sich zwar ein anschauliches Bild der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des OSS

gewinnen.<sup>55</sup> Mehrere Treffen mit deutschen Repräsentanten, vor allem der Abwehr, sind dokumentiert. Zu dem in Frage stehenden Sachverhalt finden sich jedoch in diesem Aktenbestand keine Hinweise.

Die im Zentrum für Publikationen der Quellen zur Geschichte Russlands im XX. Jahrhundert verwahrten Akten des KGB konnten bislang nicht eingesehen werden.

In einem letzten Schritt kann die Untersuchung demnach nur noch um Aussagen von Zeitzeugen erweitert werden. Bereits dokumentierte Aussagen von Zeitzeugen waren nicht zu ermitteln. Von den unmittelbaren Zeitzeugen ist – soweit ersichtlich – nur noch der ehemalige CIC-Soldat und spätere U. S.-Außenminister Henry Kissinger am Leben. Eine Bitte des Verfassers, zu dem behaupteten Sachverhalt schriftlich Stellung zu nehmen, blieb unbeantwortet.<sup>56</sup> Gleiches gilt für eine an den ehemaligen BND-Präsidenten Klaus Kinkel gerichtete Bitte.<sup>57</sup>

Demnach kann festgehalten werden, dass sich der behauptete Sachverhalt nach derzeitigem Kenntnisstand auch nicht im Wege einer weitergehenden Untersuchung der Quellenlage beweisen oder widerlegen lässt.

# VII. Zusammenfassung

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass sich aus den genannten Unterlagen des MfS und des Bundesnachrichtendienstes konkrete Hinweise auf eine Spionagetätigkeit von Strauß zugunsten des OSS ergeben. Die kritische Überprüfung dieser Hinweise erfolgte unter den für die historische Erforschung von nachrichtendienstlichen Sachverhalten maßgeblichen Bedingungen. Hierzu zählen insbesondere der lediglich bruchstückhafte Charakter des relevanten Aktenbestandes, seine nur beschränkte Einsehbarkeit und die zum Teil dubiose Überlieferungsgeschichte der HVA-Akten im Allgemeinen sowie der Stasi-Akten zu Strauß im Besonderen. Soweit sich diese Hinweise aus den überlieferten MfS-Unterlagen ergeben, entbehren sie eines konkreten Quellennachweises. Andererseits geben die Unterlagen mit großer Klarheit die Intention des MfS zu erkennen, historische Erkenntnisse (und Behauptungen) »für operative Zwecke« – also im Rahmen einer Desinformationskampagne – gegen Strauß zu nutzen. In diesem Kontext ist auch der Versuch des MfS zu sehen, Strauß durch die falsche Behauptung einer Beteiligung an Kriegsverbrechen zu diskreditieren.

Die Hinweise auf eine Spionagetätigkeit von Strauß erscheinen als möglich. Sie sind jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand weder zu beweisen,

noch zu widerlegen. Ebenso wenig lässt sich mangels nachvollziehbarer Kriterien eine verlässliche Feststellung der Wahrscheinlichkeit treffen. Wie auch andere Bereiche der Biographie von Strauß – man denke beispielhaft nur an die Vermittlung der Milliardenkredite – verbleibt diese Angelegenheit damit partiell im Dunkeln. Mit den Worten Max Webers<sup>58</sup> bleibt zu hoffen, »daß andere weiter kommen werden als wir«.

# Anmerkungen

- 1 Am 16. März 1945 erfolgte der schwerste Angriff auf Würzburg, der etwa 5 000 Tote forderte und 90 Prozent der Altstadt zerstörte, vgl. Max Domarus, Der Untergang des alten Würzburg im Luftkrieg gegen die deutschen Großstädte, 5. Auflage, Gerolzhofen 1982, S. 235 f. und Hermann Knell, Untergang in Flammen. Strategische Bombenangriffe und ihre Folgen im Zweiten Weltkrieg, Würzburg 2006, S. 3 ff.
- 2 Vgl. exemplarisch Horst Möller, Franz Josef Strauß: Herrscher und Rebell, München [u.a.] 2015; Peter Siebenmorgen, Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015; Otto Zierer, Franz Josef Strauß: Ein Lebensbild, 1990; Manfred Behrend, Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie, Köln 1995; Stefan Finger, Franz Josef Strauß: Ein politisches Leben, München 2005; Werner Biermann, Strauß: Aufstieg und Fall einer Familie, Berlin 2006; Thomas Schuler, Strauß. Die Biographie einer Familie, Frankfurt/M. 2006; Luitpold Braun, Der unbekannte Strauß die Schongauer Jahre, 1. Auflage Schongau 1992; Karl Rösch, Franz Josef Strauß. Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Weilheim 1949–1978, München 2014, und (autobiographisch) Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- 3 Vgl. Jan Philipp Wölbern, Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, 2014, S. 322 ff., der auf den Zusammenhang zwischen dem Milliardenkredit und dem Abbau von Selbstschussanlagen sowie einer verstärkten Bereitschaft der DDR zu Familienzusammenführungen, Häftlingsfreikäufen und Agentenaustauschen hinweist. Vgl. ferner Reinhard Buthmann, Megakrise und Megakredit. Das Züricher Modell im Lichte der Stasi-Akten, in: Deutschland Archiv (2005), S. 991 ff. und Holger Bahl, Zu Reinhard Buthmann »Megakrise und Megakredit. Das Züricher Modell im Lichte der Stasi-Akten«, in: Deutschland Archiv (2006), S. 617 ff.; Veronika Heyde, Die Rolle von Franz Josef Strauß bei der Vergabe der Milliardenkredite an die DDR 1983/84, in: Renate Höpfinger (Hg.), Vom Überwinden der Mauer. Bayerische Lebensbilder. Biographien – Erinnerungen – Zeugnisse, Bd. 3, 2014, S. 99 f. Der Milliardenkredit war auch Gegenstand von Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages, vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses gem. Art. 44 GG vom 27.05.1994, Deutscher Bundestag, Drucksache (BT-Drs.) 12/7600 und Schlußbericht des Untersuchungsausschusses betreffend Bayerische Bezüge der Tätigkeit des Bereichs »Kommerzielle Koordinierung« und Alexander Schalck-Golodkowskis vom 06.07.1994, LT-Drs. 16598.

- 4 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) (Hg.), Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Aufgaben Strukturen Quellen, Berlin 2013, S. 11.
- 5 Vgl. als initialen Bericht Josef Hufelschulte, Stasi. Treffpunkt Ziegelei, in: Focus, Magazin Nr. 16. vom 15.4.2000.
- 6 Entsprechende Anfragen des Verfassers an das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, das bayerische Landesarchiv, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundesarchiv, den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst führten zu keinen Erkenntnissen.
- 7 Der Verfasser konnte 972 Blatt und fünf Deckblätter einsehen. Im Einzelnen handelt es sich um 16 Fundstellen, die mit der jeweiligen MfS Archivsignatur und Seitenanzahl angegeben werden: 1. HA II/AKG-VSH (2 Seiten). 2. HA VIII/AKG-VSH (1 Seite). 3. HA XX/AKG-VSH (2 Seiten). 4. ZKG/VSH (3 Seiten). 5. F 16 HVA (7 Seiten). 6. F 22 HVA (4 Seiten). 7. SIR A TDB 21 XV 19816/60 (1 Seite). 8. SIR A TDB 21-XV 9826/60 (1 Seite). 9. SIR A TDB 21 XV 16084/60 (1 Seite). 10. HA IX/11 VK (Vorgangskartei; 1 Seite). 11. HA IX/11 AK (Arbeitskartei; 1 Seite). 12. HA IX/11 FV 70/70 (Seiten 1–38, 59–80, 98–112, 114–158, 163, 164, 171–175; 131 Seiten). 13. HA IX/11 PA 2, Band I (Seiten 1–261, 270 Seiten). 14. HA IX/11 PA 2, Band II (Seiten 1–67; 81 Seiten). 15. HA IX/11 PA 2, Band III (Seiten 1–223; 231 Seiten). 16. HA IX/11 PA 2, Band IV (Seiten 1–235, 235 Seiten).
- 8 Vgl. hierzu BStU (Hg.), Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes 2013, S. 203.
- 9 »System der Informationsrecherche der HV A«, vgl. hierzu http://www.bstu.bund. de/DE/Wissen/Aktenfunde/HVA-Sira/hva-sira\_node.html;jsessionid=B64 HAF2 828F1327E40913C73E37709A1A.2\_cid319.
- 10 BStU, Gutachten für den Deutschen Bundestag (Anm. 8), S. 151.
- 11 BStU, MfS, HV A/MD/3, SIR A-TDB 12, SE6906333; vgl. hierzu BStU, Gutachten für den Deutschen Bundestag (Anm. 8), S. 204.
- 12 Vgl. hierzu und zu der wohl nicht ganz aufzuklärenden Widersprüchlichkeit dieser später verfügten Sperrvermerke, welche sich auf Aktenvorgänge beziehen, die in der Abteilung VII der HVA (Auswertung und Information) geführt wurden: BStU, Gutachten für den Deutschen Bundestag (Anm. 8), S. 205.
- 13 BStU, Gutachten für den Deutschen Bundestag (Anm. 8), S. 276.
- 14 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX/11, FV70/70, B.1-38, 59-80, 98-112, 114-158, 163, 164, 171-175.
- 15 »Maßnahmeplan zum Forschungsvorgang ›Michel« vom 11.01.1971, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX/11, FV 70/70, Bl. 5 ff., 32–38.
- 16 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX/11, FV 70/70, Bl. 34; BStU, Gutachten für den Deutschen Bundestag (Anm. 8), S. 276.
- 17 »Maßnahmeplan zum Forschungsvorgang ›Michel« vom 11.01.1971, BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX/11, FV 70/70, Bl. 32 f.
- 18 BStU, Gutachten für den Deutschen Bundestag (Anm. 8), S. 277. Vgl. Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff, Wie die Stasi Strauß diffamierte, in: Die Welt vom

- 06.08.2006, im Internet veröffentlicht unter: http://www.welt.de/print-wams/article 145822/Wie-die-Stasi-Strauss-diffamierte.html, letzter Zugriff am 11.04.2014, die auch auf die unbegründeten Versuche des MfS hinweisen, Strauß für mehrere Kriegsverbrechen verantwortlich zu machen. Auch aus Wehrpass und Soldbuch ergeben sich keine Hinweise auf eine Beteiligung an der erwähnten Erschießung von Kriegsgefangenen, vgl. Anm. 32.
- 19 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX/11, FV 70/70, Bl. 163 f.
- 20 Einen guten Überblick über Umfang und Vielseitigkeit der nachrichtendienstlichen Operationen des OSS verschafft Anthony Cave Brown (Hg.), The secret war report oft he OSS, New York 1976; Richard Breitman und Norman J.W. Goda, in: Richard Breitman et al., U.S. intelligence and the Nazis, Cambridge, New York 2005, S.24ff.; Kerstin von Lingen, SS und Secret Service. »Verschwörung des Schweigens«: Die Akte Karl Wolff, Paderborn 2010, S. 47 ff.
- 21 Der später als »master spy« gefeierte Dulles (Deckname »Mr. Bull«) hatte sich bereits 1917 und 1918 als 3. (später 2.) Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Bern aufgehalten, vgl. hierzu das zu seiner Person angelegte Dossier der Abteilung für Auswärtiges im Eidgenössischen Politischen Departement, Schweizerisches Bundesarchiv, Signatur 2001B#1000/1501#3545\*, Dulles Allen Welsh, 1918–1946 und ein zu seiner Person angelegtes Dossier der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz Zweiter Weltkrieg (sogenannte Kommission Bergier, Signatur: E9500.239A#2003/49#154\* Personendossier: Allen W. Dulles 1933–1947). Breitman, Goda, U.S. Intelligence (Anm. 20), S. 24 ff.
- 22 Jürgen Heideking, Die »Breakers«-Akte. Das Office of Strategic Services und der 20. Juli 1944, in: ders. und Christof Mauch (Hrsg.), Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1993, S. 11 ff. (13); Allen Dulles und Gero v.S. Gaevernitz, Unternehmen »Sunrise«. Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, Düsseldorf, Wien 1967, S. 23 ff. Diese Abriegelung der Schweiz war freilich keine vollständige. Die schweizerisch-deutsche Grenze blieb für den wirtschaftlichen und nachrichtendienstlichen Verkehr permeabel, zu letzterem Aspekt vgl. Anm. 23.
- 23 Vgl. die Auszeichnungsakte von Allen W. Dulles, National Archives, RG 226, Records of the Office of Strategic Services, Entry 224: OSS Personnel Files, Box , 203; BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAII/AKG-KK; HAII/AKG-VSH; HAIX/11 VK (Karteikarten); HAIX/11 AV 13/75, Band 3, Bl. 8, 12, 168, 172 ff., 240; von Lingen, SS und Secret Service (Anm. 20), S. 39 ff. (mit weiterführenden Literaturhinweisen zu seiner Person); Bradley F. Smith, The Shadow Warriors. O.S.S. and the Origins oft he C.I.A., New York 1983, S. 189 ff; Anthony Cave Brown (Hg.), a.a.O., S. 318 ff. Zu der Effektivität des von Dulles in der Schweiz aufgebauten Netzwerkes und den nach Deutschland reichenden Kontakten des OSS vgl. Pierre-Theodore Braunschweig, Geheimer Draht nach Berlin. Die Nachrichtenlinie Masson-Schellenberg und der schweizerische Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1989, S. 247 ff; Heideking, Die »Breakers«-Akte (Anm. 22); Wilhelm von Schramm, Verrat im Zweiten Weltkrieg. Vom Kampf der Geheimdienste in

- Europa, 2. Auflage, Düsseldorf, Wien 1969, S. 230 ff; Breitman, Goda, U.S. Intelligence (Anm. 20), S. 101, 109; Robert Wolfe, in: ebd., S. 325 f; Kerstin von Lingen, Conspiracy of Silence: How the »Old Boys« of American Intelligence Shielded SS General Karl Wolff from Prosecution, in: Holocaust Genocide Studies 22, (2008) 1, S. 74 ff. (77 f.)
- 24 Dulles, Gaevernitz, Unternehmen »Sunrise« (Anm. 22).
- 25 Certificate of Citizenship Nr. 4126839, Bundesarchiv (BArch), N 524/1; BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX/11 AV 13/75, Band 3, Bl. 15 f.
- 26 Vgl. z.B. BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX/11, FV 70/70, Bl. 101.
- 27 Vgl. z.B. Dulles, Gaevernitz, Unternehmen »Sunrise« (Anm. 22); Allen Dulles, Im Geheimdienst, 1963, S. 61 ff.
- 28 Vgl. Anm. 18.
- 29 Vgl. beispielhaft BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG 30352, Bl. 12ff.; BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAIX 21708, Bl. 5ff., wo die Vernehmungsergebnisse der am 26. August 1950 in Ost-Berlin verhafteten Erica Wallach (Erica Glaser; 1922–1993) zusammengefasst werden; hier finden sich Hinweise zu der Tätigkeit des OSS in der Schweiz.
- 30 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAXX 5164, Bl. 220 ff. (VM-Bericht über ein Treffen mit Dulles in der Schweiz); auch in: BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS HAII 41302, Bl. 11 ff. Das Reichssicherheitshauptamt entstand nach Kriegsbeginn 1939 durch die Zusammenlegung der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS und war das zentrale Verfolgungsorgan des nationalsozialistischen Regimes.
- 31 Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt), Auskunft vom 19.5.2014.
- 32 Zudem sind der Wehrpass und das Soldbuch nicht verloren gegangen. Vielmehr befinden sie sich im Strauß-Nachlass, Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., NL Strauß Fam: 2. Im Wehrpass ist ein Dienstantritt bei der Fliegerabwehrschule am 6. Januar 1944 eingetragen. Hinsichtlich seiner Kriegsteilnahme an der Ostfront ist lediglich vermerkt, dass Strauß vom 5. März 1942 bis zum 6. April 1943 der Heeres-Flak-Artillerie-Abteilung (motorisiert) 289 (respektive IV. Abteilung Panzer-Artillerie-Regiment 140) der 20. Panzerdivision angehörte. Für die Zeit vom 11. November 1942 bis zum 15. Januar 1943 sind »Abwehrkämpfe und bewegliche Verteidigungskämpfe« im Großen Donbogen am Tschir und am unteren Donzek verzeichnet.
- 33 Die in Dokument Nr. 2 aufgeführte Verhinderung der Sprengung der Kohlegruben bei Schongau und die Entwaffnung einer HJ-Panzerabwehreinheit werden auch in der Literatur erwähnt, vgl. etwa Otto Zierer, Franz Josef Strauß: Ein Lebensbild, 1990, S. 142 ff.; Stefan Finger, Franz Josef Strauß: Ein politisches Leben, München 2005, S. 39. Soweit ersichtlich, sind hierzu jedoch keine Quellen überliefert.
- 34 Die archivierten BND-Akten sind nicht vollständig einsehbar. Unter Hinweis auf bestimmte, formularmäßig aufgeführte Gründe werden Aktenbestandteile als sog. »Entnahmen« aus den »offenen« Akten entfernt. Der Bundesnachrichtendienst lehnte mit Widerspruchsbescheid vom 27. Mai 2015 die Herausgabe weiterer Akten zu Hauser ab.

- 35 In den Akten finden sich uneinheitlich die Bezeichnungen »Agent, Sonderverbindung und Quelle«. Er wurde er u.a. zur Erforschung des internationalen Waffenhandels sowie zur Beobachtung der Aktivität des Sekretärs der sowjetischen Botschaft Jurij Nicolosci eingesetzt. Vgl. hierzu Archiv des Bundesnachrichtendienstes (BND-Archiv), Nr. 101484\_OT, Bl. 6, 8, 125, 186, 308, 373 ff.; Nr. 5380\_OT, Bl. 64; Nr. 5374, Bl. 505; Nr. 5375\_OT, Bl. 130; Nr. 101485\_OT, Bl. 186.
- 36 Hauser vermittelte dem nach Kriegsende kurzzeitig inhaftierten Strauß ein für seine weitere Karriere wichtiges Empfehlungsschreiben, vgl. hierzu Wolfram Bickerich, Franz Josef Strauß: Die Biographie, Düsseldorf 1996, S. 32; Biermann, Strauß (Anm. 2), S. 58 ff. Im Gegenzug bat Hauser mit Schreiben vom 18.10.1959 Strauß in seiner Funktion als Verteidigungsminister um berufliche Hilfestellung (\*als Vertreter oder Verbindungsmann einer [...] Firma oder auf nachrichtendienstlichem Gebiet\*), woraufhin Strauß einen Kontakt zum BND vermittelte, vgl. BND-Archiv, Nr. 5375\_OT, Bl. 6; 5374, Bl. 394. Strauß war Trauzeuge Hausers und Pate seines Sohnes. Die Freundschaft endete in den Kontroversen der Lockheed/Starfighter-Affären.
- 37 Vgl. zu diesem durch die sog. »Strauß Scharnagl Abhöraffäre« initiierten Untersuchungsausschuss Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Art. 44 Grundgesetz vom 20.03.1980, Drs. 8/3835, S. 12, 26 ff., 40, 50, 53 f., 57.
- 38 BND-Archiv, Nr. 101484 OT, Bl. 308.
- 39 BND-Archiv, Nr. 5374, Bl. 505, 517 f.; Nr. 101484\_OT, Bl. 309 mit weiteren Details hierzu.
- 40 BND-Archiv, Nr. 5374, Bl. 519.
- 41 BND-Archiv, Nr. 5374, Bl. 520.
- 42 Vgl. Anm. 45.
- 43 BND-Archiv, Nr. 101484\_OT, Bl. 11.
- 44 Vgl. Anm. 43.
- 45 BND-Archiv, Nr. 101484\_OT, Bl. 24f. Ferner Nr. 101484\_OT, Bl. 27: »[...] Erklärungen und Mutmaßungen so unglaubwürdig daß sie [die »Verantwortlichen des BND«] diese weder zum Anlaß einer Mitteilung bei zuständigen Stellen [scil. Bundesamt für Verfassungsschutz] noch gegenüber Ministerpräsident Strauß persönlich gemacht haben«.
- 46 BArch, N 524.
- 47 Sichtvermerke sowie Ein- und Ausreisestempel in den U.S. Reisepässen Nr. FJ 56112 (ausgestellt am 21.02.1941) und Nr. 351445 (ausgestellt am 06.11.1936), BArch N 524/1.
- 48 Vgl. Anm. 32.
- 49 Vgl. hierzu National Archives, Records of the Office of Strategic Services 1940–1946, Record Group 226, OSS entries 210–220: Sources and Methods Files (»Previously Withdrawn Material«), im Internet veröffentlicht unter http://www.archives.gov/iwg/declassified-records/rg-226-oss/sources-and-methods-files.html, letzter Zugriff am 24.05.2014.
- 50 Princeton University, Library, Dept. of Rare Books and Special Collections, Seeley G. Mudd Manuscript Library, Public Policy Papers, MC019.

- 51 Vgl. exemplarisch die Auszeichnungsakte von Allen W. Dulles, National Archives, Record Group 226, Records of the Office of Strategic Services, Entry 224: OSS Personnel Files, Box, 203.
- 52 Personalakte von Gero von Schulze-Gaevernitz, National Archives, RG 226, Entry 224, Box 257.
- 53 Hauser war als »undercover field agent« für den Einsatz in Deutschland vorgesehen, wechselte aber im Juni 1944 während der Ausbildung zum Militärgeheimdienst; Personalakte von Ernst F. Hauser, National Archives, Records of the Office of Strategic Services (RG 226), Entry 92, Box 452@190: 5/35/4, File: SO27520.
- 54 Vgl. Michael A. Turner, Historical Dictionary of United States Intelligence, 2006, S. 42.
- 55 Vgl. das Dossier zu Gero von Schulze-Gaevernitz (Signatur E4320B#1990/266#31 72\*; zu der Signatur E4800.1#1000/866#48\* findet sich ein Dossier, das die in den Jahren 1942–1950 angefallene Korrespondenz des Chefs der Eidgenössischen Polizeiabteilung, Dr. Heinrich Rothmund, mit Gero von Schulze-Gaevernitz enthält.
- 56 Schreiben des Verfassers vom 1. Juni 2014, Archiv des Verfassers.
- 57 Schreiben des Verfassers vom 19. Dezember 2014, Archiv des Verfassers.
- 58 Max Weber, Wissenschaft als Beruf, 1919, S. 14.

# Christopher Nehring

# Alter Wein in neuen Schläuchen. Wie Franz Josef Strauß zum Agent (gemacht) wurde

Zugleich Replik auf: Enrico Brissa, Dokumentation: Zu einer möglichen Spionagetätigkeit von Franz Josef Strauß für das Office of Strategic Services (OSS).

War Franz Josef Strauß ein Agent? Muss die Geschichte umgeschrieben werden? Der vorliegende Beitrag kommt zu einem gänzlich anderen Ergebnis: Auswertungen von Geheimdienstarchiven legen den Schluss nahe, dass es sich um eine Desinformationskampagne (»aktive Maßnahme«) des sowjetischen Geheimdienstes KGB handelte.

Manche Väter bekommen zu runden Geburtstagen ausgefallene Geschenke. Der bayerische Landesvater Franz Josef Strauß (FJS) bekam zu seinem 100. Ehrentag Präsente der besonderen Art. Nicht nur wurden Tagebucheinträge seiner Frau über unerträgliche private Zustände publik, sondern FJS wurde sogar zum Geheimagenten befördert. 1 Neu aufgefundene Akten aus den Archiven des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und des Bundesnachrichtendienstes (BND) verzeichnen Informationen, nach denen der junge Soldat Strauß 1944 dem Vorläufer der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA), dem Office for Strategic Services (OSS), militärische Informationen hatte zukommen lassen. FJS ein Agent? Als Politiker vielleicht erpressbar? Muss die Geschichte umgeschrieben werden? Die vorliegende Studie kommt zu einem gänzlich anderen Ergebnis. Auswertungen von Geheimdienstarchiven legen den Schluss nahe, dass es sich bei diesen Gerüchten und Informationsversatzstücken um eine geschickte Desinformationskampagne (»aktive Maßnahme«) des sowjetischen Geheimdienstes KGB handelte. Für selbige war FJS über 20 Jahre hinweg eine herausragende Zielscheibe. Die sozialistischen Geheimdienste zeigten sich hierbei überaus einfallsreich, benutzten wahre, falsche und halbwahre Informationen und fälschten diese in »Originaldokumente« ein, welche dann auf abenteuerlichen Wegen der Offentlichkeit präsentiert wurden. Wahrheiten von Lügen, Originale von Fälschungen, unwissende Multiplikatoren (auch »nützliche Idioten« genannt) von Einflussagenten zu unterscheiden und den genauen Hergang dieser Maßnahmen zu rekonstruieren, stellt dabei eine Herkulesaufgabe dar.<sup>2</sup>

# Zielscheibe von Desinformationsmaßnahmen

Der langjährige CSU-Parteivorsitzende, bayerische Ministerpräsident und mehrfache Bundesminister Strauß war im Ostblock als »Sozialistenfresser« oder »Faschist« verhasst.<sup>3</sup> Wie auch Verfassungsschutz und Generalbundesanwalt ermittelten, kam dem MfS bei der Organisation von Propagandakampagnen gegen FJS eine Schlüsselstellung bei der Beschaffung von Ausgangsinformationen, deren Aufbereitung, Fälschung sowie Verbreitung zu.<sup>4</sup> Doch obgleich dessen für die Auslandsspionage zuständige Hauptverwaltung A (HVA) bei diesen aktiven Maßnahmen zweifelsohne die Federführung innehatte, führten auch die anderen sozialistischen Geheimdienste solche Maßnahmen durch. <sup>5</sup> Anfang der 1960er Jahre drang die sowjetische Auslandsaufklärung beispielsweise bei ihren bulgarischen Verbündeten darauf, die Informationssammlung und anschließende Kompromittierung der »gegen die sozialistischen Länder feindlichsten Vertreter des Bonner Regimes/ADENAUER/GLOBKE/STRAUSS u.a./«6 zu intensivieren. Ebenso forderte das Mitglied des ZK der KPdSU Ponomarev mehr Aufmerksamkeit für Propagandamaßnahmen gegen Strauß, da er diesen als einen der gefährlichsten Gegner und Hindernis für eine Annäherung zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik ansah.<sup>7</sup>

Geheimdienstliche Aktionen gegen einen bedeutenden Politiker wie FJS forderten stets die Ab- und Zustimmung aus Moskau. Inhaltlich jedoch war der auf die Bundesrepublik spezialisierte DDR-Geheimdienst nahezu unabdingbar für Aktionen gegen westdeutsche Politiker. Ehemalige Offiziere der HV A berichteten, dass die Auslandsspionage einen Spezialisten hatte, dessen Aufgabe es war, sich in Strauß »hineinzudenken«, sein Denken und Reden zu kopieren, um gefälschten Dokumenten einen scheinbar echten Stil zu verleihen.<sup>8</sup> Wenig verwunderte es daher, dass die anderen sozialistischen Geheimdienste bei aktiven Maßnahmen gegen Strauß die enge Anbindung an die HVA suchten. Die bulgarische Aufklärung Pyrvo glavno upravlenie Dyrzhavna sigunrost (Erste Hauptverwaltung Staatssicherheit, PGU-DS) beispielsweise legte 1972 als interne Richtlinie fest, dass alle aktiven Maßnahmen mit Bezug zur Bundesrepublik mit der HV A koordiniert werden sollten. Aktionen gegen FJS waren hierbei ein immer wiederkehrendes Thema, was eine 1977 durchgeführte Aktion der ungarischen, bulgarischen und DDR-Aufklärung mit dem Decknamen »NESSIE« verdeutlichte. Selbige wurde von der ungarischen Aufklärung Államvédelmi Hatóság (AVH) wie folgt beschrieben:

»Wir machen es vor, als ob in Griechenland eine gut organisierte und ausgerüstete westdeutsche Geheimresidentur operiert, mit der Aufgabe,

die rechtsextremen Kräfte mit allen Mitteln zu unterstützen. Ihre Hauptbasis ist die Hellenische Christliche Partei/CHRIKE/und ihr Führer, Dipl. Ing. Fotios Gouras, ein Komplize von Strauß. Diese fiktive Residenturk ist einer Zentralstellek in der BRD untergeordnet, welche die CSU selbst darstellen soll.«<sup>10</sup>

Im Sommer 1977 setzte die ungarische Aufklärung aus Griechenland mehrere gefälschte Funkmeldungen ab, verteilte Flugblätter, die zum Putsch aufriefen, und legte gar ein eigenes Waffendepot an. Ziel dabei war es, Strauß, die CSU und die Bundesrepublik als Anstifter eines Putschversuchs zu diskreditieren.

# Die MfS-Hauptabteilung IX/11. NS-Dokumente und Propaganda

Nicht nur die Häufigkeit elaborierter Desinformationsoperationen gegen FJS sollte ein gesundes Maß an Misstrauen gegenüber MfS-Informationen über eine mögliche Agententätigkeit nahelegen. Auch der Fundort der Dokumente in der Abteilung 11 der HAIX des MfS spricht keinesfalls für die Authentizität der verzeichneten Informationen. Selbige Abteilung war für die Arbeit mit NS-Archiven innerhalb des MfS verantwortlich und beteiligte sich an der Fälschung ebensolcher Dokumente zum Einsatz bei Propaganda- und Desinformationsoperationen. 11 1975 beispielsweise erbat die bulgarische Aufklärung die Hilfe der HVA bei der Durchführung einer aktiven Maßnahme, im Zuge derer der nach Israel geflüchtete Dissident Petyr Semerdzhiev als Agent eines NS-Geheimdienstes diskreditiert werden sollte. 12 Hierzu übersandte die bulgarische Seite inhaltliche "Thesen« und Einzelheiten, die im MfS in ein gefälschtes internes Schreiben an das Amt VI E4 des Reichssicherheitshauptamtes vom 12.5.1943 eingearbeitet und im Folgenden an verschiedene Stellen verschickt wurden. 13

Dieses Muster – bislang unbemerkt – galt auch für den Strauß betreffenden »Forschungsvorgang Michel« (FV 70/70) des MfS, bei dem eine direkte Verbindung zur Desinformationsabteilung der DDR-Aufklärung bestand. Zum einen verwunderte, dass Minister Mielke persönlich der HA IX/11 am 1.1.1970 die Anweisung (VMA 267/70) erteilte, nach Materialien über Strauß zu suchen. <sup>14</sup> Mielke nannte hierbei ausdrücklich, dass die Materialien zu Strauß von der Desinformationsabteilung HV A/X für »operative Zwecke« benötigt würden. Dabei sollte auch die Möglichkeit geprüft werden, »ob das gewünschte Material durch die HA IX/11 allein oder gemeinsam mit der Abt. X der HV A herausgesucht und zusammen-

gestellt werden kann.«<sup>15</sup> Auch die Zielstellung der »Forschungen« wurde mit der zielgerichteten Diskreditierung von FJS durch belastendes NS-Material genannt.<sup>16</sup>

Deutlich trat also erstens zutage, dass das Anliegen von höchster Stelle kam und von außen (wie unten ausgeführt höchstwahrscheinlich von den sowjetischen »Freunden«) an die HAIX/11 herangetragen wurde. »Amtshilfeersuchen« der HVA an andere Dienstabteilungen erforderten nicht zwangsläufig ein Einschalten des Ministers, der zudem persönlich über den Wert und die Inhalte des Materials informiert werden wollte. Zweitens hätte die Verwendung der »Forschungen« im Rahmen einer Desinformationsmaßnahme nicht deutlicher formuliert werden können. Nicht nur wurde eine direkte Beteiligung der HV A/X bei der »Suche« und »Zusammenstellung« der Materialien erwogen, sondern es hieß in einem Übergabeprotokoll auch wörtlich, dass die Materialien als geeignet erachtet wurden, um unmittelbar in Maßnahmen der HV A/X verwendet zu werden. 17 Mindestens ebenso verwunderlich wie diese bei der Auswertung der Materialien gänzlich unbeachteten Tatsachen mutet der Umstand an, dass der tatsächliche Inhalt des »Forschungsvorgangs Michel« bislang keine Erwähnung erfuhr. Die vier Bände des »Forschungsvorgangs« enthielten nämlich kein durch geheimdienstliche Arbeit gewonnenes Material, keine Originaldokumente des OSS oder von NS-Behörden und nur wenige offizielle NS-Publikationen. Reichlich gefüllt hingegen waren die Ordner mit Pressematerialien von Spiegel, AdN & Co, offizielle Drucksachen (beispielsweise des Bundestages) oder Auszüge aus Bibliographien und Handbüchern, bei denen es sich oftmals - ein klassischer Zirkelschluss - wiederum um DDR-Propagandamaterialien aus der Feder von Albert Norden (»Um die Nation«) oder Julius Mader (»Who's who in CIA?«) handelte. 18 Verlässliche, stichhaltige Quellen suchte man hier vergebens.

# Strauß als amerikanischer Agent – eine Desinformation des KGB

In den 1960er Jahren waren die aktiven Maßnahmen des Dienstes A der Ersten Hauptverwaltung des KGB (Sluzhba A Pervoe glavnoe upravlenie, KGB) ein häufig eingesetztes Mittel, um die sowjetische Deutschlandpolitik zu flankieren. Einerseits wurden das wirtschaftliche, militärische und politische Potenzial des westdeutschen Staates und seine Rolle in Europa erkannt. Andererseits glaubte man, aufgrund der Teilungssituation die Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis herauslösen und sel-

biges zu Fall bringen zu können. Somit kam dem geteilten Deutschland in der sowjetischen außenpolitischen Strategie eine Schlüsselstellung zu. <sup>19</sup> FJS wiederum galt in den 1950er und 1960er Jahren als einer der mächtigsten Politiker, schärfsten Gegner einer westdeutschen Sonderbeziehung zum Ostblock und als fanatischer Antikommunist. So drang die Spitze der KPdSU darauf, die geheimdienstliche Arbeit des KGB (und der »Bruderorgane«) gegen FJS zu intensivieren. Der »Forschungsvorgang Michel« der HA IX/11 über FJS nannte ebenfalls als politische Rahmenbedingungen, dass selbiger als »Faschist reinsten Wassers« anzusehen sei, der von den »maßgeblichen Kräften des Finanzkapitals als »starker Mann« aufgebaut wird«. <sup>20</sup>

Strauß selbst beschuldigte bereits Ende der 1950er Jahren verschiedene Medien (allen voran den Spiegel), gegen ihn gerichtetes Propagandamaterial aus den Händen des KGB gedruckt zu haben. 21 Angaben von sowjetischen Überläufern bestätigten die Existenz von vom KGB lancierter Desinformation in bundesdeutschen Medien. Dies galt auch für die Behauptung, Strauß sei Agent der CIA-Vorläuferorganisation OSS gewesen, die von einem Überläufer als Kernaussage einer Desinformationsmaßnahme des KGB identifiziert wurde. Nach Angaben von Ilija Dzhirkvelov planten der KGB und die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU im Mai 1961, die Information, Strauß sei Agent der amerikanischen Geheimdienste, an eine Delegation der SPD-nahen Zeitschrift Vorwärts unter Leitung von Jesco von Puttkammer zu lancieren.<sup>22</sup> KGB-Mitarbeiter sollten andeuten, dass sie Informationen hätten, wonach Strauß als Kriegsgefangener vom amerikanischen Geheimdienst angeworben wurde und immer noch große Summen für seine anhaltenden Dienste bekomme. Dafür hätte die sowjetische Seite Beweise in Form von Dokumenten. Nach Dzhirkvelovs Darstellung wurde die Information an von Puttkammer herangespielt, selbiger zeigte jedoch kein Interesse an den angeblichen »Beweisen«, wofür er nach Informationen der KGB-Residentur in der Bundesrepublik anschließend von der SPD-Führung kritisiert wurde. Die Intention des KGB und der KPdSU bei dieser Maßnahme war es, die bevorzugten Sozialdemokraten im Wahljahr 1961 zu stärken und die Westbindungspolitik von Adenauer und Strauß zu diskreditieren 23

Dzhirkvelovs Darstellung weicht von der späteren »Agententhese« im Detail dahingehend ab, dass sie die Agententätigkeit von FJS erst in die Zeit seiner Kriegsgefangenschaft verlegten, wohingegen die MfS-Dokumente davon sprachen, dass Strauß noch vor Kriegsende Informationen an das OSS übergab. <sup>24</sup> Da Dzhirkvelov keine weiteren Angaben machte, kann hier nur vermutet werden, dass eine spätere, leichte Redaktion der Inhalte

erfolgte. Das wahrscheinlichste Szenario war jedoch, dass die »operative Quelle« für die Verbindung von FJS zum OSS eine Information des KGB war. Dies würde erklären, warum Dzhirkvelov eine Maßnahme gleichen Inhaltes bereits für 1961 nennen konnte und auch, warum der BND-Agent »LEDER« noch vor der Anweisung Mielkes zu Recherchen über Strauß' Vergangenheit Informationen mit diesem Inhalt erhielt.

# Methodisches Vorgehen bei aktiven Maßnahmen und BND-Agent »LEDER«

Weitere vermeintliche Hinweise über eine Agententätigkeit von FJS entstammen dem Archiv des Bundesnachrichtendienstes und beziehen sich auf den BND-Agent »LEDER«, der als Ernest Hauser, ehemaliger Offizier des Counter Intelligence Corps (CIC – Militäraufklärung der US-Army), Bekannter von Strauß und Vertreter des US-Rüstungskonzerns Lockheed, identifiziert wurde. <sup>25</sup> Selbigem wurden offenbar bei einem seiner Besuche in der sowjetischen Botschaft Dokumente gezeigt, die dieselben Informationen wie die MfS-Dokumente enthielten. Nicht nur, dass die inhaltliche Kernaussage der hier verbreiteten Information mit der von Dzhirkvelov genannten übereinstimmte. Auch die Methode, um selbige zu lancieren, glich haargenau jener, die Dzhirkvelov beschrieb. Das Zeigen angeblicher »Originaldokumente« durch sowjetische Diplomaten (die in Wahrheit stets verdeckte KGB-Mitarbeiter waren), war eine grundlegende Methode der sozialistischen Geheimdienste bei aktiven Maßnahmen.<sup>26</sup> Als die Desinformationsoperationen der sozialistischen Geheimdienste in den 1980ern immer stärker bekämpft wurden, forderte der Leiter des Dienstes A Vladimir Ivanov gar, diese Methode des Vorzeigens gefälschter Dokumente noch öfter einzusetzen.<sup>27</sup> Ihr Einsatz sollte verhindern, dass Informationen auf ihre sowjetische Herkunft zurückverfolgt werden konnten und stattdessen ein wissender oder unwissender Multiplikator (»nützlicher Idiot«) als vermeintlicher Ursprung galt. Im Fall des Agenten »LEDER« klappte dies offenbar wie geplant. Letztlich handelte es sich sowohl bei den im MfS-, als auch im BND-Archiv gefundenen Hinweisen um Spuren derselben Operation: eine Desinformationskampagne gegen Franz Josef Strauß.

#### **Fazit**

Die Archivfunde bezüglich einer vermeintlichen Agententätigkeit von Franz Josef Strauß für das OSS verdienen zweifellos große Aufmerksamkeit. Obgleich der Wahrheitsgehalt dieser Informationen nicht abschlie-Bend verifiziert werden konnte, muss davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um eine Desinformationskampagne des KGB und des MfS handelte. Als gesichert kann gelten, dass das KGB die These vom »Agenten« Strauß im Rahmen einer Desinformationskampagne verbreitete. Die MfS-Abteilung, in der die entsprechenden Dokumente gefunden wurden, arbeitete bei dieser »Forschung« zur Unterstützung operativer Maßnahmen der Desinformationsabteilung HV A/X. Darüber hinaus erinnerte auch die Art und Weise, durch die die Information an den BND gelangte, nur allzu deutlich an das methodische Handwerk aktiver Maßnahmen. Ebenso förderten bisherige Untersuchungen über Strauß oder das OSS keinerlei Hinweise zutage, die für eine tatsächliche Agententätigkeit von FJS sprechen würden. 28 Dass sich ferner weder BND noch das Bundesamt für Verfassungsschutz zu ernsthaften Konsequenzen genötigt sahen und die Tatsachen, dass - trotz ausgeprägter Propagandakampagnen gegen Strauß - diese Information nie wieder eingesetzt und sogar in der Akte des Forschungsvorgangs selbst komplett ignoriert und nie als »Agententätigkeit« bezeichnet wurde, sprechen eindeutig gegen den Wahrheitsgehalt der Agententhese.

Tatsächlich also gibt es sehr gute Gründe dafür, dass es sich bei den aufgefundenen Dokumenten um Teile einer Desinformationsoperation handelte. Dieser Umstand hätte bereits bei der ersten Erörterung der Dokumente berücksichtigt werden müssen. Nicht nur ist bereits seit den 1980er Jahren bekannt, dass das KGB gezielt mit einer angeblichen Agententätigkeit von Strauß desinformieren wollte. Auch sollte grundsätzlich bei vermeintlich sensationellen Funden in Geheimdienstarchiven (und allen voran im Stasi-Archiv) die Möglichkeit einer Fälschung und Desinformation zwar weder über-, noch unterschätzt, stets jedoch mitgedacht werden. Im Falle der aufgefundenen Dokumente sind die Belege für eine gezielte Desinformation und Diskreditierung mehr als offensichtlich. Dass dies im vorliegenden Fall unberücksichtigt blieb und grundlegende Informationen der Originaldokumente gänzlich übergangen wurden, ist in wissenschaftlicher Hinsicht kaum nachzuvollziehen (und mindestens repräsentativ für eklatante Defizite der Geheimdienstforschung).

Das KGB war übrigens gezwungen, seine Meinung über den »Sozialistenfresser« Strauß postum zu revidieren. Bei einem Gespräch 1988 gab der

Leiter des Dienstes »A« Ivanov offen zu, dass man sich in der Einschätzung von FJS jahrelang geirrt hatte:

»In der Sowjetunion zum Beispiel hatten sie eine falsche Vorstellung von Franz Josef Strauß. […] Die Schlussfolgerung ist, dass bisher falsch mit solchen Persönlichkeiten gearbeitet wurde. Sie wurden für Reaktionäre gehalten.«<sup>29</sup>

# Anmerkungen

- 1 Siehe zur Publikation über Tagebücher von Marianne Strauß: Christoph Gunkel, »Der übl. Wochenendsuff«, in: Spiegel Online, 26.8.2015, http://www.spiegel.de/einestages/franz-josef-strauss-unbekannte-tagebuchnotizen-der-marianne-strauss-a-1049676. html, letzter Zugriff am 4.11.2015; ausschlaggebend für die hier aufgegriffene Debatte über eine Tätigkeit von Strauß für das OSS war der Beitrag: Enrico Brissa, Dokumentation: Zu einer möglichen Spionagetätigkeit von Franz Josef Strauß für das Office of Strategic Services (OSS), in: Deutschland Archiv, 5.9.2015, Link: www.bpb. de/211519.
- 2 Vgl. Dennis Kux, Soviet active measures. Overview and Assessment, in: Parameters. Journal of the US Army War College 15 (1985) 4, S. 19–28; Herbert Romerstein, Soviet Active Measures and Propaganda. New Thinking & Influence Activities in the Gorbachev Era, Toronto 1989; Ders., Soviet Agents of Influence, Alexandria/VA 1991, S. 1–38; Richard Shultz und Roy Godson, Dezinformatsia: Active Measures in Soviet Strategy, Washington D. C. 1984; United States Department of State, Bureau of Public Affairs: Special Report No. 101: Soviet Active Measures. An Update, Washington D. C. 1982; United States Department of State: Soviet Influence Activities: A Report on Active Measures and Propaganda, 1986–87, Washington 1987.
- 3 Vgl. z. B., Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg, München, 1997, S. 93 und 189-194.
- 4 Siehe: Günter Bohnsack und Herbert Brehmer, Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 142–157; Anklage des Generalbundesanwalts vom 3.11.1933, Az. 3 StE 12/93–4, in: Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation, Klaus Marxen und Gerhard Werle (Hg.), Band 4/1. Teilband: Spionage (unter Mitarb. v. Petra Schäfter und Ivo Thiemrodt), Berlin 2004, S. 460–550, hier: S. 501 f.; Innere Sicherheit. Informationen des Bundesministeriums des Inneren Nr. 1, 20.3.1985, S. 10; Verfassungsschutzbericht 1983, Bundesministerium des Inneren (Hg.), Bonn 1984, S. 201 f.
- 5 Vgl. z. B.: Jan Shejna, We Will Bury You, London 1984, S. 117–135; nach Angaben des KGB-Archivars Mitrochin brüstete sich das KGB gar völlig unrealistisch damit, dass gemeinsame Maßnahmen mit der HVA, wie etwa die Verteilung einer Broschüre, in der angebliche Verschwörungsabsichten von Strauß mit einigen BND-Mitarbeitern ausgebreitet wurden, und die Bundeskanzler Schmidt zu gerichtlichen Untersuchungen veranlasst haben soll, zur Wahlniederlage des Kanz-

- lerkandidaten Strauß 1980 beigetragen hätten (siehe: Christopher Andrew und Wassili Mitrochin, Schwarzbuch des KGB Bd. 1: Moskaus Kampf gegen den Westen, Berlin, 1999, S. 563).
- 6 Siehe die Aufzeichnung des Gesprächs über die Koordinierung der Aufklärungsund Abwehrmaßnahmen und über die gemeinsame Durchführung einiger von
  ihnen zwischen dem Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR und
  dem MdI der Volksrepublik Bulgarien 1960, in: Tatjana Kirjakova et al. (Hg.), KGB
  i DS. DS-KGB. Vryski i Zavisimost. Dokumentalen sbornik na Komisijata za razkrivane na dokumenti i objavjavane na prinadlezhnost na Bylgarski grazhdani kym
  Dyrzhavna sigurnost i razuznavatelni sluzhbi na Bylgarskata narodna armija, Sofia
  2009, Dok. 24, S.204–213, hier: S.211 (pdf), http://comdos.bg/Нашите%20
  издания/ds-i-kgb, letzter Zugriff am 5.11.2015.
- 7 Vgl. Ilya Dzhirkvelov, Secret Servant: My Life with the KGB, London 1987, S. 289 f.; Ähnlich berichtete auch der ehemalige Politoffizier Jan Shejna über aus Moskau initiierte Schmierenkampagnen gegen Strauß, die es bis in namhafte westdeutsche Nachrichtenmagazine brachten, siehe: Shejna: We Will Bury You (Anm. 5), S. 117.
- 8 Die ehemaligen HV A-Mitarbeiter: Bohnsack, Brehmer, Auftrag Irreführung (Anm. 4), S. 143 f., wiesen hier auf Major Frank R. der HV A/X/2 hin, der »sich in Strauß hineingefühlt hatte, denken und reden konnte wie der CSU-Chef« und für die ihm zugeschriebene fiktiven Dokumente zuständig war.
- 9 Siehe die handschriftliche Notiz des Leiters der Abt. VIII der Ersten Hauptverwaltung DS Dimo Stankov an den Leiter der Aufklärung Dimityr Kjossev vom 26.4.1972, in: AKRDOPBGDSRSBNA (Arhiv na komisijata za razkrivane na dokumentite i za objavjavane na prinadlezhnost na bylgarski grazhdani kym Dyrzhavna sigurnost i razuznavatelnite sluzhbi na Bylgarskata narodna armija Archiv der Kommission zur Erschließung der Dokumente und zur Erklärung der Zugehörigkeit bulgarischer Bürger zur Staatssicherheit und den Aufklärungsdiensten der Bulgarischen Volksarmee-R(razuznavane Aufklärung), F(Fond). 9 op (opis Findbuch). 2 a.e. (arhivna edinica Archiveinheit) 539, Bl. 93a.
- 10 Siehe die Übersicht der ungarischen Aufklärung über die Aktivmaßnahme Nessie, in: AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 3 a.e. 210, Bl. 45–47, hier: Bl. 45; Siehe weiterhin das Protokoll über die Arbeitskonsultationen auf der Linie aktive Maßnahmen mit der Aufklärung des MdI der VRB vom 31.5.-2.6.1977 in Berlin, in: Ebd., Bl. 40–44; auch: Bohnsack, Brehmer, Auftrag Irreführung (Anm. 4), S. 227 f.; Siehe zu einer ausführlichen Darstellung sowohl dieser als auch weiterer Maßnahmen gegen Strauß und die Bundesrepublik: Christopher Nehring, Die Kooperation der HV A mit der Aufklärung des sozialistischen Bulgariens, unveröff. Diss, Heidelberg 2015, S. 177–187 und S. 216–218.
- 11 Zur HAIX/11 des MfS allgemein siehe: Roland Wiedmann, Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht, Berlin 2012, S. 301 f., und: Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005, insb. S. 73–88; weiterhin: Hubertus Knabe (Hg.), West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, Berlin 1999, S. 67–79; Ders., Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin 2001;

- siehe exemplarisch auch die Kampagnen gegen und für Willy Brandt: Daniela Münkel, Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt, Berlin 2013.
- 12 Siehe zu dieser Maßnahme ausführlich: Christopher Nehring, Die Kooperation (Anm. 10) S. 286–293.
- 13 Siehe eine Kopie des Schreibens, welches als Fotokopie und Xerox persönlich durch den späteren Leiter der PGU-DS VI. Todorov aufbewahrt wurde: AKRDOPBGDS-RSBNA-R, F. 9 op. 2 a.e. 542, Bl. 225–228; Besonders geschmacklos war hierbei der Umstand, dass das gefälschte Dokument Semerdzhiev die Verantwortung am Tod jüdischer KZ-Insassen gab und auch die Bekanntschaft mit seiner späteren Frau als geheimdienstlichen Auftrag erscheinen ließ. Siehe wiederum ausführlich: Christopher Nehring, Die Kooperation (Anm. 10), S. 287–294.
- 14 Siehe die Anweisung in: BStU, MfS HAIX/11 FV 70/70, Bl. 4.
- 15 Ebd
- 16 Siehe hierzu noch eindrücklicher den Maßnahmenplan der HAIX/11 vom 11.1.1971 (Ebd., Bl. 32–38, hier: Bl. 34): »Im Ergebnis der Bearbeitung soll sowohl die faschistische Vergangenheit der Hintermänner und Verbindungen von Strauß, als auch die Tatsache, dass er selbst ein Faschist reinsten Wasser ist, an Hand (sic!) von Dokumenten nachgewiesen werden.«
- 17 Ebd., Bl. 163 f; am 4.8.1978 bestätigte auch der Leiter der HV A/X Wagenbreth, dass die von der HAIX/11 übergebenen Materialien »operativ eingesetzt« wurden, mit dem handschriftlichen Zusatz: »Fall Strauß ist erledigt. Die HV A hat die Materialien erhalten.« (Ebd., Bl. 238); wie eine handschriftliche Notiz im dazugehörigen Ordner BStU, MfS HAIX/11 PA 2, Bd. 1, Bl. 19 nahelegte, handelte sich hierbei wohl um Aktionen der aktiven Maßnahme »Schwarz« (OVO »Schwarz« XV 1775/72), dessen Ziel die Diskreditierung der CDU war. Siehe hierzu: Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben Strukturen Quellen, Berlin, 2011, S. 173 ff; vgl. weiter: Bohnsack, Brehmer, Auftrag Irreführung (Anm. 4), S. 174 f. und 189.
- 18 Siehe so z.B. auch den Quellennachweis zu einer Person, die im Kontext der Recherchen um Strauß überprüft wurde: BStU, MfS HAIX/11 PA 2, Bd. 1, Bl. 22; vgl. die Originale: Albert Norden, Um die Nation. Beiträge zu Deutschlands Lebensfrage, Berlin, 1953 und Julius Mader, Who's who in CIA: Ein biographisches Nachschlagewerk über 3000 Mitarbeiter der zivilen und militärischen Geheimdienstzweige der USA in 120 Staaten, Berlin 1968.
- 19 Siehe grundlegend zusammengefasst bei: Shejna, We Will Bury You (Anm. 5), S. 100-137.
- 20 Siehe den handschriftlichen Maßnahmenplan der HAIX/11 vom 11.1.1971: BStU, MfS HAIX/11 FV 70/70, Bl. 32–38, hier: Bl. 33.
- 21 In den 1980er Jahren kam es z.B. zu einem Prozess des *Spiegel* gegen den britischen Abgeordneten Sir James Goldsmith (Conservative Party), der behauptet hatte, die *Spiegel*-Kampagnen gegen Strauß seien vom KGB inszeniert worden. Strauß soll die Übernahme solch gefälschter Informationen als Ursprung der heftigen Auseinandersetzungen und persönlichen Animositäten zwischen Augstein, dem *Spiegel* und ihm selbst verantwortlich gemacht haben. Der »Goldsmith-Prozess« endete mit einem Vergleich,

- in dem klargestellt wurde, dass Goldsmiths Aussagen maßgeblich auf den Erkenntnissen von Überläufern beruhten und er zu keiner Zeit ausdrücken wollte, der *Spiegel* habe wissentlich (!) Kampagnen im Auftrag des Ostblocks betrieben. De facto musste der *Spiegel* also zumindest die Möglichkeit anerkennen, dass seine Anti-Strauß-Kampagnen durch Informationen sozialistischer Geheimdienste unterstützt bzw. beeinflusst wurden. Siehe dazu: Helmut Bärwald, Spiegel-Fechtereien. Ein Blick in (Des-) Informationspraktiken eines Nachrichtenmagazins, Herford 1987, S.73–79; weiterhin: Anneke Jankus, Franz-Josef Strauß und sein Verhältnis zu dem Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«, in: Publizistik 47 (2002) 3, S.295–308, hier: S.298 f.
- 22 Siehe: Dzhirkvelov, Ilya, Secret Servant (Anm. 7), S. 297–301; obgleich die Berichte von Überläufern und ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern eine besondere Quellengattung sind, die sich nicht selten durch subjektive Interpretationen auszeichnen, zeigt diese Untersuchung eindrücklich, dass ein Generalverdacht gegen diese Quellen im Allgemeinen (und im Falle der angeblichen »Agententätigkeit« von Strauß im Speziellen) unhaltbar ist. Dzhirkvelovs Darstellungen lassen sich so durch andere Quellen stützen und ergänzen. Weiterhin ergab z.B. auch eine Überprüfung der Schilderungen der ehemaligen Mitarbeiter der HV A/X (Bohnsack, Brehmer, Auftrag Irreführung (Anm. 4)) mit im bulgarischen Stasiarchiv verbliebenen Dokumenten, wo möglich, dass sich die Erinnerungen hier mit den Quellenmaterialien in beeindruckender Weise deckten. Siehe ausführlich: Christopher Nehring, Die Kooperation (Anm. 10).
- 23 Angebliche Verbindung zwischen der CDU/CSU (und allen voran Strauß) zu Geheimdiensten, war dabei eine »These«, die immer wieder in den aktiven Maßnahmen der sozialistischen Geheimdienste auftrat. 1972 berichtete die Desinformationsabteilung der bulgarischen Aufklärung, dass sie zusammen mit der HVA Dokumente, die eine Verbindung der CDU/CSU zur CIA belegen sollten, über ihren Einflussagenten »Der Soziologe« (Sociologa) bis an Willy Brandt lanciert hätten. Auch hier wurde das explizite Ziel einer Wahlkampfhilfe für die SPD genannt (siehe die Auskunft über die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen für AM der Aufklärungen der DDR und VRB vom 13.5.1972: AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 2 a.e. 539, Bl. 87 f., und die Liste gemeinsamer AM mit den deutschen Genossen vom April 1972: Ebd., Bl. 93.; ebenso: Auskunft bezüglich der Gespräche mit der Leitung der Abteilung für AM bei der Aufklärungsverwaltung des MfS der DDR vom 20.6.1972, in: Ebd., Bl. 95-110, hier: Bl. 109 f.). Ob es sich ebenfalls um die »Beweise« für eine Agententätigkeit von Strauß handelte, lag aufgrund der inhaltlichen und chronologischen Überschneidungen mit den im MfS-Archiv aufgetauchten Dokumenten nahe. Im bulgarischen Archiv jedoch waren die von »Soziologe« lancierten Dokumente nicht aufzufinden.
- 24 Tatsächlich wird dieser Umstand im FV 70/70 nur ein einziges Mal in einer Kurzzusammenfassung genannt (BStU, MfS HAIX/11 FV 70/70 Bl. 5–11), in der Folge sich ausschließlich auf andere Informationen konzentriert.
- 25 Hauser war ebenfalls just im Jahre 1961 in die »Starfighter-Affäre« verwickelt, im Rahmen derer er als Lobbyist des US-Rüstungskonzern Lockheed Martin angab, bei der Beschaffung von Starfighter-Flugzeugen für die Bundeswehr seien Gelder an

- Strauß geflossen. Die angebliche Verbindung zwischen Hauser und Strauß während des Zweiten Weltkrieges wurde vom KGB also keineswegs zufällig konstruiert. Einzelheiten zu Hauser, seiner Beziehung zu Strauß oder dem BND konnten im Rahmen dieser Untersuchung nicht geprüft werden.
- 26 1975 z.B. zeigte die KGB-Residentur in Guinea dem Sicherheitsminister und Präsident Sékou Touré gefälschte Dokumente über angebliche Umsturzpläne der CIA; siehe Einzelheiten zu dieser Operation »KULBIT« in: Christopher Andrew und Wassili Mitrochin, Schwarzbuch, Bd. 1 (Anm. 8), S. 341 f.
- 27 Zum geringeren Erfolg aktiver Maßnahmen in den 1980er Jahren siehe: Bohnsack, Brehmer, Auftrag Irreführung (Anm. 4), S. 213 f; ebenso im Kontext der Zusammenarbeit von HVA und bulgarischer Aufklärung: Christopher Nehring, Kooperation (Anm. 17), S. 163–167; zur methodischen Vorgehensweise des KGB; vgl. die Beratungen zwischen dem Leiter des Dienstes »A« Ivanov und der PGU-DS zur Benutzung von Einflussagentur: Formen und Methoden der Arbeit. Benutzung von Einflussagentur (Gespräch mit V.P. Ivanov am 25.4.1979), in: Kirjakova, Tatjana et al.: KGB i DS (siehe Anm. 5), Dok. 133, S. 801–807 (pdf); ebenso den Vortrag von Ivanov auf der multilateralen Versammlung der Leiter der Abteilungen für aktive Maßnahmen der sozialistischen Aufklärungen 1986 in Budapest mit dem Titel »grundlegende Aufgaben auf dem Gebiet der aktiven Maßnahmen auf der gegenwärtigen Etappe und Wege zur Erhöhung ihrer Effektivität«, in: AKRDOPBGDSRSBNA-R, F. 9 op. 4 a.e. 671, Bl. 64–81.
- 28 Vgl. Jürgen Heideking und Christof Mauch, Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1993; Allen Welsh Dulles und Neal Petersen (Hg.), From Hitler's doorstep. The wartime intelligence reports of Allen Dulles, 1942–1945, University Park, 1996.
- 29 Siehe die Auskunft bezüglich der Gespräche, geführt im Dienst AM bei der PGU-KGB in Moskau vom 25. bis 28. Oktober 1988 über Fragen der Zusammenarbeit mit der Abteilung 08 PGU/DS, in: Kirjakova, Tatjana et al., KGB i DS (siehe Anm. 5), Dok. 283, S. 1870–1903, hier: S. 1885.

#### Enrico Brissa

# Die »Agenten-Diskussion« um Franz Josef Strauß: Wissenschaftlicher Diskurs oder Meinungsaustausch?

Zugleich Duplik auf: Christopher Nehring, Alter Wein in neuen Schläuchen. Wie Franz Josef Strauß zum Agent (gemacht) wurde.

# I. Vorbemerkung

Die im Deutschland Archiv am 5. September 2015 durch den Verfasser dieser Duplik veröffentlichte Dokumentation »Zu einer möglichen Spionagetätigkeit von Franz Josef Strauß für das Office of Strategic Services (OSS)« hat eine breite mediale Diskussion ausgelöst. Sinn und Zweck einer Dokumentation ist jedoch in erster Linie, den wissenschaftlichen Diskurs zu befördern. Dieser hätte – mit dem von Christopher Nehring veröffentlichten Beitrag »Alter Wein in neuen Schläuchen. Wie Franz Josef Strauß zum Agent (gemacht) wurde« – eröffnet werden können. Wer die diskursive Einbringung neuer Tatsachen und Argumente erhofft, bleibt jedoch enttäuscht. Die Replik enthält keine neuen Tatsachen, dafür aber einige Mutmaßungen und Meinungsäußerungen. Die argumentative Auseinandersetzung mit der initialen Dokumentation greift in jeder Hinsicht zu kurz.

# II. Duplik

Schon das für den Titel der Replik gewählte Bild ist falsch: Die im Rahmen der Dokumentation vorgestellten Dokumente sind bis zum Erscheinen der Dokumentation unbekannt und unveröffentlicht gewesen. Ungeachtet ihrer eingehenden Überprüfung sind sie selbst zunächst einmal als neue historische Tatsachen zu qualifizieren. Von »altem Wein« kann demnach keine Rede sein. Mit der Replik erweckt der Autor den Eindruck, Strauß sei in der initialen Dokumentation unzutreffend zu einem Agenten gemacht (»befördert«) worden. Ziel der Replik scheint die Widerlegung dieser angeblichen Tatsachenbehauptung zu sein. Hätte der Autor

die Dokumentation sorgfältig gelesen, wäre ihm jedoch nicht verborgen geblieben, dass an keiner Stelle behauptet wird, Strauß sei Agent des OSS gewesen. Weiterhin hätte er die ausführlichen Darlegungen zu einer möglichen – und teilweise sogar bereits nachgewiesenen – nachrichtendienstlichen Desinformation lesen können und dann zitieren müssen. Daher seien einige Auszüge der Dokumentation an dieser Stelle wiedergegeben:

- »Die DDR und insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit –
   [...] an Strauß, der wegen seiner ausgesprochenen Gegnerschaft zur DDR Ziel einer umfassenden Desinformationskampagne wurde.«
- »... Möglich wäre auch, dass sowohl die Kenntnis des MfS als auch die Kenntnis des BND auf Informationen des KGB beruhten.«
- »Andererseits geben die Unterlagen mit großer Klarheit die Intention des MfS zu erkennen, historische Erkenntnisse (und Behauptungen) »für operative Zwecke« also im Rahmen einer Desinformationskampagne gegen Strauß zu nutzen. In diesem Kontext ist auch der Versuch des MfS zu sehen, Strauß durch die falsche Behauptung einer Beteiligung an Kriegsverbrechen zu diskreditieren.«
- »Die bereits erwähnten ›operativen Zwecke‹ finden sich dort in einer drastisch klaren Zielvorgabe«.

Auch die in der Dokumentation mehrfach dargelegte Notwendigkeit, Stasi-Akten mit »größter Vorsicht« zu behandeln, kehrt der Autor unter den Teppich – zugunsten seines doch etwas banalen Hinweises: »Auch sollte grundsätzlich bei vermeintlich sensationellen Funden in Geheimdienstarchiven (und allen voran im Stasi-Archiv) die Möglichkeit einer Fälschung und Desinformation zwar weder über-, noch unterschätzt, stets jedoch mitgedacht werden.« Der Inhalt der Dokumentation wurde in der Replik nur bruchstückhaft und verzerrt wiedergegeben.

Die Dokumentation stellt die zweifelsohne brisanten Dokumente vor und unterzieht sie auf der Grundlage des verfügbaren Archivmaterials einer historisch-kritischen Untersuchung. Zahlreiche Faktoren erschweren hierbei die Gewinnung verlässlicher Erkenntnisse, so der lediglich bruchstückhafte Charakter des MfS-Aktenbestandes, die zum Teil dubiose Überlieferungsgeschichte der HVA-Akten und die Unerreichbarkeit wichtiger Akten in den Archiven der betroffenen Nachrichtendienste (vor allem des KGB und des BND). Im Gegensatz zu der Dokumentation spielen diese Faktoren in der Replik keine Rolle. Diese enthält dafür – anders als die Dokumentation – Mutmaßungen, Behauptungen und Meinungsäußerungen. Schon die Wortwahl Nehrings und eine Neigung zu passivischen Formulierungen lässt eine gewisse Distanz zu einer klaren, tatsachengestützten Beweisführung erkennen: »kann hier nur vermutet werden ...«, »Das

wahrscheinlichste Szenario ...«, »Dies würde erklären ...«, »... den BND-Agent »LEDER«, der als Ernest Hauser ... identifiziert wurde« und so weiter [Anm.: übrigens durch den Verfasser der Dokumentation und vorliegenden Duplikl. Nehring präsentiert selbst zentrale Schlussfolgerungen in unterschiedlichen Versionen, die allerdings sämtlich einen konkreten Nachweis vermissen lassen. So behauptet der Autor einerseits: »Letztlich handelte es sich sowohl bei den im MfS-, als auch im BND-Archiv gefundenen Hinweisen um Spuren derselben Operation: eine Desinformationskampagne gegen Franz Josef Strauß.« Andererseits formuliert er nur wenige Zeilen später etwas vorsichtiger: »muss davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um eine Desinformationskampagne des KGB und des MfS handelte. Als gesichert kann gelten, dass das KGB die These vom »Agenten« Strauß im Rahmen einer Desinformationskampagne verbreitete.« Eine Beweisführung bleibt er für beide Alternativen schuldig - trotz der gegenteiligen Behauptung: »Im Falle der aufgefundenen Dokumente sind die Belege für eine gezielte Desinformation und Diskreditierung mehr als offensichtlich.« Offensichtlich sind in nachrichtendienstlichen Sachverhalten übrigens die wenigsten Dinge. Zumal, wenn ein großer Teil der wesentlichen Unterlagen vernichtet oder unzugänglich ist. Die Probabilität eines Sachverhaltes in objektivierter, nachprüfbarer Weise zu beurteilen, ist aus denselben Gründen schwierig.

Über den konkreten Sachverhalt hinausgehend enthält die Replik durchaus interessante Sachverhalte aus dem nachrichtendienstlichen Bereich. Sie scheinen jedoch nur lose mit dem der Dokumentation zugrunde gelegten Sachverhalt verbunden zu sein. Entkräftet oder bewiesen wird in der Replik nichts. Die in der Replik zitierte autobiographische Literatur ehemaliger Agenten und Überläufer – deren nicht problematisierter Beweiswert durchaus zurückhaltend einzuschätzen sein dürfte – sagt nichts über die Kriegszeit aus. Im Übrigen wäre ein Hinweis darauf geboten gewesen, dass eine nachrichtendienstliche Verbindung von Strauß zu U.S.-amerikanischen Dienststellen für die Nachkriegszeit in der DDR bereits 1969 – also 18 Jahre vor dem Buch von Ilya Dzhirkvelov¹ – behauptet worden ist.²

Über diese Mängel hinaus lässt sich der Autor der Replik leider zu einem für den wissenschaftlichen Diskurs unüblichen Ton hinreißen. Nach dieser verpassten Chance bleibt im Ergebnis zu hoffen, dass der wissenschaftliche Diskurs bald durch die Einbringung neuer Tatsachen und Argumente eröffnet werden wird.

# Anmerkungen

- 1 Ilya Dzhirkvelov, Secret Servant: My Life with the KGB, London 1987.
- 2 Albrecht Charisius und Julius Mader, Nicht länger geheim, 1969, S. 141 (dort Fn. 25). Mader war MfS-Mitarbeiter (Offizier im besonderen Einsatz).

# Autorinnen und Autoren

- Jörg Baberowski, Prof. Dr.; seit 2002 Professor für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter »Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt«. 2012 Auszeichnung mit dem Preis der Leipziger Buchmesse in der Kategorie Sachbuch.
- Peter Boeger, Dr. M.A.; Leiter der Forschungsgruppe Regionalgeschichte beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; Vorsitzender der Aufarbeitungsinitiative Checkpoint Bravo e.V. (Grenzmuseum) im Land Brandenburg.
- Marcus Böick, M. A.; promoviert zur Geschichte der Treuhandanstalt und ihrem Personal. Von 2011 bis 2014 Promotionsstipendiat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum.
- Enrico Brissa, Dr.; Jurist und Lehrbeauftragter der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Veröffentlichungen zu juristischen, historischen und politikwissenschaftlichen Themen.
- Stefanie Endlich, Prof. Dr.; Freiberufliche Publizistin und Ausstellungsmacherin in Berlin. Lehrtätigkeit an der HdK/UdK seit 1978; Honorarprofessur für Kunst im öffentlichen Raum seit 2003. Langjährige Zusammenarbeit mit Gedenkstätten, zahlreiche Publikationen, u.a.: »Wege zur Erinnerung. Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg«.
- Udo Grashoff, Dr.; bis 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig, seit 2014 Lehre als DAAD-Lecturer in Modern German History am University College London, derzeit Habilitation zum Thema »Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus«.
- Anna Joskowski, Dipl.-Päd.; Forschungsschwerpunkte: Migration und Diskriminierung, Intersektionalität, Willkommenskultur. Mitinitiatorin der »Erinnerungswerkstatt Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft«.

- Christoph Lorke, seit 2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Forschungsschwerpunkte sind Deutsch-deutsche Geschichte sowie Sozial- und Kulturgeschichte der Armut.
- Dirk Moldt, Dr.; Mitbegründer der Kirche von Unten und Engagement in der Umweltbibliothek Berlin sowie in verschiedenen Theater- und Bandprojekten, Redakteur der Zeitschrift »Horch und Guck«, Autor zahlreicher Veröffentlichungen und Ausstellungsprojekte unter anderem zur Jugend- und Erinnerungskultur.
- Helmut Müller-Enbergs, Dr. phil.; seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Grundlagenforschungen zu Inoffiziellen Mitarbeitern und der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS sowie zu Spionage und Nachrichtendienstpsychologie.
- Christopher Nehring, Promotion zur Kooperation der DDR-Auslandsaufklärung HVA mit der bulgarischen Aufklärung (Heidelberg), Kuratorischer Mitarbeiter im Spy Museum Berlin.
- Julia Reuschenbach, M.A.; Assistentin der Bildungsreferentin der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Masterarbeit »Zweierlei Gedenken? die Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 1999 bis heute«. Seit November 2014 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Bonn.
- Irmhild Schrader, Dipl. Päd.; Lehrbeauftragte an der Leibniz Universität Hannover, Arbeitsstelle »Diversität Migration Bildung« am Institut für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung. Initiatorin der »Erinnerungswerkstatt Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft«.
- Tom Thieme, PD Dr. habil.; Kommissarischer Leiter des Lehrstuhls Politische Systeme/Politische Institutionen am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Chemnitz, Habilitation zum Thema »Systemwechsel in der DDR und in Ostmitteleuropa. Die Rolle der Parteieliten im Prozess der Demokratisierung im Vergleich«.
- Dariusz Wojtaszyn, Dr. habil.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław/Breslau. Bis 2012 wissenschaftlicher Sekretär der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission.

# **Bildnachweis**

- S. 9: Andreas Schoelzel
- S. 19: picture alliance/dpa, Fotografin: Stephanie Pilick
- S. 29: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0412-019, Fotograf: Klaus Oberst
- S. 51: Milla & Partner
- S. 63: picture alliance, Fotograf: Thomas Wattenberg
- S. 72: picture alliance/dpa, Fotograf: Stefan Sauer
- S. 82: picture alliance/ZB, Fotograf: Thomas Lehmann
- S. 95: picture alliance/dpa, Fotograf: Soeren Stache
- S.109: picture alliance/ZB, Fotograf: Matthias Hiekel
- S.123: Bundesarchiv, Bild 146-2011-0055, Fotograf: Hübner
- S.133: Bundesarchiv, Bild 183-68832-0002, Fotograf: Wittig
- S. 146: Bundesarchiv, Bild 183-T0327-008, Fotografin: Katja Rehfeld
- S.156: Bundesarchiv, Bild 183-1983-0402-015, Fotograf: Hubert Link
- S. 176: Bundesarchiv, B 145 Bild-F023363-0016, Fotograf: Jens Gathmann

# Online weiterlesen: Das Portal »Deutschland Archiv« finden Sie auf www.bpb.de/deutschlandarchiv





# **Deutschland Archiv 2015**

Das Online-Portal "Deutschland Archiv", hervorgegangen aus der gleichnamigen Zeitschrift, ist ein publizistisches Forum zur deutsch-deutschen und gesamtdeutschen Geschichte. Dieser Band enthält eine Auswahl der wichtigsten Artikel, die im Jahr 2015 erschienen sind. Neben Einzelbeiträgen sind Beiträge aus den Themenschwerpunkten "25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit", "Transformationsprozesse", "Un-Rechts-Staat DDR" sowie "Erinnern und Gedenken" vertreten.

